Die Geschichte der politischen Publizistik bei den Siebenbürger Sachsen

---

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der Philosophischen Fakultät

der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin.

Von

Ernst Weisenfeld

aus Gevelsberg in Westfalen

Tag der Promotion: 26. Oktober 1938

Tag der mündlichen Prüfung: 10. Juni 1937

Limburg an der Lahn 1938

Druck der Limburger Vereinsdruckerei G. m. b. H., Limburg an der Lahn.

Die Geschichte der politischen Publizistik bei den Siebenbürger Sachsen

---

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der Philosophischen Fakultät

der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin.

Von

Ernst Weisenfeld

aus Gevelsberg in Westfalen

Tag der Promotion: 26. Oktober 1938

Tag der mündlichen Prüfung: 10. Juni 1937

Limburg an der Lahn 1938

Druck der Limburger Vereinsdruckerei G. m. b. H., Limburg an der Lahn.

Berichterstatter: Professor Dr. E. Dovifat

Dr. K. C. v. Loesch

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung 1
Grundgedanken, Methode und Quellen der Arbeit.

I. Kapitel: Der erste Einsatz (Die Zeit von 1784 bis 1830) . 8
Voraussetzungen — Antriebe — Erste Blüte (1784—1792) — Volksschriften, Zeitung und Zeitschrift — Madjarische und rumänische Bemühungen — Verbreitung und Funktion der Publizistik in Siebenbürgen — Publizistik und Volksordnung.
„Stille Jahre" von 1792—1830 — Drei symptomatische Ereignisse künden die kommende Entwicklung an.

II. Kapitel: Die Publizistik setzt sich durch. (10 Kampfjahre: 1839—1849) 30
Johann Gött und der Aufbau der Kronstädter Publizistik — Die Strömungen der Oppostion und die Sprachen- und Anschlußfrage — Ludwig Kossuth und der Kampf um die „Öffentlichkeit".
Wandlung der Publizistik: Vom „Sieb der Meinungen" zu Instrumenten der Meinungsführung — Die Gegensätze: Juristen / Theologen; Konservativ / Liberal; Sachsen / Madjaren — Die publizistischen Zentren, Zeitungen und Publizisten (madjarische und rumänische Publizistik) — „Die Publizistik reicht soweit die Sprache reicht" — Einzelerscheinungen — Stephan Ludwig Roth: Der totale Publizist.

III. Kapitel: Der Versuch einer österreichischen Staatspublizistik. (Meinungsbildung gegen die Presse) 66
Österreichische Preßpolitik 1849—57 — „Positive Maßnahmen" — Regierungsoffiziöse Publizistik in Siebenbürgen — Die öffentlichen Meinungen und ihre Organisationsformen (Bedeutung der Casinos, Vereine und Kirchen als Austauschmärkte der Meinungen) — Der Kampf um die Union — Altsachsen und Jungsachsen.

IV. Kapitel: Die siebenbürgisch-deutsche Publizistik 88
Die Publizistik auf dem Wege zur Einheit — G. D. Teutsch und C. Wolff — Gründung des „Siebenbürgisch-Deutschen Tageblattes" — Aufruf des Deutschen Schulvereins — Schulvereinskundgebungen — Gliederung der sächsischen Publizistik (1876 bis 1889) — Publizistische Brücken nach Deutschland.
Neuer Zerfall — Die „Eroberung des Banats" — Um ein neues Volksbewußtsein.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543927_0077

EINLEITUNG

I. Die Grundgedanken.

Der Gedankengang, der zum Plan dieser Arbeit führte, war kurz folgender: Das 19. Jahrhundert — eröffnet durch die Französische Revolution — war das Jahrhundert der großen Massenbewegungen in ganz Europa, das Jahrhundert der Parlamentsdemokratie und der Verfassungen. Es war gleichzeitig auch das Jahrhundert der Nationalisierung.

Die Wechselwirkung beider Strömungen, der nationalen und der „demokratischen", ihre gewisse gegenseitige Bedingtheit und ihre Wurzeln aufzuzeigen, ist hier nicht mehr notwendig. Das ist bereits geschehen [1]. Notwendig und dankbar ist es aber, die Bedeutung der Publizistik für diese Entwicklung an einem Beispiel aufzuzeigen. An einem Beispiel noch dazu, das die Einmündung beider Ströme in den völkischen Gedanken aufzeigt. Kein Land könnte dafür geeigneter sein als die österreichische und österreichisch-ungarische Monarchie mit ihren vielen über- und nebeneinander-geschichteten Völkern und Völkerschaften. Und kein Teil dieser Monarchie ist geeigneter als der ungarische.

Ungarn erlebte früh bedeutende Publizisten, die durch Wort und Schrift die Nation einigen wollten. Farkas weist das in seiner „Ungarischen Romantik" nach. Nach einer vorbereitenden literarischen Bewegung standen hier Politiker auf, die die Publizistik in den Dienst ihrer Ideen stellten. Erfinderisch in allen Mitteln der Meinungswerbung führten sie das bis dahin in Ständen und Konfessionen zerrissene Volk zu gemeinsamer Tat zusammen; zur politischen Tat, die bis dahin das Reservat Weniger gewesen war.

Neben ihnen und mit ihnen standen — weniger erfolgreich — aber nicht immer auch weniger bedeutend — Publizisten anderer Volksgruppen dieses völkisch so bunt gemischten Raumes auf und sammelten Anhänger.

Die Volksbewegungen, die sie entfachten, mußten zwei Reibungsflächen finden: Die bevorrechtigte Schicht, die über ihnen im Besitz des staatlichen Apparates war. Und das Volk neben ihnen, soweit es nach dem ausschließlichen Besitz der staatlichen Macht strebte und an die Stelle eines bevorrechtigten Standes eine bevorrechtigte Nationalität setzen wollte.

Nimmt man noch dazu, daß in diesen Gebieten der nivellierende Prozeß der modernen technischen, städtischen, kurz kapitalistischen Entwicklung kaum begonnen hatte, daß noch weitgehend eine hierar-

chische Ordnung herrschte, wie sie das Mittelalter kennzeichnet, dann ist es klar, daß die Publizistik als Motor eine Massenbewegung hier die ganze Fülle der Probleme aufwerfen mußte, die die Erfindung Gutenbergs nur aufwerfen konnte.

Erfindung Gutenbergs? — — — Der Begriff Publizistik soll hier nicht auf das Schrifttum beschränkt bleiben, noch weniger nur auf das periodische Schrifttum. Unter dem Begriff der Publizistik wird hier — nach Dovifat — verstanden „die Summe aller gesinnungswerbenden Mittel, die große Oeffentlichkeit durch Überzeugung zur Tat zu führen[2]". Es werden also nicht nur Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren, die im allgemeinen unter diese Begriffsbestimmung fallen werden, hier zu behandeln sein, sondern jede Tätigkeit, die versucht, den Weg zu finden zu den Gehirnen der Menschen, um sie in eine bestimmte Richtung zu lenken. Die Buchliteratur muß, wenn sie diese Absicht[3] verfolgt, ebenso gut behandelt werden, wie die öffentliche Rede und Kundgebung. Der Kreis der gesinnungswerbenden Mittel, die diese Darstellung zu verfolgen hat, ist nur verengt durch die Beschränkung auf das politische Gebiet — politisch hier nur verstanden im engeren Sinne der staatlichen Herrschaftsbeziehungen und der Ordnung im gesellschaftlichen Bereich.

In den Bereich dieser Arbeit fallen also alle mit bewußter Absicht unternommenen Versuche, die politische Willensbildung einer festumrissenen sozialen Gemeinschaft, der Siebenbürger Sachsen, durch Wort und Schrift zu beeinflussen.

Die Darstellung muß beginnen mit der Regierungszeit Josephs II. (1780—90). Was vorher an periodischer oder Broschüren- und Buchliteratur dort erschien, gehört nicht zum Thema. Die religiöse Publizistik der Reformationszeit gehört nicht in den auf das politische Gebiet verengten Kreis dieser Betrachtungen, sie hat auch auf die publizistische Entwicklung wenig Wirkung ausgeübt. Sie hat für diese Entwicklung aber immerhin die Bedeutung, die (druck-)technischen Voraussetzungen geschaffen und die Grundlage für eine nationalsprachliche Literatur gelegt zu haben. Die übrige Buch- und Broschürenliteratur bis zum Ende des 18. Jahrhunderts war entweder in lateinischer Sprache geschrieben und schon darum nicht in der großen Öffentlichkeit wirksam, oder sie hatte rein religiösen, literarischen und keinen publizistischen Charakter. Auch die Kalenderliteratur hat keine gesinnungswerbenden und meinungsführenden Absichten verfolgt und kann darum bestenfalls als Vorläuferin der siebenbürgisch-sächsischen Publizistik erscheinen, weil sie ein gewisses Lesebedürfnis geschaffen und wachgehalten hat und der Entwicklung der Druck- und Verlagstechnik gedient haben mag.

Erst mit der z. Zt. Josephs II. und teilweise auf seine Anregung

gegründeten Zeitung und Zeitschrift beginnt die Geschichte der politischen Publizistik bei den Siebenbürger Sachsen — in Siebenbürgen überhaupt — denn sie wollten „die fruchtlosen Lesereien beenden“ und „den Vaterlandsgeist nähren“. Und mit einer ersten reichen Blüte der historischen und juridischen Broschürenliteratur wandte sich damals die sächsische Führerschicht zum erstenmal auf diesem Wege an das Volk selbst.

Joseph II. veranlaßte Zeitungsgründungen, um Toleranz, Aufklärung und vaterländische Gesinnung zu verbreiten, gleichzeitig auch, um mit ihnen die Masse der Untertanen viel persönlicher an der Regierung zu beteiligen. Daß er gleichzeitig damit die Rebellion von unten vorbereitete, ahnte er nicht. Er setzte die Massen, die er zur Gefolgschaft aufrief, zu Richtern über sein Werk und spätere Herrscher mußten erleben, daß man sich gegen sie entschied [4].

Mit Hilfe der Publizistik bahnten sich die Massen, die bisher an der Regierung nicht beteiligt waren, den Weg in die Herrschaftsorganisationen. Und zwar begann der Aufstieg nach Bildungsschichten und Klassen. Im Sachsenland wurden die alten Organisationen, die das Gemeinschaftsleben in bestimmte, seit Jahrhunderten gefestigte, aber durch staatliche Eingriffe ihres Wertes beraubte Formen faßten, unter diesem Ansturm zerbrochen. Die Publizistik half mit, diese alten Gemeinschaften zu zerstören, sie half auch mit, neue zu bilden. — Denn ohne sie ist die Entwicklung des Parteiensystems im 19. Jahrh. undenkbar. Wir werden in Siebenbürgen die langsame Entwicklung dieser Parteien sogar aus Zeitungsleser-Gruppen verfolgen können und werden auch sehen, daß die Publizistik — ebenso wie einzelne Gruppen (Stände, Konfessionen und Klassen) — auch das ganze Volk durchdringen und einheitlich ausrichten konnte. In allem wird der große Beitrag deutlich werden, den die Publizistik zur Entwicklung des modernen Nationalbewußtseins geleistet hat.

In den neuen Gemeinschaften, die sich bildeten, herrschte eine andere Rangordnung der Werte und Menschen. Das Verhältnis von Führenden und Folgenden wurde ein unmittelbares. Es kannte keine Zwischeninstanzen, so wenig wie der Publizist, der Redner oder Schriftsteller Zwischeninstanzen zwischen sich und seinen Lesern und Hörern kennt (außer technischen Hindernissen versteht sich). Es herrschte in diesem Raum, den die Publizistik erfüllte, also von Anfang an ein demokratisches Prinzip.

Die Wirkung der Publizistik war immer eine doppelte: Sie entriß die Menschen zunächst ihren alten (hierarchisch-ständischen) Gemeinschaften und sammelte sie. Sie war eine Fahne, unter der sich Gefolgschaft fand; an ihren Farben erkannten sich die Gleichgesinnten, die die Parole des Publizisten zur Tat rief. Die soziale und nationale Entwicklung des 19. Jahrhunderts brachte es mit sich, daß

sie Nationen, Stände, Klassen, Erlebnis- und Bildungsgemeinschaften umklammerte und für die Rangerhöhung aller dieser Gemeinschaften ihren Beitrag leistete. In Südosteuropa leistete sie den wichtigsten Beitrag für die Rangerhöhung des Begriffs: Nation.

Schon die allgemeine Übung des Lesens in der Muttersprache, die Vermittlung kultureller Werte und geschichtlicher Leistungen mußte das nationale Bewußtsein des Volkes stärken. Größer war noch die eigentlich publizistische Wirkung, die von nationalen Kampfschriften und wiederholten Aufrufen zu nationalen Gemeinschaftstaten ausgingen.

Joseph II. schwebte die Bildung einer Staatsnation vor, wie sie sich in Frankreich bildete. Er rief dafür auch die Publizistik zu Hilfe. Aber er sah nicht, daß im alten Oesterreich die ganze bunte Völkerwelt an die Oberfläche gespült werden mußte, wenn man die Menschen im Namen der Nation aufrief.

Auch die Verbindung nationaler und demokratischer Ideen konnte hier nicht ein einheitliches Staatsvolk schaffen, sondern nur eine Vielzahl nationaler Gruppen, die sich alle mit nationalen Ideen legitimierten und diese Ideen publizistisch vertraten. Je nach der Gesellschaftsschicht, die diese Ideen produzierte oder zu Hilfe nahm, waren sie auf das historische Recht oder auf Herders Volksgeist-Lehre gegründet, oder auf Arndts und Jahns Erkenntnisse von der blutgebundenen Volksgemeinschaft.

Die Anfänge der siebenbürgischen Publizistik — der deutschen, madjarischen, rumänischen — sind charakterisiert durch die vielfältige übervölkische Zusammenarbeit einer breiten, aber dünnen, vorwiegend deutsch gebildeten Intelligenzschicht. Je tiefer sie in das Volk eindrang, umso mehr verlor sie ihre übervölkischen Bindungen. Die Tiefenwirkung wurde erkauft mit einer Verengung und ausschließlichen Beschränkung auf die eigene Volksgruppe. Aber: in demselben Maße, in dem sie die Mutterschicht des Volkes erreichte, fand sie dann auch unter den staatlichen Grenzpfählen hinweg den Boden des gemeinsamen Volkstums. Die madjarische Publizistik Siebenbürgens reichte bis Budapest und die Budapester bis nach Siebenbürgen, die rumänische Publizistik wirkte über die Karpathen hinweg und die Sachsen fanden ihren Weg in das Deutschtum des Banats und Ungarns und in die gesamtdeutsche Volksbewegung.

Gerade diese Entwicklung darzustellen und zugleich einer noch zu schreibenden Geschichte der deutschen Publizistik die Grenzen ihres Blickfeldes so weit wie möglich zu stecken, war eine Absicht dieser Arbeit. Die „Geschichte der politischen Publizistik bei den Siebenbürger Sachsen“ soll nach Inhalt und Methode ein Beitrag und eine Anregung sein zu einer Geschichte der deutschen Publizistik. Sie mußte darum die überstaatlichen, völkischen Beziehungen ebenso betonen, wie die Leistungen deutscher Publizisten, Verleger und Drucker für fremdes Volkstum. Einen bedeutenden Beitrag lieferten

sie immer zur Begründung der fremdvölkischen Publizistik. Deren Entwicklung wurde darum nur in ihren Anfängen verfolgt. Wenn sie später noch in dieser Arbeit erwähnt werden, so geschieht es, um die langsame Lockerung aller zwischenvölkischen Beziehungen aufzuweisen und die völkische Sonderung im Habsburger Reich zu verfolgen und auch hier den Beitrag der Publizistik zu dieser Entwicklung darzustellen. Schon 1867 zeigte sie sich fast vollendet, sie brauchte darum nur bis zu diesem Zeitpunkt in Umrissen geschildert zu werden.

Die Entwicklung der deutschen (sächsischen) Publizistik mußte nach dem Sinne dieser Arbeit bis in die Achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts verfolgt werden. Damals wurde der Aufbau der Publizistik, die Zusammensetzung des publizistischen Orchesters, die Rollenverteilung im Spiel der sozialen und kulturellen Kräfte vorläufig beendet. Die Volksgruppe war „publizistisch erfaßt".

Nur um die Entwicklung der volksdeutschen Bestrebungen mit Hilfe der Publizistik noch verfolgen zu können, ist die Darstellung bis zum Kriegsausbruch erweitert worden.

II. Die Methode.

Für die Methode, die bei der Untersuchung der publizistischen Entwicklung angewandt wurde — und die weitgehend erst gefunden werden mußte — war folgender Gedanke maßgebend: Wenn die Publizistik — und als ihr wichtigstes Glied immer noch die Presse aufgefaßt werden muß, als ein Instrument der Meinungs w e r b u n g, so muß sie von einem wissenschaftlichen Beobachter unter drei Fragen gestellt werden:

1. Für was und für wen will sie werben? (Wer wirbt?)
2. Welche publizistischen Mittel und Methoden werden angewandt? (Wie wird geworben?)
3. Wie groß ist die Wirkung? Welchen Einfluß hat die Publizistik auf die politische Willensbildung? (Wer wird von ihr erfaßt?)

Es waren darum weitgehend soziologische Untersuchungen notwendig. Es mußte gefragt werden: Aus welcher sozialen und Erlebnisgemeinschaft kamen diese und jene Publizisten? Wo fanden die einen ihre Leser und wo die anderen? Wie entwickelte sich das Lesebedürfnis? In welchen Lebensformen entstand die Publizistik überhaupt? Wie weit und in welchen Formen waren die Menschen am staatlichen Leben beteiligt v o r d e r E n t w i c k l u n g d e r P u b l i z i s t i k und welche V e r ä n d e r u n g brachte hier die Publizistik mit sich? Dies vor allem. Hier liegt wohl eine der wichtigsten Fragestellungen für die Wissenschaft von der Publizistik noch reichlich offen und ungeklärt. Gewiß besitzt sie eine Reihe von Darstellungen und Einzeluntersuchungen über die „Öffentliche Meinung" und ihre Geschichte von Bauer, Tönnies u. a., doch können diese ohne

Zweifel den von der Zeitungswissenschaft geförderten Erkenntnissen über die Organisationsformen des Presse- und Nachrichtenwesens, über die Presse und Nachrichten p o l i t i k nicht mehr genügen. Schon darum nicht, weil sie entweder dem wundersamen Weben und Wirken einer „öffentlichen Meinung" nachspüren wollen, die es niemals gab und niemals gibt, oder weil sie doch zu sehr (wie Bauer) gerade im 19. Jahrhundert die Zeit im Spiegel der Publizistik darstellen und nicht auch die Publizistik im Kräftespiel der Zeit[4].

III. Die Quellen der Arbeit.

Um den Stoff für diese Darstellung zu sammeln, mußte zunächst die reiche siebenbürgische Geschichtsliteratur, mußten vor allem die Arbeiten der beiden Bischöfe T e u t s c h, dann das im „Archiv des Vereins für Siebenbürgische Landeskunde" und im „Korrespondenzblatt" und der „Vierteljahrsschrift" des gleichnamigen Vereins vorhandene Material herangezogen werden. Ein sehr großer Teil dieser Arbeiten fand sich in der Bibliothek des „Volksbundes für das Deutschtum im Ausland" (VDA.), Berlin, Martin-Luther-Straße.

Die siebenbürgischen Geschichtsdarstellungen vertreten in ihrer Mehrzahl die Tendenz, innervölkische Bewegungen und Spannungen zu mildern und zurücktreten zu lassen gegenüber der Darstellung des Volkstumskampfes. Da für die Zwecke dieser Darstellung gerade die innervölkische Bewegung scharf herausgearbeitet werden mußte, waren umfangreiche Einzeluntersuchungen notwendig, die sich z. T. auf zeitgenössische Dokumente, Briefsammlungen, Lebensgeschichten, Tagungs- und Vereinsberichte, vor allem auf die behandelten Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren selbst stützen mußten; für die letzten 30 Jahre der Darstellung außerdem auf Gespräche mit einigen an der Entwicklung beteiligten Persönlichkeiten.

Von zwei längeren Reisen nach Siebenbürgen diente die erste mehr der Information über die völkische Lage, den Aufbau der Volksgruppe und die wissenschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten. Die zweite galt der eigentlichen Materialsammlung.

An Hand einer wertvollen Zusammenstellung der „deutschen periodischen Literatur in Siebenbürgen", die Direktor Emil S i g e r u s in der Zeitschrift „Ostland", im 6. Jahrgang. Heft Nr. 5/6, erscheinen ließ, konnten die meisten der behandelten Zeitungen und Zeitschriften — fast lückenlos — im Baron Brukenthalischen Museum in Hermannstadt gefunden werden. Viele Broschüren und Sonderdrucke, eine Privatsammlung der Bischöfe Teutsch fanden sich außerdem noch im Archiv der Evang. Landeskirche in Hermannstadt. Die reiche Handschriftensammlung des Brukenthalmuseums enthielt auch einige Briefsammlungen sächsischer Publizisten, aus denen wertvolle Ergänzungen geschöpft werden konnten. Einiges, besonders die Kronstädter Publizistik angehendes Material fand sich im „Burzenländer Museum" in Kronstadt.

Für die Beziehungen zwischen Regierung und Presse, die Darstellung der preßpolitischen Verhältnisse überhaupt, mußten die Staatsarchive in Wien und Budapest aufgesucht werden. Die Bestände des „Archivs des Ministeriums des Innern und der Justiz", die gerade über die preßpolitischen und polizeilichen Maßnahmen der Jahre 1850—60 viel Material enthielten, sind zu einem großen Teil durch Feuer zerstört, waren aber für die Darstellung von Kap. 3/III (Die öffentliche Meinung und ihre Organisationsformen) doch noch recht ergiebig. Weiteres wertvolles Material fand sich im „Haus-, Hof- und Staatsarchiv", vor allem unter den Akten der Minister-Conferenz. Einiges für die Darstellung der publizistischen Anfänge zu Ende des 18. Jahrhunderts wichtige Material konnte im Königl. Ungarischen Landesarchiv, Budapest, unter den Akten der Siebenbürgischen Hofkanzlei eingesehen werden. Für die Darstellung der Zensurmaßnahmen in den Jahren 1840—48 lieferten das „Archiv der Sächsischen Nationsuniversität" in Hermannstadt, vor allem aber wieder die Handschriftenabteilung des Brukenthalmuseums reichliches, nur zum Teil verwertetes Material.

Bei all diesen Instituten — besonders bei allen deutschen Stellen — fand der Verfasser freundliche und bereitwillige Unterstützung. Er hat dafür herzlich zu danken. Ein besonderer Dank gilt dem Direktor des Brukenthal-Museums, Herrn Dr. Speck und seinen Mitarbeitern, und unter den Persönlichkeiten, die aus ihrer Erfahrung und ihren Forschungsergebnissen bereitwillig mit ihrem Rat zur Seite standen, gilt der Dank — außer den Universitäts-Lehrern des Verfassers und Referenten dieser Arbeit vor der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin, Herrn Professor Dr. Emil Dovifat und Herrn Dr. Karl C. von Loesch — Herrn Magistratsrat a. D. Dr. Karl Hoch in Schäßburg, dessen freundlicher Anteilnahme manche, vor allem soziologische Erkenntnis in der Darstellung der Jahre 1840—70 zu danken ist.

I. KAPITEL:

Der erste Einsatz.

Die Zeit von 1784—1830.

A. Voraussetzungen der publizistischen Arbeit.
   I. Die „Sachsen" in Siebenbürgen.
   II. Die Verfassung Siebenbürgens und das Eigenlandrecht der Sachsen.
   III. Die Grundlagen der Publizistik.

B. Die Publizistik in den Jahren 1784—1792.
   I. Die Antriebe zur Herausgabe von Zeitung, Zeitschrift und Broschürenliteratur.
   II. Die Publizisten.
   III. Die publizistischen Führungsmittel und ihre Inhalte.
   IV. Der publizistische Raum und die Funktion der Publizistik.

C. Die Zeit von 1792—1830.
   I. Die Wirkung der neuen Zensurverordnungen.
   II. Drei publizistische Ereignisse von Bedeutung deuten die Tendenzen an, die sich unter der ruhigen Oberfläche entwickeln.

Abschnitt A.

(Voraussetzungen der publizistischen Arbeit.)

I. Die „Sachsen" in Siebenbürgen.

II. Die Verfassung Siebenbürgens und das Eigenlandrecht der Sachsen. Die konfessionellen, kulturellen und ständischen Gegensätze verhinderten die Entstehung einer Siebenbürgischen Literatur und Publizistik; die innere Geschlossenheit des sächsischen Lebens und seine Verbindung mit Deutschland konnte sie entbehren.

III. Drei neue Erscheinungen änderten diesen Zustand: die soziologischen „Elemente der Verklammerung" schufen neue Grundlagen gesellschaftlichen Lebens in Hermannstadt; die Toleranz- und Volksbildungsideen der Aufklärung führten die Intelligenz der „drei ständischen Nationen" zusammen; eine neu entstandene Buchdruckerei gab die technischen Möglichkeiten für eine größere publizistische Tätigkeit.

I.

Die „Sachsen" in Siebenbürgen[1].

Geisa II. besiedelte um die Mitte des 12. Jahrhunderts „die Festung Siebenbürgen" durch Deutsche und Szekler: zum Schutz der Krone. Die Deutschen kamen größtenteils aus dem Mosel-Rhein-Ge-

biet, andere aus Nordwest- und Mitteldeutschland, sie siedelten am Südrand des Karpathenbeckens, ihre festesten Städte legten sie vor die beiden Pässe: den Predeal und den Rothen Turm. Sie hatten als Bauern, Soldaten und als Christen die Aufgabe, die Stephanskrone und das Abendland gegen die Ostvölker zu verteidigen.

Die besondere Lage der Städte machte sie zu wichtigen Handelsplätzen im Verkehr zwischen Mitteleuropa und Asien. Handel und Stadtkultur verbanden die deutschen Siedlungen fest mit dem Mutterland. Die Städte Ungarns — bis ins 19. Jahrhundert ausnahmslos deutsch — vermittelten einen ständigen Zustrom an Menschen und Ideen.

Seit der Entdeckung Amerikas richtete Europa sein Gesicht und seine wirtschaftliche Kraft nach Westen und die Bedeutung der siebenbürgischen Städte schwand. Wenn auch die Türkenkriege dem Handel über die Karpathenpässe zeitweise einen Auftrieb brachten, so legten doch auch sie langsam den Orienthandel immer mehr lahm. Viele Handelsverbindungen mit dem Mutterland starben ab, über die letzten, die immer noch nach Leipzig und Wien führten, kam eine neue Handelsware: das Buch.

Die Einführung der Reformation durch Honterus schloß die deutschen Städte Siebenbürgens fester zusammen, brachte sie aber auch im Zeitalter der Gegenreformation mit den calvinistischen und reformierten Madjaren Siebenbürgens wieder in eine gemeinsame Abwehrfront gegen das katholische Haus Habsburg. Zu Habsburg war Siebenbürgen nach den Siegen des kaiserlichen Heeres über die Türken gekommen. Es war ererbt und erobert. Die Eingliederung in die habsburgischen Länder sicherte den Sachsen aufs neue die Verbindung mit dem mutterländischen Deutschtum. Die Zahl der Sachsen war um die Mitte des 18. Jahrhunderts (nach Teutsch) etwa 125 000, das mag rund $^1/_6$ der Gesamtbevölkerung gewesen sein, die damals schon ungefähr zur Hälfte aus politisch rechtlosen Rumänen bestand. Die Gliederung der Verwaltung in diesem Lande der starken völkischen Überschichtung ist im folgenden zu untersuchen.

Im Jahre 1688, nachdem die Türken vor Wien und Ofen geschlagen worden waren, erklärten die siebenbürgischen Stände auf dem Fogararscher Landtag, „nach langen bösen Zeiten kehre das Land unter den König von Ungarn zurück, von dem es die Macht der Geschicke und der Menschen böse Leidenschaft getrennt und trete unter den väterlichen Schutz Leopolds, des Römischen Kaisers und erblichen Königs von Ungarn und aller seiner Nachkommen."

Mit dem Leopoldinischen Diplom wurden die Verfassung Siebenbürgens, die bestehenden Schenkungen und Privilegien, das sächsische Eigenlandrecht, kurz der gesamte bisherige Rechtsstand bestätigt, der sich gründete auf die Gleichberechtigung der „Ständischen Nationen": des madjarischen oder madjarisierten Adels, der Szekler und der Sachsen und der vier „rezipierten Religionen": des refor-

mierten, des unitarischen, des römisch-katholischen und des evangelisch-Augsburgischen Bekenntnisses. Die Rumänen genossen keine politischen Rechte. Die orthodoxe Kirche sollte toleriert werden [2].

Auf diese Grundsätze, zu denen 1722 die Pragmatische Sanktion trat, die die Herrschaft des Hauses Habsburg im Lande sicherte und 1765 die Erhebung zum Großfürstentum, die die Selbständigkeit Siebenbürgens gegenüber Ungarn bekräftigte, baute sich die Verwaltung des Landes auf als ein komplizierter Mechanismus, in dessen Wirken Regierungs- und Selbstverwaltungsorgane auf die individuellste Art ineinandergriffen.

Ihre Spitze war ursprünglich das Gubernium, das seinen Sitz in Karlsburg und von 1712 bis 1790 in Hermannstadt hatte. Zwischen dieser Zentrallandesstelle und dem Landesfürsten vermittelte die Siebenbürgische Hofkanzlei in Wien. Sie empfing die Aufträge des Monarchen und erließ sie in seinem Namen an Landtag und Gubernium, sie trug die Wünsche des Landes dem Monarchen vor, sie wurde im Laufe der Zeit die entscheidende Instanz in allen wichtigen Angelegenheiten und überließ dem Gubernium nur mehr die Ausführung ihrer Anordnungen und die Erledigung der laufenden Geschäfte.

Der Hofkanzler als Leiter der Hofkanzlei, der Gouverneur als Leiter des Guberniums, die Hofräte und die Generalräte, ebenso der Thesaurius (Finanzminister) und andere Landeswürdenträger wurden auf Vorschlag des Landtags vom Monarchen ernannt. Diese Vorschläge — Dreiervorschläge — zur Besetzung der Landesämter zu machen, war das wichtigste Recht des Landtags; für sie galt theoretisch der Grundsatz der Gleichberechtigung der drei Nationen und vier Konfessionen, ebenso wie der Landtag selbst nach diesen Grundsätzen zusammengesetzt war. Zu seiner Kompetenz gehörten weiter die Verhandlungen über Steuer, Gesetzgebung und Verleihung des Indigenats, doch nur soweit sie allgemeine Landesangelegenheiten waren; die Innerangelegenheiten der einzelnen Stände wurden von diesen selbst erledigt. —

Galt für die Besetzung der Landesämter der Grundsatz der Ernennung durch den Monarchen auf Vorschlag des Landtags, also der Selbstverwaltungskörperschaft, so galt in der Verwaltung der ständischen Nationen umgekehrt der Grundsatz eines Vorschlags von oben und einer Wahl von unten, der dann die Bestätigung durch den Landesfürsten folgte.

Auf Adelsboden wurde die Eigenverwaltung der politischen Angelegenheiten von den Comitats- und Distriktsoffizialen besorgt und von den Distriktsversammlungen (Marchalkongregation), bei den Szeklern war die Verwaltung ähnlich organisiert, ganz anders beschaffen war sie bei den Sachsen — auf dem fundus regius.

Die Leitung der Regierungs- und Nationalangelegenheiten be-

sorgte der Comes (Graf der Nation), der zugleich Rat des k. Guberniums war. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte hatte er die Comitialkanzlei. Zur Beratung und Beschließung über die Nationalangelegenheiten trat unter seinem Vorsitz wenigstens einmal im Jahr die Nationsuniversität zusammen, die aus 22 Mitgliedern bestand, d. h. aus je zwei Abgeordneten der 11 Publika (Stühle und Distrikte).

In den Stühlen und Distrikten, den Städten und Gemeinden war die Organisation der Verwaltung durch das gleiche Neben- und Miteinander von obrigkeitlichem Vertreter, der das Vertrauen der Einwohner besaß, und Organen der Selbstverwaltung charakterisiert.

Das gesamte öffentliche Leben in Dorf und Stadt baute sich auf kleinste Zellen auf. Alle selbständigen Haushaltungen waren zu Nachbarschaften unter ihren Nachbarhannen zusammengeschlossen. An der Spitze der Nachbarhannen stand der Stadthann. Alle Gewerbe standen unter Zunftzwang. Die Zünfte bestimmten nicht nur ihre gewerblichen Angelegenheiten, sie erließen Kleidervorschriften und achteten auf eine ordentliche Lebensführung ihrer Zunftgenossen ebenso wie auf deren Rechte innerhalb der Communität. Die Nachbarhannen und der Stadthann hatten wichtige soziale und sogar obrigkeitliche Funktionen zu erfüllen.

Jeder Bürger der Stadt — und durch die Bruder- und Schwesternschaften auch die heranwachsende Jugend — war in die große Gemeinschaft eingegliedert. Wenn auch das Wahlrecht auf den Besitz beschränkt war, so hatte doch jeder Bürger auf dem Wege über seine Körperschaft die Möglichkeit, sich zu äußern, und der Einfluß des geistlichen Standes, der auch keine öffentlichen Ämter bekleidete, war gesichert durch seine Bedeutung innerhalb dieser Verbände, in denen der Träger des geistlichen Amtes traditionsgemäß eine wesentliche Rolle spielte, die mit seiner persönlichen Bedeutung nur wachsen konnte.

Man wolle diesen in sich geschlossenen Sozialkörper immer vor Augen halten und beachten, daß wesentliche Funktionen des Gemeinschaftslebens gestört wurden, wenn dieser Organismus verletzt war. Es wird sich zeigen, daß im Laufe des 19. Jahrhunderts manche dieser Funktionen von der Publizistik übernommen werden mußten.

Gleichzeitig muß die Bedeutung des Grundsatzes der Selbstverwaltung und Gleichberechtigung der drei ständischen „Nationen“ in diesem Lande hervorgehoben werden. Die Geltung des modernen Nationalprinzips mußte schwierige Konflikte nach sich ziehen, Adel und Szekler zusammenführen, den Widerstand der Rumänen verstärken und einer Publizistik Richtung und Antrieb geben.

Vorläufig muß man festhalten: Die betonte Trennung der Nationen und Konfessionen, die noch durch gewisse soziale Spannungen verstärkt wurde, verhinderte eine gemeinsame Grundlage für eine siebenbürgische Publizistik und Literatur.

Das Verhältnis der einzelnen Völker zueinander sah etwa so aus:

Der Gegensatz der Madjaren gegen die Sachsen war ein ständischer Gegensatz, der aber auch stark von völkischen Unterschieden gefärbt war. Die erste ständische Nation wurde repräsentiert vom besitzenden Adel (nur der wirklich adlige Besitz berechtigte zu Stimmführung in den Komitaten). Er hatte im Laufe der Zeit auch den Besitz der ursprünglich freien Szekler „fast zur Hälfte an sich gefesselt". In seinem Bereich waren die madjarischen, rumänischen und deutschen Bauern hörig.

Die Sachsen stellten das Bürgertum des Landes; doch waren sie zum weitaus größten Teil Freibauern. Im allgemeinen wirkte sich diese soziale Schichtung der Volkstümer dahin aus, daß jeder Übergang in den hohen Adel zur Madjarisierung führte, jeder Übergang in das Bürgertum zur Germanisierung. Auf dem Sachsenboden gab es — auch für Rumänen und Madjaren — keine Hörigkeit — das war der zweite Unterschied gegenüber dem madjarischen Adel. Auf dem Königsboden durfte sächsischer Besitz auch nicht in fremdvölkische Hände übergehen, das empfand der Adel, der sich gern in sächsischen Städten angekauft hätte, als Zurückweisung.

Zu diesen politischen Spannungen kamen die religiösen und kulturellen. Die Sachsen waren Lutheraner, nur sehr wenige Katholiken, die Madjaren waren Reformierte oder Calvinisten oder Katholiken. Die Reformierten und Calvinisten studierten in der Schweiz und in Holland, die Katholiken in Wien und die Lutheraner auf protestantischen deutschen Universitäten.

Nun könnte man sagen, daß die Sachsen zusammen mit dem starken Kontingent österreichischer Beamten in Hermannstadt zusammen eine deutsche Literatur hätten schaffen können. Das verhinderten die weiten Auswirkungen der Gegenreformation, die besonders die Sachsen hart bedrängt hatte. Nicht nur in Landesämter, auch in sächsische Ämter waren — gegen die Grundsätze der Verfassung und den Willen der Bevölkerung — Katholiken eingesetzt worden. Besonders das Thesauriat war eine Domäne des Katholizismus, „Ungarn und Deutsche, die darin saßen, waren sich einig in ihrem Haß gegen die lutherischen Sachsen, die die katholischen Beamten von Hermannstadt gesellschaftlich boykottierten [3]."

Diese Methoden hatten die Gefühle der Sachsen für das Herrscherhaus und die Deutschen Österreichs abgekühlt, ihr Widerstand gegen die Ansiedlung protestantischer Österreicher und gegen die Besiedlung einer Hermannstädter Vorstadt mit österreichischer Bevölkerung waren für diesen „Nationalhaß" nur schwache Symptome

— allerdings war dieser „nationale“ Widerwille stark konfessionell gefärbt.

Durch alle widerstrebenden Tendenzen wurde das geistige Leben Hermannstadts in viele Kreise gespalten und jeder dieser Kreise war für ein eigenes literarisches Leben zu klein. Über die „Enge und Abgeschlossenheit des sächsischen Lebens“ klagen 1840 noch die „Blätter für Geist, Gemüt und Vaterlandskunde“. In dieser Abgeschlossenheit lebten nun wohl sehr reiche Traditionen, ja gerade der Reichtum überlieferter Formen band die Gemeinschaft; eine eigene Literatur hatte sie — nachdem die Auseinandersetzungen der Reformationszeit beendet waren — nicht groß notwendig, da sie eng genug mit dem gesamtdeutschen Geistesleben verbunden war. Ihre geistige Oberschicht studierte in Deutschland, las deutsche Bücher und deutsche Zeitungen [4]. Wenn sie sich an einer siebenbürgischen Literaturbewegung beteiligte, so konnte es sich für sie nur darum handeln, ein Stück deutschen Geisteslebens hierher zu verpflanzen, „mit den deutschen Literaturerzeugnissen in Wettbewerb zu treten [5]“, wie sich die Quartalschrift ausdrückte — und dazu fehlte ihr noch der Mut, auch die technischen Voraussetzungen.

Dazu mußte auch die Aufsplitterung des Hermannstädter Lebens erst überwunden werden. Das geschah. Diese Entwicklung ist jetzt zunächst zu betrachten.

Im Geiste der Aufklärung wurde die vorhandene Atomisierung des Lebens überwunden. In ihrem Geiste wurden literarische Zirkel gegründet, aus denen eine Literaturbewegung hervorging. Doch verfolgten sie gleichzeitig Volksbildungstendenzen, die wieder zur Sonderung drängten.

Als ein zweites einigendes und zugleich trennendes Moment kamen die Josephinischen Reformen hinzu, die zwar die gegnerischen Stände zu einer gemeinsamen Abwehrfront verbanden, ihnen aber doch auch wiederum besondere Aufgaben stellten, die ebenfalls zur Betonung nationaler Eigenart und Sonderentwicklung führten. Eine treibende Kraft waren dann die nicht bodenständigen Elemente, die in Siebenbürgen, vorwiegend in Hermannstadt lebten, Staatsbeamte und Offiziere, die nicht heimatgebunden, nicht in überlieferte Formen des Gemeinschaftslebens gestellt, an sich schon die soziologische Aufgabe haben, Element der staatlichen Verklammerung zu sein [6]. Dieses Element stellte sehr entschieden seine Lebensformen und Lebensauffassungen mit der überlieferten sächsischen in Konkurrenz und — wie sich zeigen wird — auch sehr erfolgreich.

Diese soziologischen Kräfte und die ausgleichende Wirkung der Aufklärung schufen innerhalb weniger Jahre die gemeinsame Grundlage für eine Literatur. Das äußerte sich zunächst in mancherlei Formen und Veränderungen des Hermannstädter öffentlichen Lebens [7].

Seit 1761 gaben Theatertruppen in Hermannstadt Gastspiele, 1776 wurde ein festes Theater errichtet, 1778 sogar eine Theaterzeitung darum gegründet.

Auf Grund eines kaiserlichen Privilegs entstand 1778 die erste ständige Buchhandlung, die Hochmeistersche, 1780 bereits die zweite, die Barth, Gromen, Gänselmayersche Compagniebuchhandlung. Die Buchhandlungen gaben „einen großen Teil der Bücher gegen monatliches Entgelt zum Lesen" und die Barth Gromen, Gänselmayersche kündigte 1781 an:

> „Auf Verlangen einiger Zeitungsliebhaber haben wir für dieses 1782ste Jahr die Wiener, Erlanger, Hamburger, Frankfurter Ristretto, und Brünner deutsche Zeitungen bestellet und können zu diesen noch einige Leser annehmen.

In der „Topographie von Hermannstadt 1784" hieß es:

> „Hermannstadt hat auch ein Lotto, ein Ball- und Komödienhaus, es hat Caffeehäuser und Billiarde, Dinge von denen unsere glücklichen Väter vor 10 und 20 Jahren nichts wußten; in rühmlicher Einfalt hielten sie es für eine Schande, nur in ein Wirtshaus zu gehn. Sie tanzten in ihres Nachbarn oder in ihrer eigenen Wohnung mit Frauen, die sie kannten und profitierten von ihrer Arbeit."

Eine Schützengesellschaft bestand, von Hochmeister begründet, der Adel, Offiziere und Beamte von Rang angehörten. In den Kaffeehäusern lagen Zeitungen auf und 1784 bildete sich eine Lesegesellschaft, 1789 (wahrscheinlich aus der ersten) eine zweite, die im Bordolischen Kaffee tagte und später in das Brukenthalische Palais übersiedelte. Die Lesegesellschaft stand in enger Verbindung mit der 1774 gegründeten Freimaurerloge und war aus ihrer Mitte entstanden.

Das war die Atmosphäre, in der 1784 die erste „Siebenbürger Zeitung" entstehen konnte. Die technischen Voraussetzungen waren ebenfalls geschaffen, Mut und Initiative eines Unternehmers und der Wunsch und das Verständnis eines Kaisers mußten sich treffen.

An technischen Voraussetzungen war vieles vorhanden; schon das ausgehende Mittelalter kennt sächsische Drucker [8], die Reformation verdankt ihnen in Siebenbürgen ihren Eingang. Honterus, der Reformator der Sachsen, hatte die Kunst in Deutschland erlernt und druckte in Kronstadt seit 1533 seine reformatorischen Schriften, die ersten im Lande selbst entstandenen Drucke [9]. Die zweite Druckerei entstand 1544 in Hermannstadt, die dritte 1550 in Klausenburg, alle drei von Deutschen (Sachsen) gegründet. Seit 1546 ist in Kronstadt die erste Papiermühle bekannt. 1780 gab es allein in Hermannstadt vier Druckereien. In allen entstanden fast ausschließlich kirchliche Schriften, seit 1643 Kalender, einige Schulbücher und die von Behörden gebrauchten Formulare und Drucke [10]. 1774 übernahm Hochmeister die Sardische Buchdruckerei, die zum ersten Male durch Herausgabe eines ungarisch-deutschen Wörterbuchs in bedeutendem Sinne verlegerisch gewirkt hatte, vergrößerte den technischen Apparat und erwarb das Privilegium eines Buchhandels. Er war zum

katholischen Glauben übergetreten und erfreute sich darum der Gunst des Hofes, der ihm aus dem Religionsfundus ein Darlehen [11] gewährte, er gehörte ferner der Freimaurerloge an und hatte daher Verbindung mit den geistig und politisch führenden Köpfen des Landes, ihm gehörte das Theater, er war Begründer der Schützengesellschaft, er stand mitten im öffentlichen Leben Hermannstadts [12].

Abschnitt B.

Die Publizistik in den Jahren 1784—1792.

I. Die Antriebe.
Kaiserbesuch in Hermannstadt und Zeitungsgründung.
Die Josephinischen Reformen und Broschürenliteratur.
Volksbildungstendenzen, Loge und Lesegesellschaft und die Entstehung der Zeitschrift (Siebenbürgische Quartalschrift), der madjarischen Zeitung, einer madjarischen und rumänischen Buchliteratur und des Plans der Herausgabe einer rumänischen Zeitschrift.

1780 trat Joseph II. die Regierung an, am 11. Juli 1781 erließ er sein berühmtes Zensurgesetz, das die Zensurkommissionen in den einzelnen Ländern aufhob und nur die Bücherrevisionsämter als untergeordnete Behörden bestehen ließ; die Leitung der Zensurgeschäfte wurde dafür den Landesstellen zugewiesen und einer Bücherzensurhauptkommission in Wien untergeordnet. In dieser Verfügung fand sich weiter der bemerkenswerte Satz, der den Geist der Verordnung charakterisierte:

„Kritiken, wenn es nur keine Schmähschriften sind, sie mögen nun treffen, wen sie wollen, vom Landesfürsten bis zum Untertanen, sollen, besonders wenn der Verfasser seinen Namen dazu drucken läßt und sich also für die Wahrheit der Sache als Bürge darstellt, nicht verboten werden.“ Über den Geschäftsgang wurde verfügt:
„Anschlagzettel, Zeitungen, Gebeter und dgl. hat der bei jeder Landesstelle referierende Rat nur kurz zu untersuchen, und dann das Imprimatur zu erteilen [13].“

Im Sommer 1783 erschien der Kaiser in Siebenbürgen und in Hermannstadt. Er äußerte während seines Aufenthaltes den Wunsch, eine Zeitung erscheinen zu sehen und Hochmeister, der als privilegierter Drucker, vom Hof durch Darlehen und Druckaufträge unterstützt, den Wunsch des Kaisers als Befehl ansah, entschloß sich

„ungeachtet aller Hindernisse dazu. Ich meldete mich, — so schreibt er — wegen der Versendung bei dem hiesigen Oberpostamt ... druckte und verschickte die Ankündigungen, sorgte für Korrespondenten, bestellte mir ausländische Zeitungen zum Stoffe für die meinigen, ließ mich mit dem Zeitungsverfasser in einen Kontrakt ein, mit einem Wort, ich richtete meine Unkosten nach dem in der Ankündigung festgesetzten halbjährlichen Preise von 2 fl. 15, ein und fing an, die Zeitung mit dem neuen Jahr herauszugeben [14].“

Sie erschien mit einer schönen Vignette, im Format der Wiener Zeitung, zweimal wöchentlich auf einem halben Bogen holzgroben Papiers: ‚Die Siebenbürger Zeitung‘.

Die Anregungen zu Zeitungsgründungen, die Joseph wohl auch in anderen Landesteilen, in denen überall Zeitungen entstanden, gab,

entsprang bei ihm, „dem harten Staats- und Nützlichkeitsfanatiker [15]“ nicht nur einer aufgeklärten Geisteshaltung, sondern vielmehr einer Unifizierungs- und Zentralisierungstendenz. Seine Zeitungen waren Träger seines großösterreichischen Staatsgedankens, sie pflegten Vaterlandsliebe und Staatsgesinnung.

Das tat auch die „Siebenbürger Zeitung“. Sie wollte, wie sie in ihrer Ankündigung sagte, „einen Beitrag liefern zur geistigen Bewegung der Zeit, zur Toleranz und Aufklärung beitragen“. Und sie wollte „dieser Zeit das Beispiel des Kaisers vorhalten“. Sie wollte aber auch „geschwindere und zuverlässigere Nachricht erteilen als die übrigen Zeitungen, wenn das Ungewitter über die Osmanen losbrechen will“ und alles in allem wollte sie „eine gute und interessante Lektüre für jedermann sein“.

Sie erschien darum auch sooft, als die Post in die Siebenbürgischen Städte ging, d. h. dienstags und freitags, sie entnahm ihren Stoff im wesentlichen ausländischen Zeitungen, der „Wiener Zeitung“, der „Allgemeinen Zeitung“, dem „Moniteur“, der „Amsterdamer Zeitung“ u. a. Sie hatte auch eigene Korrespondenten in den Städten Siebenbürgens und in den angrenzenden Gebieten. Sie nahm es ernst mit ihrem Plan, für Aufklärung und Toleranz zu werben und verband vieles mit einer moralischen Tendenz. Sie setzte ihren Lesern mit Fleiß jedes Beispiel von Toleranz vor und begleitete es oft mit langen Kommentaren. Besonders dann, „wenn die Toleranz sich auch auf anderen Gebieten zeigte, als nur dem der Kirche, wo Joseph befiehlt, daß man tolerieren solle“.

Sie lobte die Weisheit und die Staatskunst des Monarchen, ob das Lob nun aus der eigenen Feder floß oder aus der „Wiener Zeitung“ ausgeschnitten war, und sie veröffentlichte noch am 15. Januar 1884 eine Korrespondenz aus Wien, in der es hieß: „Einen solchen Fürsten, einen Joseph gab es noch nie.“ — Mit diesem vorbehaltlosen Lob waren die alten Sachsenfamilien wahrscheinlich damals schon nicht mehr ganz einverstanden; aber die Männer, die die S. Z. schrieben, waren ja auch keine seit Generationen mit dem Land verbundenen „Sachsen“. Sie gehörten zu den fluktuierenden (und meist auch geistig beweglicheren) Elementen des Volkstums. Es waren zugewanderte Deutsche aus anderen Siedlungsgebieten oder aus erst seit einer Generation ansässigen Familien. Doch davon muß später die Rede sein.

Die „Siebenbürger Zeitung“ faßte auch ihre Aufgabe, Wissen und Bildung zu mehren, herzhaft an. Sie belehrte über Pferdezucht, Leinwandbleiche oder Pflege der Wälder. Sie bemerkte „Etwas zur Landwirtschaft“ und sie berichtete über das Theater, am liebsten aber berichtete sie „Merkwürdigkeiten aus Siebenbürgen“.

Sicherlich waren diese Beispiele oft nur die kargen Blätter in dem dürren Gestrüpp der Kanzleiberichte, aber sie gaben der Zeitung doch Leben. Man lobte und tadelte, man erzählte Anekdoten und

Schauergeschichten — man lief aber doch auch — wenn auch nur im Tempo der Postkutsche — den Ereignissen nach. 1788, als der Krieg ausbrach, (Rußland, Türkei, Österreich um die Donaufürstentümer) erschien die Zeitung als „Kriegsbote“ (ab 1792 als „Siebenbürger Bote“).

Man sah in die Welt, man war dabei. Und selbst wenn der Reisekalender 1790 wohl etwas zu bedeutend schrieb, der Bote werde „mit wachsendem Lob in Hermannstadt, Wien und Petersburg gelesen“ — er konnte doch einen Vergleich mit den übrigen europäischen Zeitungen bestehen.

Fragen wir nach der zeitungsgeschichtlichen Einordnung, so finden wir bereits — wenn auch noch unentwickelt — alle Elemente der modernen Zeitung in der „Siebenbürger Zeitung“ vereint: Sie wollte „im Dienst des Tages, aber in geschlossener Führung, der Masse des Volkes jüngstes Gegenwartsgeschehen in kürzester regelmäßiger Folge“ vermitteln.

b) Die josephinischen Reformen und die Broschürenliteratur.

Die Anregungen zur publizistischen Tätigkeit gingen aber nicht nur vom Kaiser aus. Hochmeister war mit seiner Druckerei, seiner Buchhandlung und seinem Vertrieb ausländischer Zeitungen ja schon einem bestehenden Bedürfnis entgegengekommen. Ohne Zweifel war der Drang zur Publizistik ein Zeichen der Zeit, er lebte aus ihren kulturellen und politischen Bedingungen.

In Hermannstadt hatte sich bereits ein literarisches Kränzchen gebildet, war auch sonst in Kaffeehäusern und in einer Loge ein aufnahmebereiter Boden für die Publizistik entstanden. Die Männer, die hier als Publizisten oder als interessierte Leser und als beteiligte Organe der politischen Entwicklung zusammensaßen, wurden durch literarische und politische Interessen zusammengeführt. Die meisten schrieben für ein politisches Ziel: Die josephinischen Reformen hatten nämlich in diesen Jahren große Veränderungen und viel Sorgen nach Siebenbürgen gebracht.

So stand auch hier wohl wieder der Kaiser mit seinen Ideen und Taten weitgehend im Mittelpunkt. Seine Reformen leiteten eine Entwicklung ein, mit der sich jetzt und in Zukunft die siebenbürgische Entwicklung auseinandersetzen mußte.

Von seinen Reformen und ihren Wirkungen in der Publizistik muß darum jetzt zunächst die Rede sein.

Durch verschiedene Maßnahmen suchte er die Trennung der einzelnen Nationen aufzuheben. Zunächst gestattete er schon 1781 den rezipierten Nationen, auf Sachsenboden Grundbesitz zu erwerben. Sie machten von diesem Recht schnell Gebrauch, versuchten auch in die Nachbarschaften und Zünfte einzudringen, 1784 wurde die sächsische Nation für erloschen erklärt, ihr Vermögen eingezogen und ihr Archiv mit dem Gubernialarchiv vereinigt. Das geschah im

Zusammenhang mit der Einteilung des Landes in Komitate. Im gleichen Jahr machte seine Sprachverordnung die deutsche Sprache an Stelle der lateinischen zur Verwaltungssprache.

Gegen die beiden letzten Verordnungen, die von manchen anderen, z. B. der Aufhebung der Hörigkeit, gefolgt waren, erhob sich die Entrüstung des Adels. Sachsen und Madjaren verfaßten zusammen und unabhängig voneinander Staatsschriften und Petitionen, die alten Privilegien wurden hervorgesucht und die Bedeutung der Sprachverordnung wissentlich oder in der ersten Bestürzung von den Madjaren stark übertrieben. Alte Gegensätze glichen sich aus, Sachsen und Madjaren berieten gemeinsam und die siebenbürgischen Madjaren verbanden sich wieder stärker mit ihren Brüdern in Ungarn.

Wenn auch diese Verordnungen im Jahre 1790 wieder aufgehoben wurden, so hatten sie doch bei den führenden Sachsen zu einer Beschäftigung mit den Rechtszuständen und Privilegien, dem Ursprung des Eigenrechts der Sachsen und überhaupt ihrem Herkommen geführt, die Erfahrungen waren in mancherlei Staatsschriften niedergelegt, aber auch gedruckt worden; sie hatten den Wunsch geweckt,

> „es möchte ein Büchel gemacht werden, aus dem jeder Sachs, auch der niedrigste Bauer erkennen könne, was ihm für ein Heil aus dem Wiederaufleben der Nation zugeht, aber auch aus dem er ersehen könnte, was die alten Sachsen für Männer waren und wie wir werden sollten."

Ein solches Buch erschien bereits 1790 bei Mühlsteffen in Hermannstadt: „Die Siebenbürger Sachsen. Eine Volksschrift, herausgegeben bei Aufhebung der für erloschen erklärten Nation":

> „Wir, wir wollen nun selbst unsere Fortdauer, unsern Wohlstand, unsern Flor auf gegenwärtige und künftige Zeiten begründen... Ein Sachse hat gegründete Ursache seine Nation zu schätzen, zu ehren und zu lieben; durch Treu, Redlichkeit und Eifer in jeder Bürgertugend diesem Namen Ehre zu erwerben . . . So muß denn ein Gemeingeist, ein Gemeinsinn, sich all unserer Herzen bemeistern, daß niemand unter uns auf das Dasein allein sehe, vielmehr ein jeder sein eigenes Bestes mit dem Wohl des Ganzen verbindet und demselben unterordnen. Wir haben Vorurteile und tiefgewurzelte Gewohnheiten auszurotten, aber diese glückliche Veränderung, die mit unserm Volk vorgegangen ist, muß uns ganz begeistern und durchglühn und uns Mut, Kraft und Schwung geben, alles für Tugend, Vaterland und Volk getrost zu wagen. Mitbürger, jetzt ist es Zeit. Wir können ein glückliches Volk werden, wenn wir nur wollen."

Zwei Jahre später gab Herrmann seine Übersicht der „Grundverfassungen der sächs. Nation in Siebenbürgen" heraus, eine volkstümliche Zusammenfassung einer eingehenden Untersuchung über die Rechtslage der sächs. Nation, die im gleichen Jahr unter ähnlichem Titel in Offenbach erschienen war und an der „die besten Köpfe der Sachsen Anteil hatten, die beiden Rosenfeld, Soterius, Brandsch, der Gouverneur Brukenthal" (Teutsch).

Andere rechtshistorische Arbeiten erschienen von Fronius, Gräser und Lebrecht, andere anonym; das bedeutendste dieser Werke ist das Buch Eders gewesen:, ‚De initiis juribusque primaevis Saxo-

rum Transilvanorum.“ War nun der größte Teil dieser Broschüren nicht zur Aufklärung des Volkes über seine eigenen Rechte bestimmt, vielmehr als Verteidigungsschriften gegenüber der Regierung und „anderen einflußreichen Kreisen“ gedacht, so sollten sie doch auch, da sie zumeist außerhalb Siebenbürgens erschienen, die öffentliche Meinung Mitteleuropas auf die Sachsen aufmerksam machen. Herrmanns „Grundverfassungen“ erschienen in Offenbach als „ein Beitrag zur Geschichte der Deutschen außerhalb Deutschlands“ und selbst die noch in herkömmlich lateinischer Sprache gedruckte Schrift Eders wurde ein publizistisches Element, als sie in die Hand Schlözers kam und zusammen mit der Volksschrift Müller auszugsweise in den „Staatsanzeigen“ veröffentlicht wurde. In den Volksschriften hatte sich schon der Wille, das historische Recht zu verteidigen, verbunden mit den Bildungstendenzen der Zeit. Diese hatten aber auch schon selbständigen Ausdruck gefunden in einem 1784 erschienenen unförmlichen Buch von 416 Seiten „Die Geschichte von Siebenbürgen in Abendunterhaltungen vors Volk“ von J. Lebrecht, der in dieser Geschichte allerdings nur bis zum Jahre Tausend kam, sie spiegeln sich auch wieder in dem ersten siebenbürgischen Roman, der damals erschien: „Das unerkannte Verbrechen oder die Merkwürdigkeiten Samuel Hirtendorns [16].“

c) **Volksbildungstendenzen, Loge und Lesegesellschaft** und die Entstehung der Zeitschrift (Siebenbürgische Quartalschrift), der madjarischen Zeitung, einer madjarischen und rumänischen Buchliteratur in Siebenbürgen.

Der Geist der Aufklärung war schon vor Joseph II. in Siebenbürgen eingezogen. Dr. Csaki weist in Anlehnung an Traugott Schuster an Hand der Gesangbuchtexte auf die Wendung vom Pietismus zum Rationalismus in diesen Jahren hin und findet die Schnelligkeit, mit der der in Deutschland herrschende Zeitgeist erfaßt wurde, charakteristisch.

Schon die Gründung von Buchhandlungen und Lesegesellschaften, auch der Zeitung, war eine Äußerung dieses Geistes, eine andere war die Gründung einer Zeitschrift, die Herausgabe ungarischer Bücher, der Versuch zur Gründung einer rumänischen Zeitschrift, die fast alle bei Hochmeister erschienen und erscheinen sollten, und die auf einen kleinen Kreis von Männern zurückgingen, die in Loge und Lesegesellschaft zusammensaßen.

Vor allem in der Lesegesellschaft. Sie war nach dem Vorbild der 1784 (im Gründungsjahr der Zeitung) in Hermannstadt zusammengetretenen, von dem Stadtpfarrer Filtsch begründeten, entstanden. Ein Beschluß der Freimaurerloge „Andreas zu den drei Seeblättern“ hatte sie — so wie sie jetzt zusammengesetzt war, ins Leben gerufen. Entsprechend der Zusammensetzung der Loge, in der die Honoratioren des Landes, hauptsächlich aber österreichische Beamte, aber

doch Männer aus allen Nationen zusammensaßen, war auch die Lesegesellschaft zusammengesetzt.

Diese Lesegesellschaft war nun eine Art Dachorganisation für alle literarischen Bestrebungen. In ihr saßen die Männer der Feder und die Männer, die diese Federn stillsetzen oder stillsetzen lassen konnten. Eine größere Bedeutung als die einer gegenseitigen Förderung, darf man ihr aber nicht zuschreiben. Und die gegenseitige Hilfeleistung war noch höchst ungleichmäßig stark.

Die Männer, die die sächsische Publizistik schufen, arbeiteten, — wenn auch viele an diesen Gemeinschaften beteiligt waren — durchaus selbständig. Sie bildeten unter sich einen Kreis, der zwar über Hermannstadt hinausgriff und der im ganzen locker, aber doch durch gegenseitige Freundschaft zusammengehalten wurde. Vor allem aber durch die Persönlichkeit Samuel von Brukenthals, des Gubernators, der in vorderster Front aller Kämpfe um die Rechte seines Volkes stand und weiter durch die Korrespondenz von Filtsch, des rührigen Hermannstädter Stadtpfarrers, der ein eifriger Diener an der großen Aufgabe der sächsischen Geistlichkeit war, als Seelsorger des Volkes zugleich Wächter über seine völkischen Güter zu sein.

Eine kleine Hermannstädter Gruppe bildete unter diesen Publizisten den festen Kreis. Auch Teutsch findet es charakteristisch, daß „zum Teil dieselben Männer, die an der Quartalschrift mitarbeiteten, auch Stützen der politischen Zeitschrift waren[17]“. Die Redaktion der Zeitung besorgten der spätere evangelische Pfarrer in Kleinscheuren, Michael Lebrecht, der Direktor der Römisch-katholischen Normal-Hauptschule Abbé J. Carl Eder und der Oberaufseher der siebenbürgischen Normalschulen, Josef von Lerchenfeld[18].

Die ständigen Mitarbeiter der Quartalschrift waren Lebrecht und Neugeboren (geschichtliche, geographische und literarische Publikationen), Lerchenfeld (naturkundliche) und Mohr, der mehr technische Beihilfe leistete. Herausgeber war zunächst Filtsch allein, dann zusammen mit Eder und Konrektor Binder.

Das waren die literarisch interessierten Theologen. Dazu kamen dann die Männer aus der Verwaltung, die Söhne der alten Sachsenfamilien, die vorwiegend jene politisch-juridische Publizistik schufen, von der schon die Rede war.

Der Inhalt der „Siebenbürgischen Quartalschrift“ war natürlich ein wesentlich anderer als der Inhalt der Zeitung. Sie war als Ganzes eine Frucht der gemeinsamen wissenschaftlichen und politischen Arbeit der führenden Männer im Sachsenland. Und da in erster Linie der Kreis um Filtsch sie trug, also jener Kreis, der wahrscheinlich die erste sächsische Lesegesellschaft bildete, so könnte man sie wohl als das Organ einer sächsischen wissenschaftlichen Gesellschaft bezeichnen und damit ihren Platz innerhalb der Ge-

schichte der Publizistik bestimmen. (Filtsch trug sich ja tatsächlich mit dem Gedanken einer „Sächsischen Sozietät der Wissenschaften".) Historische und naturwissenschaftliche Aufsätze bildeten ihren Inhalt, dazu „Vaterländische Anzeigen", die über das wichtigste Geschehen unterrichteten, auch Biographien und kleinere Forschungsberichte. Sie nannte sich „Siebenbürgische Quartalschrift" und versuchte wirklich das geistige Leben des ganzen Landes in ihren Spalten zu erfassen, sie brachte Seiwerts Geschichte der Siebenbürgischen Katholischen Bischöfe, eine Biographie Johan Keménys, Sitzungsprotokolle der 1793 gegründeten „Ungarischen Literarischen Gesellschaft", Anzeigen und Besprechungen der in Siebenbürgen (zumeist bei Hochmeister) erschienenen madjarischen und rumänischen Bücher und mußte dabei auch bald den sächsischen Standpunkt gegen madjarische Auffassungen vertreten, so z. B. als Benkö in einem Buch „Diaetae sive rectiis Comitia Transilvania eorumque decreta, qua vulgo adpellantur Articuli Diaetales" die Meinung vertrat, daß Szekler und Adel ursprüngliche Einwohner in Siebenbürgen seien und Sachsen und Rumänen als Einwanderer zu gelten hätten [19]. Solche Abwehr mußte bald häufiger geleistet werden.

Teutsch ist vollkommen im Recht, wenn er sagt: „Der Kampf in der Literatur für die Rechte unseres Volkes ist zuerst von den wissenschaftlichen Zeitschriften aufgenommen worden [20]." Aber man würde doch die Männer verkennen, die sie schrieben, die ja auch gleichzeitig an der Gestaltung der Zeitung beteiligt waren, wollte man annehmen, daß erst die brennende politische Notwendigkeit die Zeitschrift zu einem publizistischen Instrument gemacht hätte. Sie war gegründet

> „mit der Absicht der vaterländischen Gemeinnützigkeit. Wie mancher patriotische Gedanke, wie manche ernsthafte Rüge gemeinschädlicher Fehler, wie mancher wohlmeinende Rat zur Vermehrung der häuslichen und öffentlichen Glückseligkeit ist aus Mangel der lauten Mitteilung unwirksam geblieben und wohl selbst für den Ehrenmann, der für das Vaterland zu denken imstande war, verloren gegangen ... Wenn nicht ewig umsonst Geld und Zeit an fruchtlose Lesereien sollen verschwendet werden, so ist man schuldig, dem Vaterland die Früchte dieser Bemühungen vorzulegen, um den Vaterlandsgeist zu nähren."

Man sieht: das Prinzip, das bei der Gründung der Zeitschrift mitwirkte, war das humanitäre und staatsfördernde, das auch die politische Zeitung ins Leben rief. Nur wurde dieses staatliche Prinzip bei der Quartalschrift bereits durchbrochen durch die natürliche Entwicklung zu einer Zeit, als das Leben der Zeitung schon wieder in strengen Zensurordnungen erstarrt war.

Die Begründung der madjarischen und rumänischen Publizistik.

Aus der Lesegesellschaft, in der — wie gesagt — der deutsche (sächsische) Einfluß, der weitaus bedeutendste war, ging auch die

Anregung zur Begründung einer madjarischen und rumänischen Publizistik hervor. Von diesen Anfängen soll eine kurze Übersicht gegeben werden; die deutsche Hilfeleistung soll dabei als ein Hinweis auf die kulturellen Leistungen des Deutschtums in diesem Raum erwähnt sein.

Es muß aber vorher, wenn der Verdacht einseitiger Darstellung vermieden werden soll, betont werden, daß der Drang zur Publizistik in jener Zeit ein allgemeiner war, daß alle Volksgruppen Siebenbürgens in diesen Jahren literarische Leistungen aufzuweisen hatten und daß sie alle nicht nur vom Wohlwollen des Kaisers für die Publizistik unterstützt wurden, sondern auch von dem — seit 1787 — madjarischen Landesgouverneur Baron Banffy, der als ein überzeugter Kosmopolit alle kulturellen Strömungen des Landes förderte, wenn er auch das Wohl seiner madjarischen Nation ganz besonders im Auge behielt.

All die Anregungen und Beihilfen aber, die hier zur Entstehung und Entwicklung einer madjarischen und rumänischen Literatur und Publizistik gegeben wurden, sind undenkbar ohne das deutsche (sächsische) Vorbild und ohne Hochmeisters Druckerei und Verlag. Die erste madjarische Zeitung, der „Erdélyi Magyar Hir Vivö“ sollte 1790 als Übersetzung des „Kriegsboten“ erscheinen, da aber Hochmeister mit einem Teil seines Verlags und auch mit der Zeitung nach Klausenburg übersiedeln wollte, so bat er in einer zweiten Eingabe um das Privileg

> „für eine spezielle ungarische Zeitung . . ., da eine simple Übersetzung des Kriegsboten mehrere Schwierigkeiten und besonders in Rücksicht auf die Zeit, wo jenes Blatt erst nach dessen Verfertigung in die ungarische Sprache übersetzt werden kann, unterworfen ist und die Sache sich also nicht wohl tun lasse[21].“

Sachsen unterstützen die Bestrebungen der von Banffy gegründeten „Ungarischen Literarischen Gesellschaft“. Schon Sardi, der Vorgänger Hochmeisters, hatte, wie erwähnt, ein madjarisch-lateinisches Wörterbuch gedruckt (Pàris Pàpai). Noch 1801 gab Eder eine revidierte Auflage dieses Wörterbuchs heraus. Vorher war von ihm eine „erste Anleitung zur Kenntnis Siebenbürgens“ in madjarischer Sprache erschienen (1796) und auch andere Sachsen hatten wissenschaftliche Werke in madjarischer Sprache erscheinen lassen. Bedeus schrieb ein baufachliches Werk, Johann Binder viele Artikel in der zu Wien erscheinenden madjarischen Zeitschrift „Hirmondo“.

Außerdem erschienen mehrere rumänische Bücher, deren Druck sogar zu Beschwerden Wiener Drucker führten, die ein Privileg zum Druck mit cyrillischen Lettern besaßen. Am 26. Juni 1789 suchte eine Gesellschaft zur Ausbreitung der Bildung unter der walachischen Geistlichkeit[22], einem Plan des Klausenburger rumänischen Arztes Molnar Piuarius[23] folgend, um die Genehmigung einer „Zeitung für den walachischen Landmann“ nach, die zwar — mit Unter-

stützung Banffys — bewilligt wurde, aber doch nicht erscheinen konnte, da sie nicht die beantragte Befreiung von den Postgebühren erhielt und darum für die arme rumänische Bevölkerung zu teuer wurde [24].

Immerhin hat Baritiu in etwa recht, wenn er sagt, daß „die Pflege rumänischer Literatur in diesem Lande gleichzeitig mit der madjarischen begann [25]"; aber Ferenczy [26], der die deutschen wie die madjarischen Zeitungen Siebenbürgens der ungarischen Preßgeschichte bereits in einer Zeit zurechnet, als selbst die Städte der ungarischen Ebene, Preßburg und Ofen, noch deutsch waren, geht u. E. doch etwas zu frei mit den historischen Tatsachen um. Es wäre schon einfacher, die ersten ungarischen Zeitungen und Zeitschriften als Zweige am Stamm der deutschen Publizistik zu sehen, doch wollen wir diese Methode etwas gewaltsamer Vereinfachung historischer Tatsachen nicht übernehmen und die starken eigenen nationalen Kräfte nicht leugnen, die sich hier bereits dokumentierten [27]. Gewiß ist es richtig und notwendig — „Ungarn" als Staats- oder Landschaftsbegriff gefaßt — das Zeitungswesen dieses Raumes zusammenfassend darzustellen. Dann müssen aber klare historische und ethnische Unterscheidungen gemacht werden und es darf nicht in unvoreingenommenen Lesern der Eindruck einer Einheit da erweckt werden, wo in Wirklichkeit bunte Vielfalt herrscht.

B. IV. Der publizistische Raum und die Funktion der Publizistik.

Die Lesewirkung der publizistischen Führungsmittel .

1. Sie erfaßte die Oberschicht in ihren neuen Gemeinschaftsformen.
2. Sie verband die Sachsen mit dem Mutterland, die siebenbürgischen Madjaren mit denen Ungarns.

In diesem Abschnitt soll nicht nur die Frage nach der landschaftlichen und zahlenmäßigen Verbreitung der einzelnen publizistischen Instrumente gestellt werden, sondern auch nach ihrer Tiefenwirkung, d. h. nach ihrem Eingang in die Schichten des Volkes.

Die Zeitung erschien dienstags und freitags, das waren die Tage, an denen die Posten nach „den vornehmsten Provinzialstädten Siebenbürgens, als nach Klausenburg, Cronstadt, Bistritz, Fogarasch, Schäßburg, Elisabethstadt" u. a. m. kommen und gehen [28]. Daß ein beträchtlicher Teil der Auflage in diese Provinzialstädte ging, dafür spricht die Tatsache, daß Hochmeister angab, den Verlag einstellen zu müssen, wenn ihm keine Ermäßigung der Postgebühren bewilligt würde [29].

Die Auflagenhöhe der Zeitung ist leider nicht bekannt; wenn man aber bedenkt, daß die Quartalschrift etwa 150 Praenumeranten hatte und daß erst 1840 die Kronstädter Zeitung mit 1000 Lesern geradezu

einen Rekord erreichte, so darf man die Auflagenhöhe der „Siebenbürger Zeitung“ kaum über 250 schätzen. Gelesen wurde die Zeitung wohl in erster Linie von der zum Beispiel in Hermannstadt

> „nicht unbedeutenden Zahl von Offizieren und Militärbeamten, welche zugleich erhöhte Gehälter beziehn und daher in der Lage sind, auf größerem der bescheidenen bürgerlichen Art entgegengesetztem Fuße zu leben . . . Denn der rechte sächsische Kleinbürger bleibt den öffentlichen Unterhaltungen, dem Kasino, den Wein- und Kaffeehäusern fern, er hält es nicht einmal schicklich, die Vorstellungen im Theater zu besuchen [30].“

Er wird wahrscheinlich auch kaum Zeitungen gelesen haben.

Die Quartalschrift hatte 152 Praenumeranten; jeweils mehrere Exemplare nahmen Preßburger, Pester und Wiener Buchhändler [31]. Nur 17 Logenbrüder bezogen sie, und auch diese waren — außer dem Gouverneur Banffy und einigen madjarischen oder österreichischen Gubernial- oder Militärbeamten — Sachsen. Der größte Absatz ging — wie aus den Praenumerationsverzeichnissen hervorgeht — zu Pfarrern, Ärzten, Apothekern der Landstädte. Dort bildeten sie Stoff für die Lesegesellschaften, die es z. B. in Kronstadt, Mühlbach, Sächsisch-Regen gab.

Beide — Zeitung und Zeitschrift — haben also wohl nur die geistige Oberschicht erfaßt. Die Zeitung außerdem mehr die nicht bodenständigen Elemente, ihre Redakteure standen ja auch selbst nicht fest in der sächsischen Gemeinschaft: Lerchenfeld war ein Kärntner Adliger, Eder war der Sohn eines eingewanderten späteren Kronstädter Magistratsrats und Neugeboren war der Sohn eines Gürtlers aus Quedlinburg [32]. Und alle, die an diesen ersten Anfängen der siebenbürgischen Publizistik beteiligt waren, hatten einige Zeit ihres Lebens in Deutschland verbracht. Von den Volksschriften ist das Müllersche Volksbuch („Die Siebenbürger Sachsen“), wie Teutsch festgestellt hat, „tatsächlich tief ins Volk gedrungen; in allen Bibliotheken findet es sich, in verstaubten Kisten alter Bürgerhäuser [33]“. Daß diese Volksschriften auch das Ohr der gesamtdeutschen Öffentlichkeit gefunden haben, ist an dem Beispiel Eders, der von Schlözer nachgedruckt wurde, schon erwähnt.

Damit ist der Gang durch die erste reiche, zehnjährige Blüte der siebenbürgisch-sächsischen Publizistik zu Ende geführt. Es interessierte zunächst die Grundlage, auf der sie entstand. Es zeigte sich, daß die nicht bodenständigen Elemente in Hermannstadt besonders stark dazu beitrugen, ein öffentliches Leben zu schaffen, in dem auch die Publizistik entstehen konnte. Weiter führten die Ideen der Toleranz und Volksbildung die früher auseinanderstrebenden Kräfte des Landes für kurze Zeit zu gemeinsamer Arbeit zusammen.

Und ferner war es die Initiative des Kaisers und die durch seine Reformen veranlaßte geistige und politische Bewegung der Zeit, die der Publizistik Nahrung und Antrieb gab.

Die Ziele der Publizistik waren folgende:

1. Für „vaterländische“ (siebenb.) Gesinnung zu werben.
2. Für Toleranz und Aufklärung zu wirken.
3. Die Bildung der breiten Massen des Volkes zu heben.
4. Die angegriffenen Rechte des Volkes zu verteidigen.

Sie vertrat damit vor aller Welt nationale Ansprüche und begann die wichtige Rolle, die sie noch bei der Entwicklung der Nationalitätenbewegung im Habsburgerreich spielen sollte.

Und sie entstand in neuen gesellschaftlichen Organisationen (Loge und Lesegesellchaft), zu einer Zeit, als „der Wirkungskreis der Nachbarschaften (also der traditionellen sächsischen gemeinschaftsgebundenen Organe) einer langsamen Zersetzung und Abbröckelung entgegenging [34].

Abschnitt C.

Die Zeit von 1792—1830.

I. Die Wirkung der neuen Zensurverordnungen.

Die Erstarrung des öffentlichen Lebens zu Ende des Jahrhunderts, die Jahrzehnte andauerte, lähmte auch die Publizistik, trotzdem ereigneten sich drei bemerkenswerte Tatsachen, die gleichzeitig die Entwicklung der hier festgestellten Tendenzen der Publizistik charakterisieren.

Nach dem Hofdekret vom 7. September 1790 waren

> „alle Schriften, welche öffentliche landesfürstliche Gesetze und Anordnungen kritisieren und tadeln, ganz dem Verbote zu unterziehen, weil durch Verbreitung solcher Schriften die Folgsamkeit der Untertanen und die Vollziehung der landesfeindlichen Verordnungen geschwächt wird [35].

Kam schon dieses Dekret im Grunde der Auflösung der von Joseph gewährten Pressefreiheit gleich, so wurde in der großen Zahl der nun folgenden Verfügungen die alte Zensur mit ihrer administrativen Willkür wieder in ihre Rechte eingesetzt. Die Stempelsteuer, die 1789 in Höhe von ½ Kreuzer je Nummer eingeführt worden war, wurde für Originalzeitungen 1791 auch auf den Nachdruck ausländischer Zeitungen ausgedehnt, 1792 zwar aufgehoben, 1802 aber wieder eingeführt und 1811 erhöht. Den Zeitungen blieb nichts weiter übrig, als die amtliche und privilegierte „Wiener Zeitung“ nachzudrucken, was der „Siebenbürger Bote“, wie sich der „Kriegsbote“ seit 1792 nannte, denn auch tat [36].

II. Drei publizistische Ereignisse von Bedeutung deuten die Tendenzen an, die sich unter der ruhigen Oberfläche entwickeln.

1. Ein Kampf der Stände gegen die Publizistik als ein Widerstand föderativstaatlicher gegen demokratische Prinzipien.
2. Die „Kritischen Sammlungen über die Herkunft der Deutschen in Siebenbürgen“, von Schlözer und ihre gesamtdeutsche Tendenz.
3. Kazinczys Angriff auf die Sachsen im Tudòmàňyos Gyùtémeny“ (Pest) und Schusters Verteidigung als Vorspiel der kommenden Nationalitätenkämpfe.

1.

Diese Zensurverordnung war nur eine der Maßnahmen, mit denen man versuchte, den vorjosephinischen Zustand wieder einzuführen, aber die neuen Kräfte waren einmal geweckt und mußten notwendig mit den alten zusammenstoßen. 1790 geschah solch ein Zusammenstoß — der zwar selbst unbedeutend, doch größere ahnen ließ — in Siebenbürgen. Am 30. Dezember 1790 beklagten sich die Stände darüber, daß ohne ihren Auftrag und Willen die k. Propositionen bereits gedruckt worden seien. Hochmeister hatte sie sich vom Bevollmächtigten Landtags-Commissär F. M. L. Baron Rall zum Druck erbeten, auch erhalten und veröffentlicht. Die Stände beschlossen, daß künftig Landesangelegenheiten ohne Auftrag und Erlaubnis der Stände nicht gedruckt werden dürften. In der Sitzung vom 14. Jan. 1791 gaben einige „Atyánkfiai" bekannt, daß sie in dem beim Buchdrucker Hochmeister erschienenen deutschen Kalender den von Horia hervorgerufenen Bauernaufstand unter solchen Umständen geschildert lesen, als wenn die Untertanen durch die außerordentliche Härte der Grundherrn aufgereizt worden wären, das stehe mit der Wahrheit nicht im Einklang, sei vielmehr „zur Herabsetzung und Beleidigung des Adels, der Grundherrn und des ganzen Vaterlandes in bezielender Absichtlichkeit ausgedacht" worden. Die beanstandeten Zeitungen und Kalender wurden beschlagnahmt, gleichzeitig wurde dem Gubernium durch eine Deputation angezeigt, daß die

> „Stände das Erscheinen so gefährlicher Werke sich nicht anders herrührend denken können, als daß zur Bücherzensur entweder keine Commissäre bestellt seien, oder dieselben ihrer Pflicht nicht nachkommen, aus diesem Grunde halten es die Stände für notwendig, zur Prüfung der den Landtag betreffenden Werke aus ihrer Mitte bestimmte Persönlichkeiten zu bezeichnen".

Bei der Landtagsverhandlung hatte ein Redner die vom Adel gebilligte Behauptung aufgestellt, das Vorgehen Hochmeisters sei als eine Art von „Infidelität" anzusehen, gegen die die Strafe des Majestätsverbrechens anzuwenden sei [37].

2.

Eine andere Wirkung hatte die sächsische Publizistik in Deutschland. Schlözer hatte, wie erwähnt (S. 19), zwei der siebenbürgischen Schriften erhalten und 1791 in den „Staatsanzeigen" veröffentlicht. Der Eindruck war in Siebenbürgen so stark, daß Schlözer auf Veranlassung von Brukenthal durch Filtsch aufgefordert wurde, „etwas ausführlicheres über unser Volk zu schreiben". Schlözer sagte bereitwillig zu, wurde hauptsächlich von Filtsch mit Material versorgt und schickte „partienweis, das, was er hatte drucken lassen", nach Hermannstadt, wo Filtsch und Rosenfeld die Revision besorgten [38]. So entstanden die „Kritischen Sammlungen zur Geschichte der Deutschen, meist Sachsen genannt, in Siebenbürgen",

die 1796 erschienen. Schlözer bekannte im Vorwort, daß er die ihm

> „übermittelten Facta und Ideen mit Nationalstolz zur Beschreibung einer deutschen Colonie genützt, die mehr Glorreiches und Eigentümliches als irgend eine andere bekannte Kolonie hat, und die wenngleich schon 650 Jahre alt, doch immer noch gewissermaßen als Kolonie existiert".

Herder schrieb im 7. Heft, Jahrgang 1801 der „Erfurter Nachrichten von Gelehrten Sachsen" die Rezension und meinte

> „in einer Zeitenkrise, wie die unsrige ist, wo dem in Ohnmacht gesunkenen, sein Schicksal erwartenden Deutschland so mancher geborene Deutsche in ausländischen Phrasen Hohn spricht, kommt ja wohl ein Buch zurecht, daß dem Charakter der Deutschen nicht etwa nur, wie man laulich sagt, Gerechtigkeit widerfahren läßt, sondern ihre Verdienste aus Tatsachen entwickelt und in Tatsachen so darstellt, daß die Geschichte aufruft zu sagen: Das waren und wollen wir und das waren wir unter mancherlei Himmelsstrichen früher als andere Völker um uns her. Das haben wir geleistet. Von dem Verfasser eines solchen Buches darf man wohl sagen, er habe sich um seine Nation verdient gemacht."

Das Buch fand auch sofort seine Feinde. Filtsch nennt sie [39]:

> „Leute, die unserer Nation nicht wohl wollten, hier und in Wien hatten Nachricht bekommen, was Schlözer für uns arbeite und fürchteten, es möchte ihnen nachteilig sein. Sie ersuchten demnach die Hannöversche Regierung, das Buch, das sie als eine Auslandsschrift zu denunzieren suchten, zu unterdrücken."

Auch diese Schwierigkeiten wurden beseitigt. Die Feinde mußten zum offenen Angriff übergehen. In der Jenaer Literatur-Zeitung erschien eine abfällige Besprechung. Der Hofkanzlist Engel, Zipser Deutscher, hatte sie, wie Filtsch erfuhr, geschrieben. Filtsch schrieb darüber an Seivert:

> „Er soll sich damit sogar groß machen . . . seinen offenbaren bösen Trieb, zu schaden und seine Gehässigkeit wider die Sachsen, womit er den Ungarn die Cour machen und sich, um geschwinder vorwärts zu kommen, etwa einen Izdenczy und Mehecs zu Patronen machen will, kann man durch Schweigen nicht schonen."

Er bestimmte Eder, eine Replik zu verfassen, die in der Quartalschrift erschien [40].

Damit begann der sich immer wiederholende Vorgang, daß jede sächsische Schrift von Bedeutung, ob sie nun in Deutschland oder in Hermannstadt erschien, in deutschen Zeitungen, Zeitschriften oder Büchern eine von madjarischer Seite geschriebene Antwort fand.

Schlözers Schrift aber hatte unstreitig beigetragen, die Verbindung zwischen den Siebenbürger Sachsen und den deutschen Landen zu festigen. Äußere Bindungen waren dafür nur Symptome. Die Königliche Sozietät der Wissenschaften in Göttingen ernannte 1799 Filtsch und Eder zu korrespondierenden Mitgliedern. Gräser wurde 1797 zum Mitglied der „Gesellschaft der teutschen Altertümer" (in Hall in Schwaben) ernannt und Hagers Arbeit „Über das Vorkommen des Goldes in Siebenbürgen" wurde durch Vermittlung der Linnéschen Sozietät in Leipzig, ebenfalls 1797, gedruckt.

3.

Die Quartalschrift stellte 1801 ihr Erscheinen ein, als Ersatz für sie erschienen von 1805—1824 die „Siebenbürgischen Provinzialblätter", die in keiner Weise das Niveau der Quartalschrift erreichten [41]. Über die „Regulation" und die mit ihr verbundenen Kämpfe brachten Zeitung und Zeitschrift nichts, außer der Zensur ist dafür wohl auch die Tatsache verantwortlich zu machen, daß sie den regierenden Kreisen im Sachsenland nicht ganz ungelegen kam; sie stärkte die Macht des Beamtentums [42].

Von dem immer träger fließenden öffentlichen Leben drang nichts mehr in die Zeitungen. Die einzig erwähnenswerte publizistische Leistung stammt aus dem Jahre 1821. Sie ist allerdings so bezeichnend für die Entwicklung der völkischen Gegensätze, daß sie erwähnt werden muß, sie war auch die erste Auseinandersetzung dieser Art über die Grenzen Siebenbürgens hinweg mit einem Madjaren aus Pest.

Franz von Kazinczy, der geistige Führer zur nationalen Einheit der ungarischen Literatur [43], hatte 1818 im „Tudomànyos Gyütemény" (Wissenschaftliche Sammlung), einer Zeitschrift, in der die junge Generation madjarischer Dichtung auf Kazinczys Forderungen aufbauend über seine eigentlichen Ziele hinaus „einen Nationalismus vertrat, der sich vom Guten und Schönen im Ausland abkehrt, bloß weil es ausländisch ist [44]", in dieser Zeitschrift, die ihn selbst immer „mit einem Gefühl von Bedauern, Liebe, Ärger, Furcht und Sehnsucht [45]" erfüllte, Briefe veröffentlicht, die von Elisabethstadt aus dem Jahre 1816 datiert und voll der gehässigsten Bemerkungen über sächsische Zustände waren; er sprach von einem Schmutz der Straßen, der auch von italienischen nicht übertroffen werden könne, von dem mißtönenden Klang der sächsischen Mundart und nannte die Sachsen „Halbe Teutsche, halbe Türken und halbe Ungarn". Martin Schuster, Pfarrer in Meeburg, schrieb eine Entgegnung, ließ sie ins Madjarische übersetzen und derselben Zeitschrift schicken, die sie 1821 auch druckte. Schuster sagte u. a.: „Der Siebenbürger Sachse ist kein halber, sondern ein ganzer Deutscher, deutsch ist seine Sprache, deutsch seine Bildung, deutsch seine Rechtlichkeit." Und er führte zum Beweis Herder an und — ein Zeichen für die nachhaltige Wirkung der „Kritischen Sammlungen" — Schlözer: „Durch 600 Jahre haben sie ihre ganze Deutschheit erhalten."

Die Provinzialblätter brachten diese Entgegnung drei Jahre nach dem sie in Pest erschienen war, 6 Jahre nach dem Angriff, auf den sie sich bezog. Zur gleichen Zeit sangen in Ungarn die Dichter der ungarischen Romantik, das Erdélyi-Muzeum in Klausenburg, das ihnen in Siebenbürgen Resonanz gab, hatte eine Auflage von 1000 Exemplaren [46], der Graf Szécheny hatte bereits sein Einigungs- und Reformwerk begonnen und vor 40 Jahren hatten die Rumänen schon —

wenn auch als sozialer Stand, so doch als geschlossene Masse eines Volkstums — gegen die Grundherren rebelliert. Die Nationalitätenfronten formierten sich und kaum zwanzig Jahre später stand die sächsische Publizistik mitten im Kampf.

II. KAPITEL:

Die Publizistik setzt sich durch.

Zehn Jahre: von 1839—1849.

I. Johann Gött und der Aufbau der Kronstädter Publizistik.
Das „Siebenbürger Wochenblatt" und seine Beiblätter, madjarische und rumänische Zeitungsgründungen.

II. Der Widerstand gegen das „System Metternich".
Die Publizistik als „Werkzeug der öffentlichen Meinung".

III. Die Entwicklung in den Jahren 1840—1848:
1. Die historische Entwicklung.
2. Die Wandlungen der Publizistik.

IV. Die publizistischen Zentren, ihre Zeitungen und ihre Publizisten.

V. Die Funktion der Publizistik,

VI. Der publizistische Raum.
Zusammenfassung der Ereignisse: Die Publizistik beginnt, alle Lebensgebiete zu erfassen, zu durchdringen und zu gestalten. — Die totale Publizistik.

VII. Stephan Ludwig Roth — Der totale Publizist.

I.

Johann Gött und der Aufbau der Kronstädter Publizistik in den Jahren 1837—1840.

Das „Siebenbürger Wochenblatt" und seine Beiblätter. Madjarische und rumänische Zeitungsgründungen.

Wagemut eines Verlegers, technischer Fortschritt und Bildungseifer der Zeit waren — wie in den ersten Jahren 1780—1790 — Antriebe zur Gründung der Zeitungen und Zeitschriften. Sie verkörperten noch in ihrem Entstehen eine zwischenvölkische Zusammenarbeit, die von einem gesamtsiebenbürgischen Bewußtsein getragen war. Das Vorbild Wiens.

Der junge Buchdruckergeselle Johann Gött aus Frankfurt am Main, der im Jahre 1830 auf die Wanderschaft ging, verließ ein Deutschland, in dem die Auseinandersetzung zwischen den Mächten des Alten und Neuen schon stark auf eine Entscheidung drängte. Das liberale Bürgertum — und wo in aller Welt hätten die Buchdrucker nicht dazu gehört? — war durch jahrelange Polizeiherrschaft nicht nur gereizt und radikalisiert, es hatte auch gerade durch die französische Julirevolution neue starke Antriebe bekommen.

Der 20jährige Johann Gött zog über Berlin, Breslau, Brünn, Wien, Graz, Laibach, Triest und Pest nach Hermannstadt[1]. Der Weg, den

er ging, war nicht so außergewöhnlich, wie es heute scheinen mag. Die Städte Kroatiens und der ungarischen Ebene waren damals noch vorwiegend deutsch und bildeten eine gangbare deutsche Brücke zum siebenbürgischen Deutschtum. Noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts war eine ganze Reihe von Spezialhandwerkern diesen Weg gegangen. Sie blieben ja im deutschen Lebensraum. Bis Preßburg sogar noch in Deutschland. Gött wanderte von Hermannstadt weiter nach Bukarest, zog sich aber bald wieder hinter den Karpathengürtel zurück und blieb in Kronstadt. Dort fand er Arbeit in der Honterusdruckerei, deren Leiter Fr. August Herfurth eben gestorben war. Nach kurzer Zeit, am 10. Januar 1834, übernahm er die Druckerei für einen Preis von 3333 Thalern. Im April erwarb er das Bürgerrecht von Kronstadt und heiratete eine Sächsin. Er war einer von den Tatenhungrigen und Erlebnisdurstigen, die die Heimat immer wieder abgibt und oft verliert, weil ihr Unternehmungsgeist auf sehr eigensüchtigem Holz gewachsen ist und sich mit einer starken Anpassungsfähigkeit verbindet. Auch in Götts Leben lassen sich diese drei Charaktereigenschaften nachweisen. Sie wirkten sich zwar — gebunden durch ein gutes Maß deutscher Biederkeit — selten ungünstig aus —, doch geben sie seinem Leben und seiner Zeitung einen eigentümlichen Zug von Inkonsequenz, mangelndem Willen und Ziel. Immerhin hat sich in der siebenbürgischen Familie Gött die Anschauung vererbt, daß der aus Frankfurt eingewanderte, von deutschem Liberalismus erfüllte Ahnherr nach manchen madjarophilen Neigungen ein überzeugter Großösterreicher geworden sei.

Drei Jahre lang druckte er Magistratsvorschriften, Schulbücher und Geschäftspapiere, dann begann er im Laufe eines Jahres eine deutsche, eine madjarische und eine rumänische Zeitung herauszugeben. „Ich halts nicht mehr aus, ich muß was drucken", so leitete er das Unternehmen ein [2].

Das „Siebenbürger Wochenblatt" erschien zum ersten Male — als Probeblatt — am 24. Mai 1837, war von Gött gemeinsam mit dem Buchhändler Nemeth herausgegeben, an der Redaktion waren Professoren des Kronstädter Gymnasiums beteiligt. Die Zeitung sollte nach der Ankündigung auf vier Quartseiten die neuesten Nachrichten des In- und Auslandes bringen und auf weiteren vier Quartseiten Novellen, Erzählungen und Gedichte. Eine Beilage sollte Privatanzeigen und amtliche Bekanntmachungen in allen drei Landessprachen enthalten. Die Zeitung erschien dann auch regelmäßig freitags mit einem Beiblatt, dem „Unterhaltungsblatt für Geist, Gemüth und Publizität", das sich seit 1838 schon „Blätter für Geist, Gemüt und Vaterlandskunde" nannte. Die Anzeigen erschienen je nach Bedarf in einem „Intelligenzblatt", das mit dem Jahre 1840 den Titel „Beiwagen" erhielt. Die Zeitung selbst erschien mit dem Jahre 1840 zweimal wöchentlich (montags und donnerstags), sie legte sich noch zwei Beiblätter zu, den „Satelliten"

und die „Stundenblumen der Gegenwart“. Im politischen Leben drängten sich Ereignisse und Meinungen.

Unter den „achtungswerten Bewohnern dieses Großfürstentums, die die Herausgabe der Zeitung durch ihre Anregung gefördert hatten“, wird sich auch der Graf S. Kemény befunden haben, der bereits in den ersten Nummern mit Beiträgen erscheint. Von ihm ist wohl auch die Herausgabe einer madjarischen Zeitung angeregt worden, die als „Erdélyi Hirlap“ („Siebenbürger Zeitung“) am 4. Jan. 1838 im Verlage Gött zu erscheinen begann, zweimal wöchentlich mit einem halben Bogen politischer Nachrichten herausgegeben wurde und bald ein Unterhaltungsblatt als Nebenblatt führte. Ihr Herausgeber war Hans Köpe, der am Kronstädter evangelisch-lutherischen Gymnasium Professor der madjarischen Sprache war.

Vorher schon, im Juli 1837, hatte Gött den Druck einer rumänischen Wochenschrift, der ersten Siebenbürgens, übernommen[3]. Das „Foaia Duminecii“ („Das Sonntagsblatt“), das unter der Leitung von Rudolf Orghidan und Joan Barac als Organ einer Gesellschaft von Lehrern erschien, machte bald einer anderen Erscheinung Platz, dem „Foaia Saptamânei“ (Wochenblatt), das der damalige Professor der rumänischen Schule in Kronstadt und später bekannte Publizist, George Baritiu, herausgab. Zwar erschienen von dieser Zeitschrift nur zwei Nummern, doch wurde sie im Januar 1838 durch ein politisches Nachrichtenblatt ersetzt, der „Gazeta de Transilvania“ später „Gazeta Transilvaniei“ („Siebenbürgischen Zeitung“), die lange Jahre unter Leitung von Baritiu und einem dem orthodoxen Bischof Lemeny nahestehenden Professor des katholischen Gymnasiums: Jacob Muresianu blieb. Sie hat als erste den Kampf des rumänischen Volkes in Siebenbürgen in der Publizistik verfochten und ihn auch als letzte noch geführt. Sie besteht bis heute. Als Beiblatt erschien auch mit ihr 1838 ein „Foaia literară“ („Literarisches Blatt“), das sich bald den Titel „Foaia pentru minte, inimă si literatură“ (Blatt für Geist, Gemüt und Literatur“) zulegte.

Diese ersten rumänischen Zeitungen erschienen mit cyrillischen Lettern, die sie bis zum Jahre 1861 beibehielten. Die Gründung dieser Zeitungen entsprang keiner anderen Absicht, als auch die Gründung der ersten Zeitungen und Zeitschriften (1780—1790) in Hermannstadt: Sie sollten dem Fortschritt und der Aufklärung dienen und die westeuropäische Entwicklung nachholen. Auch die hier wieder so starke Beteiligung deutscher Kräfte am Aufbau fremdvölkischen Schrifttums war wohl in verlegerischen Interessen aber nicht weniger auch in liberalen Vorstellungen von Volksbildung und Menschheitsaufgaben begründet. Hier wirkten noch Aufklärungs-Bestrebungen nach.

Die Einleitung zu den „Blättern für Geist, Gemüth und Publizistik“ hätte in ihren wesentlichen Teilen genau so gut 1790 geschrieben sein

können, ja die Neugeborensche Einleitung der Quartalschrift hat ihr offenbar als Vorbild gedient. Es heißt nämlich:

„Sie will auch dem fleißigen Bürger, der nicht Gelehrter von Profession ist, noch sein kann, ja auch dem ganzen Volke die nötige Belehrung gönnen ... Sie hat sich zum Ziel gesetzt, Ausarbeitungen moralischen, wissenschaftlichen, naturhistorischen und landwirtschaftlichen Inhalts zu liefern ... ganz vorzüglich aber dem Volk im allgemeinen über manches Belehrung und Aufschluß zu geben, die Liebe des Vaterlandes in sein Gemüt zu pflanzen."

Das sind die gleichen Absichten und Ideale wie 1790 („den Vaterlandsgeist zu nähren"). Nur ist der Drang nach breitester Öffentlichkeit dieser Publizistik noch stärker betont:

„Wir haben unsere Einsicht und Kenntnisse nicht den Gelehrten mitzuteilen, sondern dem Volk, denn jene besitzen sie schon und vielleicht in einem weit höheren Maße als wir selbst; aber für dieses ist Bildung erforderlich und zwar in einer populären Schreibart."

Und weiter heißt es dann:

„Es reicht das lesende Publikum soweit die Sprache reicht, weit über die Atmosphäre der Gelehrten und weit über die Grenzen des Landes hinaus ... Es können sich die Deutschen in literarischer Hinsicht an Deutschland, die Ungarn ans Königreich Ungarn, die Walachen an ihre Sprachverwandten anschließen."

Damit war die Bedeutung der Publizistik für die nationale Sonderung und gleichzeitig für die Verdichtung des Volksbewußtseins im Prinzip erkannt, wenn dieses Prinzip auch die Publizistik noch nicht erfüllte.

Auch äußeres Bild und Inhalt der Zeitung hatten sich wenig verändert. Die Nachrichten waren noch unpersönlicher geworden und fast ausschließlich der „Wiener Zeitung", dem „Österreichischen Beobachter" und der „Allgemeinen Zeitung" entnommen. Die unterhaltenden und belehrenden Artikel der „Blätter für Geist, Gemüt und Vaterlandskunde" waren mehr allgemeinen Inhalts; sie kopierten den Stil des Pfennigmagazins, das — nach Elek — auch dem Foaia Literară zum Vorbild diente [4].

Man wird sich erinnern, daß Gött aus Deutschland kam, wo man schon den „Rheinischen Merkur" erlebt hatte, gesinnungsstarke Zeitungen wie den „Preußischen Korrespondenten" und die „Deutschen Blätter", die die alte trockene Avisenzeitung überwanden. Auch seine Mitarbeiter waren zum Teil durch ihr Universitätsstudium in Deutschland mit dieser Entwicklung vertraut. Um so mehr wird man sich wundern, daß die Kronstädter Zeitungen noch weit hinter solchen Vorbildern zurückblieben.

Trotzdem hatte das gute Gründe: Die Zensur wachte eifersüchtig darüber, daß keine anderen Nachrichten verbreitet wurden, als die Regierung sie wünschte. Die politischen Nachrichten druckte man also weitgehend aus der offiziellen „Wiener Zeitung" ab, dann begab man sich nicht in die Gefahr. Und die „Wiener Zeitung" war so farblos wie je. — Bei den Lesern aber bestand auch wenig Bedarf nach

freier Meinung und die Ereignisse im Lande selbst gingen ihren gewohnten Gang. Sie Sachsen lebten 1837 noch ihre „stillen Jahre".

II.

Der Widerstand gegen das „System Metternich".

Bei den Sachsen: Der Kampf gegen die Schäden der Regulation und für die „Rechte des Individuums".

Bei den Madjaren: Kampf gegen die Wiener Zentralregierung und für die Selbständigkeit Ungarns.

Beide Bewegungen hatten einen gemeinsamen Gegner: die Bürokratie. Sie waren getragen von den liberalen Ideen einer jungen Generation und hatten gemeinsam ein neues Mittel des Kampfes: Die Publizistik. Sie war gedacht als „Werkzeug der öffentlichen Meinung".

Ludwig Kossuth und der Kampf um die Öffentlichkeit.

Die starre (und seit den Regulationen nicht mehr lebensvolle) ständische Gebundenheit des sächsischen Lebens wird langsam durchbrochen: Vereinsgründungen — Anträge auf Öffentlichkeit der Vertretungskörperschaften — freiere Publizistik.

In der sächsischen Geschichtsschreibung hat man die ersten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts die „stillen Jahre" genannt und hat den Mann, der (nach Bismarcks Urteil) „dem europäischen Kontinent während fast einem Menschenalter die Richtung gegeben hat", den Staatskanzler Fürst Metternich auch hier für den Stillstand dieser Jahre verantwortlich gemacht. Soweit man annimmt, daß sein streng historischer Rechtsstandpunkt von vorn herein einen gesunden Ausgleich mit den jungen nationalen Kräften unmöglich machte und ganze Wellen von Erbitterung in gefährlichem Maße bei den Madjaren, auch bei den Rumänen aufstaute, ist das sicher richtig. Auch die allgemeine Abneigung dieser Zeit gegen jede Art von Reform entspricht sicherlich seinem Grundsatz, daß das seit einigen hundert Jahren Bewährte auch weiterhin gut sein müsse. Die Publizistik kann in seiner Politik, die den Wert und die Dauer von Volkserhebungen nicht anerkannte, keine große Rolle gespielt haben. Aber doch tut man ihm unrecht, wenn man annimmt, er hätte auch hier alle neuen Kräfte gehemmt.

Vor Beginn des Feldzuges von 1809 hatte er sehr empfohlen, die Operationen des Heeres durch eine geeignete Propaganda zu unterstützen. Er war an der Gründung der „Vaterländischen Blätter" beteiligt und förderte die publizistische Arbeit von Gentz, Schlegel u. a.[5]. 1811 hat die Siebenbürgische Hofkanzlei die Gründung von „zweckmäßig redigierten" madjarischen Zeitungen empfohlen[6]. Damals entstand in Klausenburg der „Hazai Híradó", aus dem der „Erdélyi Híradó" („Siebenbürger Bote") hervorging. Die Anregung wird nicht ohne sein Wissen ausgegeben worden sein. 1837 bekam Gött noch ohne Schwierigkeit sein Privileg für drei Zeitungen, auch die Taxgebühr wurde ihm erlassen[7]. Soweit hielt man sich in der

Hofkanzlei auch damals noch an die Verordnung des Jahres 1810, daß „kein nützlicher Gedanke in der ganzen Monarchie ungehört bleiben“ solle.

Weit hemmender und kleinlicher war allerdings der Polizeiminister Sedlnitzky und seine Zensurbehörde [8] und noch drückender wirkte der „metternichsche Geist“ in den kleinsten Amtsstuben. „Der letzte Dorfhann kopierte den allgewaltigen Staatsminister in seinem Kreise ... Und vor allem die grausliche Geheimniskrämerei, die Scheu vor der Behandlung öffentlicher Dinge: Die staatliche Zensur ward durch eine gesellschaftliche ergänzt [9].“

Dies alles verstärkte die Erbitterung und damit die Werbekraft liberaler Ideen. Sie verbanden sich in Ungarn mit den Wünschen nach nationaler Selbständigkeit. Im Sachsenland lösten sie den Widerstand gegen das seit der Regulation allmächtige Beamtentum aus.

Worin bestand diese Regulation und was war ihre Wirkung [10]? Kurz gesagt, nahm sie den Sachsen die freiheitliche Verfassung und setzte an die Stelle einer aus kleinsten Zellen sich aufbauenden Selbstverwaltung die Macht eines Beamtenapparates. Die Kommunitäten wurden nicht mehr aus der Zahl der achtbaren Bürger unter Einfluß der Nachbar- und Stadt-Hannen und Zunftmeister gewählt, vielmehr bestimmten umgekehrt die lebenslänglichen Mitglieder der Kommunität die Zunftmeister und wirkten mit bei der Bestellung der Hannen. Die Kommunität hatte eine festgesetzte Zahl von 100 Mitgliedern. Schied eines durch den Tod aus diesem Kreise aus, so bestimmten die restlichen 99 unter sich den Nachfolger. Der Erfolg war nicht nur eine Zusammenfassung der Verwaltung in den Händen einflußreicher Familien, sondern auch eine Überalterung der Körperschaften. Die kleinen Zellen des Gemeinschaftslebens aber büßten die gerade für unsere Betrachtungen so wichtige Funktion eines Ausgleichs der Meinungen und einer Vertretung aller berechtigten Wünsche in der Gemeinschaft ein. Dazu kam bei den Zünften noch ein Schwund ihrer Bedeutung, der mit dem Rückgang des Gewerbes und der Konkurrenz des Großhandels zusammenhing. Das feinere städtische Leben und die große Machtfülle entfremdeten die Beamten auch langsam dem Leben ihrer Nachbarschaften und untergruben auf solche Weise auch die geschlossene Lebenseinheit der sächsischen Stadt. Damals kam es auf — wie Teutsch sagt — „in dem Beamten den ‚Herrn‘ dem Bürger gegenüber zu stellen [11]“.

Gegner dieses Systems waren einmal die Jungen, die mit liberalen Ideen von deutschen Universitäten kamen, meistens „Theologen“ (Pfarrer und Gymnasial-Lehrer). Sie hatten nach dieser Verfassung keinen Einfluß mehr auf die öffentlichen Angelegenheiten und die innere Verwaltung. Sie fanden eine gewisse Anhängerschaft unter dem sozial absinkenden Gewerbestande, vor allem bei seinen jüngeren Vertretern.

In Ungarn hatte die Opposition eine andere Zusammensetzung und zum Teil andere Gründe. Sie kämpfte für freiheitlich-nationale Ziele. Aber der selbständige großungarische Staat, den sie erstrebte, sollte das Madjarentum zur Herrschaft über die anderen Völker Ungarns führen. Nationale Ideale und soziale Hoffnungen kamen hier zu einem seltenen Einklang. Die Erfüllung all dieser Hoffnungen gewährte der alleinige Besitz der Staatsmaschinerie, die von Wien aus zentral geleitet wurde.

So hatte also die Opposition unter den Siebenbürger Sachsen und die madjarische Opposition zunächst einen gemeinsamen Gegner: das großösterreichische Beamtentum, das „System Metternich". Und ein Mittel des Kampfes, das ganz neu war und dazu noch dem herrschenden System direkt widersprach: Die Publizistik, als ein Instrument, die Unzufriedenen aufzurufen und zu sammeln und die organisierte Unzufriedenheit der größeren Zahl als eine reale Macht gegen die Macht des Staates zu setzen. Sie brauchte dazu das Recht öffentlicher Kritik an allen staatlichen Maßnahmen. Darum forderte sie zuerst und zuletzt: Öffentlichkeit und Freiheit der Presse. In Ungarn ist diese Entwicklung der Publizistik, ihr erster großer und sofort umfassender Einsatz, die Zeit ihrer vielleicht für immer größten Wirksamkeit verbunden mit dem Namen Ludwig Kossuths. Seine Arbeit, seine publizistischen Methoden — z. B. in der Gestaltung des „Pesti Hirlap" — wirkten aber weiter auch auf die Entwicklung der siebenbürgischen Publizistik ein [12].

Im Jahre 1832 kamen die Abgeordneten des Preßburger Reichstages zusammen, um über die Möglichkeit immer besserer und schnellerer Berichte von den Reichstagssitzungen zu beratschlagen. Die mündlichen Berichte der Abgeordneten vor den Kongregationen schufen nur eine lockere Verbindung zu den Wählern und erfaßten die nichtwahlberechtigten Teile des Volkes garnicht. Ludwig Kossuth, damals Jurat (d. h. ein mit besonderen Vollmachten ausgestatteter Sekretär eines Abgeordneten) entwarf den Plan einer Zeitung, die nur Parlamentsnachrichten enthalten sollte. Die Zeitung wurde geschaffen und er selbst — nach dem ersten Mißerfolg eines anderen Beauftragten — mit ihrer Leitung betraut. Damit war, wollte schon die Regierung nicht den Reichstag von Preßburg nach Pest verlegen, eine andere Art der Verbindung des Volkes mit seinen Abgeordneten hergestellt [13].

Mitarbeiter Ludwig Kossuths an diesem „Landtagsdiarium" war ein gewisser C. Hajnik. Er trug das gleiche Prinzip nach Siebenbürgen. 1841 wählte ihn der Siebenbürgische Landtag auf Antrag der madjarischen Oppositionspartei zum Landtagsstenographen [14]. Das war eine bis dahin nicht gekannte Einrichtung. Das Stenogramm wurde im „Beszédektara" (Stenogr. Protokoll) gedruckt und verkauft. Der Absatz kam schließlich ins Stocken und die Veröffentlichung hörte auf. Sie hat aber einen Erfolg gehabt: im Jahre 1841

enthalten die siebenbürgischen Zeitungen zum erstenmal ausführliche Verhandlungsberichte des Landtags, nachdem sie früher nur nach Ablauf einer Sitzungsperiode zusammenfassende Protokolle bringen konnten, oder bestenfalls die feierlichen Eröffnungsansprachen. Das Prinzip der Verhandlungen hinter verschlossenen Türen war damit einmal durchbrochen. Auch in den sächsischen Städten fand es mehr und mehr entschlossene Gegner. Schäßburg stellte 1838 den Antrag, die Universitätssitzungen sollten öffentlich sein, dasselbe forderte 1843 Leschkirch. Am 2. Oktober 1843 beschloß die Kronstädter Distriktsversammlung, daß „ein unter weiser Umsicht verfertigter und zur Öffentlichkeit geeigneter Auszug" aus ihrem Protokoll im Wochenblatt veröffentlicht werden sollte. Und im Jahre 1845 beriet man in Hermannstadt darüber, wenigstens den Juristen Zutritt zu den Kommunitätsversammlungen zu geben [15].

Das war aber nur ein sehr kleines Zugeständnis, die Forderung ging schon viel weiter. Man verlangte vollkommene Pressefreiheit, Öffentlichkeit für sämtliche Vertretungskörperschaften, Mitarbeit des Volkes.

Die Opposition hatte sich inzwischen auch in der sächsischen Publizistik — zwar zögernd —. aber mit wachsender Offenheit gemeldet. Am spätesten in den Zeitungen. Doch hier kämpfte sie bald mit großem Eifer und sichtbarer Wirkung.

* * *

Ein besonderes Kennzeichen bewegter Zeiten ist immer der verstärkte Drang zum Zusammenschluß Gleichgesinnter. In Siebenbürgen erleben wir in den dreißiger und vierziger Jahren eine große Zahl von Vereinsgründungen, von Kreditvereinen, Gewerbevereinen, Genossenschaften. Gründungen mit den verschiedensten wirtschaftlichen, geselligen, wissenschaftlichen Zielen und Absichten. Wo räumliche Entfernungen den Zusammenschluß erschwerten, stellte die Publizistik die Verbindung her.

Im Jahre 1833 wurde von dem Feldkriegssekretär Jos. Benigni von Mildenberg und dem Professor C. Neugeboren in der Thierrschen Buchhandlung in Hermannstadt die „Transsilvania" herausgegeben, eine periodische Zeitschrift für Landeskunde. Sie wollte

> „den vielen gelehrten und erfahrenen Männern, welche in den verschiedenen Teilen des Landes sich mit den mannigfaltigsten Forschungen in allen Zweigen der Landeskunde beschäftigten, einen Mittelpunkt darbieten [16]." Sie bereitete damit die Gründung des bekannten „Vereins für Siebenbürgische Landeskunde" vor, die wenige Jahre später erfolgte.

Die Landtage von 1837 und 1841 hatten mit ihren Auseinandersetzungen über die Geschäftssprache des Landtags auch bereits die ersten Sprachkämpfe entfacht. Da unter den Sachsen nicht jeder mit der Haltung der Abgeordneten einverstanden war, hatte

sich eine kleine und verstreute Opposition schon in Pamphleten und Spottgedichten zu Wort gemeldet [17].

Um die gleiche Zeit begann auch der Kampf der Meinungen in die Zeitungen einzudringen. Benigni von Mildenberg übernahm 1836 die Redaktion des Boten und gleich wurde die Zeitung freier in ihrer Nachrichtenauswahl.

Und auch das „Siebenbürger Wochenblatt", das sich ebenfalls sehr stark darauf verlegte, neben der „Allgemeinen Zeitung" die „Wiener Zeitung" auszubeuten, übernahm im Laufe der Zeit viel mehr Nachrichten aus dem „Österreichischen Beobachter" und aus madjarischen Blättern.

1838 legte sich das Wochenblatt vorübergehend ein Oktavblättchen bei, die „Mimosen", ein feuilletonistisches Beiblatt, in dem man gleich mit Kritik begann. Dann regten sich kritische Stimmen bald auch im Handelsteil und schließlich 1841 gab man in Kronstadt Kommentare zu den politischen Ereignissen. Dann begannen die Auseinandersetzungen um die Sprachenfrage und die Union, um Verfassungsrecht und Gewerbefreiheit, um Öffentlichkeit und Preßfreiheit, um die Rechte des einzelnen und der Nation. Die Nachricht trat zurück und die Meinung beherrschte die Front. Den Leitartikel übernahm man von Ungarn [18]. — In den Zeitungen und um die Zeitungen stritten sich die Parteien. Doch scheint es nicht zufällig, daß sie sich zuerst nur in den Beiblättern meldeten und über die Beiblätter in die Zeitung eindrangen.

Die Wirkung dieser agressiven Publizistik in der Öffentlichkeit kann man nicht groß genug sehen. Man muß sich ein Bild von ihr machen, wenn man überhaupt verstehen will, eine wie große Veränderung sie mit sich brachte und wie stark die Publizistik die Formen des öffentlichen Lebens veränderte. Wenn man vor allem die Gläubigkeit verstehen will, mit der die Welt damals in diesem neuen Prinzip eine Waffe der ewigen Gerechtigkeit und Wahrheit zu sehen glaubte. Von den vielen lustigen Geschichten über die Wirkung solch freier Meinungsäußerungen auf die Zeitgenossen soll hier nur die bezeichnende Stelle eines Briefes von Johann Gött an Jakob Rannicher zitiert werden. Anfang 1847 hatte Rannicher einen Artikel über „Kirchenfragen" für das Wochenblatt geschrieben, in dem er u. a. genaue Rechnungslegung gefordert hatte. Gött schreibt ihm über den Erfolg dieses Artikels [19]:

> „Der Herr Nationsgraf hat Himmel und Erde aufgeboten, die Sache in Hermannstadt in das alte Geleise zu bringen. Durch drei Tage bemühte er sich die aufgeregten Gemüter in Hermannstadt zur Ruhe zu bringen. Ein großer Teil der evangelischen Bürgerschaft Hermannstadts ist gegen den Stadtpfarrer und wollte Aufdeckung aller Sünden. Der Comes ließ Magistrat, Communität, die einzelnen Zünfte und die Geistlichkeit zu sich kommen und erst nach drei Tagen ist es ihm gelungen, die Aufregung niederzuschlagen und wenigstens einen scheinbaren

Frieden herzustellen. Da kommt der Briefkasten in der Zeitung an. Die Fortsetzung der „Kirchenfragen" ist signalisiert und er will augenblicklich eine Stafette an mich abgehen lassen, um den Druck für eine kurze Zeit aufzuhalten und die Gemüter nicht neuerdings in Aufruhr bringen. Man sagt ihm, es werde nichts helfen und so beordert er den Comitialsekretär, der auch gestern bei mir war und sich seines Auftrages entledigte. Von ihm erfuhr ich alles."

III. (und IV.)

Die Entwicklung in den Jahren 1840—1848.

1. Die historische Entwicklung.
2. Die Wandlungen der Publizistik.
   (a) Die Zeitung soll bilden, Wissen vermitteln, „dem Fortschritt dienen". (Das alte Bildungsprinzip der Zeitung.) Stephan Ludwig Roths Vorschläge zur Gründung von drei Zeitungen — Gründung des „Siebenbürger Volksfreundes" — Neue Sparten.
   b) Die Publizistik soll „die öffentliche Meinung" ermitteln. Die Zeitungen stehen allen Ansichten offen. — Auseinandersetzungen um innere Reformen. (Der Gegensatz Juristen, Theologen — Konservativ/liberal). — Der Sprachkampf. (Der verschärfte Gegensatz: Sachsen/Madjaren). Die Anschlußfrage (Der konservativ/liberale Gegensatz führte über diese Frage zur verhängnisvollen Spaltung der Sachsen in zwei Lager).
   Aus dem „Sprechsaal der Öffentlichkeit" wurde die Gruppenpresse und die Parteipublizistik.)

Die geschichtlichen Ereignisse müssen — nachdem die wichtigsten Kräfte der Epoche schon genannt worden sind, hier nur kurz aufgezählt werden.

Schon der Landtag von 1837 hatte die Sprachenfrage gestellt. Die madjarische Mehrheit wünschte Madjarisch als Verwaltungs- und Gesetzessprache und der Landtag legte mit zögernder Zustimmung der Sachsen diesen Wunsch dem Kaiser vor.

1841 wählte die Regierung aus den drei vom Landtag vorgeschlagenen Männern den Grafen Teleki, er war Anhänger der Liberalen [20], also der entschieden madjarisch-nationalen Gruppe, die in Ungarn längst den Anschluß Siebenbürgens verlangt hatte. Die Verhandlungen des 41er Landtages standen schon ganz unter dem Zeichen des Nationalitätenkampfes.

Der Landtag von 1846 hatte die Frage der Union schon aufgeworfen. In Ungarn hatte die schärfste Vertreterin dieser Forderung, die Oppositionspartei, im Reichstag vom November 1847 ihre Stellung sichtlich verstärkt. Ihre Forderung nach Selbständigkeit und Verfassung, freier Presse, freiem Versammlungs- und Vereinsrecht wurden von Deák in ein Programm gebracht, das auch die Einheit der Monarchie stark betonte. Damit nahm man der Regierungspartei — in deren Lager jetzt auch der Graf Széchenyi, der Gründer der Ungarischen Akademie und eigentliche Erwecker der madjarischen Nation stand — den letzten Wind aus den Segeln. Und die Erfolge der

französischen Februarrevolution (1848) wirkten wie ein lang erwartetes Signal, das Steuer umzuwerfen.

Die Revolution, die am 13. März in Wien ausgebrochen war, Metternich fortgefegt und vom guten Kaiser Ferdinand: („Der Nandel ist ein Trottel" pflegten die Wiener zu seiner Entschuldigung zu sagen) die Preßfreiheit und die Zusicherung einer Verfassung erzwungen hatte, brach am 14. März in Pest aus. Studenten, Juraten und Journalisten stellten am 15. März in einer Volksversammlung 12 Punkte als Forderung der Nation auf. Der erste Punkt verlangte „Preßfreiheit mit Vernichtung der Zensur", der letzte „Verbindung Siebenbürgens mit Ungarn".

Die Verquickung der liberalen mit den national-madjarischen Forderungen brachte endgültig Verwirrung in das sächsische Lager. Schäßburg, Mediasch, Kronstadt und andere Städte und Distrikte, in denen die Anhänger der Reformen den größten Einfluß hatten, waren für die Union. Hermannstadt war dagegen. Der Landtag stimmte natürlich für die Union (er hätte sie auch gegen die Sachsen durchgesetzt) und die sächsischen Abgeordneten fielen in die Eljen-Rufe ein. Aber in Hermannstadt, das seinen Abgeordneten andere Weisungen mitgegeben hatte, flaggte man Schwarz-Gelb. In Kronstadt und anderen unionsbereiten Städten flaggte man Rot-Weiß-Grün. Daneben setzte man aber Schwarz-Rot-Gold als Zeichen der Sympathie und Begeisterung für die Vorgänge in Deutschland. Als diese schwarz-rot-goldenen Fahnen in Broos und Kronstadt von den Madjaren abgerissen wurden, als bewaffnete Szekler in die sächsischen Städte eindrangen, als von der Sicherung der nationalen Rechte immer weniger die Rede war und immer mehr von der Assimilation der Nichtmadjaren, da bildeten die Sachsen ihre Bürgerwehren. Und als Ungarn seine Verbindung mit Österreich aufsagte und der Krieg ausbrach, da standen die Sachsen geschlossen auf Seiten Österreichs.

Der Revolutionsgeneral Bem marschierte in die sächsischen Städte ein. Viele Sachsen — Gegner der Union — flohen in die Walachei. Benigni, der Redakteur des „Boten", wurde von den Madjaren erschlagen, Stephan Ludwig Roth wurde in Klausenburg erschossen. Mit Hilfe russischer Regimenter und mit Hilfe der Nationialitäten — Kroaten, Rumänen — schlug Österreich den ungarischen Aufstand nieder. Die Deutschen jenseits der Leitha hatten auf beiden Seiten gestanden. Die Deutschen der ungarischen Ebene und des Banats fast ausnahmslos bei Kossuth, die Siebenbürger Sachsen bei Habsburg. Sie sollten alle den verdienten Lohn haben. Das Jahr 1849 führte den österreichischen Zentralismus ein.

Soweit der historische Hintergrund für die Entwicklung der sächsischen Publizistik.

In diesen Auseinandersetzungen waren die Kronstädter Zeitungen am längsten bestrebt, Meinung und Gegenmeinung zu

Wort kommen zu lassen. In Hermannstadt gab man diese Methode den madjarischen Angriffen gegenüber sofort auf.

Auch in inneren Angelegenheiten verloren die Zeitungen bald den Charakter eines „Sprechsaals der Meinungen", so sehr man dieses Prinzip in Kronstadt auch noch betonte. In Wirklichkeit hatte sich um das Wochenblatt ebenso wie um den Boten ein fester Kreis von Mitarbeitern gebildet, der eine weitgehend einheitliche Auffassung vertrat. Hatten diese Mitarbeiter des Boten immerhin noch die gemeinsame persönliche Verbindung der gleichen Stadt, ja waren sie zumeist Angestellte einer Institution: der Rechtsakademie, so saßen die Mitarbeiter der Kronstädter Blätter im ganzen Land, sie waren gesammelt und zusammengehalten durch die Zeitung und bildeten eine Art „Wochenblattspartei". — Wie sehr diese Parteien die Publizistik in den Händen hatten, zeigt sich am besten in den Jahren 1848/49, im Kampf um die Union.

IV.

Die publizistischen Zentren, die Zeitungen und die Publizisten.

Hermannstadt, als Sitz des Beamtentums, vertrat die konservative Partei (Juristen, ältere Generation).
Kronstadt sammelte die Opposition (Theologen, jüngere Generation). — Starke Beteiligung von Nichtsachsen (mutterländischen Deutschen, Österreichern und Madjaren) an der Publizistik. Bedeutende Einzelstimmen: Marlin, Geltch, Dan. Roth (St. L. Roth).
Die rumänische Publizistik Kronstadts und Blasendorfs.
Klausenburg als Zentrum der madjarischen Publizistik.

In Hermannstadt bestand immer noch der „Siebenbürger Bote", die alte Zeitung Hochmeisters. Seit dem Jahre 1836 zeichnete der Feldkriegssekretär Joseph Benigni von Mildenberg[21] verantwortlich. Er war 1782 in Wien als Sohn eines böhmisch-österreichischen Hofagenten geboren und 1797 in Kriegsdienste getreten. 1813 hatte man ihn als Feldkriegssekretär zum Generaldirektor beim Generalkommando in Hermannstadt bestimmt, 1822 erlangte er dort das Bürgerrecht und 1834 trat er in den Ruhestand. Seit dieser Zeit beginnt seine größte politische Wirksamkeit am „Boten", an der „Transsilvania" und als Professor an der 1843 eröffneten Rechtsakademie. Wie schnell sich der Inhalt des „Boten" änderte, als Benigni die Redaktion übernahm, war bereits erwähnt (S. 38). 1838 und 1839 war auch wöchentlich ein Beiblatt erschienen, das „Siebenbürger Bürgerblatt", in dem sich die ersten Auseinandersetzungen mit Zeitumständen finden. 1844 übernahm die „Transsilvania" diese Aufgabe des Bürgerblatts.

Inzwischen hatte Benigni — seit 1842 — schon angefangen, leitende Artikel zu schreiben, in denen er sich oft täglich mit den Klausenburger madjarischen Zeitungen auseinandersetzen mußte. Schrieb er im Boten fast alles selbst, so war die „Transsilvania" in diesen Jahren das wichtigste Sprachrohr der gleichgesinnten Hermann-

städter Publizisten, vor allem I. K. Schullers, der sie zuerst redigierte. Nach ihm übernahmen Friedrich Hann, Daniel Roth und Jakob Rannicher vorübergehend die Redaktion. Die „Transsilvania" enthielt neben den politischen Erörterungen landeskundliche Aufsätze, kleine Nachrichten aus aller Welt und satirische Betrachtungen über Zeitereignisse, die ersten Glossen. Seit Ende 1843 wurde ein „Beiblatt für Landwirtschaft und Gewerbe" hinzugefügt, dessen ersten Aufsatz Stephan Ludwig Roth schrieb. Es bestand bis 1847 und beschäftigte sich im wesentlichen mit den Lebensgebieten, die sein Titel ihm zuwies, konnte auch aber dort sich nicht jenseits des Zeitgeschehens aufhalten. Seine Gründung selbst war schon eine politische Tat.

Das Hauptblatt, der „Siebenbürger Bote", veränderte in diesen Jahren sein Aussehen, die Nachrichten schrumpften auf oft weniger als eine Seite zusammen, Aufsätze und Polemik füllten seine Spalten. Die erste Seite begann mit einem zweispaltig (also über die ganze Breite) gesetzten Leitartikel, der gewöhnlich auf die zweite, manchmal auf die dritte Seite überlief.

Auch das Format war größer geworden, 1844 wollte er seinen Titel ändern und sich „Siebenbürgisch-Sächsische Nationalzeitung" nennen. Der Titel erregte aber Anstoß bei der Behörde [22] und er behielt seinen Namen bei, nannte sich nur im Untertitel: „Zeitung für nationale Interessen, Geschichte und Landeskunde, Landwirtschaft und Gewerbe. — Weltchronik". Er vertrat eine national-sächsische im Rahmen einer großösterreichischen Politik, seine leitenden und schreibenden Männer waren fast ausnahmlos österreichische Beamte, zum Teil in höheren Hofämtern.

Neben Benigni schrieb zuweilen Bedeus von Scharberg, der 1782 geboren, 1827 Hofsekretär bei der Siebenbürgischen Hofkanzlei in Wien und 1837 zum Oberlandeskommissär in Siebenbürgen ernannt wurde. Er nahm z. B. an den Arbeiten des Landeskundevereins einen regen und tätigen Anteil; eine Reihe geographischer Werke gibt davon Zeugnis. Er griff aber auch durch eine Reihe von Artikeln und einige in Wien verlegte Broschüren in die politischen Auseinandersetzungen ein.

Neben ihm ist zu nennen Ludwig Freiherr von Rosenfeld, der 1804 geborene Sohn eines siebenbürgischen Thesauriatsrates, der 1824 nach Wien und in ein Hofamt kam und 1843 bereits zum Hofrat ernannt wurde.

Eine ähnliche Laufbahn hatte der Freiherr Eugen von Friedenfels eingeschlagen, ein Amt als Kanzlist beim siebenbürgischen Gubernium brachte den 20jährigen, der 1827 mit seinem Stiefvater Bedeus von Scharberg nach Wien gezogen war, wieder nach Siebenbürgen zurück. Die Zeit seiner bedeutenden politisch publizistischen Tätigkeit beginnt erst 1860, als er unter Schmerling Direktor des Wiener Preßleitungskomitees wurde.

Diese Männer — zu ihnen kam noch von Reichenstein, der aber publizistisch weniger hervortrat — bildeten den Kern der konservativen Partei. Sie waren — außer Benigni — Söhne bedeutender sächsischer Beamtenfamilien, aus dem Kreise jener Patrizier, die 1790 fast allein das erste publizistische Leben getragen hatten. Sie beherrschten das politische und gesellschaftliche Leben in Hermannstadt, obwohl sie selbst häufig oder ständig in Wien waren. Sie hatten in Benigni und Schuller ihre publizistischen Vertreter, alle gehörten der älteren Generation an und vertraten staatsrechtlich weitgehend den historischen Standpunkt.

Von Benigni ist bereits gesprochen. Schuller, ein Pfarrerssohn und Gymnasialprofessor, 1794 geboren, hatte sich mit manchen wissenschaftlichen Arbeiten und mit literarischer Publizistik bekannt gemacht, als er die Redaktion der „Transsilvania" übernahm. In dieser Beilage des Boten hatte er 1843 auf eine maßvolle, gegen Kossuth gerichtete Rede Széchenys hingewiesen. „Sie möge alle diejenigen, die in Gefahr stehen, durch die Erscheinungen der neuesten Zeit an der ganzen ungarischen Nation irre zu werden, eines besseren belehren." Szécheny hatte ihm darauf in einem Brief geantwortet. Davon hatten die madjarischen Liberalen gehört und griffen Schuller und Szécheny an. Das erregte ihn so, daß er jetzt einer der eifrigsten Publizisten wurde, die überhaupt in die Sprachenfrage und Unionsdebatte eingriffen [23]. Er verfaßte eine Erklärung gegen die Union und ließ sie von Tausenden unterschreiben. In den Auseinandersetzungen um die innere Verfassung der sächsischen Nation stand dieser Kreis auf dem Standpunkt, daß „der Bau wohl gegründet" und die Öffentlichkeit eine unnütze Forderung sei, daß insbesondere die Geistlichen und Lehrer (die gegen das beschränkte Wahlrecht kämpften)

> „ebenso wenig wie die Literaten auf Grund der wissenschaftlichen Bildung allein Anspruch auf Einnahme in den Kommunitäten machen können, sondern nur insofern sie den erforderlichen Grundbesitz und die nötige Kenntnis der in der Kommunität zu verhandelnden Geschäfte und das Vertrauen der Wähler besitzen [24]."

In der Betrachtung der madjarischen Entwicklung ließ man sich in Hermannstadt nicht durch liberale Schlagworte beeinflussen (für die man dort wenig Verständnis besaß) und behauptete:

> „Für diejenigen, welche ... in und unter Ungarn gelebt und sich mit ihren Schriften seit 10—15 Jahren vertraut gemacht hatten, ... war es schon seit geraumer Zeit kein Geheimnis mehr, daß das Madjarentum, wie es durch Kossuth vertreten wurde, bereits seit Jahren auf einen doppelten Zweck lossteuerte: auf die Gründung eines eigenen unabhängigen Madjarenreiches und auf die Unterdrückung des deutschen, slawischen und walachischen Elements in Ungarn [25]."

Darum waren sie gegen die Union.

Zu ihnen kam noch ein kleiner Kreis, der nicht so stark in Überlieferungen sächsischen Beamtentums lebte, z. T. aus einer anderen sozialen Schicht kam, wie Zimmermann, und dazu noch einer jüngeren

Generation angehörte, wie Rannicher, oder aus anderen deutschen Landen eingewandert war, wie Heinrich Schmidt. Sie hatten mehr Verständnis für innere Reformen. Jakob Rannicher, der erst 1823 als Sohn einer Exulantenfamilie aus der Hermannstädter Unterstadt geboren war, schrieb mehrere Aufsätze für Gött, die Aufsehen erregten (S. 38/39). Er war — nachdem er zunächst auch Theologie studieren wollte, Schüler der Rechtsakademie geworden. Während seiner Primanerzeit hatte er bereits mehrere Male gepredigt und sich des besonderen Zustroms der Hermannstädter Unterstadt erfreut, die in ihm einen der ihren sah und ihm zeitlebens Sympathie entgegentrug. (Auch noch, als er 1874 ins opportunistische, madjarophile Lager überging.)

J. A. Zimmermann war 1810 in Schäßburg als Sohn eines Riemermeisters geboren und hatte seine juridisch-politischen Studien in Klausenburg absolviert, er las Rechtsgeschichte an der Hermannstädter Rechtsakademie und bearbeitete mit seinen Schülern (z. B. Rannicher) eine Reihe sehr wichtiger aktueller Fragen, z. B. das Comeswahlrecht. — Er hatte 1844 eine Reise nach Deutschland gemacht und wollte in Hermannstadt einen „juridisch-politischen Leseverein" gründen, (der ja z. B. in Wien mit so großem politischem Erfolg ins Leben gerufen worden war.) Das wurde ihm nicht gestattet. Als die Reußmärker ihn zum Landtagsabgeordneten wählten, tadelte die Transsilvania „dieses Beispiel einer Neuerung", denn er war nicht Mitglied der Wahlbürgerschaft. Als er der Hermannstädter Communität angehörte — im Jahre 1844 — und der Orator gegen Gött wegen eines Wochenblatt-Artikels einen Prozeß anstrengen wollte, stellte er den Antrag, — und brachte ihn durch: die Communität wünsche für die sächsische Presse dieselbe Bewegungsfreiheit, wie sie die madjarische auch habe.

Er wußte — ebenso auch Rannicher — diese Wünsche nach inneren Reformen zurückzustellen vor der entscheidenden Frage der Union, in der er, wie alle Mitglieder der Rechtsakademie, den Hermannstädter ablehnenden Standpunkt vertrat. Fast alle Hermannstädter Publizisten gehörten, wie sich herausstellt, der Rechtsakademie an, oder waren an ihrer Gründung beteiligt. Zu ihnen gehört noch ein letzter, dessen Wirksamkeit ebenso wie die Rannichers und Zimmermanns erst in den späteren Jahren beginnt, der sich aber auch 1848 schon zum Wort meldete: Heinrich Schmidt. Er war 1815 in Preßburg geboren, hatte in Jena studiert und war 1844 auch an die Hermannstädter Rechtsakademie berufen. Von Mai bis November 1848 gab er eine eigene Zeitschrift heraus, ein „Unterhaltungsblatt für die Gegenwart"; die Unterhaltungen waren rein politischer Natur und gegen die Union gerichtet.

Eine andere Zeitung, die seit 1844 in Hermannstadt erschien, war die vielleicht bezeichnendste Erscheinung für die publizistische Regsamkeit dieser Zeit: „Der Siebenbürger Volksfreund.

— Ein Wochenblatt für den Gewerbs- und Landmann." Es wurde herausgegeben von dem Schnellenburger Pfarrer Johann Filtsch, dem Gewerbeschulprofessor Joseph Seitz und dem Gymnasialprofessor Joh. Michaelis [26].

Der Niemescher Pfarrer Stephan Ludwig Roth hatte schon früher eine ähnliche Zeitung angeregt, auch die bestehenden Zeitungen hatten in ihrer Stoffauswahl begonnen, sich den Fragen des sächsischen Bauerntums und des kleinen Bürgertums anzunehmen. Diese Zeitung aber wollte ganz bewußt in Stil und Inhalt nur den Menschen dienen, die bisher Zeitungen und Zeitschriften nicht lasen und nicht lesen konnten. Und sie wollte dabei vor allem wieder belehren. Gewerbliche und landwirtschaftliche Maßnahmen, Anregungen und Sorgen waren ihr wichtigster Inhalt. Sie verfolgte in erster Linie Volksbildungszwecke, machte aber auch im Jahre 1848 seinen Lesern klar, daß das Wort „Union" von hinten nach vorne zu lesen sei („Noi-Nu" rumän. = Wir nicht!).

So war also die Hermannstädter Publizistik einheitlich unionsgegnerisch, in inneren Reformfragen überwiegend ablehnend oder gleichgültig. Die Opposition sammelte sich in Kronstadt. Die alte, immer latente aber selten gefährliche Rivalität der beiden größten sächsischen Städte wurde hier (und später noch häufiger) der Untergrund des politischen Zwiespalts, in den das Sachsenland zerfiel.

Die Kronstädter Blätter.

In Kronstadt bestand das „Siebenbürger Wochenblatt" seit 10 Jahren, es hatte sich zu einem großen Unternehmen und — wenn man so will — zu einem vielseitigen publizistischen Instrument entwickelt. Es war längst nicht mehr jene alte Avisenzeitung, die unpolitisch Nachricht an Nachricht reihte. Es versuchte Jahre hindurch die politischen Ströme des Landes zu sammeln und wurde schließlich ganz von selbst das Blatt der Opposition. Dieser Tatsache trug dann Gött, der Verleger, nach 1848 dadurch Rechnung, daß er am 26. März 1849 dem Redakteur Leopold Max Moltke die — nunmehr sogenannte — „Kronstädter Zeitung" übergab und sie damit zum ausgesprochenen Parteiorgan machte.

Unter den Beiblättern des Wochenblatts waren die „Unterhaltungsblätter für Geist, Gemüt und Vaterlandskunde" und der „Satellit" die wichtigsten. Sie waren der Teil der Zeitung, den Gött zum „Sprechsaal des ganzen Volkes [27]" machen wollte. In den „Blättern" wurden vielleicht mehr die allgemeiner gehaltenen auch historischen und landeskundlichen Aufsätze veröffentlicht; der „Satellit" behandelte und kommentierte — manchmal in Leitartikeln — das Tagesgeschehen [28]. Eine genaue Abgrenzung läßt sich allerdings hier nicht ziehen. Die „Stundenblumen der Gegenwart" brachten nur Unterhaltungsstoff und sollten den „Grundstock für eine Damenbibliothek liefern" — der in

Kronstadt in Garnison liegende Kavallerieleutnant Baron Heyne-Geldern hatte sie angeregt.

Als diese „Stundenblumen" 1845 eingingen, trat an ihre Stelle ein „Album für Geschichte, Literatur und alle Denk- und Merkwürdigkeiten Siebenbürgens", geschaffen auf Anregung des Grafen Kemény, monatlich beigelegt und redigiert von Anton Kurz, einem jungen Wiener, der Jura studiert hatte, aber schließlich das Josephstädter Theater leitete, dann vor seinen Gläubigern und der Polizei fliehen mußte, und zunächst nach Hamburg, dann nach Pest ging, bis ihn um 1840 der Graf Kemény als Gast bei sich aufnahm. Sehr viele Beiträge dieses „Albums" sind von Kemény und Kurz selbst geschrieben.

Das Wochenblatt, als Hauptblatt, blieb also dem Nachrichtendienst offen. Doch finden sich in ihm auch Auseinandersetzungen mit den Gegnern, vor allem wurden die persönlichen Streitigkeiten der Kronstädter Blätter gegen die Hermannstädter Publizistik in seinen Spalten ausgetragen. Die Nachrichten, die es brachte, hatten sich seit 10 Jahren sehr verändert, waren freier und mutiger und werbender in den Formulierungen. Die Auswahl beschränkte sich nicht mehr auf die Wiener und Augsburger Zeitung. Goellner fand in einer genauen Untersuchung über die Revolutionsberichte aus den Donaufürstentümern [29], daß die Siebenbürger Sächsischen Zeitungen ihre Nachrichten aus der „Semaine", dem „Journal de Petersburg", der „Bukarester Zeitung", „România" und „Poporul Suveran" entnahmen, in den Donaufürstentümern aber vor allem durch eigene Korrespondenten vertreten waren.

Die Publizisten:

Verleger und Herausgeber war Johann Gött. Von ihm ist bereits ausführlich gesprochen worden (S. 30/31). Seine Mitarbeiter hatten — den Hermannstädter Publizisten gegenüber — eines gemeinsam: sie gehörten ausnahmslos zur jüngeren Generation. Im übrigen lassen sie sich auch wieder in zwei Kreise trennen. Zunächst waren es die Professoren am Kronstädter evangelischen Gymnasium: Joseph Dück, Johann Georg Giesel und Karl Kraft [30]. Dazu kamen junge Professoren (Gymnasiallehrer) und Pfarrer aus dem Sachsenland, aus Schäßburg vor allem Karl Goes, M. A. Schuster, Georg Binder und — Georg Daniel Teutsch [31].

Das waren die Vertreter des Theologenstandes, der gegen die Juristen um seine „Emanzipation" kämpfte, der die Meinung vertrat:

> „Die politische Stellung der Geistlichen und Lehrer entbehrt einer positiven Rechtsbegründung in den Bestimmungen und Prinzipien und dem Geist der Urkunden, auf welchen die politische Verfassung der Sachsen beruht [32]."

Sie waren alle in den letzten 20 Jahren auf deutschen Universitäten gewesen, also in einer Zeit, wo der betonte, stark westliche Züge

tragende Liberalismus Kurswert hatte und sie hatten die liberalen Ideale des deutschen Bürgertums zu den ihren gemacht. Sie waren auch für Öffentlichkeit der Verwaltung, Beteiligung des Volkes, Freiheit der Presse, Abbau der Schranken des Gewerbslebens.

Die Fragen des gewerblichen Lebens bewegten nun wieder ganz besonders die Kronstädter Bürger und sie wurden diskutiert im Gewerbeverein. Dazu gehörte Gött nun selbst und zwei andere Vertreter des Kronstädter Bürgertums besaß das Wochenblatt wohl noch in dem Prokurator Martin Schnell und dem Senator von Roth. Ihren Standpunkt vertrat die Zeitung, wenn sie schrieb, daß

> „die Zunftseinrichtung bei den dermaligen Rechtsansichten und volkswirtschaftlichen Ansprüchen kein Daseinsrecht mehr habe. Unsere Zeit ist nun einmal jedem Monopolzwang und Rechts- und Humanitätsbegriffen durchaus abgeneigt [33]."

Das waren die Publizisten, die sich in erster Linie um die Reform des inneren Lebens bemühten.

Dazu kamen andere, die zu diesen Fragen des sächsischen Gemeinschaftslebens von vornherein wenig Verhältnis hatten, aber durchglüht waren von liberalen Ideen und im Sinne des Fortschritts und der Freiheit wirken wollten. Sie waren es schließlich, die in den entscheidenden Monaten der Unionsfrage — als die Theologen und Lehrer sich immer mehr zurückhielten — die Zeitung und ihre Meinung bestimmten und sie schließlich dann auch in ihre Leitung nahmen. Das waren Leopold Max Moltke und Anton Kurz. Moltke war in Kiel geboren, als Sohn eines Stadtrates Gustav von Moltke, der aber sein Adelsprädikat schon abgelegt hatte. Er hatte eine große Neigung zu wissenschaftlichem Studium, wurde aber aus Zwang und Not Kaufmann, trat in eine Berliner Buchhandlung ein, kam von dort nach Frankfurt, wo er 1841 eine Gedichtsammlung herausgab, dann nach Tirnau und Pest und von Pest auf Empfehlung des Buchhändlers Hartleben nach Siebenbürgen und Kronstadt. Hier beteiligte er sich an der Gründung eines Männer-Gesang-Vereins, machte sich außerdem durch seine publizistische Arbeit und als Oden- und Liederdichter bekannt und schuf u. a. die Volkshymne „Siebenbürgen, Land des Segens". — Über Kurz ist weiter oben schon berichtet (S. 46).

Beide, Moltke und Kurz, hatten aus ihrer Heimat die kritiklose Begeisterung für alle Freiheitsbewegungen mitgebracht, die dort in der Polenbegeisterung und der freiwilligen Beteiligung an dem griechischen Freiheitskampf zum Ausdruck kam. Sie sahen auch in den Anstrengungen Kossuths nur die reine Begeisterung für die Idee nationaler Freiheit [34] — Kurz war sogar mit Kossuth bekannt — und sie sahen nicht die Gefahr einer madjarischen Herrschaft über die anderen Nationen des ungarischen Raums. Sie hatten einen großen Einfluß auf Gött, der ihnen seine Zeitung immer mehr zur Verfügung stellte. Darin bestärkten ihn wohl auch die Verbindungen, die seine Zeitung stets zu madjarischen Kreisen gehabt hatte. Der Graf Kèmény gehörte zu seinen ältesten Mitarbeitern und hatte dem

„Album für Geschichte, Literatur usw." viele Beiträge geliefert, im Jahre 1844 viele Monate hindurch einen Gedenkkalender für das Wochenblatt zusammengestellt, der an der Spitze jeder Ausgabe erschien und auf wichtige Erinnerungstage (vor allem der madjarischen Geschichte) hinwies. Neben ihm war der Romanschriftsteller Graf Nikolaus Josika regelmäßig in den Kronstädter Blättern zu lesen.

Unter solchen Einflüssen begrüßte das Wochenblatt am 27. März 1848 mit einer großen goldenen Kopfzeile die Preßfreiheit. „Frei ist die Presse" — „Es lebe Kaiser Ferdinand. Es leben die braven Wiener." Und es gelobte: „Wir werden nun frei, aber besonnen uns bewegen, wir werden nach Recht und Wahrheit streben unter Fernhaltung alles Persönlichen, verbunden mit einer der Gesellschaft schuldigen Anständigkeit [35]." Es sah in der Ankündigung einer Verfassung das Signal zur engsten und treuesten Verbrüderung aller Nationen des Kaiserreiches und es sah diesen freiheitlichen, brüderlichen Geist am meisten in Ungarn lebendig.

Als am 18. März Ludwig Kossuth im „Pesti Hirlap" die Siebenbürger zur Union aufrief: „Der madjarische Stamm darf nicht mehr ein doppeltes Vaterland haben", da übernahm das Wochenblatt diesen Aufruf. Es übersah, daß nur von den Madjaren die Rede gewesen war und fügte hinzu:

> „In diesen Wunsch stimmen wir ein. Die Zeiten sind urplötzlich andere geworden. Ungarn beginnt auf breiten, demokratisch-liberalen Grundlagen eine politische Neugeburt; es strebt, ein jugendlicher Phoenix, entstanden aus der Asche mehrhundertjähriger verknöcherter Feudalinstitutionen mit riesigen Kräften zur höchsten Idee vom Staat heran . . . Bei einer auf solchen Grundlagen zustandegekommenen Vereinigung kann unser Vaterland mit seinen verschiedenartigen Interessen nur gewinnen."

Die Ereignisse des Jahres 1848, der Ausbruch des Bürgerkrieges, der Hermannstadt ohne Zögern auf österreichischer Seite sah, der Einfall von schwerbewaffneten Szeklern in sächsische Gemeinden, führte auch in Kronstadt zur Bildung von Bürgerwehren, die einen großen Zulauf hatten und zu der vom Wochenblatt gezeigten Madjarenbegeisterung Kronstadts in einigem Widerspruch stehen. Wohl hatte das Wochenblatt, als immer wieder die schwarz-rot-goldenen Fahnen entfernt wurden, geschrieben: „Man treibe den Sachsen durch heillose Übergriffe nicht zum Äußersten, der Sachse hat weder Mut noch Ehre verloren." Als aber der von Kossuth eingesetzte Landeskommissar Ladislaus Csany, derselbe, der das Todesurteil gegen Stephan Ludwig Roth unterzeichnet und vollstreckt hatte, in Kronstadt einzog, da schrieb die Zeitung, die Bürgerschaft habe mit Sehnsucht der Ankunft Csanys entgegengesehen. Da hießen die Schwarz-Gelb-Gesinnten nur noch österreichische Kamarillasklaven und schwarzgelbe Söldlinge. Und der „verhaßten Dynastie" wünschte man, sie möge „zu Grabe wanken [36]".

Das geschah bereits unter der neuen Leitung Max Moltkes, der im übrigen ein gutmütiger, tief veranlagter, aber damals von den politischen Leidenschaften ungeheuer erregter Mann war. Die Zeitung hatte sich einen anderen Namen gegeben und ab 23. Mai 1849 „Kronstädter Zeitung" genannt, sie wurde „entschieden freisinnig" geführt [37].

Als Ende des Jahres 1849 General Bem Kronstadt verlassen mußte, folgten ihm Kurz und Moltke. Kurz fiel als Honvedmajor bei Schäßburg an der Seite Bems. Moltke kam bei Vilagos in Gefangenschaft und wurde 1852 wieder freigelassen. Er zog nach Deutschland zurück, wo er noch lange literarisch tätig war.

* * *

An dieser Stelle mögen noch drei sächsische Publizisten genannt sein, die durch ihre besondere Stellung oder Leistung hervorragen: Jos. Marlin, Fr. Geltch und Daniel Roth. Dem Wirken Stephan Ludwig Roths soll am Ende dieses Kapitels ein besonderer Abschnitt gewidmet sein.

Marlin war der erste sächsische Schriftsteller, der ausschließlich von den Erträgnissen seiner schriftstellerischen Arbeit lebte. Er gehörte zur jungen Generation, war erst 1824 geboren und glühte für die liberalen Freiheitsideen. Im Spätherbst 1846 druckten die „Blätter für Geist, Gemüt usw." fünf seiner Gedichte; der Rest, den der Rotstift der Zensur von Zwölfen gelassen hatte. Vaterland, Volkstum und Freiheit sind die Leitgedanken dieser Strophen, die später zum Teil unter dem Titel „Freie Sonette" in den Gedichtband „Politische Kreuzzüge im Sachsenland" aufgenommen wurden. Die politische Lyrik Rückerts, vor allem die „Geharnischten Sonette", waren ihm Vorbild gewesen. In den Jahren 1847—49 erschienen mehrere Romane, geschichtlichen oder exotisch-orientalischen Vorwurfs, außerdem ein Drama „Dezebalus" und die „Siebenbürgischen Erzählungen". Diese mit dem Ziel

> „mindestens einigen Anteil an meiner dem deutschen Volk fast gänzlich fremden Heimat zu wecken und ihr Scherflein dazu beizutragen, das deutsche Mutterland an die vergessene Tochter in Siebenbürgen zu mahnen".

Wieder rief die sächsische Publizistik herüber nach Deutschland. Das Bekenntnis zum Volkstum hinderte Marlin nicht, sich noch 1849, als die Doppelgesichtigkeit der madjarischen Bewegung deutlich genug erkennbar war, aus reiner Freiheitsbegeisterung der Armee Kossuths anzuschließen. Er wurde Nationalgardist und rief im Wochenblatt seine Landsleute auf, für die Union einzustehen. Sein Vater warnte darauf ebenfalls im Wochenblatt seine Mitbürger, die stürmischen Entschlüsse seines Sohnes nachzuahmen. Der Nationalgardist Marlin konnte sich nämlich auch zur Unionsbroschüre Daniel Roth („Wider die Union und zugleich ein Wort von einer möglichen Dakoromanischen Monarchie . . .") bekennen, also zur Ausgliede-

rung Siebenbürgens aus dem ungarischen Staatsverband. „Seine politischen und bürgerlichen Anschauungen wuchsen — wie Karl Kurt Klein[38] sagt — auf dem Boden einer ungezügelten Begeisterung."

Ein anderer Vertreter dieser politischen Lyrik, aber wesentlich gerader und klarer in seinen Anschauungen und seiner Entwicklung war der (1815 geborene) Rektor in Broos, J. F. Geltch. Er schuf das „Liederbuch der Siebenbürger Sachsen" und sandte es an Ernst Moritz Arndt, der dem Verfasser bescheinigte, daß er helfen wolle

> „deutsches Recht und deutsches Gesetz in seiner Urklarheit und Uraechtheit im Liede heraufzubeschwören; die Heroen aus ihrer Geschichte zu besingen und auf solche Weise namentlich das Gemüt der Jugend für alles Schöne und Erhabene zu begeistern, zu gleicher Tat anzufeuern und die Zukunft des Volkes zu sichern".

Eine in mancher Beziehung außergewöhnliche Erscheinung war Daniel Roth. Er hatte (1801 als Sohn eines Tischermeisters geboren) in Wien Theologie studiert, wurde als evangelischer Pfarrer nach Jassy in die Moldau berufen und beteiligte sich dort an der Gründung des Medizinischen Lesevereins (1830), „aus dem sich die erste und von grundlegender Bedeutung gewordene wissenschaftliche Gesellschaft Rumäniens entwickelte". Anfang der 30er Jahre zog er nach München, um Medizin zu studieren. 1836 kehrte er nach Siebenbürgen zurück, wurde Pfarrer in Kastenholz, war aber auch zeitweise in Hermannstadt und übte abwechselnd seinen ärztlichen und seinen geistlichen Beruf aus, meistens gleichzeitig beide. Die siebenbürgische Literatur kennt ihn als den Verfasser einer Reihe von geschichtlichen Erzählungen und Dramen, die Publizistik als vorübergehenden Redakteur der „Transsilvania", vor allem aber als Verfasser der im Mai 1848 erschienenen Broschüre: „Von der Union und nebenbei ein Wort über eine mögliche Dakoromanische Monarchie unter Österreichs Führung." — Er lehnte die Union mit Ungarn zunächst einmal vom historischen Standpunkt aus ab. Niemals habe eine Verwaltungseinheit Siebenbürgens mit Ungarn bestanden. Siebenbürgen sei immer nur durch die Person des Königs mit Ungarn verbunden gewesen. Die kosmopolitischen Motive fand er zu wenig real; denn daß die Madjaren madjarisieren wollen, ist ihm nach den Worten ihrer Zeitungen nicht mehr zweifelhaft. Ein weiterer Beweis für die drohende Madjarisierung schien ihm auch die Art und Weise zu sein, in der die Zensur gegen die sächsischen Zeitungen ausgeübt werde und die in Hermannstadt ein unitarischer Madjare und in Kronstadt ein „fanatischer katholischer Priester" besorge. Er schlägt vor, gemeinsame Sache mit den Rumänen zu machen und ein dakoromanisches Reich (Siebenbürgen-Moldau-Walachei) unter der Krone des deutschen Kaisers in Wien zu errichten. Damit dann „sowohl die Rumänen von dem russischen Druck zu befreien und damit auch die unvermeidliche Loslösung der Ungarn aus dem Verbande der Mo-

narchie zu verhindern". Die Broschüre — der Verfasser hatte bereits einen geachteten Namen — erregte Aufsehen und fand auch sofort öffentliche Gegner und Freunde. Sie war wohl die bemerkenswerteste der vielen Flugschriften, die im Jahre 1848 erschienen und nicht nur Hermannstadt und Kronstadt, z. T. auch Wien zum Druckort hatten. Der Biograph Daniel Roths — Alfred Roth [39] — hat den großen Anteil der geistigen Bewegung Deutschlands an den Auffassungen Roths dargelegt und Karl-Kurt Klein [40] hat darauf hingewiesen, daß ein entschiedenes Bildungselement Roths seine Begegnung mit dem Rumänentum gewesen sei. Das drückt sich ja auch wohl in seinem politischen Programm aus. Ein Hinweis auf die deutschen Quellen Roths ist seine Auffassung über die Grund-Rechte des Volkstums. Wir finden sie gleichzeitig wieder in verblüffender Ähnlichkeit in den Reden auf dem rumänischen Nationalkongreß in Blasendorf und sehen in dieser Übereinstimmung eine reale Grundlage für die von Roth angestrebte deutsch-rumänische Zusammenarbeit. Roth schreibt:

> „Nur auf der Grundlage der Nationalität entwickelt sich ein Volk und wird es groß und glücklich. Nur eine solche Verfassung und solche Institutionen, welche auf der Grundlage der Nationalität fußen, passen für das Volk und bedingen seine geistige und leibliche Wohlfahrt, aufgedrungene oder angenommene, aus dem Wesen einer fremden Nationalität hervorgegangene Institutionen wird sich ein Volk nie aneignen — — die Nationalität ist für ein Volk, was die Individualität für das Einzelwesen."

Am 3. Mai 1848 formulierte auf dem rumänischen Nationalkongreß in Blasendorf einer der führenden Männer des siebenbürgischen Rumänentums, Simeon Bărnutiu, die rumänische Auffassung über das Recht des Volkstums mit folgenden Worten:

> „Wehe der Nation, die nicht auf eigenen Füßen geht, oder nur sieht mit den Augen anderer Nationen. Kein Lichtstrahl der Kultur wird bis zum Grunde dieses Volkes vordringen, sie wird wirklich ungebildet bleiben, eine Blinde und eine Dienerin räuberischer Nationen. So ist es! Ohne Nationalität keine Freiheit; nirgendwo Licht und überall nur Ketten, Finsternis und Erstarrung. Was das Wasser für die Fische, die Luft für die Vögel und für alles, was lebt, was das Licht für die Augen, die Sonne für das Wachstum der Pflanze, das Wort für den Gedanken, das ist die Nationalität für jedes Volk. In ihrem Namen sprechen wir heute mit unsern Vätern, die tausend Jahre vor uns gelebt haben, in ihr werden uns unsere Enkel und Urenkel kennen nach tausend Jahren. Die Nationalität ist der mächtigste Antrieb, für das Wohl der Menschheit zu arbeiten . . . Die Nationalität ist unsere Freiheit [41]."

Die Übereinstimmung beider Auffassungen ist eindeutig. Die Frage, wieweit sie etwa durch gegenseitige Beeinflussung und Aussprache zustande kam, kann hier nicht weiter aufgeworfen werden. Jedenfalls ist anzunehmen, daß beide, Roth und Bărnutiu, sich kannten. Bărnutiu war in Jassy der Führer einer bedeutsamen rumänischen literarischen Bewegung und war schon tätig zu der Zeit, als auch Roth in Jassy war und sich stark in rumänischen wissenschaftlichen Kreisen bewegte.

Aber soviel ist klar: Die hier vorgetragene Auffassung entspricht der Volkstums-Auffassung der deutschen Romantik. Und festzuhalten ist die Übereinstimmung der deutschen und der rumänischen Auffassung über das Lebensrecht des Volkstums, eine Übereinstimmung, die bis 1918 in Siebenbürgen immer wieder bestand. Zwar glaubte um die Jahrhundertwende — in Siebenbürgen wie im Deutschen Reich — die deutsche politische Führung aus taktischen Gründen diese Auffassung manchmal leugnen zu können. Doch blieb sie im deutschen Volk immer lebendig und wurde schließlich — durch wissenschaftliche Erkenntnisse der Rassen- und Volksforschung unterbaut — bestimmend für seine staatliche Politik. Das rumänische Volk hat mit diesen Grundsätzen seine staatliche Einheit gewinnen können. Leider scheint der großrumänische Staat sie sehr häufig zu vergessen.

* * *

Es erscheint an dieser Stelle nützlich, die Publizistik der beiden anderen Nationalitäten Siebenbürgens kurz darzustellen, einmal, um die sächsische Publizistik in einem größeren Rahmen der Auseinandersetzungen wirksam zu sehen, dann auch, weil wir die Auflösung der siebenbürgischen Einheit, der „Union der drei (ständischen) Nationen" in der Publizistik verfolgen wollten. Die siebenbürgische Publizistik hatte in ihren Anfängen immer den Charakter einer übernationalen, gesamtsiebenbürgischen Institution betont. Auch das Kronstädter „Wochenblatt" und die „Gazeta Transsilvaniei" und der „Erdélyi Híradó" wollten s i e b e n b ü r g i s c h e Zeitungen sein; das Wochenblatt gab noch in den vierziger Jahren seinen Anzeigenteil dreisprachig heraus. — Aber schon 1790 waren Sondertendenzen gegen diese losen Bindungen wirksam gewesen. Auch eine natürliche Hinwendung und Anlehnung an die große Sprach- und Kultur- und Erlebnisgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes zeigte sich schon damals als Kennzeichen und Triebfeder der sächsischen Publizistik. Die „Blätter für Geist, Gemüt usw." betonten diese Anlehnung 1837 noch einmal als ihre natürliche Aufgabe, sie fanden es weiter in der Ordnung, daß die Madjaren „sich in literarischer Hinsicht an Ungarn und die Walachen an ihre Sprachverwandten anschließen [42]". Das geschah, und zwar nicht nur in literarischer Hinsicht, und damit wurde aus der s i e b e n b ü r g i s c h e n Publizistik eindeutig eine deutsche, madjarische und rumänische Publizistik.

Die r u m ä n i s c h e [43] P u b l i z i s t i k Siebenbürgens begann — nach dem kurzen Versuch des „Foaia Duminecii" — mit der „G a z e t a T r a n s s i l v a n i e i" und dem „Foaia p e n t r u M i n t e, I n i m a s i L i t e r a t u r a" in Kronstadt. Die beiden Blätter standen in einem ähnlichen Verhältnis zueinander wie das Kronstädter Wochenblatt und seine „Blätter für Geist, Gemüt usw." der Titel des rumänischen Beiblatts war ja auch wörtlich von den Blättern übernommen.

Der Redakteur und seine Mitarbeiter waren Schüler des Seminars der griechisch-uniierten Kirche in Blasendorf. Das Seminar wurde aus Landesmitteln unterstützt; die uniierte Kirche sollte im politischen Spiel Wiens ein Mittel der Sonderung des siebenbürgischen Rumänentums von den Rumänen der Donaufürstentümer, mehr aber noch von dem russischen Einfluß der orthodoxen Kirche darstellen. Nun, die völkische Einheit hat sie nicht gebrochen, auch nicht geschwächt, im Gegenteil stellte gerade der uniierte Klerus, dem man große Ausbildungsmöglichkeiten in Wien und Rom gab, die Entdecker der „Latinität" des rumänischen Volkes, damit die eifrigsten Kämpfer für seine nationale Wiedergeburt und schließlich auch für seine nationale Einheit [44]. Aus dieser Schule kamen also Baritiu und seine Mitarbeiter. Sie wollten zunächst einmal für die rumänische Sprache werben. Aus dieser Schule kamen fast alle Führer des rumänischen Volkes in diesen Jahren, sie war der eigentliche Ausgangspunkt der politischen Willensbildung bei den Rumänen.

In Blasendorf begann seit dem Jahre 1847 eine zweite rumänische Zeitung zu erscheinen, der „Organul Luminarii". Ihr Herausgeber war Cipariu, ein alter Mitarbeiter von Baritiu und „der bedeutendste unter den Blasendorfer Professoren" Jorga. Im Jahre 1865 wurde er als Domherr des Metropolitan-Domkapitels von Alba Julia (Karlsburg) zum Vizepräsidenten des „Siebenbürgischen Vereins zur Hebung der rumänischen Literatur" gewählt. Der „Organul Luminarii" erschien in einem gewissen Gegensatz zu den Kronstädter rumänischen Blättern; er war in lateinischen Lettern gedruckt, nicht in cyrillischen. Um diese Frage — wie überhaupt um philologische und literarische Probleme — bewegte sich das Interesse der rumänischen Zeitungen damals noch mehr, als um die Fragen der politischen Neuordnung Siebenbürgens. Soweit sie hier aber eingriffen, vertraten sie eine einheitliche Meinung. In der „Gazeta" erschienen ebenso wie im „Organul" die Berichte über den Nationalkongreß von Blasendorf, jene großen Kundgebungen im April und Mai 1848, in denen die Forderung nach Gleichberechtigung mit den ständischen Nationen erhoben wurde. —

Die Blasendorfer Publizistik übernahm im Laufe der Zeit fast ausschließlich religiös-kirchliche und kulturelle Aufgaben; die „Gazeta" hat dagegen bis heute eine reiche Vergangenheit politischen Kampfes hinter sich.

Sie hatte in den 40er Jahren noch eine andere wichtige politische Bedeutung: eine publizistische Aufgabe, die uns wieder an die nationale, überstaatliche Aufgabe der Publizistik erinnert: Sie brachte über die Revolution in den Donaufürstentümern Nachrichten, die die dortigen Zeitungen nicht bringen konnten. Gleichzeitig mit ihr brachte gewöhnlich auch das Kronstädter „Siebenbürger Wochenblatt" diese Berichte. Durch die technische Verbindung der rumä-

nischen mit den Kronstädter sächsischen Zeitungen kamen auch diese zu aktuellen Berichten aus Moldau und Walachei, Berichte dazu, die ihrer liberalen Tendenz besonders entsprachen. In Wien war man darüber allerdings weniger erfreut. Der russische Hof und die Repräsentanten seiner Herrschaft in Moldau und Walachei hatten sich mehrfach darüber beschwert. Außerdem fürchtete man auch, die revolutionären Bewegungen könnten Schule machen und so galt der Buchdrucker Gött schon im Jahre 1846 als „nicht mehr den von der Polizeihofstelle herausgegebenen Anordnungen entsprechend[45]".

Das Zentrum der madjarischen Publizistik war Klausenburg. Hier war seit Jahrzehnten das reformierte Kollegium; es galt schon Ende des 18. Jahrhunderts als madjarische Stadt, deshalb war das Gubernium dorthin verlegt worden und auch Hochmeister hatte dort seine madjarische Zeitung erscheinen lassen. Seit 1844 bestand dort auch eine Zweigstelle des Kossuthschen Schutzvereins, der — gegründet zur Förderung der madjarischen Industrie — ein Instrument der radikal-madjarischen Agitation war. Von den Zeitschriften, die dort bestanden, ist das „Erdélyi Muzeum" (S. 28) erwähnt, es vertrat die Ziele der ungarischen Akademie und Széchenys. Enger politisch, dazu mehr im Geiste Kossuths, wirkte „Nemzeti Társalkodó"[46].

Die Zeitungen waren bestimmt vom Gegensatz der liberalen Opposition gegen die Konservation. Der „Erdélyi Híradó" war das Blatt der Opposition, sein Herausgeber der Professor und Abgeordnete Samuel Méhes. Die konservative Gruppe vertrat der „Mult és Jelen" (Vergangenheit und Gegenwart). Seinem Redakteur Franz Szilagy warf man am Abend einer großen Unionskundgebung in Klausenburg die Fenster ein.

Der „Erdélyi Híradó" rechnete in seinem Nachrichtenteil Österreich schon zum Ausland; er stellte am 3. August 1841 die Forderung auf: „Siebenbürgen kann nur dann stark und glücklich sein, wenn innerhalb seiner Grenzen jedermann zum Madjaren wird und jedermann gleicher Freiheit genießt[47]." Er war der heftigste Gegner der sächsischen Zeitungen, vor allem des Boten, der sich oft täglich mit ihm auseinandersetzen mußte. Das Wochenblatt war in vielen allgemein-politischen Fragen seiner Meinung, zitierte ihn oft — ohne darum die Verteidigung der völkischen Rechte ihm gegenüber zu vergessen — und charakterisierte die Stellung der verschiedenen Siebenbürger Zeitungen zueinander in einer „Revue der Journale" einmal folgendermaßen:

> „Der Siebenbürger Bote und der ‚Mult és Jelen' in Klausenburg haben viele Ähnlichkeit und leben auch jetzt in zunehmender Eintracht. Dagegen zwischen unserm Wochenblatt und dem „Erdélyi Híradó" ließen sich wohl ebenfalls einige Ähnlichkeitspunkte auffinden[48]."

V.

Die Funktion der Publizistik.

Sie sollte die öffentliche Meinung „nicht bilden, sondern offenbaren". Sie wurde Instrument des Kampfes verschiedener Gruppen, die um die Anerkennung ihrer Grundsätze rangen.

Jenseits der ständischen Ordnung des Gemeinschaftslebens standen sich zwei Schichten der sächsischen Bevölkerung gegenüber. Die „Intelligenz" kämpfte gegen Besitz und historisches Recht um ihre Gleichberechtigung.

Die Zensur und ihre Handhabung in den Händen der madjarischen Opposition. (Ein neues Prinzip kündigte sich an: die Vorherrschaft einer, der madjarischen Nation, an Stelle der Gleichberechtigung der „drei ständischen Nationen".)

Die Publizistik war dieser Zeit ein „Stein der Weisen".

„Nur durch Publizistik, durch Schriftstellerei kann der Ruhm einer Nation, ja selbst die öffentliche Glückseligkeit derselben begründet, weiter ausgebreitet und verherrlicht werden[49]."

Man glaubte, in dem Streit der Meinungen werde immer die Wahrheit siegen. Ja,

„die Lügen gehören zum Wesen der Tagespresse, meinte der Satellit. — Nicht daß es ihre Aufgabe wäre, zu lügen, aber es ist ihre Aufgabe, die Lügen zu erhaschen und vor Gericht zu stellen. Zu Gericht sitzt die öffentliche Meinung. Hat man aber die Lüge nur erst schwarz auf weiß gebracht, so ist der Scheidungsprozeß des Rechten vom Unrechten leicht zu vollführen. Die Journale bilden nicht, sondern offenbaren die öffentliche Meinung[50]".

Diese Formulierung ist so klar, daß es sich lohnt, hier kurz zurückzuschauen und die Entwicklung festzuhalten. In den Jahren 1780—1790 hatte der Kaiser Zeitungen gründen lassen, um „den Vaterlandsgeist zu nähren", der sich „in der treuesten Gefolgschaft gegenüber dem Kaiser" zeigen sollte[51]. Die führenden Männer der Sachsen hatten sich gleichfalls mit ihren politischen Sorgen an das Volk selbst gewandt. Diese ersten publizistischen Erscheinungen vertraten ein neuartiges Prinzip. Es wurde hier folgendermaßen gedeutet: Die führenden Männer einer (völkischen, staatlichen oder anderen) Gesamtheit rufen die Bevölkerung zur Gefolgschaft auf, indem sie sie gleichzeitig zum Richter setzen. Jetzt, 1840 — sagte ein Teil der Aufgerufenen im Namen des ihm zugestandenen Richteramtes „Nein!", verweigerte die Gefolgschaft und hielt seine eigenen Grundsätze dem Volke vor. Man ging noch einen Schritt weiter und machte den Richterspruch des Volkes zum Quell allen Rechts und aller Wahrheit. Diesen Richterspruch nannte man „die öffentliche Meinung" und erklärte die Zeitungen, überhaupt die Publizistik, als Trägerin und Verkünderin dieser öffentlichen Stimme. Das war zum mindesten solange sehr bequem, als man in diesem Chor („Sprechsaal der Öffentlichkeit") die lauteste Stimme hatte.

Die beiden Zeitungen waren schnell Sprachrohr und Führungsmittel bestimmter Parteien und Anschauungen, der „Bote"

das Organ der Konservativen und das „Wochenblatt“ Organ der Opposition. Das wurde bereits nachgewiesen.

In einem etwas deutlicheren Gegensatz zwischen Wort und Tat steht das Verhalten der madjarischen Oppositionspartei, der beharrlichsten Kämpferin für Meinungs- und Pressefreiheit. Ihr war es bereits zum Anfang der 40er Jahre gelungen, die siebenbürgischen Zensurstellen mit Parteigängern zu besetzen und sie nutzte die ihr damit gegebenen Möglichkeiten der Unterdrückung fremder Meinungen deutlich aus.

In Hermannstadt waren zunächst Feldkriegssekretär Benigni von Mildenberg und Professor I. K. Schuller zu Zensoren ernannt gewesen. So wurde ganz brav der von Benigni herausgegebene „Siebenbürger Bote“ von Schuller zensiert und das von Schuller geleitete Beiblatt „Transsilvania“ von Benigni. Aber

> „das madjarische Denunziantentum hatte in Wien Einspruch erhoben. Der neue vom Gouverneur Teleki eingesetzte Thesauriatsekretär Gyergyai verstand kein Deutsch und strich gleich am ersten Tage Benigni einen Artikel, in dem er die Regierung gegen Angriffe des Klausenburger Oppositionsblattes verteidigte. Bald wollte der neue Censor alle Leitartikel wegstreichen: es fielen Aufsätze von Benigni, Schuller, Bedeus, Friedenfels [52]“.

Es fielen auch harmlose Theaterbesprechungen, in denen nur die Leistung madjarischer Schauspieler nicht so anerkannt wurde, wie es der Zensor gern gesehen hätte. Schließlich wandte sich die Zeitung an den Magistrat und an die Nationsuniversität. Die Universität legte im Jahre 1843 Beschwerde beim Kaiser ein und bat um seine Aufmerksamkeit, „wie selbst auch in dieser Weise dahin gestrebt wird, das deutsche Element auch in diesen Landen dem sich zur alleinigen Herrschaft empordrängenden Madjarentum unterzuordnen [53]. Als im Jahre 1844 auch der Kronstädter Magistrat auf Bitten Götts sich über die Maßnahmen des dortigen Zensors beklagte [54], wiederholte die Universität ihre Beschwerde und der Kaiser versprach eine Untersuchung. In Kronstadt war — wie Daniel Roth behauptete — ein katholischer Geistlicher und Anhänger Kossuths mit der Zensur betraut. In Klausenburg saß ebenfalls die Oppositionspartei in der Zensurstelle; denn als die Opposition bei Deputiertenwahlen ungarische Madjaren kandidierte, die in Siebenbürgen kein Wahlrecht besaßen und als Franz Szilagy im „Mult és Jelen“ auf diese Verfassungswidrigkeit hinwies, wurde sein Artikel von der Zensur gestrichen und mehrfach es ihm nicht erlaubt, sich gegen Angriffe des „Erdélyi Híradó“ zu verteidigen.

VI.

Der publizistische Raum.

1. Die Vertiefung des publizistischen Raums. — Neue Leserschichten und neue Führungsmittel und -methoden.
2. Die Verengung des publizistischen Raumes. Alle gesamtsiebenbürgischen Bestrebungen treten zurück vor der Sicherung der Rechte des einzelnen Volkstums.

3. Die Publizistik reicht über die Landesgrenzen hinaus — „soweit die Sprache reicht".

Von der Lesewirkung der Zeitungen gibt der Großschenker Berichterstatter des Wochenblatts ein Bild:

> „Wenn des Posthorns schmetternde Töne erschallen, dann durchzuckt es elektrisch alle Gebeine. Das Herz beginnt dann heftiger zu schlagen, in ungewöhnlicher Spannung werden die Zeitungen durchbrochen. Wo wird nun das wichtigste zu finden sein, denkt man. Der Vater hält sich an den „Boten", die Mutter an die „Blätter für Geist und Gemüt", die Tochter hascht nach den „Stundenblumen der Gegenwart" und der Sohn rafft eiligst „Wochenblatt und Satellit" auf[55]."

An anderer Stelle erfährt man, daß das Ortsamt den Boten und der Pfarrer das Wochenblatt bezieht. — Die Leserschaft zeigt also die gleiche Gliederung, die auch die Publizisten zeigten (Juristen / Theologen — ältere Generation / jüngere Generation). Die Publizistik verband Führung und Gefolgschaft. Aber das war ja etwas grundsätzlich Neues. Bisher gab es Nachbarschaften, Altschaften, Bruderschaften, Schwesternschaften und Zünfte und in allen einen hierarchischen Aufbau.

Sobald aber das Volk in seiner ganzen Breite nach politischem Einfluß drängte, mußten die alten ständischen Ordnungen, ihrer ausgleichenden Funktionen durch „Regulationen" beraubt, zerfallen. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts waren in Loge und Lesegesellschaft zwei Einrichtungen entstanden, die mit den überlieferten Gemeinschaftsordnungen in Wettbewerb traten. In beiden pflegte man die Publizistik und ihre Lektüre. In den vierziger Jahren waren es wiederum Lesegesellschaften, dazu die Vereine (vor allem Gewerbevereine), die diese Entwicklung förderten. 20 Jahre später waren es schon g r o ß e P a r t e i e n, in deren noch entwicklungbedürftiger Organisation die Publizistik Aushängeschild und Bindemittel war.

Der „Siebenbürger Volksfreund" beklagte sich dabei, daß es „in Hermannstadt mit den Nachbarschaftszeichen in mancher Nachbarschaft durchaus nicht in der Ordnung zugeht". — Mit den Nachbarschaftszeichen wurde in den einzelnen Nachbarschaften bekanntgemacht, „was der Magistrat, die Polizei oder einzelne zur allgemeinen Wissenschaft bringen". (Das stand natürlich auch in der Zeitung.) Der Volksfreund stellte fest, es sei ein großer Übelstand,

> „daß diese Zeichen nicht in alle Häuser und zu allen Inwohnern eines Hauses geschickt werden. Ja — heißt es — die Beamten und fast alle anderen, welche nicht dem Gewerbestande angehörten . . . lassen die Circulare tage- und wochenlang liegen oder nehmen sie garnicht an und tun, was ihnen beliebt[56]".

Also: diejenigen Kreise, die zuerst die Publizistik trugen, vernachlässigten gleichzeitig die alten Gemeinschaftsordnungen und setzten sie — die von ihrer Wirkung und Bedeutung schon vieles durch die Regulationen verloren hatten — langsam außer Kraft.

Daß in den Gewerbevereinen auch die Zeitungen auslagen und gelesen wurden, erzählte schon der „Volksfreund". Er fügte

allerdings hinzu, daß sich in diesen Vereinen vorerst „nur die wohlhabenderen Bürger versammelten". Den anderen wollte er mit seiner Arbeit dienen.

Dazu kam eine ganz neue Leserschaft. Bisher war die Publizistik mehr eine Angelegenheit der Städte gewesen oder des kleinen Kreises von Dorfbewohnern, die — um das Richteramt der Vordörfer — mehr dem städtischen Lebenskreis angehörten. Jetzt ergriff auch der Bauer die neue Erscheinung, die ihn mit der Außenwelt in Verbindung brachte. Aber er baute sie ein in seine Lebensform, die noch kräftig war. Der Pfarrer — der für ihn immer schon der Vertreter der Außenwelt gewesen war — brachte ihm die Zeitung und las sie vor auf den Bruder- und Schwesternschaftsabenden. Aus Petersdorf, Großschenk und anderen Gemeinden wußte der Volksfreund von solchen Leseabenden zu berichten [57]. In einem Dorfe hielt man zum Vorlesen das „Pfennig- und Sonntagsmagazin", den „Volksfreund" und man las aus dem „Pfarrhof von Kleinschenk" von Roth. In einem anderen Dorfe nahm man zur Lektüre den „Boten", den das Ortsamt, und das „Wochenblatt", das der Pfarrer lieferte. Außerdem wurden, wie wir bereits wissen, Bauern selbst Abonnenten des „Volksfreundes".

Zahlenmäßig drückt sich die Entwicklung am besten in der Auflage des „Wochenblatts" aus, die bis zum Jahre 1848 die Höhe von 1000 Exemplaren erreichte. „Die Presse ist der Predigtstuhl der Zeit", schrieb Stephan Ludwig Roth.

Damit ist die Vertiefung des publizistischen Raums gekennzeichnet. Auf die gleichzeitig mit ihr verbundene Verengung des Wirkungskreises wurde schon hingewiesen, als von der Entwicklung der madjarischen und rumänischen Publizistik die Rede war.

Der „Siebenbürger Bote" wollte sich 1843 „Siebenbürgisch-Sächsische Nationalzeitung" nennen, erhielt aber nicht die Genehmigung. Das „Siebenbürger Wochenblatt" hieß seit Mai 1849 „Kronstädter Zeitung". Doch darf man nicht übersehen, daß auch in diesen Kampfjahren der Gedanke der Union der ständischen Nationen noch so lebendig war, daß die Rumänen in Blasendorf den Antrag stellten, als vierte ständische Nation anerkannt zu werden und in der Kronstädter Publizistik zeigten sich viele Beispiele einer von starkem Heimatgefühl getragenen deutsch-madjarischen und deutsch-rumänischen Zusammenarbeit.

Je mehr aber das siebenbürgische Bewußtsein zurücktrat, desto stärker wurde das gesamtdeutsche, gesamtmadjarische und -rumänische. Und an dieser Verdichtung des Volksgefühls hat die Publizistik sicher ihren großen Anteil. Sie verband doch die Leser viel enger mit dem Geschehen im Mutterland. Hatte es noch mehr als zehn Jahre gedauert, bis die Gedanken der Reformation nach Siebenbürgen gedrungen waren, und waren sie über einen kleinen Strom von Büchern und Menschen hineingeflossen und schließ-

lich auch erst verstärkt durch die Kronstädter Publizistik des Honterus zur Wirkung gekommen, so drangen jetzt die neuen Gedanken und Ereignisse in breiter Front auf das siebenbürgische Deutschtum ein. Die Gedanken der deutschen Romantik und des liberalen Bürgertums waren hauptsächlich von den jungen Theologen, die sie auf deutschen Universitäten kennengelernt hatten, in der Publizistik vertreten worden. Über die fortlaufenden Ereignisse berichtete der Nachrichtenteil der Zeitungen.

So konnte man schon im April 1848 in Broos und Hermannstadt die schwarz-rot-goldenen Fahnen aufziehen, konnte 1848 die Sächsische Nations-Universität Abgesandte nach Frankfurt schicken, konnten andererseits die Sprachkämpfe Siebenbürgens in Deutschland bekanntwerden und die Freunde warnen. In Leipzig konstituierte sich ein Verein zur Erhaltung und Förderung des Deutschtums, der in zwei „Adressen" den Madjaren nahelegte, nicht durch ihre unsinnige Sprachenpolitik die ungarländischen und siebenbürgischen Deutschen zu Verbündeten der Slawen zu machen und der den Sachsen empfahl, von dem Gedanken einer dakoromanischen Monarchie abzulassen und mit allen Mitteln eine deutsch-madjarische Zusammenarbeit zu erstreben.

In Leipzig waren auch mehrere Schriften zur Unterstützung der madjarischen Forderungen erschienen. Der Rothsche „Sprachkampf" fand dort wieder einmal in deutscher Sprache eine madjarische Entgegnung („Der Sprachkampf und seine Bedeutung in Siebenbürgen"). Ähnlich war es in Wien, dort fand Heinrich Schmidt „die öffentliche Meinung ungeheuer gegen uns praeoccupiert [58]".

In Wien hatten allerdings die sächsischen Juristen immer noch ihre Verbindungen zu Zeitungen und Verlegern. Bedeus und Benigni veröffentlichten dort einige Broschüren zur Anschlußfrage, beide schrieben auch ebenso wie Rosenfeld und Friedenfels für die Zangsche „Presse", Benigni außerdem noch für die „Annalen der Österreichischen Literatur", für die „Wiener Literaturzeitung" und für die „Vaterländischen Blätter".

Eine andere Erscheinung verdient noch in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden, weil sie auch der Verdichtung des Volksgefühls zugute kam und eng verbunden ist mit der Ausbreitung der Publizistik. Wer die Zeitungen lesen wollte, mußte die deutsche Hochsprache beherrschen und nicht nur den sächsischen Dialekt. Gerade in diesen Jahren (zwischen 1840 und 1850) finden sich in den Zeitungen manche Auseinandersetzungen und Klagen über den fortschreitenden Gebrauch des Hochdeutschen im täglichen Verkehr und über die Verdrängung des Sächsischen, gerade in den Städten. Das war sicher auch ein Erfolg der Schule, die lange schon eine besondere Pflege im Sachsenland genoß und in diesem Jahr noch mehr erfuhr, aber es war doch ein Zeichen für die Auflockerung des städtischen Lebens und doch wohl auch für die Wirkung der Publizistik.

VII.

Stephan Ludwig Roth.

Die Publizistik hatte wohl nie so aufnahmebereite Leser und Hörer gefunden wie damals. Sie ergriff auf einmal das ganze Volk. Zeitungen und Zeitschriften für alle Stände, für jedes Auffassungsvermögen, wurden geschaffen oder doch wenigstens angeregt, alte Formen des Gemeinschaftslebens, alte, traditionelle literarische Erscheinungen (Bruder- und Schwesternschaften, Kalender) wurden in den Dienst der Publizistik gestellt. So entstand in dem gewaltigen sozialen und politischen Auflösungs- und Umgliederungsvorgang dieser Jahre die — totale Publizistik. Die Zeit gebar den totalen Publizisten, d. h. den Mann, der an allen wichtigen Fragen des öffentlichen Lebens alle ihm zur Verfügung stehenden publizistischen Mittel einsetzte zur einheitlichen Ausrichtung seiner Gemeinschaft. Stephan Ludwig Roth[59].

Er war geboren am 24. November 1796 in Mediasch als Sohn des Konrektors am dortigen Gymnasium, des späteren Nimescher Pfarrers Stephan Gottlieb Roth. Als ihn im Jahre 1848 der sächsische Jugendbund zu seinem Führer wählte, gehörte er schon zur älteren Generation. Daß gerade die jüngste ihn an ihre Spitze rief, sagt, wie jung er geblieben und wie weit er seiner Zeit vorausgegangen war. Einer Zeit, die ihn kaum erst verstand. Seine geistigen Wurzeln liegen in dem naturverwandten Bezirk der Aufklärung und den volkhaften Strömungen der deutschen Romantik. Pestalozzi und Jahn waren seine großen Vorbilder.

Er war aufgewachsen in der bäuerlichen Umgebung des Nimescher Pfarrhofes, hatte die Schule in Hermannstadt und Mediasch besucht, und kam nach Deutschland im Jahre 1817, zur Zeit der deutschen Burschenschaft[60]. Und er ging nach Tübingen, in den Teil Deutschlands, in dem das deutsche Bewußtsein immer besonders lebendig gewesen war. Bis zum 4. September blieb er in Tübingen — kleinere Reisen durch Südwest-Deutschland unterbrachen den 1½jährigen Aufenthalt. Von Tübingen ging er nach Iferten (Yverdon), an die Schule Pestalozzis, wo er 1½ Jahre lang unterrichtete.

Die „unmittelbarste geistige Frucht der Zusammenarbeit mit Pestalozzi“ und seiner Studienzeit war sein Werk über den „Sprachunterricht“, das sich in seinem Nachlaß fand. Hier entwickelte er bereits die Ideen, mit denen er dann im Jahre 1842 in seinem „Sprachkampf“ das Recht der Muttersprache verteidigte. Der Sprachunterricht läßt seine geistigen Wurzeln noch deutlich erkennen. Für Roth ist Sprache

> „der Inbegriff des geistigen Bewußtseins des Menschengeschlechts von sich und der Natur; oder die von Geschlecht zu Geschlecht sich forterbende Tatsache der Entwicklung der Menschennatur. Gleichwie Geist und Körper nur einen Menschen bilden, und solange er lebt, in

der genauesten Verbindung stehend, also soll Schall und Geist ein Wort und zwar in vollkommen gegenseitiger Durchdringung geben[61].“

Er wandte sich darum „gegen das frühe Lernen fremder Sprachen“ und führte Fried. Ludwig Jahn für seine Meinung an:

„Nur eine Muttersprache hat jeder Mensch, eine Muttersprache ist für ihn genug. Wehe dem Säugling, der einer Amme bedarf, wehe dem Kind und jenen Unsprachfertigen, die zur Muttersprache noch gleich die Ammensprache mitlernen müssen. Sprechen ohne Sprache; Sprachen und doch keine einzige in seiner Gewalt haben; wissen, wie Brot in allen Sprachen heißt, es aber in keiner verdienen: Rabennachsprechen, Starmätzigkeit und Papageienkunst! — entstellen kein Volk so sehr als das deutsche[62].“

An anderer Stelle zitierte er aus „Jahns Turnbuch[63]“. Von Fichtes ersten fünf „Reden an die Nation“ machte er sich einen 34seitigen Auszug und in seinem Sprachunterricht wies er auf ihn hin: „Inwieweit Wurzelsprachen zur Ausbildung eines Volkes vorteilhafter seien, mögen wir hier übergehen, Fichte hat hierüber Wahrheiten verbreitet, wie keiner vor ihm[64].“

Die völkischen und pädagogischen Ideen, die er 1820 mit nach Siebenbürgen zurückbrachte,verbanden sich mit einem drängenden Gestaltungswillen. Schon in Wien hatte er versucht, für den Gedanken von Lehrerbildungsanstalten zu werben, aber kein Verständnis gefunden. Gleich brachte er den ersten Entwurf einer Schrift zu Papier; sie sollte seine Ideen vor der Öffentlichkeit vertreten: „An den Edelsinn und die Menschenfreundlichkeit der sächsischen Nation in Siebenbürgen, eine Bitte und ein Vorschlag für die Errichtung einer Anstalt zur Erziehung und Bildung armer Kinder für den heiligen Beruf eines Schullehrers auf dem Lande.“ 1822 — nachdem er Professor am Mediascher Gymnasium geworden war, erschien diese Schrift bei Hochmeister.

Vorher schon, im März 1821, hielt er in einer außerordentlichen Versammlung der Mediascher Schullehrerkonferenz einen Vortrag über die „Organisierung einer Gesellschaft zur Herausgabe einer die Erziehung zum Gegenstand habenden Zeitschrift unter dem Namen „Der sächsische Schulfreund“, „wobei alle Stadtschullehrer in der Nation Mitarbeiter und Abnehmer zugleich wären“. Das ist die erste seiner Bemühungen, Zeitschriften zu gründen und mit ihnen neue Ideen und Anregungen in der Nation weiter zu geben und nutzbar zu machen. Alle Einzelbemühungen, die er in dieser Richtung unternommen hatte, suchte er noch einmal wirksam zu machen mit einer 1843 erschienenen Schrift „An mein Volk — Ein Vorschlag zur Herausgabe von drei absonderlichen Zeitungen für siebenbürgisch-deutsche Landwirtschaft, Gewerbe, Schul- und Kirchensachen“. Seine Anregung wurde zwar mit seiner Hilfe teilweise verwirklicht in der „Transsilvania für Landwirtschaft und Gewerbe“, dem Beiblatt des Boten. Grundsätzlich aber lehnte er es ab, die von ihm vorgeschlagenen Zeitungen mit den bestehenden Blättern zu verbinden.

Hauptsächlich technische Gründe, Platzmangel und Versandkosten führte er dagegen an, daneben den großen Unterschied der Interessengebiete. Wahrscheinlich hat er den Eindruck gehabt, daß die Bauern und Handwerker, an die er sich wenden wollte, die Haupt- und manche Nebenausgaben der Zeitungen nicht beziehen wollten, weil sie ihnen im ganzen zu teuer und auch zu wenig verständlich waren. Für seine Fachblätter wollte er 300 Bezieher garantieren, sie wurden zu seinen Lebzeiten nicht geschaffen.

Mit Eifer beteiligte er sich trotzdem weiter an den bestehenden Blättern. Zu allen wichtigen Fragen des Volkslebens sagte er seine Meinung. Niemals aber sprach er ohne Sachkenntnis. Nachdem er 1837 Pfarrer in Nimesch geworden war, bemühte er sich, seinen Hof musterhaft und beispielgebend zu führen. Seine Erfahrungen legte er in den Zeitungen dem Volke vor. In der ersten Ausgabe der „Transsilvania für Landwirtschaft und Gewerbe in Siebenbürgen" schrieb er einen Aufsatz über „Das Pflügen" und erklärte die Vorzüge einer intensiven Feldwirtschaft. Der „Volksfreund" rühmte sich, daß Roth seine Mitarbeit zugesagt habe. 1842 schrieb er zwei landwirtschaftliche Schriften: „Untersuchungen und Wohlmeinungen über Ackerbau und Nomadenleben" und die „Wünsche und Ratschläge; eine Bittschrift fürs Landvolk". Nur diese letzte erschien. 1843 gab der Hochmeistersche Verlag sie heraus und schrieb auf das Titelblatt, daß sie vom „Verfasser der Zünfte und des Sprachkampfs" geschrieben sei.

„Die Zünfte" und „Der Sprachkampf" — das waren die beiden Bücher, mit denen er in die schwersten Auseinandersetzungen der Zeit eingegriffen hatte. Sie hatten ihn auch überall bekannt gemacht, besonders bei den Gegnern der Sachsen. Als dritte kommt zu ihnen die 1843 erschienene Schrift „Der Geldmangel und die Verarmung".

Im Sprachkampf vertrat er wieder die Ideen, die er schon 1819 im „Sprachunterricht" niedergelegt hatte, jetzt bekräftigt mit pädagogischen und politischen Erfahrungen langer Jahre.

Die beiden wirtschaftlichen Schriften waren aus praktischen wirtschaftlichen Erfahrungen und Einsichten entstanden. Aber der Geldmangel zeigt deutlich, daß der Verfasser sich auch theoretisch vorgebildet hatte. Der Einfluß Listscher Gedanken ist unverkennbar. An List erinnert auch seine Haltung: Die Unterordnung der Publizistik unter ein nationales Ziel. Mit List vergleichbar ist auch seine publizistische Kraft. Seine Publizistik diente nur der Erhaltung und Stärkung des Volks und dem „Fortschritt" nur so weit, als der Fortschritt dem Volke dienstbar war. So regte er zwar in Landwirtschaft und Gewerbe neue Produktionsmethoden an, aber die Zünfte verteidigte er gegen alle Fortschrittsgläubigen; denn sie sicherten den Bestand einer breiten Mittelschicht des Volkes.

„Selbständigkeit vieler Haushaltungen bildet den Bürgerstand, den ehrenfesten, der dem Staat eine Stütze und Zierde ist, während das Fabriksvolk Gesindel ist und Dienerschaft."

Dem Bauernstand wollte er nicht nur neue Wege zu ertragreicher Arbeit zeigen, sondern vor allem seinen Stolz zurückgeben:

„Der Bauernstand ist ein Ehrenstand. Wollen wir s eingestehen, so ist er der Grundstein, auf dem das Gemäuer, der Dachstuhl und zuletzt der goldene Turmkopf des ganzen Gebäudes ruht."

Dem ganzen Volk hielt er eine Grundauffassung nationaler Wirtschaftsführung vor:

„Gehörst Du zu den Gedankenlosen, die ihr Vermögen immer nur als ihr Vermögen und nie als Nationalvermögen betrachten, oh, nimm und lies mich, ich bitte Dich und beherzige, was ich schrieb und denke hinzu, was ich nicht schrieb. Sieh, wohin das Volksschifflein führt, wie die See hochgeht, wie die Feinde mit dem Enterhaken nahen. Geld- und Habverachtung ist ein Aderlaß vor dem Kampf, Dein Lebensart der Schlaf in einem lecken Schiff, während alle Kräfte an die Pumpen gehören."

Das war schon geschrieben unter dem Eindruck der Kämpfe um Sprachenzwang und Union —. In diesen Kämpfen ist sein Wort das entschiedenste und durchdringendste gewesen. Sein „Sprachkampf" war eine der mutigsten Stimmen in diesem Streit. Die Madjaren haben ihn seither als einen ihrer stärksten Gegner behandelt. Er schrieb:

„Die Versicherungen der Madjaromanen sind leeres Stroh. Umsonst sind alle Beteuerungen der Liebe, des Wohlwollens, die Versicherungen der guten Absicht usw. Ihr meint doch, ohne madjarisch zu sprechen, sei man kein echter Patriot und unwürdig, Luft und Duft der Karpathen zu atmen. Eure Beteuerungen, daß es nicht auf Vertilgung unserer Nationalität abgesehen sei, ist mir so einleuchtend und an sich so wahr, wie die Worte der Hausmutter, die sie zum Wein spricht, den sie ins Essigfaß füllt: „Sei getrost mein Sohn und vereinige Dich mit dem Essig. Du sollst Wein bleiben, aber schmecken mußt Du so, wie der Essig schmeckt."

Er glaubte nicht — und belegte seine Meinung mit Beispielen — daß es möglich sei, durch Generationen das deutsche Volkstum zu wahren, wenn man, um in Beamtenstellungen aufzurücken und das Schicksal des Landes mitzubestimmen, schon von Kindheit an madjarisch sprechen müsse. Mit solchen Mitteln könne auch kein einheitliches madjarisches Volk geschaffen werden — er wies auf das Beispiel des römischen Reiches hin — sondern nur ein kraftloses Volks- und Sprachgemengsel.

Er glaubte, in der zahlenmäßigen und biologischen Schwäche des Madjarentums eine Erklärung für die Madjarisierungsbestrebungen suchen zu müssen und sprach es offen aus:

„Ihr Madjaren seid ihrer wenige unter den Kindern des Landes! Dieses fatale Zahlenverhältnis wirkt wie Sauerteig. Es setzt den ganzen Süßteig in Bewegung... Während die Mitnationen von den Stammgenossen entweder von außen her Verstärkung wie die Deutschen erhalten oder aus sich selbst durch größere Fruchtbarkeit wie die Walachen, sich vermehren, die Proportionalen sich also noch übler gestalten, drängt

sich leicht der Wunsch auf, auch ihrerseits auf Zunahme und Vermehrung zu sinnen und ein Mittel zu ergrübeln, welches eben die Madjarisierung wäre!"

Die Schrift trug ihm die entschiedene Feindschaft der nationalistischen Madjaren ein. In den kommenden Jahren traf er überall auf ihre Gegnerschaft. Als er seinen Plan zu einer Schul- und Kirchenzeitung endlich verwirklichen wollte, erhielt er keine Erlaubnis, weil seine „zu Tage getretene Unbesonnenheit nicht die nötige Voraussetzung dafür" sei. Man veranlaßte ihn, seinen in Tübingen erworbenen Doktortitel abzulegen, oder das Examen in Wien nachzuholen. Als er 1845 im Auftrage des Landwirtschaftsvereins nach Württemberg reiste, um deutsche Siedler nach Siebenbürgen zu holen, rief man aus Klausenburg und Pest die Madjaren und Rumänen und in Wien die Regierung gegen ihn auf. Den Siedlern, die er schickte, wurden alle erdenklichen Schwierigkeiten bereitet, so daß viele an der Grenze schon wieder umkehrten.

Der Plan, württembergische Bauern, vor allem Dorfhandwerker, die damals in großer Zahl nach Amerika auswanderten, nach Siebenbürgen zu ziehen, ging auf seine Anregungen zurück. Er wollte mit ihrer Hilfe die Landwirtschaft in Siebenbürgen modernisieren, zugleich das deutsche Element stärken. Auch für die ihm übertragene Aufgabe setzte er wieder die Publizistik ein. In Tübingen ließ er zwei Schriften erscheinen: „Unparteiische Schilderung Siebenbürgens in Beziehung auf die Einwanderung dahin" und „Aufklärungen über die Auswanderung nach Siebenbürgen". (Beide in Tübingen bei Fues 1845). Mehrere Aufsätze schrieb er im „Schwäbischen Merkur" und „Beobachter". 307 Familien mit 1460 Köpfen kamen trotz aller Schwierigkeiten nach Siebenbürgen und wurden in allen Teilen des Sachsenlandes angesiedelt.

Als er zurück kam, begann die letzte entscheidende Zeit des Kampfes um die Union. Roth trat gegen sie auf. Er versuchte auch, Gött, an dessen Wochenblatt er eifrig mitgearbeitet hatte, von dem Einfluß Moltkes und Kurz' zu befreien, aber die unionsfreundliche Partei in Kronstadt war stärker als er. In Leipzig erschien eine deutschgeschriebene madjarische Erwiderung auf seinen „Sprachkampf": „Der Sprachkampf und seine Bedeutung für Siebenbürgen". — Roth bemühte sich jetzt mehr als je darum, die Kräfte des Volkes zu stärken. In der Zeit der schärfsten Polemiken zu Anfang des Jahres 1848 erschienen von ihm geschichtliche Abhandlungen in den „Blättern für Geist, Gemüt und Vaterlandskunde": „Wohlfeile Geschichtsbilder für das deutsche Volk in Siebenbürgen".

Am 23. August 1848 wurde er in der evangelischen Kirche von Mediasch zum Führer des sächsischen Jugendbundes ausgerufen. Aus der jüngsten Generation waren einige hundert — meist Studenten — zusammengekommen, um, ohne Rücksicht auf den Streit der

Parteien, an irgendwelchen möglichen Stellen die völkische Arbeit aufzunehmen. „Turnen und Publizistik“ waren die wichtigsten Mittel, die sie zur Kräftigung des kranken Volkes anwenden wollten.

Ende Oktober wurde Roth vom Nationsgrafen in den „Pazifikationsausschuß“ gesandt, der die gegenseitige Verständigung der Landesnationen, genauer gesagt: Die Zusammenarbeit der österreichischen Partei und ihres Anhangs im Lande fördern sollte. Am 1. November wurde er in die unruhigen Gebiete des Kokelburger Komitats geschickt, wo die bisher im Frondienst des Adels gestandene Bevölkerung Gewalt ergriff. Roth schuf auch hier — wo die Beamten geflohen waren — durch persönlichen Mut, klaren Befehl und schnelle Arbeit wieder Ruhe.

Als die madjarischen Truppen das Land eroberten, wurde er als Anhänger der österreichischen Herrschaft gefangengenommen, nach Klausenburg geschafft und erschossen. In seinem Abschiedsbrief konnte er sagen, daß er immer seine Nation geliebt, niemals aber die anderen gehaßt habe. Sein Leben und seine Taten wurden jetzt, nachdem er im Leben oft verkannt worden war, verpflichtend für sein Volk. Heute hängt in sächsischen Häusern überall im Lande sein Bild.

III. KAPITEL:

Der Versuch einer österreichischen Staatspublizistik.

Meinungsbildung gegen die Presse.

I. 1. Die geschichtliche Entwicklung in den Jahren 1849—1867.
2. Die österreichische Pressepolitik.
a) Negative und positive Maßnahmen.
b) Nach 1860: Ausbau und feinere Methoden der Preßleitung.

II. Die regierungsoffiziöse Publizistik in Siebenbürgen.
1. Der „Siebenbürger Bote" als amtliche Landeszeitung. — Subventionen und Verbote.
2. Die „Quartalschrift", „Hermannstädter Zeitung", „Kronstädter Zeitung".
Heinrich Schmidt und Eugen von Trauschenfels als Publizisten.

III. Die öffentlichen Meinungen und ihre Organisationsformen.
1. In Siebenbürgen: Kasinos, Vereine, Kirchen als Austauschmärkte von Mißstimmungen, oppositionellen Meinungen und Gerüchten.
2. Bei den Siebenbürger Sachsen: — Die Vereine als Sammelstätten der Opposition. Kleinbürgerliche Ideologen und madjarische „Wanderpatrioten".

IV. Der Kampf um die Union.
1. Die Jungsachsen, ihre Führer, ihr Anhang, Motive ihres Handelns, ihre Haltung.
2. Die Altsachsen und ihr Kampf um ein deutsches Österreich.

I.

Die geschichtliche Entwicklung in den Jahren 1849—1867.

Die Hoffnungen der Sachsen und das Bachsche System. — Der passive Widerstand der Madjaren. — Die Epoche Schmerling, der letzte Versuch einer deutschgeführten Gesamtmonarchie. — Der Ausgleich und der Dualismus. — Die Union Siebenbürgens mit Ungarn.

Die 10 oder 15 Jahre nach der Revolution von 1848/49 werden in Siebenbürgen verschieden beurteilt, je nach dem Maßstab, den man anlegt. Mißt man sie an den Versprechungen und Hoffnungen, die den Kampf gegen das revolutionäre Ungarn begleiteten, so findet der in reinster Form wiedergekehrte österreichische Absolutismus

nur Ablehnung. Mißt man sie aber an der Erfahrung der späteren ungarischen Zeit, so findet man in dem Bestreben nach unparteiischer Verwaltung und Rechtspflege, in der Anerkennung der nationalen Eigenart der Völker doch auch manche versöhnende Lichtseite des nachrevolutionären absolutistischen Regimes.

Aus zwei kaiserlichen Manifesten hatten die Sachsen Hoffnung geschöpft, sie würden ein eigenes, ihren Privilegien und dem historischen Königsboden entsprechendes Verwaltungsgebiet erhalten und als „Markgrafschaft Sachsenland" unmittelbar der Krone unterstellt werden. Der neuernannte Gouverneur Siebenbürgens, Wohlgemuth, war aber der Meinung, daß die Sachsen „ihre abstoßende Intoleranz gegen die übrigen Nationalitäten aufgeben sollten und sich vielmehr befleißigen, deutsche Bildung, deutsche Gesittung in Siebenbürgen zur Geltung zu bringen[1]", und er wußte diese Meinung durchzusetzen. Siebenbürgen wurde zunächst in sechs Militärdistrikte eingeteilt, deren einer, der Hermannstädter, außer dem gesamten Königsboden noch mehrere fremdvölkische Enklaven umfaßte. Die Verwaltung dieses Gebiets wurde anfangs nach altem sächsischem Vorbild aufgebaut. Die am 20. September 1850 verkündete Gerichtsverfassung hob dann allerdings die Eigenverwaltung wieder weitgehend auf. Als nach Wohlgemuths Tode Fürst Schwarzenberg Gouverneur von Siebenbürgen wurde, führte man endlich hier das eigentliche Bachsche System, die Kreiseinteilung, durch, zerschlug das Sachenland und verteilte es auf drei der 10 neu eingerichteten Kreise.

Jetzt war von den Freiheiten der Sachsen keine wesentliche mehr übrig geblieben. Die Verwaltungseinheit war zerschlagen, die Universität aufgelöst, der letzte Sachsengraf als Rat zum Obersten Gerichts- und Kassationshof versetzt und die Bezeichnung „Sachsenland" ausdrücklich verboten. In den neuen Ämtern saßen österreichische Beamte, die aus irgendeinem Teil der Monarchie hierher versetzt waren, meistens Galizier, deren pseudodeutsches Wesen vielen Sachsen eine letzte und scheinbar endgültige Abneigung gegen alles „Österreichertum" einpflanzte. Bei den übrigen Völkern der Monarchie haben diese Bachschen Beamten, die im Namen eines kulturdeutschen Österreich auftraten und alles Gerede von einer „Germanisation der Verwaltung" scheinbar rechtfertigten, dem deutschen Namen und Ansehen sehr geschadet. Nicht zuletzt bei den Madjaren.

Ungarn, das nach österreichischen staatsrechtlichen Theorien jedes Recht auf staatliche Selbständigkeit „verwirkt" hatte, wurde als Provinz den übrigen Kronländern gleichgestellt, es wurde in fünf Verwaltungsbezirke eingeteilt, jede Komitats- und städtische Selbstverwaltung wurde aufgehoben. Da es aussichtslos gewesen wäre, mit Gewalt gegen das starke Österreich vorzugehen, so propagierte man in Ungarn den passiven Widerstand als das sicherste Mittel, die

„österreichische Zwangsherrschaft" zu brechen. Der einflußreichste Vertreter dieses Prinzips war Franz Deak, der spätere Schöpfer des „Ausgleichs". Er wollte wohl die Aussöhnung mit Österreich, aber nur auf Grund der 48er Gesetze, d. h. mit einem verantwortlichen ungarischen Ministerium, Anschluß Siebenbürgens usw. Neben ihm gab es noch zwei Richtungen, von denen die eine die radikalen Forderungen Kossuths vertrat und die andere schon mit dem Zustand des Jahres 1847 zufrieden gewesen wäre. Beide verloren zugunsten Deaks immer mehr an Boden.

Zehn Jahre lang wurde Gesamtösterreich von dem Innenminister Bach regiert, dann kam der italienische Krieg und die „Niederlagen" bei Magenta und Solferino: draußen und drinnen verlor Österreich Macht und Ansehen. Die Zurückhaltung im Krimkrieg hatte Rußland verstimmt, in Deutschland mehrte sich der Einfluß und der Widerstand Preußens. Die Situation verlangte ein starkes Österreich, einen Ausgleich der inneren Gegensätze und die Staatskasse verlangte neue Steuern, die man einer unzufriedenen Bevölkerung nicht zumuten wollte.

Der bestgehaßte Mann der Monarchie, der Minister Bach wurde entlassen, der verstärkte Reichsrat zusammengerufen. Ein kaiserliches Diplom vom Oktober 1860 kündigte eine Verfassung für sämtliche Länder der Monarchie an; der verstärkte Reichsrat schlug in einer Majoritäts-Entschließung einen Kronländer-Föderalismus vor. Aber plötzlich, im Dezember, wurde Graf Goluchowsky, der neue Innenminister, der diesen föderativen Aufbau durchführen sollte, von Franz Joseph wieder entlassen und durch den Staatsminister Anton von Schmerling ersetzt. Goluchowsky und alle föderalistischen Bestrebungen hatten Österreich schnell in den Ruf gebracht, es liefere die Deutschen der Monarchie einer slawischen Mehrheit aus. Das war gerade jetzt, wo das Ringen um die Führung in Deutschland in ein entscheidendes Stadium trat, untragbar. —

Der Name Schmerling war geradezu ein Programm. Er war ein Führer der Großdeutschen Partei und 1848 zum Präsidenten des Frankfurter Parlaments gewählt worden. Er versuchte noch einmal, die österreichische Verfassungsfrage im gesamtstaatlichen Sinne zu lösen. Das „Februarpatent" des Jahres 1861 schuf einen Reichsrat, dessen 343 Mitglieder von den Landtagen gewählt werden mußten; der ungarische Landtag sollte 85, der siebenbürgische 26 Mitglieder wählen. Mit dieser Kompetenz, die Reichsratsvertreter zu bestimmen, sollten sich die Rechte der Landtage allerdings auch ziemlich erschöpfen.

In Ungarn erkannte der am 6. April 1861 zusammengetretene Landtag die Grundsätze des Oktoberdiploms und des Februarpatents und den neuen Reichsrat nicht an und forderte noch einmal die Wiederherstellung der 48er Gesetze. Die Regierung beantwortete diese Forderung am 21. August mit der Auflösung des ungarischen Landtags.

In Siebenbürgen trat am 15. Juli in Hermannstadt, das wieder Sitz des Guberniums geworden war, der Landtag zusammen. Die Madjaren nahmen daran nicht teil, dafür jetzt aber die Rumänen, die in ihre lange geforderten politischen Rechte eingesetzt worden waren. Das aus beiden Volksgruppen zusammengesetzte Rumpfparlament entsandte die vorgeschriebene Zahl von Vertretern in den Reichsrat. Die Sachsen waren dort u. a. durch Eugen von Trauschenfels, den späteren Redakteur der „Kronstädter Zeitung", G. D. Teutsch, den späteren Bischof, von Reichenstein, Bedeus von Scharberg und Eug. von Friedenfels vertreten. Die bisher noch führenden Männer unter den Sachsen unterstützten aus voller Überzeugung die Regierung Schmerling. Nicht nur weil sein aufgelockerter Zentralismus, seine religiöse Toleranz, seine Bemühungen, die Macht der Krone gegenüber allen sonderstaatlichen Bestrebungen zu erhalten, auch ihnen die Sicherung ihrer Lebensrechte versprach, sondern weil sie auch die deutsche Idee der Gruppe Schmerling mit dem Herzen trugen. Die Gruppe Schmerling erstrebte „den Eintritt der österreichischen Bundesländer in den deutschen Bundesstaat. Sie wollte Österreich ungeteilt als Großmacht erhalten, wollte das Deutschtum Österreichs vor der Slawenüberflutung retten und die Ostausbreitung des deutschen Volkes erhalten" (Srbik)[2].

Es ist wohl auch niemals der Einfluß der Siebenbürger Sachsen so groß gewesen, wie in diesen 5 Jahren der Regierung Schmerling. Reichenstein wurde stellvertretender Leiter der siebenbürgischen Hofkanzlei und hatte praktisch die Leitung in allen laufenden Geschäften und Entscheidungen. Friedenfels war Direktor des für diese Darstellung noch sehr wichtigen Preßleitungs-Büros, Rosenfeld saß in der Hofkanzlei. Die politische Entwicklung entschied gegen Schmerling. Der mit Preußen und Italien drohende Krieg machte einen Ausgleich Österreichs mit Ungarn immer dringlicher und als 1865 der Osterartikel Deaks im „Pesti Naplo", der die Person des Monarchen scharf von den Maßnahmen der Regierung schied, eine Basis zur Annäherung bot, wurden die Ausgleichverhandlungen eingeleitet, neue Hofkanzler der Siebenbürgischen und Ungarischen Hofkanzlei ernannt und Schmerling zum Rücktritt gezwungen. Zwar kamen die Ausgleichsverhandlungen wieder ins Stocken, doch siegten bei Königgrätz nicht nur die Preußen, sondern auch die mit ihnen heimlich verbündeten Madjaren und am 17. Februar 1867 wurden mit der Ernennung Andrássys zum ungarischen Ministerpräsidenten die madjarischen Forderungen praktisch anerkannt und das Ausgleichsgesetz bald darauf geschaffen. Es verwirklichte die beiden Grundsätze, die Deak in seinem Osterartikel aufgestellt hatte: Selbständigkeit Ungarns auf Grund der 48er Gesetze, freie Verwaltung in allen Innenangelegenheiten. Nur Heer und Diplomatie sollten gemeinsam sein. Der Anschluß Siebenbürgens war damit auch beschlossen. Ein siebenbürgischer Landtag hatte schon 1865 die Unionsfrage wieder

verhandelt und die Antworten des Hofes auf einige Anfragen der Sachsen und Rumänen hatten keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Anschluß Siebenbürgens den Madjaren zugestanden werde. Schon Ende des Jahres 1866 saßen die Sachsen — wieder in zwei Parteien gespalten — im Reichstag zu Pest.

2. Die österreichische Preßpolitik.

a) Negative und positive Maßnahmen. Das neue Prinzip: Nicht nur Unterdrückung der Opposition, sondern Förderung und Organisation der regierungsfreundlichen Presse. Das Preßleitungscomité und seine drei Mittel der publizistischen Führung.
b) Nach 1860: Ausbau und feinere Methoden der Preßleitung. Ernennung des Siebenbürger Sachsen Eugen von Friedenfels zum Direktor des Preß-Leitungs-Büros. — Mißerfolge und Kritik.

Die Entwicklung Österreichs in den Jahren 1850—1867 zerfällt also in drei Abschnitte: in die 10 Jahre des Bachschen Systems, 5 Jahre der Regierung Schmerling und zwei Jahre der Vorbereitungen des Ausgleichs mit Ungarn. — In die gleichen Abschnitte zerfällt die innere Entwicklung Siebenbürgens und des Sachsenlandes. Eine ähnliche Gliederung zeigt auch die Entwicklung der Publizistik dieser Jahre, selbst die Entwicklung der österreichischen Preßpolitik, die jetzt zunächst — da sie in ihrer Art neu und in ihrer Wirkung besonders interessant und lehrreich ist — untersucht werden muß.

Als in den Märztagen 1848 die Zensurverordnung aufgehoben und die „Preßfreiheit" erklärt wurde, war zunächst einmal für die Presse ein gesetzloser Zustand geschaffen. Er wurde Ende 1848 durch den Belagerungszustand ersetzt und dieser am 13. März 1849 abgelöst von einem „Repressivgesetz gegen den Mißbrauch der Presse", das auch nicht lange lebte. Es trat in Siebenbürgen, in dem noch bis zum Herbst Krieg und länger noch Belagerungszustand herrschte, nie in Kraft.

Am 6. Juli 1851 wurde eine neue Preßordnung erlassen, die den Stempel des absolutistischen Gesamtstaats Bachscher Prägung trug. Ihr erster Paragraph lautete:

> „Wird in einer periodischen Druckschrift eine dem Throne, der Einheit und der Integrität des Reiches, der Religion, der Sittlichkeit, wie überhaupt den Grundlagen der Staatsgesellschaft feindselige oder mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung unvereinbare Richtung verfolgt, so kann von dem Statthalter des Kronlandes nach vorausgegangener fruchtloser Verwarnung die Herausgabe bis auf 3 Monate eingestellt werden[3]."

Ende des Jahres 1851 beantragte der Innenminister Bach noch die Ergänzung dieser Verordnung durch zwei „dringliche Bestimmungen":

1. Die Vorlage eines Abdrucks jeder Schrift vor ihrer Ausgabe an die Sicherheitsbehörde des Ausgabeorts und
2. die Ablieferung von Pflichtexemplaren an die öffentlichen Bibliotheken. —

Mit der Zustimmung des Ministerrats traten diese Bestimmungen Anfang 1852 in Kraft. Gleichzeitig wurden auch die Geschworenengerichte für die Aburteilung von Preßvergehen beseitigt.

Eine neue Preßordnung vom 27. Mai 1852 faßte alle diese Bestimmungen noch einmal zusammen und machte die Herausgabe periodischer Druckschriften außerdem von einer Konzession abhängig. Somit waren alle Preß- und Zensurbestimmungen der Metternichschen Ära — seit dem 23. 10. 1857 wurde auch die Stempelgebühr neu erhoben — wieder eingeführt. Sie wirkten in Siebenbürgen ebenso wie in Ungarn und der „Woiwodschaft Syrmien mit dem Temescher Banat" noch drückender als die vormärzlichen Verordnungen, weil sie alle in der Hand eines Beamten, des Militär- und Zivilgouverneurs lagen.

Neben diese rein negativen Maßnahmen trat aber jetzt noch eine positive, wenigstens als Versuch. Man hatte in Wien im Jahre 1848 die Wirkung einer oppositionellen Publizistik erlebt und versuchte jetzt nicht nur die Opposition mundtot zu machen, sondern ihre Waffen selbst zu gebrauchen, die Wirkung der Publizistik für sich nutzbar zu machen. Schon im Jahre 1849 reichte der Reichstagsabgeordnete Dr. Wildner ein Gutachten ein, in dem er sagte:

„Es gibt nur zwei Wege:

1. Beständige Repressivmaßnahmen gegen die verkehrte geistige Bewegung, deren sicheres Ende wieder die Revolution ist, oder
2. Staatseigene Lenkung dieser Bewegung der Geister durch eine treffliche Presse. Das h. Ministerium hat durch das Versprechen, „sich selbst an die Spitze der Bewegung zu stellen", sein Wort verpfändet, die letzte Bahn zu gehen, sie ist auch die Bahn der Gerechtigkeit, der Staatsweisheit, der Humanität, der Entspannung und Haltbarkeit des Ministeriums [4]."

Für solche Anregungen hat der Minister Bach ohne Zweifel ein offenes Ohr gehabt, er hatte ja im März 1848 noch mit auf den Barrikaden gestanden. Er ließ eine Reihe von Volkszeitungen gründen, übernahm bestehende Zeitungen oder brachte sie in die Abhängigkeit der Regierung. Ferner gründete er eine lithographische Korrespondenz. Sie war in erster Linie

„zur Widerlegung der Zeitungslügen angelegt. Auch sollten die einzelnen Redaktionen durch sie rasch mit authentischen Nachrichten beschickt werden, wobei man hoffte, die einzelnen Redaktionen durch den Nachrichtendienst der Regierung verpflichtet zu machen [5]."

Und im Frühjahr 1850 begann in Leipzig die erste österreichische Pressestelle für den Einfluß Österreichs in Deutschland zu werben. Ein zweites Büro in Frankfurt kam bald dazu. Die Anregungen zu dieser außerösterreichischen publizistischen Arbeit gingen vom Konsul Grüner in Leipzig aus [6]. Eine verstärkte antiösterreichische Propaganda Preußens, über die in diesen Jahren verschiedene Berichte einliefen, hatte sie gefordert.

Für diese mehr positiven Einwirkungen auf die Presse wurde 1852 ein Preßleitungscomité „eingerichtet", bestehend aus

einem höheren mit der Gustion des auswärtigen Ministeriums und den Absichten des kaiserlichen Kabinetts betrauten Funktionär als Vorsitzenden, dann eines vom Minister des Innern und und eines vom Chef der Obersten Polizeibehörde abzuordnenden Mitgliedes [7].

Dieses Komitee hatte, so wurde es in einem Vortrag der drei zuständigen Minister vor dem Kaiser formuliert,

> „Einfluß zu nehmen auf die amtlichen oder sonst von der Regierung subventionierten Zeitungen des Inlandes oder sonst nach Haltung und Richtung mit der österreichischen Regierung in vertraulichen Beziehungen stehenden ausländischen Blätter und auf die Wiener Korrespondenten der auswärtigen und Provinzblätter [8]."

Als wichtigstes Hilfsmittel hatten sie dazu die lithographierte „Österreichische Korrespondenz" und die „Punktationen", vertrauliche Mitteilungen, die unter dieser Bezeichnung über die Landesämter an die Zeitungen gegeben wurden. Sie enthielten gewöhnlich in weitschweifigen Worten drei Punkte: 1. eine Darstellung der politischen Lage; 2. eine Untersuchung der Ursachen und eine Kritik; 3. kurze Hinweise auf Ton und Haltung, die den einzelnen Fragen gegenüber angenommen werden sollten [9].

Das Presseleitungscomité hat die großen Hoffnungen, die man auf seine Arbeit setzte, nie erfüllt. Das lag zunächst an der Schwerfälligkeit, mit der es arbeitete, dann an seiner Abhängigkeit von verschiedenen Ministerien und an den inneren Gegensätzen zwischen dem Innen- und dem Polizeiministerium, in deren Amtsbereiche die meisten Preßangelegenheiten fielen [10]. Die Beobachtung und Exekutive vor allem der negativen Anordnungen lag ja immer noch beim Polizeiminister und es kam vor, daß der vom Innenminister Bach bezahlte Redakteur einer amtlichen Landeszeitung von den Organen des Polizeiministers wegen Preßvergehens bestraft wurde. Ein wesentlicher Mangel lag aber — wie gesagt — in der bürokratischen Schwerfälligkeit des Komitees selbst.

Der Polizeiminister Feldmarschalleutnant Kempen von Fichtenstamm beklagte sich in seinem Bericht über die Tätigkeit des PLC. im Jahre 1855 über die Länge, Weitschweifigkeit und den mageren Inhalt der von ihr herausgegebenen Berichte und über die wenig geschickte journalistische Arbeit und sagte:

> „Wenn man Zeitungen gewinnen will, so ist nicht nur Geld, das übrigens unsere Gegner auch besitzen und anwenden, notwendig, sondern man muß den Blättern, die man gewinnen will, von Zeit zu Zeit etwas bieten können, das sie besonders interessant macht... Mit abgeklatschten Raisonnements über Bekanntes — und nur dieses sind unsere Korrespondenten zu bieten imstande — ist ihnen sehr wenig gedient, wird auch guter Wille nicht sonderlich gefördert und böser nicht gebrochen [11]."

Diese Einsicht war überall durchgedrungen, als mit dem Ausscheiden Bachs und Kempens aus ihren Ämtern auch das Preßleitungscomité vorübergehend seine Tätigkeit einstellte. Im Jahre 1859/60 hat zeitweise ein entsprechendes Büro im Auswärtigen Mi-

nisterium die Arbeit weitergeführt, Ende des Jahres 1860 wurde dann ein neues Amt — das Preß-Leitungs-Büro — eingerichtet, das zunächst dem Polizeiminister, dann — seit Februar 1861 — dem Staatsministerium unterstellt wurde und mit dessen Führung der Hofrat Eugen Drotlef von Friedenfels, ein Siebenbürger Sachse, betraut worden ist[12]. Das Amt sollte jetzt journalistisch wirksamer arbeiten. Es wurde unabhängiger im Gebrauch der verschiedenen, für die Beeinflussung der Öffentlichkeit geschaffenen Führungsmittel. Während das bisherige Preß-Leitungs-Comité mehr eine Dachorganisation war, die nur eine gewisse gemeinsame Linie in der Behandlung der verschiedenen, den einzelnen Ministerien übertragenen preßpolitischen Aufgaben sichern konnte, wurde dem neuen Preß-Leitungs-Büro — besonders seit es dem Staatsministerium unterstellt war — ein großer Teil aller bisher auf drei Ministerien verteilten preßpolitischen Maßnahmen anvertraut. Es bildete ein eigenes, mit fortlaufenden und festen Aufgaben betrautes Amt — während das Preß-Leitungs-Comité nur „je nach Bedarf" täglich oder dreimal wöchentlich zusammengetreten war. — Aber so sehr das Preß-Leitungs-Büro jetzt Ressort war, sollte es doch nicht als Behörde auftreten. In einer Instruktion über die Tätigkeit des Preßleiters heißt es (kurz nach seiner Ernennung):

> „Seine Aufgabe wäre, im Allgemeinen, den Gang der Presse im Inlande und Auslande aufmerksam zu verfolgen und im außerbehördlichen Wege für die Zwecke der Regierung auf die Organe der Tagespresse einzuwirken. Zu diesem Ende hat er von den Ministerien ... in der Regel aber vom Polizeiminister, dem er dienstlich zunächst untergeordnet ist, seine Weisungen entgegenzunehmen. Er wird gegen Honorare literarische Kräfte an sich ziehn und mit Arbeiten betrauen, mit Zeitungsredaktionen und Publizisten mündlich und brieflich verkehren ... auf einer bestimmten Grundlage auch selbständig und mit eigener Initiative operieren[13]."

Außerdem mußte er die Punktationen entwerfen.

Neben Friedenfels gehörte zum PLB. vor allem Johann Falke von Lichtenstein, der vorher Statthaltereisekretär für Ungarn im Staatsministerium gewesen war. Er stand

> „nicht im Bürodienst, sondern war zur persönlichen Einwirkung auf hervorragende und zum unmittelbaren Verkehr mit dem Preßbüro aus verschiedenen Gründen nicht geneigten Publizisten im Wege des gesellschaftlichen Verkehrs in Verbindung[14]."

Unter der Leitung des Preßbüros stand natürlich auch die „Österreichische Korrespondenz"; doch versuchte man, nicht nur über sie nachrichtenpolitisch zu arbeiten, sondern auch private Büros zu beeinflussen.

In allem strebte man nach einer Verfeinerung derselben Methoden, die bereits seit Jahren angewandt wurden, und auch als Anfang des Jahres 1863 Friedenfels von seinem Amt zurücktrat, änderte sich grundsätzlich an der Arbeitsweise des Büros nichts, nicht einmal so sehr im Jahre 1867, als nach dem Ausgleich eine neue Regelung ge-

funden werden mußte und man das „Preßdepartement in der Präsidialkanzlei“ schuf.

Die Wege waren:

1. Das Netz einer von der Regierung getragenen amtlichen Presse und die Beauftragung oder finanzielle Unterstützung einzelner Publizisten.
2. Die Nachrichtenpolitik über die „Österreichische Korrespondenz“ und über private Büros.
3. Die vertraulichen Informationen mit Stichworten für die Behandlung schwebender Fragen. Sie waren zunächst nur für die amtliche Presse bestimmt, sollten den Gouverneuren aber auch als Richtschnur dienen für die Beurteilung und Beeinflussung der nichtamtlichen Presse.

Diesen positiven Maßnahmen gegenüber stand das alte System rein negativer Preßpolitik mit Konzessionswesen und Zensur.

II.

Die regierungsoffiziöse Publizistik in Siebenbürgen.

1. Der „Siebenbürger Bote“ als amtliche Landeszeitung. — Subventionen und Verbote.
2. Die „Quartalschrift“ und „Hermannstädter Zeitung“ als Organe einer großösterreichisch-gesinnten, an der Regierung Schmerling beteiligten Gruppe von Siebenbürger Sachsen. — Zusammenlegung des „Boten“ und der „Hermannstädter Zeitung“ unter der Ära Friedenfels-Reichenstein. Heinrich Schmidt als Publizist. — Die „Kronstädter Zeitung“ unter (großösterreichischer) Leitung von Eugen von Trauschenfels.

Für die Entwicklung der sächsischen Publizistik, die jetzt zu verfolgen ist, war zunächst die erste dieser Methoden bedeutsam: Der „Siebenbürger Bote“ wurde amtliche Landeszeitung. Die amtlichen Landeszeitungen wurden in einem Vortrag des Außen- und des Innenministers vor dem Monarchen folgendermaßen charakterisiert:

> „Sie sind gewöhnliche Tageblätter mit dem Unterschied, daß die Regierung oder die betreffenden Länderchefs die amtlichen Erlasse, welche keine Aufnahme im Landesregierungsblatt zu finden haben, in denselben zur Veröffentlichung zu bringen hat. Sie bestehen meistens aus drei Teilen, einem Hauptblatte, einem Amts- und einem Intelligenzblatt. Das Amtsblatt ist für amtliche Kundmachungen in öffentlichen oder Privat-Angelegenheiten, das Intelligenzblatt für reine Privatinserate bestimmt. Das Hauptblatt, die eigentliche Zeitung, besteht aus einem amtlichen Teil zur Veröffentlichung von Kundgebungen, die vom allerhöchsten Hofe, von den Centralstellen, von den Länderchefs ausgehn. Die wichtigsten Gesetze, bei denen es der Umfang erlaubt, haben auch da ihre Veröffentlichung zu finden. Für diesen Teil übernimmt natürlich die Regierung die Verantwortlichkeit. Der nichtamtliche Teil der Zeitung oder des Hauptblatts ist für Mitteilung politischer Tagesnachrichten und für freie Besprechung aller Gegenstände bestimmt, deren Erörterung dem Interesse der Regierung entspricht und dem Wohle des Gesamtstaates oder des Kronlandes frommt. Für diesen nichtamtlichen Teil trägt allein die Redaktion die Verantwortlichkeit. Sie wird aber von der Regierung bestellt[15].“

Eine solche Landeszeitung war also seit dem Jahre 1852 der „Siebenbürger Bote". Heinrich Schmidt, der in den Jahren 1848/49 energisch gegen die Union aufgetreten und unzweifelhaft schwarz-gelb gesinnt war, hatte gegen die mit den österreichischen Truppen ins Land gekommene Militärverwaltung und Beamtenwillkür sehr deutlich seine Meinung gesagt und am Geburtstag des Kaisers 1851 geschrieben:

> „Befiehl, allmächtiger Kaiser, daß uns Beamte gegeben werden, die ein Herz haben auch fürs Volk und die nicht glauben, ihr äußerstes getan zu haben, wenn sie die Rubriken ihrer Protokolle vollgeschrieben haben."

Als er sich der 1852 eingeführten Vorzensur nicht fügen wollte, mußte er die Redaktion niederlegen. Er hatte sich zuletzt noch mit einer Meinung unbequem gemacht, die er bei Veröffentlichung der neuen Verfassung in der Zeitung abgegeben hatte. Nach seinem Ausscheiden übernahm der im März 1852 an die Rechtsakademie versetzte Professor Alois Sentz die Leitung des Boten. Er war von der Regierung eingesetzt. Seit seiner Zeit ist der Bote amtliche Landeszeitung. Wieweit und ob er überhaupt vorher schon von der Regierung abhängig war, konnte nicht festgestellt werden. Im Jahre 1855 erscheint er in den Akten des Preßleitungscomités unter der Aufstellung der amtlichen Landeszeitungen und subventionierten Blätter. Er war aber eine der wenigen Zeitungen, die jahrelang keine Zuschüsse brauchten. Dafür allerdings verkörperte er in ganz hervorragender Weise jenen Typ offizieller österreichischer Landeszeitungen, von denen noch im Jahre 1862 ein Bericht klagte, daß sie immer nur

> „die farblos referierende Haltung beobachten, welche schon in früheren Zeiten das charakteristische Merkmal eines offiziellen Provinzblattes gebildet hat und daß sie auch heute noch ihrer Aufgabe zu genügen glauben, wenn sie die auf ganz besondere Rücksichten angewiesene offizielle „Wiener Zeitung" als den alleinigen Maßstab ihrer journalistischen Leistungsaufgabe vor Augen halten oder höchstens mit dem Abdruck des einen oder anderen Artikels der „Donauzeitung" ihren offiziösen Charakter zu markieren trachten[16]".

Eine sächsische Zeitung war der Bote nicht mehr, sondern eine österreichische und auch sein Beiblatt, die „Transsilvania", wurde des bescheidenen sächsischen Charakters, den sie zu wahren suchte, schnell entkleidet, als die „Oberste Polizeibehörde" in einer vertraulichen Mitteilung aufmerksam gemacht wurde, daß „das offizielle Blatt, der ‚Siebenbürger Bote' in seiner Beilage ‚Transsilvania' häufig Abhandlungen über die alten Einrichtungen, Rechte und Freiheiten der Sachsen bringe". Der Vertrauensmann der Obersten Polizeibehörde stand auf dem Standpunkt, daß eine offizielle Landeszeitung „nicht dem störrigen Sinn für alte, abgelebte Zustände frische Nahrung" geben solle. Sie hätte vielmehr die würdigere Aufgabe, „verjährte Vorurteile und gemeinschädliche Unfüge mit allen Waffen einer besseren Erkenntnis zu bekämpfen[17]".

Die „Kronstädter Zeitung“ war zwar nicht amtliches Organ geworden, aber sie enthielt nur Nachrichten, die Gött selbst aus den wenigen Zeitungen, deren Einfuhr die Regierung erlaubte, und aus der Regierungskorrespondenz ausschnitt und zusammenklebte. Sie wurde auch mit amtlichem Material beliefert; das geht aus den „Telegrammen“ hervor, die sie seit 1859 gelegentlich veröffentlichte.

Diese telegraphischen Meldungen liefen über das seit 1855 bis Hermannstadt gelegte amtliche Kabel. Sie wurden wie alle anderen dienstlichen Berichte behandelt, an den Landesgouverneur gesandt und von diesem den amtlichen, subventionierten und regierungstreuen Zeitungen zur Verfügung gestellt [18]. Auf diese Weise sollten die der Regierung nahestehenden Blätter unterstützt werden. Gött erhielt die Kabelmeldungen vom Gouverneur, und zwar wurden sie ihm über den Kreisvorsteher zugeleitet [19].

Von den übrigen Zeitungen des Landes stand noch die „Gazeta Transsilvaniei“ mit dem Presseleitungscomité in direkter Verbindung [20]. Eine zweite, seit 1850 bestehende, in Hermannstadt erscheinende rumänische politische Zeitung, der „Telegrafu Român“ gehörte dem griechisch nicht uniierten Erzbischof Schaguna, der in diesen Jahren eine österreichische Politik betrieb. Er ließ im Jahre 1856 die Lektüre der Kronstädter „Gazeta Transsilvaniei“ von den Kanzeln seiner Kirche verbieten [21], doch traf er diese Anordnung sicherlich nicht aus politischen Gründen. Vielleicht lagen konfessionelle oder kulturelle Meinungsverschiedenheiten vor. — Der Redakteur der „Gazeta“ gehörte zur uniierten Kirche. Auf die madjarischen Zeitungen wurden mehr die negativen Maßnahmen angewandt, die die österreichische Pressepolitik dieser Jahre kannte.

Die siebenbürgische Publizistik hatte also in den Jahren 1850—60 eine recht einheitliche Tendenz. Aber sie wirkte kaum. Die politischen Entscheidungen fielen gegen sie, die politischen Meinungen bildeten sich ohne ihr Zutun; die Opposition sammelte sich auf anderen Wegen. In Hermannstadt wurde der „Siebenbürger Bote“ zu einem öffentlichen Ärgernis. Am 22. Februar 1859 schrieb Schuller v. Libloy, der Nachfolger Zimmermanns an der Rechtsakademie an Franz Obert:

> „Es kann Dir nicht entgangen sein, daß unser „Siebenbürger Bote“ nebst der „Transsilvania“ zumeist nur durch den Rotstift, d. h. vom Diebstahl leben . . . Es gilt im Kränzchen für eine Schande, am Boten mitzuarbeiten. Steinhaußen hat dem Sentz schon mehrfach gekündigt und war mit Schmidt bei Lebzetern (dem Vizegouverneur— d. Verf.); doch ging es nicht. Man will einen charakterlosen Redakteur [21].“

Noch im selben Jahre, das den Sturz Bachs und seines Systems brachte, konnte man allerdings — wenn auch nicht Heinrich Schmidt wieder an die Leitung des Boten bringen — doch ein eigenes Blatt gründen, dessen Redaktion Heinrich Schmidt übernahm:

„Die Siebenbürger Quartalschrift“. Diese Zeitschrift wurde hauptsächlich getragen von dem Kreis sächsischer „Juristen“, die 1848 so stark die Hermannstädter Publizistik bestimmt hatten: in erster Linie Eugen von Friedenfels, Reichenstein und Rosenfeld. Auch Zimmermann gehörte wohl zu diesem Kreis, der von Wien aus seine Fäden nach Hermannstadt zog. Sie waren alle gut österreichisch gesinnt, aber sie bekämpften den starken Zentralismus und den Verlust der sächsischen Freiheiten; außerdem waren sie — selbst teilweise zur Disposition gestellt — Gegner des Bachschen landfremden Beamtentums. „Die Autonomie hat in Siebenbürgen nichts als Grenzen und gar kein Gebiet“, schrieb die „Quartalschrift“ und als nach den ersten Sitzungen des verstärkten Reichsrats, in dem der Kronstädter Karl Maager so dringend eine Verfassung verlangt hatte — worauf man in Wien bereits „Maager-Hüte“ trug und im Kaffeehaus zu seinen Ehren aufstand, wenn er erschien — auch die Presse sich wieder mehr Freiheit nahm, da veröffentlichte die „Quartalschrift“, die „Litterae obscurorum virorum“, die Briefe der Dunkelmänner, die den Absolutismus mit Gelächter angriffen und „mitgeholfen haben, ihn in der öffentlichen Meinung zu stürzen“ (Teutsch). Der Schäßburger Gymnasiallehrer Fr. Fronius hatte sie geschrieben.

Gerade die kleinen Schikanen der Polizeiherrschaft wurden hier der Lächerlichkeit preisgegeben. Wer in seiner Wohnung tanzen wollte, mußte z. B. eine Lizenz lösen: 16 Kreuzer die Stunde, dazu einen Stempel auf die Lizenz, der 72 Kreuzer kostete. Für 8 Stunden Tanz bei einer Familienunterhaltung waren also 2 Gulden zu zahlen. Nun seien allerdings die Sachsen, so meinte der „Michael Saxo ex circulo Cibiniensis“, nicht zum Tanzen von Geisa II. ins Land gerufen worden, sondern „ad retinendam coronam“ und im Andreanischen Privileg stehe auch nichts davon, wenn es aber darin stände, würde es auch nichts nützen, denn „trecuta sunt tempora illa privilegata“ — trotzdem glaubte er, das Recht zu tanzen sei ein Naturrecht des Menschen. —

Alle kleinen ärgerlichen Erfahrungen mit dem Absolutismus wurden treuherzig erzählt, zuweilen in einem rumänisch gefärbten Küchenlatein. (Wie auch oben: trecuta sunt . . .) — Auf die Madjaren fielen leichte Seitenhiebe so gut wie auf die Rumänen — aber auf die Zensoren des öffentlichen Lebens, die Bachsoldaten, hagelte es herunter.

Im Jahre 1861 ging die „Quartalschrift“ in die neugegründete „Hermannstädter Zeitung“ auf — Friedenfels war Leiter des Pressebüros geworden und gab der ihm nahestehenden Zeitung häufiger Zuschüsse (im Jahre 1863 z. B. von 3654 Gulden) [22]. Die „Hermannstädter Zeitung“ konnte schon 1862 — im zweiten Jahr ihres Bestehens — täglich erscheinen. Man wird sich fragen, warum auch jetzt noch — nachdem diese Gruppe in der Regierung und im Presse-

leitungsbüro saß — von ihr eine Zeitung neben dem amtlichen „Boten" unterstützt wurde. Das dürfte sich daraus erklären, daß die amtlichen Landeszeitungen noch bis zum Ende des Jahres 1862 dem Polizeiminister unterstanden und praktisch von vielen alten Einflüssen beherrscht blieben. Als dann im Dezember 1862 die amtlichen Landeszeitungen dem Staatsministerium unterstellt und vom Pressebüro unmittelbar bearbeitet wurden, als ferner Reichenstein Hofrat in der siebenbürgischen Hofkanzlei und seit Oktober 1863 stellvertretender Leiter der Hofkanzlei wurde, bestand allerdings kein Grund mehr, zwei großösterreichische Zeitungen Schmerlingscher Prägung in Hermannstadt erscheinen zu lassen. Der „Siebenbürger Bote" und die „Hermannstädter Zeitung" wurden vereinigt, es entstand die „Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten", die unter der Redaktion Heinrich Schmidts seit dem 1. Januar 1863 erschien. Am gleichen Tage war Friedenfels aus seinem Amt geschieden. Die „Hermannstädter Zeitung" wurde weiterhin über Reichenstein subventioniert, aber im Jahre 1865, mit Beginn der Ausgleichsverhandlungen, sich selbst überlassen. 1867 erhielt Reichenstein nach mehrfachen Vorstellungen noch einmal einen Zuschuß [23], der Heinrich Schmidt zum Ausgleich alter Forderungen dienen sollte. Schmidt war schon 1865 während der ersten Verhandlungen zwischen Wien und Pest von der Zeitung entfernt worden. Man hatte ihm mit dem Verlust seiner Professur an der Rechtsakademie gedroht, wenn er weiter im großösterreichischen Sinne schreiben würde. Der neue Hofkanzler Graf Haller hatte seine Amtstätigkeit mit einer Amnestie für Pressevergehen begonnen und mit ihm waren wieder viele Madjaren in die Hofkanzlei eingezogen; Reichenstein war zur Disposition gestellt. Die Sachsen hatten niemanden mehr, der ihre Interessen in Wien vertrat — außer Zimmermann, aber der saß im Oberkirchenrat. Schmidt mußte die Redaktion der Zeitung niederlegen, um seine Professur und damit seine Existenz zu behalten. Er verlor die Professur im Jahre 1867 dann schließlich auch und starb bald darauf, im Mai 1870 bei Michelsberg durch eigene Hand, verzweifelt an dem vergeblichen Einsatz seines Lebens. In der „Hermannstädter Zeitung" hatte er bei seinem Ausscheiden geschrieben:

> „Wir haben Österreich gesucht und glaubten es gefunden zu haben. Wenn es wieder einmal ein Österreich geben wird, mag es uns suchen, die wir um dasselbe verdient haben, aufgesucht zu werden."

Die „Kronstädter Zeitung" ist in diesen Jahren auch wieder in eine klare Führung genommen worden. 1863 wurde Eugen von Trauschenfels ihr Redakteur. Er gab den Lesern zunächst einmal sein Programm bekannt. Die Zeitung werde nicht „auf dem Standpunkt des Naturrechts stehn und bloß für das Recht des Stärkeren eintreten". — Das richtete sich gegen die madjarische Publizistik. Sie wollte aber — obwohl sie grundsätzlich das historische Recht verteidige — es auch „nicht mit jenen halten, die die Gegenwart an

eine längst vergangene Phase anknüpfen und all das, was dazwischen liegt, für ungültig erklären wollen". Das sollte wohl eine Abgrenzung gegen die „Hermannstädter Zeitung" sein, gegen die er am nächsten Tage schon Stellung nahm. Die „Hermannstädter Zeitung" hatte wieder einmal ein Kronland, ein eigenes „Sachsenland" gefordert. Trauschenfels meinte, das sei nicht möglich, einmal, weil dann „eine Aus- und Abwanderung Fremdvölkischer vom Sachsenboden vorhergehen" müsse, außerdem, weil es die Mission der Sachsen sei, fremde, westliche Kultur den Brudernationen zu vermitteln.

Dieser leichte Gegensatz zwischen Trauschenfels „Kronstädter Zeitung" und der „Hermannstädter Zeitung" Heinrich Schmidts (der immer noch Sentz als Mitarbeiter dulden mußte) verlor bald jede Bedeutung. Denn in den grundsätzlichen Fragen — Union mit Ungarn, oder selbständiger Teil Großösterreichs, — konservativ oder liberal, — um die der Kampf wieder ging, waren beide einer Meinung. Beide Zeitungen kämpften gegen die Union.

Trotzdem ist es nicht müßig, die geringen Unterschiede zwischen den Auffassungen beider Blätter noch genauer zu verfolgen, weil sie sehr interessante soziologische Hintergründe haben. Trauschenfels vertrat mit seinem gemäßigt historischen Standpunkt etwa die Meinung, die 1848 von den jüngeren „Juristen", vor allem von Zimmermann, vertreten worden war (er wünschte z. B., „daß es in der sächsischen Nationsuniversität Parteien gebe"). In diese Linie war inzwischen auch die 48er Opposition — die „Theologen" — eingeschwenkt. Sie hatten ihre Schul- und Kirchenangelegenheiten mit dem österreichischen Staat recht günstig geordnet — Zimmermann hatte als Ministerialrat und Konsistorial-Präsident zwischen Staat und evangel. Kirche vermittelt. Sie hatten auch 1848 mit ihrer Unionsbegeisterung sehr trübe Erfahrungen gemacht und waren jetzt Großösterreicher — aus Klugheit oder Überzeugung. Trauschenfels hatte — das geht aus einigen Briefen hervor — mit den bedeutendsten unter ihnen, auch mit Zimmermann und Teutsch, Verbindung.

Hinter Schmidts Zeitung standen aber in erster Linie die Titelpatrizier, die „Juristen" des Jahres 1848 oder deren Söhne.

Die Trennungslinien sind hier sehr stark betont, aber tatsächlich hat doch, wie aus dem zitierten Aufsatz Trauschenfels' und aus manchen anderen Tatsachen, aus Briefen usw. hervorgeht, eine leichte Differenz damals bestanden. Sie schwand allerdings unter dem Druck der Ereignisse und dem Widerstand von außen und innen. Beide Gruppen — die „Jungen" und die „Alten" der vierziger Jahre, beide jetzt der älteren Generation zugehörig — bildeten zusammen die Altsächsische Partei (in der die Theologen das Übergewicht hatten). Ihr gegenüber standen die Jungsachsen.

Die Unionsfrage wurde nicht nur in Wien und Pest, sie wurde auch in Hermannstadt und Kronstadt immer dringlicher gestellt. Sie schied die Parteien.

III.

Die öffentlichen Meinungen und ihre Organisationsformen.

1. In Siebenbürgen: Kasinos, Vereine, Kirchen als Austauschmärkte von Mißstimmungen, oppositionellen Meinungen und Gerüchten.
2. Bei den Sachsen: Die Vereine als Sammelstätten der Opposition. Kleinbürgerliche Ideologen und madjarische „Wanderpatrioten". — Die Stimmung für die Union wird vorbereitet.

Es muß im Rahmen dieser Untersuchung die Frage aufgeworfen werden, auf welchem Wege sich eine starke Opposition bilden und zusammenfinden konnte, nachdem die Instrumente der Meinungswerbung und Menschenführung, die 1848 gerade von der Opposition so erfolgreich angewandt worden waren, Zeitschrift, Zeitung und Flugschrift, jetzt fast nur noch in Händen der Regierung lagen. Daß diese Mittel sehr schlecht gehandhabt wurden und allein darum nur bedingt wirksam waren, hatten wir schon gesehen. Trotzdem bleibt immer noch die Frage offen, aus welchen Quellen sich die Opposition nährte, wie sie entstand und vor allem: wie sie sich organisierte.

Darüber hat sich die Oberste Polizei-Behörde in Wien selbst Gedanken gemacht und hat ein Netz von Vertrauensmännern geschaffen, die die Aufgabe hatten, die Stimmung im Lande, die Unruheherde, die wahrscheinlichen Führer einer Opposition zu beobachten und zu melden. Aus diesen vertraulichen Korrespondenzen ergibt sich folgendes Bild:

1. Gründe zur Unzufriedenheit waren für große Teile der Bevölkerung gegeben.
2. Die Unzufriedenheit wurde bewußt genährt durch Gerüchte, durch Propaganda von außen und durch herausfordernde Einzelaktionen im Innern. Gerüchte, Nachrichten und Meinungen fanden ihren Weg von Mund zu Mund. Sie hatten feste Träger in allen Berufsgruppen; ihre Austauschmärkte waren Kirchen und Vereine.
3. Gegen diese unmittelbare Meinungswerbung von Mensch zu Mensch hatte die Regierung kein Mittel, weil sie nirgendwo eine bestimmte Gruppe von Menschen hatte, die sie vertrat.

Unter der rumänischen Bevölkerung war die Unruhe so groß, daß man wieder einmal eine Revolution befürchtete. Es heißt in einem vertraulichen Bericht:

> „Die Vorgänge in den Donaufürstentümern sind nicht ohne Rückwirkung auf das Großfürstentum, wo die Mehrzahl der Bevölkerung aus Rumänen besteht, der magyarische Volksstamm dagegen nach der alten Prädominanz strebt. Während die moldowalachischen Unionsbestrebungen bei den Rumänen in Siebenbürgen eine totale Begriffsverwirrung erzeugen und besonders den National- und Religionshaß derselben gegen ihre Unterdrücker anfachen, ja sogar ihr Vertrauen und ihre Anhänglichkeit an die Regierung erschüttern, suchen die Magyaren darzutun, daß nur sie das rumänische Volk im Zaume halten können, daß man ihnen daher die frühere herrschende Stellung einräumen müsse. Zu diesem üblen Einfluß von außen kommen noch ungünstige Verhält-

nisse im Innern: Mißernten, Schaden der Viehzucht, Steuer-Excutionen. Dieser Calamität gegenüber, welche auf den Rumänen schwer lastet, zehren die Magyaren von den Erträgnissen der an sie überreichlich verabfolgten Grundentlastungsobligationen und erwarten von den urbarialgerichtlichen Entscheidungen über die streitigen Besitzverhältnisse noch immer größere Vorteile . . . Die Gefahr der Besetzung der Urbarialgerichtshöfe mit Magyaren kann zu Selbsthilfemaßnahmen der Rumänen führen [24]."

Zwei Jahre später berichtete der Vertrauensmann:

„Aus Furcht vor einer Erhebung der Rumänen sind in neuester Zeit mehrere ungarische Familien (Grundbesitzer aus Abrudbanya) nach Ungarn übergesiedelt [25]."

Die Sachsen litten unter einer ständigen Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage. In Kronstadt lag

„der Handel nach den Donaufürstentümern völlig darnieder, weil die Engländer seit dem Krimfeldzug sich desselben ganz bemächtigt haben [26]".

Dazu kam eine wachsende Abneigung gegen das Bachsche Beamtentum. Schon 1856 schrieben die Vertrauensmänner:

„Der größte Fehler, den man in Beziehung auf die Sachsen begangen, ist, daß man so viele schlechte Beamte aus Galizien und der Bukowina ins Land zog. Das Wort Galizianer ist der Begriff eines rohen, anmaßenden, bestechlichen Beamten geworden [27]."

Und 1858 hieß es noch einmal:

„Einige politische und Finanzbeamte stehen gegenwärtig wegen Bestechlichkeit und Veruntreuung in Untersuchung, während manche andere, namentlich aus Galizien nach hier gelangte Bezirksbeamte deshalb den Verdacht unlauteren Gebahrens auf sich laden, weil sie bei sonstiger Mittellosigkeit einen zu ihrer Besoldung unverhältnismäßig großen Aufwand treiben. Die Amtshandlungen dieser letzteren werden daher auch stets schärfer beobachtet und wahrgenommene Ausschweifungen zur Sprache gebracht [28]."

1856 hatte ein Bericht schon alle Besorgnisse und Fehler zusammengefaßt und geschrieben:

„Die materiellen und geistigen Interessen des Landes werden vernachlässigt: es wird nichts für Hebung der Land- und Forstwirtschaft getan, nichts zur Förderung des Handels und der Industrie geleistet, keine Fürsorge für den Unterricht der Jugend getroffen. Diese für den allgemeinen Wohlstand wie für das soziale und bürgerliche Leben höchst ungünstigen Verhältnisse wissen denn die Malcontenten, zu welchen die meisten vormaligen Grundherren und alle Anhänger der letzten Revolution gehören, gegen das österreichische System auszunutzen [29]."

Man begann die große Masse der Unzufriedenen zu sammeln. Es war wieder so wie in den vierziger Jahren: Jeden drückte irgendwo der Schuh. Aber ein fester Widerstand zeigte sich lange nicht. Die Unzufriedenen bildeten eine amorphe Masse. Dann kamen einige und verstärkten die Unzufriedenheit und wiesen auf die Schuldigen, indem sie die Ursachen dauernd nannten. Sie gaben Parolen aus, nach denen sich die Meinungen der Öffentlichkeit ausrichteten, sie gaben den Strömungen des öffentlichen Meinens gewisse Grundrichtungen. Sie schufen in der amorphen Masse gewisse Kristalisationspunkte, an denen sie sich verfestigte. Sie gaben — damals (48) —

Zeitungen heraus, um die sich die Menschen zusammenscharten. Diese Möglichkeit hatte ihnen die Regierung jetzt genommen. Aber sie fanden andere. Sie suchten die Menschen dort auf, wo sie an und für sich schon in Massen zusammenliefen, in Kasinos, Vereinen, ja in der Kirche. Sie schrieben ihre Parolen nicht, sondern sie sagten sie. Und sie mußten immer dann leichten Erfolg haben, wenn sie schon in anderem Zusammenhang ein gewisses Führungsverhältnis zu einer bestimmten Gruppe von Menschen hatten, wenn sie als Grundherren in ihrem Dorf, als Festredner in den Vereinen oder als Pfarrer vor der Gemeinde standen. Unter den rumänischen und madjarischen Bauern vollzog sich die Meinungsbildung in diesen Jahren wohl weitgehend über die Kirche. Unter den madjarischen und sächsischen Stadtbewohnern über das Kasino, den Gewerbs- oder Schützenverein und über Volksfeste.

Die Oberste Polizeibehörde hat besonders die madjarischen Pfarrer beobachten lassen und eine Fülle von Material über ihre Tätigkeit im Sinne nationalistischer Opposition gesammelt. 1853 wird der Obersten Polizei-Behörde

> „die römisch-katholische Geistlichkeit in den Szekler Bezirken als politisch unzuverlässig und korrumpiert geschildert [30].

In einem anderen Bericht desselben Jahres heißt es:

> „Ein großer Teil der Geistlichkeit aller Konfessionen leuchtet im Szeklergebiet mit ihrer schlechten Gesinnung der Bevölkerung vor. Gesichert ist der Aufenthalt der Commissäre durch die nahegelegene Moldau. Es führen hunderte von Pfaden, nur einzelnen bekannt, hinunter und den Flüchtigen steht in den Klöstern und moldauischen Szeklerdörfern stets ein Asyl offen. Durch diese werden auch die Korrespondenzen vermittelt [31]."

Auf ähnlichen Wegen wurde auch die Erbitterung der rumänischen Bauern gegen ihre Grundherrn noch durch die Propaganda verstärkt, die von Rußland ausging. Caluger, Mönche aus Klöstern des russischen Gouvernements Caluga,

> „die alljährlich im Frühling aus den Donaufürstentümern nach Siebenbürgen zu kommen pflegen, verbreiten kaiserliche Ukase, welche bezüglich der Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland erflossen sind [32]".

In Wien mußte man anerkennen, daß dieser Zustand besonders darum gefährlich war, weil

> „sich in keiner Schicht der Bevölkerung eine Partei findet, welche den gegenwärtigen Zustand der Dinge als eine Österreich zu dankende Wohltat betrachtet, daher für dessen Aufrechterhaltung einzustehen geneigt wäre. Im Gegenteil ist die Mißstimmung so allgemein, daß der öffentliche Geist im Falle eines losbrechenden Sturmes nur Besorgnisse einzuflößen geeignet ist, indem nirgends regierungsfreundliche konservative Elemente zu entdecken sind [33]".

Nun, von 1860—1865 und darüber hinaus gab es unter den Siebenbürger Sachsen — ebenso wie unter den Rumänen Männer, die „für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustands der Dinge einzustehen geneigt" waren. Schmerling hatte sie zu sammeln gesucht, aber die Regierung Belcredi wünschte diese Opfer schon nicht mehr.

Und unter den Sachsen war auch bereits eine unbedingt unionsfreundliche, antiösterreichische, liberale Opposition groß und mächtig geworden, die — auch ohne Zeitungen und Flugschriften — sich auf Vereinsböden und Festplätzen zusammengefunden hatte, die „Jungsächsische" Partei. Von den beiden wichtigsten Gründen der Unzufriedenheit unter den Sachsen war schon die Rede: Der Haß gegen das Beamtentum, aus dem ein Haß gegen Österreich wurde. Die katastrophale Lage des Gewerbes, vor allem in Kronstadt, für die man die Regierung verantwortlich machte.

Aus diesen beiden Wurzeln nährte sich die sächsische Opposition, die Jungsächsische Partei, die — wie die Kronstädter Zeitung damals schrieb — „das Volk immer mehr für sich gewann, weil sie neben den Bürgern und Bauern beim Glase Wein saß und ein großes Duzen durchs Land ging [34]".

Im Jahre 1861 wurde ein Schützenverein in Kronstadt gegründet. An allen Orten entstanden um die Zeit Schützen-, Turn- und Gesangvereine. Wieder offenbarte sich in diesen Zusammenschlüssen ein neuer Lebenswille. „Der Kronstädter Schützenverein warf sich, in den ersten Jahren die Schießübungen vollständig als Nebensache behandelnd, mit einem Sprung in das Getriebe der Politik [35]." . . . „Im Schützenverein sollten" — so schrieben die aus ihm hervorgegangenen Redakteure der „Siebenbürger Blätter" — die künftigen

> „Vertrauensmänner ihre Vorstudien machen. Im Schützenverein sollte man sich üben, bei Wahlen ohne Rückblick auf Familie, nationale und konfessionelle Interessen vorzugehen. Die künftigen Universitäts- und Landtagsdeputierten sollte fernerhin der Schützenverein aufstellen, von ihm sollten die neuen literarischen und industriellen Bestrebungen ausgehen [36]".

Es waren in erster Linie wieder die Jungen, die sich hier zusammenfanden, sie sammelten um sich die große Masse des verarmten Gewerbestandes.

Das neue Vereinsleben, das diese Opposition sammelte, erhielt durch eine politische Annäherung der Sachsen und Madjaren seinen gewaltigen Auftrieb, aber auch seine besondere politische Bedeutung. Den äußeren Anlaß zur Gründung des Kronstädter Schützenvereins gab die Anwesenheit einiger junger Kronstädter Bürger bei den Installationsfeierlichkeiten der Haromszeker Oberbeamten in Sz. György [37]. Das Kronstädter Schützenhaus wurde gebaut mit starker finanzieller Unterstützung eines madjarischen Adligen.

Schon 1859 hatten sich allerorts die Madjaren an den sächsischen Schillerfeiern beteiligt. Auf dem Bistritzer Vereinstag des Landeskundevereins im August 1860 erschien der Graf Miko, der spätere Landesgouverneur, und der Baron Eötvös, der spätere ungarische Kultusminister. Eötvös hatte in einer großen Rede die Einigkeit der Nationen gepriesen und Miko hatte in seinem Toast „ziemlich deutlich die Union Sienbürgens mit Ungarn als Ziel durchblicken lassen [38]". Darauf erwiderte Georg Daniel Teutsch mit einem Hoch auf

die „Eintracht und Bruderliebe aller Völker Österreichs". — Im nächsten Jahr, in Mühlbach, sollten sich die gleichen Vorfälle wiederholen. Da warnte aber die „Hermannstädter Zeitung" sehr eindringlich vor dem „Spiel mit dem Feuer":

„Täuschen wir uns nicht über die Situation. Die Altkonservativen haben den Boden zubereitet, auf dem sich das merkwürdige Schauspiel der Rekonstituierung der ungarischen Komitate vollzieht. Die Altkonservativen sind längst nicht mehr imstande, die Garantien einzulösen, die sie der Regierung für die ruhige Entwicklung des 20. Oktober gegeben haben. Schon jetzt — noch vor dem Landtage, müssen die Spitzen der liberalen Partei mit dem vollen Einsatz ihres Einflusses die hochgehenden Wogen des öffentlichen Lebens zu besänftigen suchen[39]."

In Schäßburg aber schickten „48 schlichte Bürger und Gewerbetreibende" eine Adresse an Baron Eötvös, in der sie sagten, „das Volk" liebe seine Nachbarn, die Madjaren, und halte sich verpflichtet,

„allen Bestrebungen, welche Freiheit und Kraft dem Ganzen zu geben geeignet sind, nicht etwa aus kleinlichen Rücksichten seine Unterstützung zu entziehen".

Es begann die Zeit

„der Verbrüderungsbälle mit ‚lieben Gästen' von Vasarhely und Udvarhely, mit Csàrdàs, Walzer und Rakoczimarsch durcheinander, in der Raststunde mit Toasten auf die Union und Völkerverbrüderung . . . und dem Rütlischwur in der Ballrestauration[40]".

In der „Kronstädter Zeitung" schrieb dann der Berichterstatter — es war noch vor 1863, also vor der Zeit Trauschenfels — daß „die Bürger entschieden Farbe bekannt und ihre Unionsgesinnung offen und ungeheuchelt manifestiert" hätten. Niemand könne mehr daran zweifeln: „Wir wollen Frieden und Ruhe zwischen den Nationen Siebenbürgens um jeden Preis[41]!"

So wurde aus der „Sächsischen Nation" — ein Verein. Und die Madjaren verfolgten ihre Ziele mit jener Art von „Wanderpatrioten", die schon Ludwig Kossuth in den vierziger Jahren in die Komitatsversammlungen geschickt hatte. In Kronstadt erschien

„zur Zeit der Wahlbewegung im 63er Jahre ein junger Fogarascher Ungar, um sich nach einer Persönlichkeit umzusehen, welche geeignet wäre, die Sachsen in Fogarasch zu beeinflussen, daß sie mit den dortigen Ungarn stimmen möchten[42]".

Das erzählten 1867 die „Siebenbürger Blätter", die in dieser Frage sicherlich einwandfreiesten Zeugen.

IV.

Der Kampf um die Union.

Die Jungsachsen, ihre Führer, ihr Anhang, Motive ihres Handelns, ihre Haltung.

Die Altsachsen und ihr Kampf um ein deutsches Österreich.

Ohne Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren setzten sich die Jungsachsen in vielen Gemeinden, Städten und Distrikten durch. 1865 schickten sie schon sechs Abgeordnete in den Klausenburger Landtag, darunter die Kronstädter Führer der Partei, den Honved-

offizier Wächter und Bömches. Diese Abgeordneten unterstützten entschieden die Unionsforderungen der Madjaren; sie stimmten auch mit für die Beschickung des Pester Krönungslandtags. Die Altsachsen hatten ebenso wie die Rumänen Sondermeinung gegen den Mehrheitsbeschluß eingelegt. Die Nationsuniversität wurde noch einmal zusammengerufen, eine Deputation an den Kaiser geschickt, aber der Kaiser erklärte „die diesfälligen unberechtigten Beschlüsse der sächsischen Nationsuniversität" für ungültig. Ende des Jahres 1866 saßen sämtliche sächsischen Abgeordneten im Pester Reichstag.

Die Jungsachsen gründeten jetzt, am 1. Januar 1867, die „Siebenbürger Blätter", aber die Publizistik konnte nur noch dazu dienen, die Fronten zu klären und zu verhärten.

Die Leitung der Blätter hatten Dr. Gustav Lindner und Franz Schreiber. Lindner war im Jahre 1836 in Hermannstadt geboren und seit dem Jahre 1861 selbständiger Advokat; Schreiber war noch etwas jünger als er.

Sie vertraten den Teil der jungen Generation, der an der Spitze der Jungsächsischen Partei stand und — stärker und einseitiger noch als die junge 48er Opposition — Verwaltungs- und Verfassungsreformen verlangte. Die Kluft der Anschauungen verlief nicht so stark wie 1848 zwischen alt und jung; doch glaubte ein Teil der Jungen wieder seine liberalen Ideen am besten in Pest vertreten und stimmte darum für die Union. Den großen Anhang bildeten die mit schweren wirtschaftlichen Sorgen kämpfenden Gewerbetreibenden, die „schlichten Bürger", die „Ruhe und Ordnung um jeden Preis" haben wollten.

Aus einem Wahlflugblatt des Jahres 1869 sind die sozialen Hintergründe der Opposition deutlicher zu erkennen. Man verlangte dort „bessere Förderung der Gewerbsinteressen durch die Communitäten", beklagte den „dem Gewerbestande eingeimpften Autoritätsglauben" und verlangte:

> „Man soll dem Geldbesitz keine besondere Bedeutung beimessen, denn in reformatorischen Zeitperioden entscheidet er garnichts . . . Auch sollen nicht solche gewählt werden, welche sich in Ehrenämter drängen, aber nicht das geringste Geldopfer für das öffentliche Wohl bringen und die Armen nicht unterstützen . . . Vor allem soll man wählen unsere Vertrauensmänner, hauptsächlich aus der jüngeren Gewerbswelt [43]."

Besonders großen Zulauf hatte die Partei in Kronstadt. Das hatte wirtschaftliche und psychologische Gründe.

Das Kronstädter Gewerbe, vor allem das Seiler-, Glas-, Schmiede- und Weberhandwerk und der Großhandel, litten am stärksten durch den Verlust ihres Handelsmarktes jenseits der Karpathen, den die Engländer zu erobern begannen und auf dem die „Braschovenien" immer weniger absatzfähig waren. — Außerdem war das Leben in Kronstadt immer sehr stark durch die Menge der umwohnenden Madjaren beeinflußt gewesen:

> „Kronstadt war von jeher und ist auch dermalen der Markt, auf dem der Háromszeker, Csiker, ja selbst der Udvarhelyer Landmann seine

Erzeugnisse verkauft und seine Bedürfnisse einkauft. Kronstadt war von jeher und ist auch dermalen der Ort, an welchem die dichtgedrängte Bevölkerung der benachbarten Szeklerstühle ihren Überfluß an Arbeitskräften abgibt. Eben durch diesen vielseitigen und lebhaften Verkehr kam es und kommt es, daß man in den Straßen Kronstadts mehr magyarisch sprechen hört, als in denjenigen Pest's und daß die madjarischen Sprachkenntnisse unter der sächsischen Bevölkerung allgemeiner sind, als unter der Ofens [44]."

Kronstadt war in diesen Jahren aber auch ein erbitterter Gegner Hermannstadts in einer für das Kronstädter Gewerbe sehr wichtigen Angelegenheit: in der Eisenbahnfrage. Der Tiefstand dieser Politik der Sonderinteressen wird an nichts mehr deutlich, als an der Unmenge Papier, die gerade in diesem Streit verschrieben und verdruckt wurde. Der Streit ging darum, ob die seit langem geplante Eisenbahnlinie durch Siebenbürgen über Großwardein-Klausenburg nach Kronstadt geführt werden sollte, oder über Arad, Hermannstadt zum Roten-Turm-Paß. Die Linie Großwardein—Kronstadt—Predeal war die madjarisch-kronstädtische Linie. An dem Bau der Strecke Arad—Hermannstadt— Roter-Turm hatten Hermannstadt und die Rumänen das größte Interesse. Diese Linie wurde zur Zeit Schmerlings bewilligt, aber nicht gebaut, nach dem Ausgleich begann man sofort mit dem Bau der Strecke Großwardein—Kronstadt.

Jahrelang war dieser Kampf geführt worden und hatte in und um Kronstadt die sächsisch-madjarische Interessengemeinschaft gefestigt. Das war ein wichtiger Grund mehr, warum fast das ganze Burzenland jungsächsisch, unionsfreundlich war.

Die Publizistik der Altsachsen, deren Herkunft und Zusammensetzung bereits geschildert wurde, stand fraglos auf einem höheren Niveau; allerdings auf einer etwas einsamen Höhe. Sie hatten das große Ganze und die ferne Zukunft vor Augen und sahen in Österreich den Staat, der durch das deutsche Element zusammengehalten wurde, der aber auch dem Deutschtum Mitteleuropas Schutz und Aufgabe war. Deutschland hörte für sie noch nicht bei Passau und Eger auf. Sie wußten, daß „deutsches Wesen auch eine tausendjährige Heimat in Ungarn hat".

„Deutsches Wesen und deutscher Einfluß und deutsche Verbindungen sind für Ungarn von jeher eine Notwendigkeit gewesen. Aus dieser Stellung — so meinte die ‚Hermannstädter Zeitung' — können und dürfen sich die Deutschen in Österreich bis an die Ostkarpathen nicht verdrängen lassen. Ihnen gehört diese Stellung als ein Recht, weil sie ihr Verdienst ist. Sie ist als eine Notwendigkeit entstanden. Ich spreche nicht von den Deutschen allein, die in Ungarn und Siebenbürgen wohnen. Ich spreche vom Deutschtum, soweit es in seinen Einflüssen sowie auf die ganze Monarchie, so auch auf Ungarn sich geltend machte und in dieser Geltung besteht. Die Monarchie ist eine deutsche Schöpfung." — Und prophetisch wollte sie im Dualismus das Ende der Monarchie sehen: „Die Deutschen vor allem stehen für die Einheit dieses Werkes. Dualismus im Reich wäre ein Kapitulieren der Deutschen vor den Ungarn ... Geschieht diese Kapitulation, so wird es an dem erhaltenden Element fehlen. Das deutsch-österreichische Volkstum würde

dann in der deutschen Einheit die Befriedigung seines politischen Ehrgeizes suchen müssen[45]."

Und Eugen von Trauschenfels vertrat in Kronstadt denselben Standpunkt. Er sah, daß der Krieg Preußens gegen Österreich nicht nur die Monarchie sondern vor allem das Deutschtum der Monarchie bedrohen mußte:

„Der verwerflichste Ehrgeiz, der unter dem Vorwand, Deutschland zu einigen, es zerreißt und seine Söhne einander in Waffen gegenüberstellt, krasseste Selbstsucht und unbezähmbare Raublust haben Österreich nach langem nur aus Abscheu gegen den deutschen Bruderkrieg erklärlichem Widerstreben das Schwert aufgezwungen. Auch wir Siebenbürger Sachsen sind bei diesem Kampf nahe beteiligt, weil für uns der Bestand eines starken mächtigen Österreichs Lebensbedingung ist, der Ausschluß dessen aus Deutschland das Unterbinden gerade jener Ader wäre, die uns die besten Säfte zuführt[46]."

Als dann mit Preußen auch das ihm heimlich verbündete Ungarn siegte und bei Königgrätz nicht nur Großdeutschland sondern auch Großösterreich fiel, als an dem Dualismus der Monarchie nicht mehr zu zweifeln war, legte Trauschenfels mit derselben Nummer, mit der er die Auflösung der ungarischen und der siebenbürgischen Hofkanzlei melden mußte, die Redaktion nieder,

„in dem heute noch trotz des augenblicklich gegenteiligen Erfolges unerschütterlich feststehenden Glauben, daß nur ein einheitliches Österreich die ihm von der Vorsehung gestellte Kulturaufgabe lösen kann und daß auch der dermalen eingeschlagene Umweg endlich zu diesem Ziele führen wird und muß[47]."

Und er legte die Feder aus der Hand, er, der Siebenbürger Sachse, der Südostdeutsche mit der preußischen Haltung, der protestantische Österreicher mit dem Wort Luthers: „Das Reich muß uns doch bleiben!"

IV. KAPITEL:

Die siebenbürgisch-deutsche Publizistik.

Die Publizistik der Gemeinschaft.

I. Die geschichtliche Entwicklung bis zum Jahre 1885. — Die Einigung der Sachsen.
Drei Elemente der Einigung: Die Bedrückung, das deutsche Bewußtsein, die Kraft der politischen Führung (Anteil der Publizistik).

II. Die Publizistik auf dem Wege zur Einheit. — G. D. Teutsch — C. Wolff.
1. Die Gründung des Siebenbürgisch-Deutschen Wochenblatts. — Die „Siebenbürger Blätter" gehen ein.
2. Die Gründung des „Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatts".
3. Der Aufruf des Deutschen Schulvereins.

III. Die Publizistik der Gemeinschaft.
1. Der Aufbau der sächsischen Publizistik (1876—1889). — Das „Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt". — Seine Bedeutung.
Die „Kronstädter Zeitung".
Ortszeitungen.
Zeitschriften und Kalender.
Die Sachsengeschichte.
Die Einheit der publizistischen Führung.
2. Die Brücken nach Deutschland.

IV. Neuer Zerfall (1890—1914. — Die Entwicklung des volksdeutschen Gedankens).
1. Die „Grünen" und die „Schwarzen". —
2. Rudolf Brandsch und die „Eroberung des Banats". —
Zusammenfassend — Grundgesetze der Entwicklung. — Um ein neues Volksbewußtsein.

I.

Die geschichtliche Entwicklung bis zum Jahre 1885. Die Einigung der Sachsen.

a) Der Deutsch-Französische Krieg, sächsische Begeisterung und madjarische Verdächtigungen. — Die ersten Madjarisierungsversuche. Die Enttäuschung der Jungsachsen. — Guido von Baussnern. — Der Mediascher Sachsentag.

b) Neue Streitigkeiten und neue Bedrückung. — Der Mittelschulgesetzentwurf. — Schulvereinsdebatten, Schulvereinsdemonstrationen. — Zerschlagung des Königsbodens.

c) Drei Elemente der Einigung: Die Bedrückung, das deutsche Bewußtsein, die Kraft der politischen Führung (Anteil der Publizistik).

Der Streit im sächsischen Lager war mit der Verkündung des Ausgleichsgesetz im Mai 1867 nicht ausgekämpft. Die Altsachsen glaubten noch nicht, daß der neue Rechtszustand Dauer haben könnte und als sie dennoch in die Deakpartei eintraten, wurden sie von ihren jungsächsischen Volksgenossen öffentlich der Illoyalität verdächtigt. So tief hatte die Parteileidenschaft und der persönliche Haß die Sachsen zerrissen.

1872 kam es zu einer vorübergehenden Einigung. Ein Sachsentag in Mediasch stellte ein sächsisches Nationalprogramm auf, das für alle Teile verpflichtend sein sollte. In Verwaltungsfragen waren den Jungsachsen Zugeständnisse gemacht worden (der Schwerpunkt der „municipalen Rechte und Pflichten" sollte in die Kreise verlegt, das Wahlrecht ausgedehnt werden u. ä. m.), in den großen Fragen des staatlichen Lebens aber war der altsächsische Standpunkt gewahrt. Das Programm hatte eine deutliche Tendenz gegen die Regierung, die 1869 schon ohne sächsische Einwilligung den Komes Conrad Schmidt pensioniert und an seiner Stelle den Jungsachsen Moritz Conrad zum „sächsischen Gespan" ernannt hatte, die den Umfang des Sachsenlandes durch Neuordnung der Verwaltungsbezirke soweit vergrößerte, daß die Sachsen in der Minderheit waren, die als Gerichtssprache in zweiter und dritter Instanz nur noch das Madjarische zuließ und die in weiteren Gesetzentwürfen und maßgeblichen Äußerungen die Gefahr neuer und größerer Angriffe auf die sächsischen Rechte und Freiheiten heraufbeschwor. Zur Einigung der Sachsen hatten noch andere Ereignisse beigetragen. Die Ereignisse des Deutsch-Französischen Krieges waren im Sachsenland wie alle großen Schicksale des deutschen Volkes mit stärkster Anteilnahme verfolgt und die Reichsgründung in Versailles war mit Begeisterung aufgenommen und gefeiert worden. Die Sachsen hatten gehofft, die gleiche Sympathie und die gleiche Begeisterung bei den so oft von Preußen unterstützten Madjaren zu finden. Dort hoffte man aber vielmehr auf den Sieg Frankreichs und warf den Sachsen vor, sie dienten fremden Interessen.

Im jungsächsischen Lager bewirkten solche Vorfälle eine große Ernüchterung. Das zeigt sich am deutlichsten an der politischen Umkehr eines Kronstädter Jungsachsenführers und Abgeordneten: Guido von Baussnern. — Er war in den sechziger Jahren aus sehr idealistischer politischer Überzeugung für die Union mit Ungarn eingetreten, nachdem er zunächst gesamtösterreichisch gedacht hatte. Die Menschheitsaufgaben, die er dem Staat zumaß, sah er vom österreichischen Föderalismus, den er zunächst vertreten hatte, nicht verwirklicht. 1868 begründete er einen politischen Stellungswechsel mit der Schrift: „Der österreichisch-ungarische Dualismus und die Aufgabe der modernen Demokratie. Politische und sozial-demokratisch pädagogische Studie". Bei Errichtung der Honvéd trat er als k. ungar. Oberleutnant in den Militärdienst[1].

1870 bei Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges veröffentlichte er einen „Mahnruf an Ungarn (Motto: Deutsche und Magyaren! Schließt die Reihn!)". Diese Schrift, in der er seine Auffassungen von einer deutsch-madjarischen Interessengemeinschaft vertrat, veranlaßte den ungarischen Ministerial-Erlaß vom 1. August 1870 (Z. 1843/praes.), „energische Verfügungen zu treffen, daß ähnliche Aufrufe verhindert werden ²". — Baussnern quittierte jetzt den Militärdienst und gab seine jungsächsische Ideologie für immer auf. Er gehörte 1872 zu den sächsischen Politikern, die am eifrigsten die Mediascher Einigung betrieben.

1874 trat die übergroße Mehrzahl der sächsischen Abgeordneten aus der Regierungspartei aus: Es b l i e b e n Jakob Rannicher, der bisherige F ü h r e r d e r A l t s a c h s e n, und mit ihm der extreme F l ü g e l d e r j u n g s ä c h s i s c h e n P a r t e i. Rannicher war der Überzeugung, daß mit einer nachgiebigen, opportunistischen Politik mehr erreicht werden könne, als mit der konsequenten Vertretung des Rechtsstandpunkts, die die Mehrheit der Abgeordneten jetzt aufnahm. Einige Jungsachsen, die mit in der Regierungspartei blieben, handelten aus weniger edlen Motiven. Der Kronstädter Jungsachsenführer Wächter wurde zum Büttel der Regierung, der im Parlament gegen den deutschen Sprachgebrauch auftrat, das Gesetz über die Zerschlagung des Königsbodens referierte und sich schließlich den Sachsen als Komes aufzwingen ließ.

Auch in einzelnen Gemeinden war der Streit der Parteien wieder ausgebrochen: Erst langsam unter dem lähmenden Druck der Regierungsmaßnahmen, der Zertrümmerung des Sachsenbodens, den Angriffen auf Sprache und Schule, den deutlich sichtbaren Madjarisierungstendenzen bereitete sich die Einigung vor und 1862 wurde sie endlich verwirklicht in der großen Erbitterung und Begeisterung der Kämpfe um den Deutschen Schulverein.

Drei geschichtliche Kräfte hatten zusammengewirkt, diese Einigung zu vollbringen.

Einmal der Druck von außen, die Größe der Gefahr, die zu Bruderkämpfen keine Zeit mehr ließ, dann das Vorbild und die Anteilnahme des Mutterlandes, die das deutsche Bewußtsein unendlich stärkten und ihm das große Gemeinschaftserlebnis schufen, das die Brücken schlug und die Herzen band und schließlich die zielbewußte Arbeit der Männer, die sich jetzt an die Spitze des Volkes gestellt hatten. Es waren die, die 1848 noch um ihre „Emanzipation" und für die liberalen Ideen gekämpft hatten, aber aus dem Erlebnis der Jahre 1848/49 lernten, den äußeren Bestand der Volksgruppe allen inneren Reformwünschen überzuordnen. Sie waren in Deutschland ausgebildet, aber sie sahen im Laufe der Zeit in Österreich den deutschen Staat, der auch ihrem Volkstum den sichersten Schutz bot. An ihrer Spitze standen G e o r g D a n i e l T e u t s c h, seit 1867 Bischof der evangelischen Landeskirche Siebenbürgens, und seine

Mitarbeiter, von denen die meisten — wie er — schon über 50 waren, Zu ihnen kam im Laufe der Zeit eine Schar Junger, die den österreichischen Absolutismus kaum noch erlebt hatten, teilweise aber sehr entschiedene Eindrücke aus dem neuen Bismarckschen Reich mit nach Siebenbürgen nehmen konnten. Das gilt vor allem von Karl Wolff, dem späteren sächsischen Führer und dem ersten und jahrelangen Leiter des „Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatts", das nach sechsjähriger Arbeit des „Siebenbürgisch-Deutschen Wochenblatts" aus diesem hervorgegangen war. Wochenblatt und Tageblatt hatten an der politischen Entwicklung und an der endlichen Einigung einen nicht unbedeutenden Anteil, wie überhaupt die Publizistik seit diesen Jahren, in denen man die sächsische Eigenverwaltung zerschlug, ein wichtiges Mittel der völkischen Verklammerung werden mußte.

II.

Die Publizistik auf dem Weg zur Einheit — G. D. Teutsch. — C. Wolff.

a) Die Gründung des „Siebenbürgisch-Deutschen Wochenblatts". — Die „Siebenbürger Blätter" gehen ein.

b) Die Gründung des „Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatts". — Der Streit um die Parlamentspolitik. — Abfall des Rannicher-Kreises. Die „Hermannstädter Zeitung" wird regierungstreu und schließlich Regierungsorgan. — Die ersten Bemühungen um die Zusammenfassung des ungarischen Deutschtums.

c) Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Schulvereins zur Unterstützung des Deutschtums in Ungarn. — Die Schulvereinsdebatten. — Kundgebungen in Siebenbürgen. — Sachsen und Schwaben.

An keiner Stelle der Sachsengeschichte drängt sich so sehr die Frage auf: „Was wäre geworden wenn nicht?" als in diesen Jahren, in denen G. D. Teutsch, der neue Bischof, auch die politische Führung übernahm und der durch keine äußere Klammer zusammengehaltenen, aber in zwei Parteien zerfallenen „sächsischen Nation" den Schutz der kirchlichen Organisation gab, die nun auf Jahrzehnte hinaus fast alle Kulturarbeit mit übernehmen mußte. (Durch diesen Einsatz erhalten die politischen Kämpfe der „Theologen" in den vierziger Jahren ihre Berechtigung und ihren tiefen geschichtlichen Sinn. — In ihnen bereitete sich eine zur Führung berufene Gruppe des Volkes auf ihre späteren politischen Aufgaben vor).

Im Jahre 1866 füllen sich die Briefe zwischen Teutsch, der damals noch Pfarrer in Agnetheln war, und Franz Gebbel, dem späteren Kirchensekretär, und anderen mit den Vorschlägen und Erwägungen, eine neue Zeitung ins Leben zu rufen, weil die bestehenden Blätter — wie Teutsch meinte — doch nur „gemeinschädliche Übel" seien. Franz Gebbel entwickelte am 28. Oktober 1866 in einem Brief an Teutsch einen ausführlichen Plan zur Gründung einer Wochenschrift.

In Teutschs Antwort nahm der Plan schon feste Gestalt an. Er schrieb ihm am 3. Nov. 1866:

„Denken Sie nicht, der Inhalt Ihres freundlichen Schreibens vom 28. Okt. habe mich etwa zu wenig berührt ... weil ich nicht schon am nächsten Tage meine helle Freude über Ihre detaillierte Darstellung, wie das „Deutsche Wochenblatt Siebenbürgens" ins Leben zu rufen, ausgesprochen. Es geht! Es muß gehn! Über die dringende Notwendigkeit kann doch kein Denkender länger im unklaren sein. Wie mehren sich die Zeichen der inneren Fäulnis... Es muß ein Damm des Geistes und der Treue für die höheren Güter des Lebens gebaut werden, sonst richtet die Sündflut dieser Grasteufel alles zugrunde und es wird zu spät, auch wenn sonst noch Hilfe möglich.

Also zur Tat. Ich meine:

a) Es bildet sich in Hermannstadt ein Comité von nicht übermäßig vielen aber guten Namen.

b) Das setzt Aufgaben und Mittel des Unternehmens fest. — Ihr Brief enthält das Wesentliche — darunter namentlich die Redaktion des Blattes. Ich denke, Sie sollten sich derselben annehmen.

c) Eröffnet die Subskription für das Blatt, zunächst nur auf 1 Jahr, weil sich so die Leute leichter finden; sie bleiben dann, wenn es gerät, von selbst fest. — Minimum 100 zu 10 f.
Die finden sich ganz gewiß.

d) Setzt sich mit den Mitarbeitern in Verbindung und tut anderweits die erforderlichen Schritte. Es beginnt das Blatt am 1. Januar 1867 seine Laufbahn. Ich werde — pro viribus — die Ecke, in die ich gestellt werde, tragen[3]."

Auf Grund dieses Plans entstand das „Siebenburgisch-Deutsche Wochenblatt" allerdings erst im Juni 1868, kurz nach der Amtsenthebung des Komes. Franz Gebbel begründete sein Erscheinen in der ersten Nummer:

„Wir haben Blätter genug, die von den Schwankungen der Tagesereignisse geschaukelt die Geister erregen und zerstreuen und kein einziges, das die Geister sammelt und erhebt. Und das ist es, was sich als ideale Aufgabe des Wochenblatts darstellt."

Fünf Jahre lang warb das Wochenblatt um die Einheit des Volkes, nahm es jeden Samstag zu den wichtigen aktuellen und grundsätzlichen Fragen des völkischen und staatlichen Lebens Stellung, es schenkte den politischen Nachrichten und dem europäischen diplomatischen Spiel kaum eine Zeile und richtete den Blick immer nur auf ein Ziel: Sicherung des Rechts und Erhaltung des Volks. „Seht auf den Namen dieses Blattes. Deutsche sind wir und Deutsche wollen wir bleiben!" — Der Erfolg: die „Siebenbürger Blätter", das jungsächsische Organ, stellten im Jahre 1872 — nach dem Mediascher Sachsentag ihr Erscheinen ein.

Das „Wochenblatt" konnte 1873 seine Leser zur Gründung eines Tageblatts auffordern, das am 1. Januar 1874 ins Leben trat. Aus Kronstadt schrieb man damals:

„Wenn irgendwo, so ließen gerade hier in Kronstadt in letzter Zeit traurige Zeichen erstorbenen Gemeingeistes befürchten, daß die Volksseele, besondern in den Kreisen der sogenannten Aristokratie schwer, vielleicht unheilbar erkrankt sei. Als aber die Aufforderung, teilzuneh-

men an der Gründung des neuen Tageblatts und zu diesem Zweck auch namhafte Opfer nicht zu scheuen, hergelangt war und als wir sahen, wie in kürzester Frist und in verhältnismäßig engen Kreisen fast ein Viertel des notwendigen Gründungskapitals gezeichnet wurde, da wich der bedrückende Alp des Zweifels[4]."

Franz Gebbel gab die Leitung an den jungen Carl W o l f f ab, den man sich von Wien aus der Redaktion der „Neuen Freien Presse" holte[5]. Er war 1849 als Sohn des Schäßburger Stadtphysikus geboren, hatte von 1868—1870 in Heidelberg studiert und während dieser Zeit — erbittert über die Amtsenthebung des Komes und die ersten Angriffe auf die Verwaltungsfreiheit — mehrere Artikel für die „Allg. Ztg." u. die „Köln. Ztg." geschrieben. Seit 1870 war er Pester Korrespondent der N. F. P. und seit 1871 Redaktionsmitglied. Während seiner Pester Korrespondenten-Tätigkeit hatte er ständige Verbindung mit den sächsischen Abgeordneten gehalten, von ihnen wurde er nun als Leiter des Tageblatts vorgeschlagen.

Gebbel schrieb in der letzten Nummer des Wochenblatts:

„Mit dem Kampf für das Recht der Komeswahl begann das Wochenblatt seine Laufbahn, von da bis heute, wo man das Recht der Muttersprache uns verkümmern, den alten Sachsenboden uns in Stücke reißen will, welch endlose Reihe von Kämpfen für fast alle durch das Recht geheiligten Lebensbedingungen unseres Volkstums; und wie gering der Erfolg. — Erfolg! Welch pflichttreuer Soldat fragt nach dem Erfolg solange die Schlacht noch tobt!"

Man kann sich fragen, warum in Hermannstadt, das doch in seiner „Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten" ein täglich erscheinendes altsächsisches Organ hatte, noch ein zweites altsächsisches Tageblatt gegründet worden war. Der Grund lag in inneren Differenzen der altsächsischen Partei. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß diese Partei nicht einheitlich zusammengesetzt war, sondern sogar ehemalige Gegner im Kampf um die Rechte des Volkstums und den großösterreichischen Staat vereinte. Dieser alte, schlummernde Gegensatz hatte wohl auch in Hermannstadt die Kreise um G. D. Teutsch und Jakob Rannicher etwas voneinander geschieden. Verschiedenartigkeiten der Herkunft und des Charakters vertieften diese Kluft. — Rannicher, dessen Kreis die Hermannstädter Zeitung trug, war ebenso wie Heinrich Schmidt, ihr erster Redakteur, kein Nachkomme der unter Geisa eingewanderten, sondern Sohn einer Landlerfamilie, die unter Maria Theresia eingewandert war. Die Trennung der „Landler" von den „Sachsen" besteht aber in vieler Hinsicht bis heute. Seiner ganzen Anlage nach war Rannicher der „prudente und circumspecte" Jurist („prudentes et circumspectes" hießen dem Titel nach die alten sächsischen Beamten), während Teutsch, der Theologe, idealistischer geprägt war.

Dieser Gegensatz führte dann im Jahre 1874 zur Spaltung. Die alt-sächsischen Abgeordneten und mit ihnen die Mehrzahl der Jungsachsen traten aus der Deakpartei aus. Es blieb ihr bisheriger Führer Jakob Rannicher, mit ihm Friedr. Schreiber und einige andere.

Mit Rannicher, der eine Erfüllungspolitik für erfolgreicher hielt als offenen Kampf, schwenkte auch seine, die „Hermannstädter Zeitung" in das Regierungslager über. Später wurde sie von der Regierung übernommen und von madjarisierten Juden geleitet. Schon im Jahre 1882 ist sie nicht mehr sächsisches Organ.

Der politische Gegensatz im Lager erstreckte sich noch auf eine Frage, von der bisher nicht gesprochen wurde. Es ging nicht nur um die Verteidigung der sächsischen Rechte und Freiheiten, die Anerkennung der alten Urkunden, die den 230 000 Deutschen im Karpathengürtel ihr Leben sichern sollten. Es ging um eine deutsche Politik in Ungarn.

Seit beinahe 100 Jahren rang das deutsche Volk gegen partikulare Interessen um eine staatliche und nationale Einheit. Generationen sächsischer Führer, Pfarrer und Lehrer, hatten die einzelnen Wegpunkte dieser Entwicklung miterlebt: die Freiheitskriege, die Burschenschaft, die Paulskirche und den Deutsch-Französischen Krieg. Seit etwa 100 Jahren kämpften auch sie nicht nur als sächsische Nation, sondern als Deutsche um ihr Recht; nicht nur um die Freiheiten ihrer Städte, die Unantastbarkeit ihres Bodens, sondern auch um ihre deutsche Rechtspflege, ihre Muttersprache. Die Beschäftigung mit der Geschichte und die Erlebnisse, die sich mit den Jahren 1849 und 1867 verbanden, hatten ihren Blick erweitert und die Sachsen sahen jetzt über die Mauern ihrer Städte, — deren letzte Türme gerade in diesen Jahren fast allenthalben abgetragen wurden — hinweg und sahen die deutschen Städte Ungarns, die Bauerndörfer des Banats und des Bakonyerwalds. Am 1. Januar 1874 schrieb Dr. Carl Wolff in dem ersten Leitartikel des„ Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatts": „Unser Gruß gilt allen Deutschen im weiten Ungarland" und mehrere Beiträge der ersten Monate beschäftigten sich mit ihnen. Der Gedanke einer deutschen Bürgerpartei war vielen Sachsen ein verlockendes Ziel und als in demselben Jahr auch Stimmen im ungarischen Deutschtum nach einem solchen Zusammenschluß riefen und die „Preßburger Zeitung" ihn anregte in einer Artikelserie „Das Bürgertum im politischen Leben Ungarns", da nahm wieder das „Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt" diese Anregung auf und gab sie seinen Lesern weiter.

Damit begann eine Erscheinung, die sich im sächsischen Leben noch mehrere Male wiederholte: Daß eine junge Generation gegen den Widerstand der Alten begann, das außersiebenbürgische Deutschtum Südosteuropas zu erobern und daß sie — selbst altgeworden und an der politischen Führung beteiligt, — dieses Ziel zurücksteckte, um ein näherliegendes desto sicherer zu erreichen. Bis dann eine neue Generation ihre alte Fahne wieder aufnahm. Auch Karl Wolff fand in den 80er Jahren seinen Ausgleich mit der Regierung und sprach dann nicht mehr öffentlich vom Banater Deutschtum. Im Jahre 1894 warfen ihm seine jungen Gegner, die „Grünen",

diese opportunistische Politik vor. Darauf hatte er dann etwa die gleiche Antwort, die ihm selbst im Jahre 1874 von Friedrich Schreiber in der „Hermannstädter Zeitung" gegeben wurde:

> „Es ist die Idee aufgetaucht, die sächsischen Abgeordneten könnten den Kern einer Bürgerpartei, einer deutschen, wie man mutig hinzufügt, bilden. Mir stände es übel an, diesen Gedanken mit Hohn zu behandeln. Derlei vorbereiten, dem allgemeinen Bewußtsein zugänglich und in maßvoller Weise den Beweis ihm mundgerecht zu machen, daß der allgemeine Fortschritt im Staatsleben darunter nicht leiden werde, ist verdienstlich, aber ein schwerer politischer Fehler ist es, durch einen verfrühten Schritt einer solchen Entwicklung den Boden vorweg zu entziehn [6]."

Nun, der Gedanke war einmal lebendig und er wurde in Jahrzehnten Schritt für Schritt seiner Verwirklichung nahegebracht. Ein entscheidendes Jahr für die Entwicklung des volksdeutschen Gedankens moderner Prägung war das Jahr 1882. Er hatte sich zum erstenmal zu bewähren.

Das Jahr 1879 hatte den Gesetzentwurf über die Einführung der madjarischen Sprache in allen Volksschulen gebracht. Die sächsischen Abgeordneten — die Abtrünnigen waren inzwischen nicht wiedergewählt — hatten ihn bekämpft und pädagogische, rechtliche, staatliche und nationale Gründe gegen ihn angeführt. Auch ihr Einspruch beim König und beim Kultusminister hatte nichts geholfen und am 13. und 14. Mai war das Gesetz vom Magnatenhaus bestätigt, vorher schon vom Reichstag angenommen worden.

Als das Gesetz verabschiedet war, begann der Kampf um seine Durchführung; denn das Kultusministerium setzte das Stundenmaß für den madjarischen Unterricht „so hoch, daß die ganze Schule fast ausschließlich in den Dienst des madjarischen Unterrichts gestellt wurde" (Teutsch) [7]. Und noch während dieser Auseinandersetzungen brachte die Regierung den Mittelschulgesetzentwurf vor. Das Gesetz sollte in den bestehenden deutschen Gymnasien die madjarische Sprache für den Unterricht in ungarischer Literatur als Pflichtsprache einführen, die Lehramtsprüfung Regierungsorganen übertragen und als Prüfungssprache die madjarische bestimmen. Vor allem wurden in wichtigen Punkten — auch der Unterrichtsgebahrung — die Staatsaufsicht verlangt und einige sehr heikle Strafbestimmungen aufgenommen. Dieser Gesetzentwurf wurde mehrere Male eingebracht, zum sechsten Mal im Oktober 1881 und endlich wurde er im Jahre 1883 zum Gesetz.

Gegen diesen Entwurf protestierten nicht nur die nichtmadjarischen Völker in Ungarn, vor allem die Sachsen; auch im Deutschen Reich horchte man auf. Am 10. Dezember 1881 erließ der „Allgemeine Deutsche Schulverein" einen „Aufruf":

> „Der dem ungarischen Reichstag vorliegende Gesetzentwurf droht den letzten Rest der in den deutschen Gemeinden Ungarn-Siebenbürgens seit nahezu 100 Jahren gepflegten deutschen Geisteskultur zu zerstören und

den Vernichtungskampf des Madjarentums gegen das Deutschtum zu beschleunigen. In letzter Stunde, in höchster Gefahr rufen wir auf, den bedrohten Stammesgenossen in einem Kampf gegen den Magyarismus erfolgreich zu helfen. Noch vor wenigen Jahren sind reiche Mittel aus Deutschland nach Ungarn geflossen, um den schwer heimgesuchten Angehörigen eines fremden Volkes Hilfe und Beistand zu leihen. Mögen die Deutschen eine gleiche Opferwilligkeit auch zugunsten der eigenen Volksgenossen bekunden, welche — trotz der ihnen verfassungsmäßig zugesicherten Rechte — in Gefahr stehn, ihrer Stammestreue halber zugrunde gerichtet zu werden." Der Aufruf trug die Namen Jannasch, Wattenbach, Sybel, Dr. Ernst Keil (Chef-Red. der Gartenlaube) u. a. m.

Was war geschehen? — Am 15. August 1881 war in Berlin der „Allgemeine Deutsche Schulverein" gegründet worden, angeregt durch die Gründung des Deutschen Schulvereins in Wien. Die Männer, die ihn gründeten, waren auch an der Wiener Vereinigung schon beteiligt gewesen[8]. Der Frankfurter Arzt Lotz hatte hier wie dort ständige Anregungen gegeben. Zum Teil waren sie Mitglieder oder Führer von Ortsgruppen, die der Wiener Verein im Reich hatte, oder sie kamen aus kleineren Gesellschaften und Kreisen, die seit den 40er Jahren bestanden und die sich die Betreuung und Erhaltung des Auslandsdeutschtums, vor allem des Auswanderungsdeutschtums in Übersee, zur Aufgabe gemacht hatten oder sich doch auch nebenbei mit dieser Aufgabe befaßten.

All diese Bestrebungen zusammenzufassen, war ein Wunsch vieler. Einer der eifrigsten Träger dieses Gedankens saß im Vorstand des „Vereins für Handelsgeographie und die Förderung deutscher Interessen im Ausland": W. Jannasch. — „Der Wille, den Auslandsdeutschen, vor allem den Siebenbürger Sachsen zu helfen, erfüllte ihn, seit er in Siebenbürgen gewesen war" (Bell). Seinen Bemühungen gelang schließlich der Zusammenschluß. Die meisten der Männer, die im August 1881 in Berlin zusammenkamen und dort beschlossen, einen einheitlichen, über ganz Deutschland ausgedehnten Schulverein zu schaffen, kamen aus der praktischen Kenntnis des Auslandsdeutschtums; sehr viele waren gerade in Siebenbürgen gewesen und hatten seit ihrer Studienzeit Verbindung mit Siebenbürger Sachsen. Davon wird noch die Rede sein.

Sie verfolgten teilweise mit ihren Bemühungen um das Auslandsdeutschtum auch wissenschaftliche oder wirtschaftliche Ziele, aber sie waren alle erfaßt von jenem starken Volksgefühl, das die Freiheitskriege und die Romantik geprägt hatten. Einer ihrer bedeutendsten, ihr Programmatiker R. Böckh, hatte 1859 den alten Ernst Moritz Arndt gebeten, die Patenschaft für seinen Sohn zu übernehmen und den Brief, mit dem der alte Arndt dieser Bitte entsprach, bis zu seinem Tod bei sich getragen. — In ihren Ideen zeigten die Männer des Schulvereins denselben leisen Bruch, der auch 1815 zwischen den Ideen der Kulturnation und den mehr abstammungsbetonten Volksauffassungen bestanden hatten. — Dieser Verein erließ also am 10. Dezember seinen Aufruf.

Was war die Folge? Am 27. Januar verlangte im ungarischen Reichstag der madjarisierte Zipser Abgeordnete Otto Hermann, ein Mitglied der äußersten Linken, „daß der öffentliche Skandal, der in Deutschland gegen Ungarn getrieben wird, endlich einmal seine Rechtfertigung erfahre". — Vier Wochen zogen sich jetzt durch alle Verhandlungen immer wieder die „Schulvereinsdebatten". Die Sachsen, vor allem Carl Wolff, wurden beschuldigt, geheime staatsgefährliche Verbindungen mit dem Reich zu unterhalten und mehrfach mußte der Ministerpräsident Koloman Tisza eingreifen. Er hoffte, diese Schulvereinsproklamationen würden „keine Wirkung haben auf den großen Mann (Bismarck), der die Angelegenheiten jenes großen Staates leitet, dessen Freundschaft für uns nicht ganz gering zu achten ist [9]".

Aber eine andere Wirkung hatte dieser Kampf um den Schulverein. Vom April bis Juni 1882 bekannten sich die Sachsen einmütig in großen Kundgebungen zur deutschen Volksgemeinschaft, zum Schulverein und zur Haltung ihrer Vertreter im Parlament.

Hermannstadt begann am 16. April. C. Wolff und O. Wittstock sprachen. Wittstock stellte der madjarischen Vorstellung eines völkischen Einschmelzungsprozesses in staatliche Formen ein Bild gegenüber, das er von Stephan Roth entlehnt hatte:

> „Seht das schreckliche Vorbild in Rom. Das römische Volk suchte das Völkergemisch des gesamten damals bekannten Teils der Erde in sein eigenes Sein umzuschmelzen und ist daran zu Grunde gegangen... Der Madjarisierungsprozeß ist ein geistiger Geschlechtermord im Großen, weil ja allen Geschlechtern der Zukunft gewaltsam jenes Volkswesen und Volksleben entzogen wird, welches nach dem Gesetz der Natur ihnen bestimmt war [10]."

Auf Hermannstadt folgte Kronstadt. Adolf Zay sprach hier. Er hatte neben Wolff den Schulverein im Reichstag verteidigt. Dann folgten Grossau, Bistritz, Broos, Heltau und all die vielen Städte und Marktorte. Die Bauern kamen von den umliegenden Dörfern oft viele Kilometer weit auf ihren Wagen. Selten ist eine so gemeinsame, große und umfassende Bewegung durch das ganze Sachsenland gegangen. Sie fegte die letzten Reste des Zwiespalts fort und machte den Weg frei für viele Jahre gemeinsamen inneren Aufbaus.

Der Kampf um den Schulverein hatte aber noch ein anderes Ergebnis. Er vertiefte den Gegensatz zwischen den Sachsen und den übrigen deutschen Gruppen in Ungarn und lähmte auf Jahre hinaus alle Bemühungen, eine gemeinsame deutsche Front in Ungarn zu bilden. In den deutschen Städten und Gemeinden des Banats waren nämlich auch Kundgebungen veranstaltet worden; hier aber gegen den Schulverein. In Temesvar, Pancsova, Csatad und Werschetz und anderen Orten hatten Gefolgsmänner der Regierung die deutsche

Bevölkerung zu „Unterhaltungen“ zusammengerufen; dann waren zwischen Musik und Tanz patriotische Reden gehalten worden und zum Schluß hatte man eine „Resolution“ angenommen, die alle Bemühungen des Deutschen Schulvereins zurückwies. In manchen Orten, z. B. Temesvar oder in Werschetz, wo z. B. von 13 000 Deutschen 120 zu der Veranstaltung erschienen, war die Beteiligung sehr dürftig gewesen, in einigen Orten wurden Stimmen gegen diese Veranstaltungen laut, aber nirgendwo war einer aufgestanden und hatte für den Schulverein gesprochen [11].

Die Sachsen empfanden die Ereignisse sehr bitter und von denen, die sie erlebten, hat kaum einer die Gegensätze zwischen den verschiedenen deutschen Gruppen Ungarns noch für überbrückbar gehalten. Sie verachteten diese Menschen, die — wie sie meinten — so leichtfertig ihr Volkstum verleugneten und sie erlebten voll Stolz die in großen geschichtlichen Erlebnissen gewachsene und durch ihre kulturelle Überlegenheit geprägte sächsische Gemeinschaft. Nicht nur das deutsche Bewußtsein wurde in diesen Jahren gestärkt, auch das partikulare erhielt eine Art Rechtfertigung.

III.

Die Publizistik der Gemeinschaft.

1. Der Aufbau der sächsischen Publizistik (1876—1889).

Das „Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt“. — Seine Bedeutung.
Die „Kronstädter Zeitung“.
Ortszeitungen.
Zeitschriften und Kalender.
Die Sachsengeschichte.
Die Einheit der publizistischen Führung.

Jetzt folgten einige Jahre ungestörter innerer Aufbauarbeit auf allen Gebieten. Der Landwirtschaftsverein begann in großem Umfang seine erzieherische und wirtschaftliche Tätigkeit. In den Gemeinden wurde die Komassation durchgeführt, die Dreifelderwirtschaft machte modernen Anbaumethoden Platz, langsam wurden Maschinen eingeführt, eine Winterschule sorgte für landwirtschaftlichen Fortbildungsunterricht. — Aus dem schwerringenden Gewerbestand waren die ersten bedeutenden Anfänge industrieller Unternehmungen hervorgegangen, Kreditinstitute wurden gegründet und wuchsen. Eine große Zahl wissenschaftlicher — vor allem historischer — Arbeiten wurde in diesen Jahren beendet und herausgegeben. Die Kirche stärkte ihre Organisation, neue Vereine entstanden unter ihrem Schutz und die jährlichen Kirchenvisitationen des Bischofs festigten nicht nur die kirchliche, sondern auch die völkische Gemeinschaft. Im Verwaltungswesen sorgten der Zentralausschuß der „Volkspartei“ — der einzigen politischen Vertretung — und mit ihm die Kreisausschüsse für eine einheitliche Aufbauarbeit.

Hinter allem standen die Namen G. D. Teutsch und Karl Wolff. Die Zusammenarbeit beider sicherte die Einheit der Volksgruppe; ihre Arbeitsgebiete waren glücklich getrennt: der Bischof hatte seine Hand in allen Fragen des kirchlichen und kulturellen Lebens. Wolff, dem immer mehr die politische Führung zugefallen war, betrieb und förderte alle wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen. Beide Namen stehen auch über der Publizistik dieser Jahre.

Die bedeutendste Zeitung war das „Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt". Es lebte weniger von Nachrichten, obwohl es täglich etwa eine Spalte Telegramm-Nachrichten gab. Wichtiger waren seine Artikel und Aufsätze zu innervölkischen Fragen und zu den Ereignissen der Innenpolitik. Und am wichtigsten waren die Leitartikel Karl Wolffs. Seitdem im Jahre 1859 der Zeitungsstempel eingeführt worden war, hatten die Zeitungen auf ihre Beiblätter, die ja nur eine Versteuerung bedeutet hätten, verzichtet und die einzelnen Sparten im Hauptblatt vereinigt. Sie behielten diese Einteilung dann auch, als (1869 G. A. XXIII) die Stempelsteuer aufgehoben wurde. Allerdings legte sich das „Wochenblatt" 1873 wieder ein Beiblatt zu: die „Landwirtschaftlichen Blätter".

Die Leitung des Tageblatts hatte bis zum Jahre 1885 Karl Wolff; dann zog er sich zurück und übernahm die Leitung der „Hermannstädter Allgemeinen Sparkasse" und widmete sich vorwiegend den wirtschaftlichen und politischen Aufgaben. Er war der erste hauptberufliche Journalist unter den Sachsen gewesen. Als Vorsitzender des Tageblatts-Ausschusses behielt er auch späterhin bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Zeitung und in kritischen Jahren, wie etwa 1899, übernahm er die Redaktion für Monate wieder einmal selbst und besorgte sie noch neben seiner sonstigen Arbeit. Ein ständiger Mitarbeiter war der nach Gebbels Tode zum Kirchensekretär gewählte Karl Fritsch, der täglich die madjarischen Zeitungen las, wichtige Artikel, Angriffe auf die Sachsen übersetzte und kommentierte. In späteren Jahren übernahm der Sohn des Bischofs, der spätere Bischof Friedrich Teutsch, längere Zeit die Redaktion.

Das Tageblatt war Organ der sächsischen politischen Führung. Es gehörte mehr oder weniger dem Zentralausschuß der Volkspartei und stand ihm unbedingt zur Verfügung. Alles, was es brachte, galt in Pest als Meinung der Sachsen [12]. So wurde das Tageblatt nicht nur eine Zeitung, sondern eine politische Institution und jede Gegnerschaft, die später in den Reihen der Sachsen gegen die Volksführung auftrat, forderte als eines der wichtigsten Zugeständnisse: Beteiligung am Tageblatt.

Die „Kronstädter Zeitung" hatte in den Kämpfen der 70er Jahre wieder beiden Parteien gerecht zu werden versucht. Seit 1876 aber, als Götts Sohn, Heinrich Gött, die Redaktion über-

nahm, hatte sie immer entschiedener die Politik Teutschs und Wolffs vertreten. Sie blieb in dieser Richtung bis zum Ende der achtziger Jahre, dann wurde sie wieder das Sprachrohr der Opposition. Seit dem Jahre 1905 nahm dann der Burzenländer Kreisausschuß Einfluß auf die Zeitung und machte sie zu einer Art „halbamtlichen Organs[13]". Sie war im Jahre 1876 schon viermal wöchentlich erschienen und wurde am 1. September 1884 Tageszeitung.

Als dritte Tageszeitung erschien immer noch die „Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten", doch war sie Regierungsorgan, zeitweise von Juden geleitet. Sie ist aber für unsere Betrachtungen deshalb noch erwähnenswert, weil sie in Hermannstadt als Lokalzeitung dem Tageblatt manchen Leser nahm. Sie war vor allem das Anzeigenorgan der kleineren Geschäfte; in der Unterstadt war ihr der alte Anhang Rannichers treu geblieben.

Neben den politischen Zeitungen entstand in diesen Jahren eine Reihe kleinerer Ortsblätter. In Bistritz, der ältesten und vom eigentlichen Sachsenboden entfernten sächsischen Stadt im Norden erschien seit 1872 die „Bistritzer Wochenschrift", nachdem vorher schon das „Bistritzer Wochenblatt" erschienen war. In Schäßburg erschien der „Schäßburger Anzeiger", ebenfalls seit 1872. Er wurde 1900 in die „Schäßburger Zeitung" umgewandelt. Seit dem Jahre 1879 erschien dort außerdem der „Großkokler Bote", der 1919 mit der „Schäßburger Zeitung" vereinigt wurde. 1878, 1886, 1892 und 1893 begannen auch in Karlsburg, Mühlbach, Mediasch und Sächsisch-Rehn deutsche Zeitungen zu erscheinen; aber nur in den beiden letzten Städten hatten sie Bestand[14].

Es ist nicht unwichtig, festzustellen: die vier Städte, die außer Hermannstadt und Kronstadt auf die Dauer ein sächsisches Zeitungswesen tragen konnten, waren Gymnasialstädte. Wie in Hermannstadt und Kronstadt, so stellten auch hier zunächst einmal die Gymnasiallehrer und die Beamten die Mitarbeiter und Leser der Zeitungen. Dieser soziologische Zusammenhang ist ein Grund für das Entstehen der Ortszeitungen. Ein anderer Grund liegt in der durch die jungsächsische Bewegung erweckten aktiveren Teilnahme gerade des kleinen Bürgertums am öffentlichen Leben. Der „Großkokler Bote" erschien noch bei seiner Gründung im Jahre 1879 als „Organ der jungsächsischen Politik".

Mit der Zeit verließen diese kleinen Zeitungen alle den Boden der Volkspolitik und widmeten sich ausschließlich den lokalen Ereignissen. Die Blätter begannen gewöhnlich mit amtlichen (kommunalen) Bekanntmachungen, Vereinsberichten, Marktberichten. Sie hatten ein Feuilleton, das auf der ersten Seite „unter dem Strich" begann, auf die zweite und manchmal auf die dritte Seite überlief und Erzählungen teilweise über mehrere Fortsetzungen brachte. Sie

hatten wenig Anzeigen, aber viele „Tagesnachrichten", das waren kleine Begebenheiten „aus aller Welt" — selten von politischer Bedeutung. Zuweilen brachten sie lokale Polemiken über den Sinn und die Bedeutung verschiedener Vereine und öffentlicher Einrichtungen, aber vorzüglich enthielten sie Unterhaltungsstoff im Gartenlaubenstil. — Die „Gartenlaube" selbst wurde übrigens auch in manchen Häusern gelesen.

Der unpolitische Inhalt der Zeitungen entsprach sicherlich weitgehend der unpolitischen Haltung der Leser (die Mobilisierung breitester Leserschichten besorgten fast überall in Europa die farblose Massenpresse, der „General-Anzeiger" und die kleine, unpolitische Lokalzeitung). Er hatte aber noch eine andere Ursache: Der Herausgeber politischer Zeitungen mußte eine Kaution stellen. Wurde die Zeitung verklagt und verurteilt, so nahm man die festgesetzte Strafe von dieser gerichtlich hinterlegten Summe ab. Sie mußte dann aber in sehr kurzer Frist wieder ergänzt werden.

Zeitungen rein lokalen, unterhaltenden und belehrenden Inhalts fielen nicht unter diese Verordnung. Darum hielten sie sich so streng an diese unpolitische Linie.

Das „Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt" und die „Kronstädter Zeitung" hatten 1878 und 1882 Presseprozesse zu bestehen gehabt. Das Tageblatt hatte das Vorgehen Wächters, der als ernannter — nicht gewählter — Komes die Volksvertreter nach Hause geschickt und die gewünschten „Beschlüsse" der Nationsuniversität durch zwei Rumänen hatte fassen lassen, einen Faschingsscherz genannt und die „Kronstädter Zeitung" hatte in einem Artikel „Recht und Gesetz" ebenfalls die Behandlung der Sachsen und der Nationsuniversität bemängelt. Karl Wolff und J. Gött wurden vor die Geschworenen gestellt und freigesprochen, obwohl in Hermannstadt der Staatsanwalt angedeutet hatte: wenn ein Freispruch erfolge, werde man das Schwurgericht auflassen (Teutsch IV, 82).

Zeitschriften.

Schon im Jahre 1866 war der „Schul- und Kirchenbote für das Sachsenland" gegründet worden. Solange war das Erbe Stephan Ludwig Roths lebendig gewesen. Franz Obert, der erste Herausgeber einer Roth-Biographie und Gesamtausgabe, leitete sie. Zwar hatten schon in den Jahren 1851 und 1852 Geltch und Michaelis eine „Schul- und Kirchenzeitung" begründet, sie mußten das Unternehmen aber bald einstellen. Obert, der sie seit 1866 herausgab und bis zum Jahre 1888 leitete, dann in andere Hände legte, war einer der Stützen der Altsächsischen Partei und Mitarbeiter von Georg Daniel Teutsch.

Der Landwirtschaftsverein war schon im Jahre 1845, auch auf Anregung Stephan Ludwig Roths, gegründet worden, er hatte aber

im Jahre 1880 erst 827 Mitglieder. Jetzt begann unter der Führung und Förderung Karl Wolffs eine gesteigerte Vereinstätigkeit und im Jahre 1895 war die Mitgliederzahl auf weit über 3000 gestiegen. Er stellte auch die Publizistik in seinen Dienst.

Die „Landwirtschaftlichen Blätter" erschienen zum ersten Male im Jahre 1873 als Beilage des „Siebenbürgisch-Deutschen Wochenblatts" einmal monatlich. Sie waren damals ein privates Unternehmen. Die erste Nummer wurde in 180 Exemplaren abgesetzt. Am Schluß des ersten Jahres hatten sie aber schon 700 Abnehmer. Mit dem 1. Januar 1895 gingen die „Landwirtschaftlichen Blätter" in den Besitz des Landwirtschaftsvereins über und wurden kostenlos an jene Mitglieder geliefert, die den vollen Mitgliederbeitrag eingezahlt hatten. Die Zahl der Bezieher stieg in diesem Jahr von 1600 auf 2570 [15].

Die Lesewirkung war aber noch eine weit größere. Wieder — wie der „Siebenbürgische Volksfreund" in den vierziger Jahren — wurden die Blätter in den Mittelpunkt von Dorfleseabenden gestellt. Und auch diesmal war es wieder der Pfarrer, der — überall im Ortsvorstand des Landwirtschaftlichen Vereins vertreten —, ihn vorlas. Als später die „Landwirtschaftlichen Blätter" auch eine gedrängte Übersicht der politischen Ereignisse enthielten und 1897 durch einen „unterhaltenden und belehrenden Teil" erweitert wurden, dann auch wöchentlich erschienen, wurden sie eines der wichtigsten Instrumente, das Bauerntum für die völkischen Aufgaben zu gewinnen.

Diesem Ziel dienten jetzt auch die Kalender, die ältesten Erzeugnisse der periodischen Literatur Siebenbürgens. Schon seit dem Jahre 1643 sind sie überliefert. Benigni von Mildenberg hatte sie in den vierziger Jahren zuerst in den Dienst völkischer Erziehung gestellt [16], nach ihm hatte sich Trauschenfels [17] dieser Möglichkeit wieder erinnert und jetzt füllten sie sich allgemein mit geschichtlichen Erzählungen, praktischen Belehrungen und Aufsätzen, die einer einheitlichen Ausrichtung des ganzen Volkes dienten.

In diesem Zusammenhang darf die publizistische Wirkung der historischen Literatur nicht unerwähnt bleiben. Seit den Jahren 1780/90, den ersten und großen Anfängen der politischen Publizistik, hatten sich die führenden Männer unter den Sachsen immer wieder mit der Geschichte ihres Stammes beschäftigt. Die Angriffe auf ihr historisches Recht hatten sie immer wieder zu ihren alten Urkunden und Privilegien geführt. Aber ohne Zweifel war nicht nur ihr historischer — von den Gegnern umstrittener oder bekämpfter — Rechtsstandpunkt eine Voraussetzung ihrer dauernden Beschäftigung mit der Geschichte, sondern umgekehrt trugen auch ihre historischen Arbeiten dazu bei, daß sie länger als andere das historische Recht verteidigten und sich nicht nur in Ungarn, sondern auch im Deutschen Reich in den Verdacht brachten, nur für ein mittelalterliches System der Sonderrechte zu kämpfen.

Die Anfänge einer sächsischen Geschichtsschreibung hatten Eder und Schlözer gelegt, auf sie und ihre Vorarbeiten war man immer wieder zurückgegangen. Steph. Ludw. Roth [18] hatte den Versuch gemacht, eine zusammenfassende Darstellung der sächsischen Geschichte zu geben. Nach ihm ging Georg Daniel Teutsch an die Arbeit [19]. Er hatte in seinen Universitätsjahren bei Ranke gehört. Als der Verein für siebenbürgische Landeskunde im Jahre 1846 einen Preis für eine Geschichte der Siebenbürger Sachsen ausschrieb, legte er in den fünfziger Jahren seine Arbeit vor und gewann den Preis. Da er später als Bischof bei seinen Dorfvisitationen eine Fülle neuen Quellenmaterials sammeln konnte, begann er eine umfassende Neuausgabe, deren erster Band 1896 erschien. Sie wurde dann von seinem Sohn Friedr. Teutsch fortgesetzt und in vier Bänden bis zum Jahre 1925 abgeschlossen vorgelegt. Die Siebenbürger Sachsen erhielten durch sie — als einzige auslandsdeutsche Volksgruppe — eine pragmatische Darstellung ihrer Geschichte. Sie ist für die Bildung und Festigung ihrer Gemeinschaft von großer Bedeutung gewesen, aber auch für ihre Abgrenzung nach außen, für einen gewissen Partikularismus. Friedr. Teutsch charakterisierte diese Wirkung mit folgenden Worten:

> „Das sächsische Volk ist immer ein historisches gewesen; die Sachsengeschichte hat es noch mehr dazu gemacht. Es sieht seine Vergangenheit in dem Licht, das sie darüber ausgebreitet hat, es beurteilt einzelne Ereignisse und ganze Perioden nach ihrem Bild [20]."

Das Bewußtsein der großen historischen Vergangenheit und der kulturellen Leistungen bestimmte neben den Erfahrungen des Jahres 1882 immer die Haltung der Siebenbürger Sachsen gegenüber anderen deutschen Siedlern Ungarns. Was die politische Führung aus taktischen Rücksichten gegen die Stimme des Herzens tun zu müssen glaubte, wurde von vielen Anhängern als eine zutiefst geschichtlich bedingte Notwendigkeit angesehen. Der Banater Schwabe fand in Siebenbürgen — wo er seit 1870/80 häufig das Gymnasium besuchte, — selten vorbehaltlose Aufnahme in die sächsische Gemeinschaft. Das partikulare Bewußtsein war stärker als das volksdeutsche und wurde gerade in den 80er Jahren neu gestärkt. Im neuen Deutschen Reich, in dem immer „die Quellen der sächsischen Bildung" (St. L. Roth) gelegen hatten, wurden die Sachsen auch nicht in volksdeutschem Denken erzogen. Die staatlichen Grenzen, mit denen man hier das Volksbewußtsein einengte, ließen sich in Siebenbürgen sehr gut durch die historischen Grenzen ersetzen. Trotzdem waren die Männer, die in Siebenbürgen damals die Führung hatten, längst zum großen Gedanken gesamtdeutscher Volksgemeinschaft durchgedrungen. Ja sie haben an seiner Verwirklichung einen wohlgemessenen Anteil.

III.

2. Die Brücken nach Deutschland.

Die Gründer des Schulvereins und ihre Verbindungen nach Siebenbürgen. — G. D. Teutsch, Friedr. Teutsch, Carl Wolff und die sächsische Publizistik in Deutschland. — Deutsche Publizistik für das Deutschtum in Ungarn. — Heinzes „Hungarica" — Antideutsche Publizistik in Deutschland.

Die Juristen hatten immer ihre Verbindung mit Wien gehabt und auch dort publizistische Stützpunkte geschaffen. Aber die politische Führung war jetzt in die Hände der „Theologen" übergegangen, die durch Studium und Kirche mehr Verbindung mit dem Deutschen Reich pflegten. Schon 1792—1796 war über Filtsch, den Pfarrer, die Verbindung mit Schlözer aufgenommen worden (S. 26). Stephan Ludwig Roth hatte in württembergischen Zeitungen für die Auswanderung nach Siebenbürgen geworben (S. 64). Seit der Reformation sicherten die Theologiestudenten den festen Zusammenhang mit dem Mutterland. Kein Wunder darum, daß dieser Zusammenhang jetzt — da die Theologen auch die politische Führung weitgehend übernommen hatten — besonders eng gestaltet wurde. Eine äußere Notwendigkeit kam dazu: In Pest verlor man ein Recht nach dem anderen und in Wien fand man keinen Schutz mehr. Nicht nur die Sachsen, auch die Deutschen der cisleithanischen Kronländer begannen, stärker nach Deutschland herüberzusehn. Molisch sagt darüber in seiner „Geschichte der deutschnationalen Bewegung Österreichs":

„Etwa im Jahre 1867 wurzeln Versuche, programmatische Grundsätze für eine nationale Politik der Deutschen in Österreich aufzustellen. Mit dem Ausscheiden Österreichs aus dem staatsrechtlichen Verbande Deutschlands trat auch in der inneren Politik ein grundlegender Wandel ein. Sie hörte auf, sich vorwiegend auf die Deutschen zu stützen und damit griff der Gegensatz zwischen einer deutschnationalen Bewegung und dem österreichischen Staat wieder aus, der sich schließlich bis zu einer teilweise offenen Absage an diesen erweiterte. Den österreichischen Deutschen aber erwuchs nun die Aufgabe, nicht einen Schutz ihrer nationalen Interessen von der Regierung zu erwarten, sondern selbst auf ihre Wahrnehmung bedacht zu sein[21]."

Neben Georg Daniel Teutsch schlugen vor allem sein Sohn Friedrich und Dr. Carl Wolff in diesen Jahren neue Brücken nach Deutschland. Schon während der österreichischen Zeit hatte Georg Daniel Teutsch die Beziehungen zum Gustav-Adolf-Verein aufgenommen. 1861 schickte ihn ein in Mediasch gegründeter Gustav-Adolf-Verein zur General-Versammlung nach Hannover. Seit dieser Zeit war es in erster Linie seine Aufgabe, diesen Zusammenhang mit der deutschen evangelischen Kirche zu stärken. Er vermittelte viele persönliche Bekanntschaften und über diese eine erweiterte Kenntnis vom Auslandsdeutschtum im Reich. In Siebenbürgen wurden die Jahrestage des Gustav-Adolf-Vereins zu den bedeutendsten Festen des sächsischen Lebens. Mehrfach kamen Redner aus dem Reich, im Jahre 1899 z. B. Adolf von Harnack.

Mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Schulvereins ist der Name der Sachsen schon durch den Aufruf im Jahre 1881, den ersten dieser Art, und durch die Schulvereinskämpfe in Ungarn verbunden. Aber die Verbindungen gingen weiter zurück. Lotz, der große Vorkämpfer der deutschen Schulvereinsbewegung, war schon früh in Siebenbürgen gewesen. Er nahm für sich in Anspruch, „jahrelang, von 1870 an, die Gründung des Karpathenvereins in Siebenbürgen betrieben zu haben [22]". Reichsdeutschen Zeitungen vermittelte er Korrespondenzen aus Siebenbürgen. Auch Jannasch hatte das Auslandsdeutschtum in Siebenbürgen kennengelernt. Mit einer großen Zahl anderer Männer, die 1881 bei der Gründung des Schulvereins führend beteiligt waren, standen die beiden Teutschs, Vater und Sohn, seit ihrer Universitätszeit oder durch gelegentliche Bekanntschaften über den Gustav-Adolf-Verein in Verbindung. So beispielsweise mit dem Heidelberger Professor für Geschichte Wilhelm Wattenbach, Karl Groos, Rohmeder, der den Münchener Verein leitete, Gehre, der in Sachsen Ortsgruppen gründete [23]. Als die Gründungsversammlung des Schulvereins stattfinden sollte, lud man Dr. Carl Wolff dazu ein, um seine Meinung zu hören, wenn man über die geistigen Grundlagen der Vereinsarbeit sprach [24].

Über den neugegründeten Schulverein liefen auch eine Reihe von Verbindungen mit deutschen Zeitungen. Aber auch vorher hatte sich Friedrich Teutsch schon bemüht, Eingang in die deutsche Publizistik zu finden. Über Wattenbach, der noch ein alter Freund seines Vaters war, wurde er an Treitschke empfohlen und von diesem in die Preußischen Jahrbücher gebracht [25]. Seit dieser Zeit schrieb er mehrere Aufsätze für die Jahrbücher. Auch für die „Allgemeine Deutsche Biographie" schrieb er mehrere Artikel, die „Gartenlaube" stellte ihm ihren großen Leserkreis zur Verfügung und auch eine große Reihe anderer Zeitungen beschickte er mehr oder weniger regelmäßig. Sie alle zu nennen und die Verbindungen im einzelnen zu verfolgen, würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Eine gewiß nicht lückenlose Zusammenstellung ist im Anhang beigefügt. Sie gibt einen Einblick in den Umfang der publizistischen Arbeit, die hier für den volksdeutschen Gedanken geleistet wurde.

Der Erfolg dieser Arbeit zeigte sich schon bald. Der Aufruf des Schulvereins zum Mittelschulgesetz war nicht die einzige deutsche Stimme, die zu den Madjarisierungsbestrebungen Stellung nahm. In den Jahren 1880—1890 erschien eine Fülle selbständiger kleiner Veröffentlichungen, Zeitungsartikel usw., die für die Rechte des ungarischen Deutschtums, besonders der Sachsen, eintraten. Manche von ihnen waren von Sachsen geschrieben, die meisten aber hatten reichsdeutsche Verfasser, die aus persönlicher Anschauung oder aus wissenschaftlicher Arbeit und Zeitungslektüre über die Dinge berich-

ten konnten[26]. Die wichtigste dieser Schriften, die am meisten Aufsehen erregende, war die des Heidelberger Professors für Staats- und Völkerrecht Heinze: „Hungarica — Eine Anklageschrift".

Heinze ging aus von der Entwicklung des modernen Nationalbewußtseins.

> „Je mehr in die Tiefe des Volkslebens das Bewußtsein dringt von jenem unermeßlichen Reichtum der Geistesschöpfungen und Errungenschaften eines Volksganzen, welcher den Besitz der Gegenwart bildet und je deutlicher Millionen Einzelner sich als Glieder und Vertreter der Gesamtheit fühlen lernen, desto höher hebt sich die Brust des Volkes selbst." — Er entwickelte dann die Gefahr, die sich daraus ergibt, daß „nach der heute herrschenden Auffassung Volk und Staat normalerweise den gleichen Personenkreis umfassen, so daß moderne Definitionen vom Staat ohne weiteres das Volk als die lebendige Substanz des Staates zu Grunde legen dürfen, ohne durchgreifende Unterscheidung zwischen Volk in ethnographischem, historischem, civilisatorischem und politischem Sinn." — Als Beispiel für die Gefahr dieser vereinfachten Definition führte er die madjarische Statistik der ungarischen Bevölkerung an, die weniger als 50 v. H. Madjaren auswies. Dann entwickelte er die „staatsrechtliche Lage der übrigen Nationalitäten" auf Grund der Ausgleichsgesetze über die „Gleichberechtigung der Nationalitäten" und handelte darauf in zwei großen Kapiteln von der „Mißhandlung der Sachsen" und der „Ausführung des Nationalitätengesetzes".

Mehr als die Hälfte der 126 Seiten umfassenden Schrift diente dann dazu, diese „Ausführung der Nationalitätengesetze" an praktischen Beispielen, an der Zusammensetzung und Arbeit des Reichstags, an seiner Gesetzesarbeit, und an der Durchführung dieser Gesetze darzulegen.

Auf diese Schrift Heinzes erschien in Leipzig eine madjarische Erwiderung „Hungarica im Licht der Wahrheit", die mit Unterstützung der Regierung verbreitet wurde. Heinze berichtet darüber an Teutsch:

> „Das Licht der Wahrheit" hat in den Kreisen, die ein Herz für unsere Volksgenossen in Ungarn und Siebenbürgen haben, nach meinen Eindrücken gar keinen Eindruck gemacht. Schon darum nicht, weil es wenig gelesen und so gut wie gar nicht gekauft wird. Nichts destoweniger kann — und wie ich fürchte — wird das Buch der guten Sache mit der Zeit großen Schaden zufügen. Die Regierung nämlich läßt die Schrift in den weitesten Kreisen verbreiten. Der österreichische Generalkonsul in Leipzig hat dasselbe sogar der hiesigen Universitätsbücherei gesandt. Ohne Zweifel auch soll der Kaiser durch diese Darstellung beeinflußt werden; vielleicht sogar ist derselbe als erster und Hauptleser gedacht. Und künftig würde man bei jeder Gelegenheit zurückkommen auf diese „unwiderleglich gebliebene amtliche Darstellung". Überdies und jedenfalls ist das „Licht der Wahrheit" den einflußreichen deutschen Kreisen sehr gelegen gekommen, denen aus irgendeinem Grunde — und es mögen Gründe der verschiedensten Art zusammengewirkt haben — die Bewegung unbequem ist. Gewiß ist es wünschenswert, diesen Vorwand zum Nichtstun gerade den Kreisen aus der Hand zu nehmen, von denen Tisza sprach und welche die Broschüre nächst Ihrem Kaiser am meisten vor Augen hat."

In einem späteren Brief heißt es noch: „Das Licht der Wahrheit wird hier vielen Sortimentsbuchhandlungen gratis unter Streifband zugeschickt [27].“

Die Sachsen schrieben darauf dann eine Entgegnung „Deutsche Wahrheiten und magyarische Entstellungen“ (Lpzg. 1882).

Die Entwicklung der siebenbürgisch-sächsischen Publizistik wurde verfolgt von ihren ersten Anfängen bis zu ihrem vollen Einsatz im Leben des Volkskörpers. Ihre wichtigsten Instrumente waren zwei Zeitungen, die der Verteidigung des Volkes und der Zusammenfassung seiner politischen Kräfte dienten. — Eine Reihe vorläufig recht unpolitischer Lokalzeitungen hatte noch die Aufgabe, die auch die alten Avisenzeitungen schon gehabt hatten: die bisher am öffentlichen Leben garnicht oder kaum beteiligten Menschen erst einmal zu interessierten Zuschauern, zu Zeitungslesern, dann zu verständigem politischen Handeln zu erziehen.

Dem gleichen Zweck diente auch jetzt die Kalenderliteratur, die vor allem auf dem Dorf mithalf, erst einmal das feste Bewußtsein von der Schicksalsgemeinschaft und der geschichtlichen Leistung des Volkes zu schaffen. — In großen Kundgebungen und jährlichen Festen fand diese Gemeinschaft einen sprechenden und sinnfälligen Ausdruck. Neben diesen mehr oder weniger mittelbaren Instrumenten der Meinungsführung hatte die politische Führung des Volkes noch eine feste Gefolgschaft von Männern, die in jedem Ort als Pfarrer, Lehrer, wirtschaftliche und politische Funktionäre ihre Meinung vertraten und selbst wieder durch publizistische Instrumente mit der Führung verbunden waren. In Zeiten großer politischer Bewegungen — zum erstenmal 1867 — gingen die Führer der sich befehdenden politischen Richtungen auch über Land und sprachen in den kleinsten Gemeinschaften.

Außerhalb des Landes, im Deutschen Reich, diente eine Broschüren- und Gelegenheitsliteratur der Verteidigung des sächsischen Rechts. Indem sie alle Deutschen zur Unterstützung des Auslandsdeutschtums aufrief und auf die großen Kulturleistungen des Streudeutschtums aufmerksam machte, stärkte sie das deutsche Volksbewußtsein und diente — in einer etatistisch denkenden Zeit — der heimlich wachsenden gesamtdeutschen Volksgemeinschaft.

Alle publizistische Tätigkeit hatte eine einheitliche Ausrichtung. Denn sie war getragen und gefördert von zwei Männern, die in enger Mitarbeit einander verbunden waren: G. D. Teutsch und Carl Wolff.

IV.

Neuer Zerfall (1890—1914).

a) Die „Grünen“ und die „Schwarzen“. — Der Kampf der Generationen um die Volkspolitik. — „Grüne“ Bemühungen um das Banater Deutschtum.

b) Rudolf Brandsch und die „Eroberung des Banats". — Sächsische Publizisten an ungarländischen Zeitungen. — Der Hermannstädter „Bürgerabend" gegen den „Volksabend". — Soziale und generationsbedingte Spannungen. — Die „Siebenbürgisch-Deutsche Tagespost".
Zusammenfassung — Grundgesetze der Entwicklung. — Um ein neues Volksbewußtsein.

Wenn die Darstellung jetzt noch weiter fortgeführt wird, so geschieht es nur, um die Entwicklung des volksdeutschen Gedankens in der Publizistik und die Leistung der Publizistik für den volksdeutschen Gedanken zu verfolgen. Nur diese eine Linie der Entwicklung soll noch herausgehoben werden. Eine breitere Darstellung der Publizistik in den Jahren 1890—1914 würde in erster Linie geschichtliche Ereignisse wiederzugeben haben und über den Rahmen dieser Untersuchung weit hinausgehen.

Ende der 80er Jahre fanden die Sachsen ihren Ausgleich mit der Regierung. Der Hermannstädter Obergespan Brennerberg war 1886 gestorben und die Regierung setzte provisorisch an seine Stelle den Kronstädter Obergespan Graf Andreas Bethlen, der auf eine Verständigung hinarbeitete. Auf sächsischer Seite arbeitete O. von Meltzl, seit 1887 sächsischer Abgeordneter, in der gleichen Richtung. Er war kein gebürtiger Sachse, sein Großvater war aus der Zips nach Siebenbürgen gekommen. Als Professor der Rechtsakademie schrieb er 1878 eine Broschüre: „Die Stellung der Siebenbürger Sachsen in Ungarn" für die Verständigung zwischen Sachsen und Madjaren.

1866 übernahm er an Wolffs Stelle die Leitung des Tageblatts und setzte es für die Verständigung ein, 1888 hielt er im Pester Reichstag mehrere Reden, auf die Tisza erwiderte, er werde „alles tun, was das Wohlwollen einer Regierung für die Sachsen und die Richtung tun kann, daß die Sachsen in Siebenbürgen mit den Ungarn zusammen eine Phalanx bilden [28]". Trotzdem gelang, solange er an der Regierung blieb, eine Verständigung nicht. Als er aber im Frühjahr 1890 fiel, wurden zwischen Bethlen, der als Ackerbauminister in das Kabinett Szapary eintrat, und Carl Wolff die Grundlagen für eine sächsisch-madjarische Zusammenarbeit geschaffen

> „und Szapary meldete erfreut dem deutschen Botschafter Prinz Reuss, der Friede mit den Sachsen sei im Werden, worauf Reuss betonte, wie ersprießlich das für die Beziehungen Ungarns zu Deutschland sein werde [29]."

Die versöhnliche Haltung gegenüber der Regierung hatte nicht die Zustimmung aller Sachsen gefunden und schon von 1889—1892, während Fritz Gött die Redaktion der Kronstädter Zeitung führte, meldete sich in ihren Spalten eine leise Opposition. — Von 1892—1893 wurde sie dann aber von Stenner wieder im Wolffschen Sinne geleitet.

Am 1. April 1893 übernahm der Kronstädter Professorensohn Lutz Korodi, der gerade seine philologischen und theologischen Studien

abgeschlossen hatte, von Gött aufgefordert, die Redaktion. Er wurde schon wegen seines madjarischen Namens gleich bei seinem ersten politischen Auftreten von den Madjaren als Renegat betrachtet und behandelt. 1901 wurde er wegen einer Reichstagsrede zur Verteidigung der deutschen Rechte wegen Hochverrats verfolgt und zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Da seiner politischen Tätigkeit damit ohnehin ein Ende gemacht war, floh er und war zunächst in Berlin als Oberlehrer, dann als Direktor des Humboldt-Gymnasiums in Friedenau tätig. Nebenher beteiligte er sich an den Arbeiten des Vereins für das Deutschtum im Auslande und des Alldeutschen Verbandes. In beiden Verbänden vertrat er seine ursprünglichen politischen Ideen und Ziele und in der Öffentlichkeit verbreitete er die Kenntnis des ungarischen Deutschtums. 1918 wurde er im ersten großrumänischen „Regierungsrat" Staatssekretär für die Behandlung der Volksgruppenfragen, kehrte aber nach einigen Jahren wieder ins Reich zurück. Seine politische Tätigkeit begann 1893 an der „Kronstädter Zeitung". Er machte sie wieder zum Organ der Opposition.

Die neue Opposition wurde ausgelöst von dem Plan der Regierung, allgemeine Zivilstandsregister und die obligatorische Zivilehe einzuführen. Damit sollte die Bestimmung aufgehoben werden, daß in gemischten Ehen die religiöse Erziehung der Kinder getrennt nach dem Geschlecht der Eltern erfolgen müsse. Seit vielen Jahren ging um diesen Gesetzartikel (L III/53/1868) der Streit zwischen dem ungarischen Staat und der katholischen Kirche. Und die geplante Verordnung bedeutete den Rückzug des Staates vor dem Vatikan. Die neue Verordnung löste die Frage, indem sie sie einfach umging. Der Staat trug die Ehen in sein Zivilstandsregister ein und überließ die religiöse Erziehung dem freien Ermessen der Eltern. — Die Sachsen befürchteten, sie könnten den organisatorischen Halt der evangelischen Kirche, den man ihnen mit dieser Verordnung schmälerte, nicht ohne Schaden an ihrem Volksbestand entbehren. Die Folge zeigte, daß sie es doch konnten. 1893 weckte diese Frage aber ihren Widerstand. Er ging zunächst von Kronstadt aus. Korodi sagt darüber:

> „Nach anfänglichem Zögern in meiner Stellungnahme zu dem ganzen Komplex dieser Gesetzentwürfe gab mir den letzten Anstoß zur ablehnenden Haltung ein Aufsatz des damaligen Reichstagsabgeordneten Josef Filtsch, in dem es hieß, daß wir trotz unserer schweren Bedenken gegen die Reform „ein Opfer auf den Altar des Vaterlandes bringen" wollten. Ich ließ den Aufsatz abdrucken und schrieb am selben Tage einen Gegenartikel mit dem meinem jugendlichen Alter entsprechenden Titel: Impavidum ferient ruinae... Der Leitgedanke war etwa: „Opfer auf den Altar des Vaterlandes" kommen bei solcher Zuspitzung des Problems nicht in Frage.
>
> Das war die Kampfansage gegen die „offizielle Politik", die sich aus Opportunitätsgründen damit abgefunden hatte. So wurde die „Kronstädter Zeitung" in kurzer Zeit der journalistische Sammelpunkt aller Sachsen, die gegen die bezeichneten Vorlagen Stellung nahmen und in weiterer Folge für den Austritt der Abgeordneten aus der liberalen Reichstagspartei, aus der Regierung, zum Zwecke der Sicherung unserer politischen Bewegungsfreiheit [30]."

Die oppositionelle Bewegung unter der jungen Generation ging aber weiter zuück; in allen Städten hatten sich schon seit einiger Zeit politische Debattierzirkel aufgemacht, die vorerst nicht an die Öffentlichkeit traten, in diesen Monaten aber untereinander Verbindung aufnahmen und sich schließlich am 29. Oktober 1893 zur Mediascher Versammlung „jüngerer sächsischer Männer" zusammenfanden.

Mit dieser Versammlung begann der jahrelange Kampf der „Grünen" gegen die „Schwarzen". Die „Grünen" umfaßten die oppositionelle junge Generation, die „Schwarzen" die alte Volkstumsführung. Da die „Kronstädter Zeitung" in Händen der „Grünen" war, schufen sich die „Schwarzen" vorübergehend in Kronstadt eine neue Zeitung: „Das Kronstädter Tageblatt". Die Gegner einigten sich erst um die Jahrhundertwende, nachdem man eine ihrer wichtigsten Forderungen erfüllt hatte: die Beteiligung am Hermannstädter „Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatt".

C. Wolff entschloß sich schließlich, Dr. R. Schuller die Leitung zu übergeben:

> „Ich habe das Vertrauen zu ihm, daß er sie nicht zu einem grünen Blatt machen werde. Denn er ist in seinen Grundanschauungen nicht grün. Wohl hat er vorwiegend gesellschaftlich grünen Umgang."

Schuller hatte nur kurze Zeit die Leitung des Tageblatts, dann übernahm sie auf 10 Jahre ein anderer Grüner: Emil Neugeboren.

Die „Grünen" hatten bei ihrer Ablehnung der Regierungspolitik schon anderen Rückhalt gesucht und sich mit den Rumänen gegen die Madjaren verbünden wollen. Aber die „Zeit der Rumänenkonferenzen in der Kronstädter Zeitung" war — wie das Kronstädter Tageblatt [31] feststellte, schon 1898 zu Ende gegangen. Außerdem hatten sich die „Grünen" noch einmal um die Verstärkung der deutschen Front in Ungarn bemüht und neue Beziehungen zum Banater Deutschtum aufgenommen.

Ihre Wege wurden 1907/08 von einer neuen Oppositionsbewegung wieder verfolgt. Sie begann dort, wo die „Grünen" aufgehört hatten.

In den 90er Jahren waren die Verbindungen mit Banater Deutschen, vor allem von Lutz Korodi, dem Redakteur der „Kronstädter Zeitung" und von Edmund Steinacker, dem Preßburger Handelskammersekretär, verfolgt worden. Steinacker war als Mitarbeiter der „Kronstädter Zeitung" zu den „Grünen gestoßen und schließlich in einem sächsischen Wahlkreis zum Abgeordneten gewählt worden"[32].

Beide — Korodi und Steinacker — hatten Beziehungen zum Alldeutschen Verband angeknüpft. Korodi vermittelte im Jahre 1910 die Bekanntschaft zwischen dem jungen Siebenbürger Sachsen Rudolf Brandsch, der damals gerade seine germa-

nistischen Studien abgeschlossen hatte, und Paul Samassa, Fried. Class und anderen Führern des Alldeutschen Verbandes. Vorher schon war Brandsch an Steinacker gekommen, der immer noch mit den wenigen deutschbewußten Führern des Banater Deutschtums zusammenarbeitete. Brandsch und Steinacker bemühten sich jetzt jahrelang erfolgreich um die Erweckung des Banater Deutschtums.

Die Lage des Deutschtums im Banat war wesentlich verschieden von der Lage der Sachsen. Soviel gefestigtes Volksbewußtsein auf der einen Seite lebte, soviel fehlte es auf der anderen. Die Banater Schwaben waren ausgewandert zu einer Zeit tiefsten Schlafes des deutschen nationalen Gedankens. Sie waren als Bauern ins Banat gekommen; im Mittelpunkt ihres Denkens stand ihr Hof. 1848 hatten sie mit den madjarischen Revolutionären gemeinsam gegen die Serben und gegen das Robotsystem gekämpft. Ihre Intelligenz war jahrzehntelang auf madjarischen Schulen erzogen und madjarisiert worden. Sie waren ein Bauernvolk ohne Führung. Darum hatte man 1882 in ihrer Mitte auch Kundgebungen gegen den Schulverein veranstalten können.

Die Sachsen hatten seit dieser Zeit die Bemühungen um das Banater Deutschtum nicht aufgegeben. Systematisch wurden junge Schwaben auf die sächsischen Gymnasien geholt. So wuchs eine volksbewußte Führerschicht des Banater Deutschtums heran. Einer von diesen „Kleinen Schwabenbuben" in Hermannstadt war Adam Müller-Guttenbrunn, der Dichter des „Großen Schwabenzugs" und der „Glocken der Heimat", jener beiden großen geschichtlichen Romane, die mehr als alle Zeitungs- und Flugschriftenpublizistik das deutsche Bewußtsein der Banater Schwaben und ihren Widerstand gegen die Madjarisierung weckten. Beide erschienen um die Jahrhundertwende. In der gleichen Zeit wurzeln auch die Versuche einer periodischen deutschen Publizistik, die ebenfalls aus dieser schmalen „Intelligenz"-schicht und mit sächsischer Hilfe entstand.

Im Jahre 1897 suchte der Direktor der Ujpetscher Sparkasse, Johann Anheuner, seinen schwäbischen Landsmann Adam Müller-Guttenbrunn in Wien auf, klagte ihm die Lage der süd-ungarischen Schwaben und schlug vor, in Temesvar ein Blatt zur nationalen Erweckung der Schwaben zu gründen [33]. Er bat Müller-Guttenbrunn, ihm einen Redakteur zu empfehlen. Wenn er wüßte, ob und wo der ehemalige Abgeordnete Steinacker lebe, so wollte er am liebsten ihn haben. Müller-Guttenbrunn schickte ihn zu Steinacker. Dieser sagte zwar nicht zu, weil er deutsch-völkische Politik in Ungarn nur als Abgeordneter machen wollte, aber er vermittelte ihm den Siebenbürger Sachsen Alwin Kramer, der jetzt das „Deutsche Tageblatt für Ungarn" in Temesvar übernahm. Die Gründung dieses Blattes ist nach Steinackers Ansicht „der

Beginn einer zielbewußten planmäßigen deutschen Bewegung in Ungarn". — Bald nachdem das „Deutsche Tageblatt für Ungarn" den ersten deutschen Widerstand gesammelt hatte, wechselte auch die von Arthur Korn redigierte „Großkikindaer Zeitung" in das deutsche Lager über und jetzt begann der Kampf der Regierung gegen die junge Bewegung und ihre Organe.

Zuerst wurde Arthur Korn wegen eines Gedichtes in der Großkikindaer Zeitung angeklagt, aber von den Szegediner madjarischen Geschworenen freigesprochen. Dann wurde Kramer angeklagt und von den „dem schärfsten madjarischen Druck unterworfenen" (Steinacker) Temesvarer Geschworenen schuldig gesprochen. Nachdem er die ihm auferlegte viermonatige Gefängnisstrafe abgesessen hatte, wurde er ausgewiesen. Sein Nachfolger Aloys Kirsch konnte die Redaktion nicht lange führen. Auch er wurde gleich mehrerer Artikel wegen angeklagt und floh. An seine Stelle trat wieder ein Siebenbürger Sachse: Victor Orendi Hommenau, der die Zeitung solange weiter führte, bis die Träger der Zeitung wegen drohender Kautionsverluste ihre Unterstützung zurückzogen. Als Ersatz erschien eine unpolitische Wochenschrift „Der Deutsche Volksfreund", ebenfalls unter der Leitung Orendi Hommenaus.

Im Jahre 1905 konnte die Ungarländisch-Deutsche Volkspartei gegründet werden. Sie machte aus dem „Deutschen Volksfreund" wieder ein politisches Organ.

Im Jahre 1907 kam Brandsch dazu. Jetzt begann man stärker, durch persönliche Ansprache überall im Lande Anhänger zu gewinnen. In fast allen Dörfern saß ein Vertrauensmann, in dessen Haus die kleinen Versammlungen abgehalten wurden, durch die sich langsam die Bewegung verstärkte. Am 8. Februar 1908 konnte man in Weißkirchen eine Kundgebung abhalten, in der 1200 deutsche Bürger und Bauern allgemeines geheimes Wahlrecht und die Erhaltung der Nationalitätengesetze verlangten. Im selben Jahr gründete Orendi eine literarische Monatsschrift „Von der Heide",

> „die bestimmt war, den deutschen Gedanken und die Wertschätzung deutscher Kultur in politisch zurückhaltende Kreise zu tragen."

Weit größer als die Zahl der deutschbewußten Blätter war aber die Zahl der von der Regierung subventionierten deutschsprachigen Blätter, die die deutsche Bewegung immer wieder angriffen. Die „Temesvarer Zeitung", die „Reform", „Der Landbote", „Der Freimütige"

> „verdächtigten die Führer der deutschen Bewegung als von Deutschland und von den siebenbürger Sachsen angestiftete vaterlandsfeindliche Agenten."

In Siebenbürgen warb Brandsch durch den „Bürgerabend" für seine politischen Ziele. Er sammelte vor allem die Bürger der Hermannstädter Unterstadt, die zur „Oberstadt" und den „Literaten" in einem wirtschaftlich und gesellschaftlich betonten Gegensatz stan-

den. Er organisierte sie in „Nachbarschaften“ und machte damit aus der alten Gemeinschafts-Einrichtung ein Instrument der Parteipolitik. Am 6. Dez. 1908 erschien die erste Nummer seiner „Deutschen Bürger-Zeitung für Politik und Volkswirtschaft“, die sich mit ihrem ersten Leitartikel zunächst an die von der „Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten“ zurückgelassene Leserschaft der Unterstadt wandte und dann betonte:

> „Gefährdet erscheint heute der nationale Geist einesteils in den Kreisen der mit materiellen Gütern am meisten gesegneten Volksgenossen, in deren Reihen das gewöhnliche Nützlichkeitsprinzip bedauerlich viele Anhänger hat und andernteils in dem Kreise der sogenannten kleinen Bürger, von denen die nationale Haltung der derzeit leitenden sächsischen Politiker als Aufgeben des nationalen Gedankens gedeutet wird. Da will dann das neue Blatt fort und fort darauf hinweisen, daß die materielle Förderung von seiten des Staates nur dann annehmbar ist, wenn sie nicht mit Opfern an Gesinnung — und mögen sie noch so klein scheinen, erkauft wird... Für wünschenswert hält das Blatt das Aufgeben der Regierungsgefolgschaft. Vernachlässigt erscheint ihm die Pflege der Beziehungen zu dem übrigen ungarländischen Deutschtum und der gemeinsamen Interessen mit den anderen nichtmadjarischen Nationalitäten unseres Vaterlandes.“

Aus der „Deutschen Bürgerzeitung“ entstand 1912 die „Deutsche Tagespost“. Brandsch wurde im Hermannstädter Wahlkreis regelmäßig in den Ungarischen Reichstag gewählt. Die Immunität des Abgeordneten war die beste Unterstützung, die man ihm in Hermannstadt für seine Arbeit unter dem Banater Deutschtum geben konnte. Zusammen mit Steinacker nahm er Beziehungen auf zu den Führern der übrigen Nationalitäten Ungarns, zu Hodza, Vaida, Popovici u. a. Sie alle gehörten zu den Mitarbeitern des Erzherzog-Thronfolgers von Österreich und legten die ideellen und praktischen Grundlagen für die von ihm geplante föderative Lösung des österreichischen Verfassungsproblems.

V.

Zusammenfassung — Grundgesetze der Entwicklung. Ein neues Volksbewußtsein.

Unter den Siebenbürger Sachsen hatte die Publizistik in den letzten Jahrzehnten keine Fortschritte gemacht, keine neuen Volksschichten erfaßt. Sie hatte vielmehr nur alte Gegensätze vertieft und neue geschaffen. Sie war dabei aber — ihrer Eigenart entsprechend — immer ein Instrument gewesen, mit dem sich neue Männer ihren Weg in die Führung des Volkes gebahnt hatten und mit dem eine junge Generation ihre neuen Ideen vertrat[34]. Das war ja seit ihrem Bestehen die Funktion, die sie im Volksleben übernommen hatte. Sie war geschaffen, um Gefolgschaft zu werben für die Maßnahmen der Führung und hatte damit Menschen, die bisher „alleruntertänigst“ zu gehorchen oder zu bitten gewohnt waren, zu Richtern gesetzt. In einer Gemeinschaft, die in sinnvollem ständisch-hierarchischem Auf-

bau jedes ihrer Glieder an den gemeinsamen Angelegenheiten beteiligt hatte, die aber durch absolutistische und polizeistaatliche Methoden ihrer inneren Freiheiten beraubt war, wurde sie als ein Instrument des Interessen- und Meinungsausgleichs, als ein „Werkzeug der öffentlichen Meinung" angesehen und ausgebaut.

Die einmal zum Richter gesetzten Menschen übten ihr Richteramt g e g e n die Führung aus. In dreifachen Kämpfen waren zunächst die „Theologen", dann die führenden Männer des Gewerbestandes in die politische Führung gekommen. Der Einbruch der Massen in die Herrschaftsorganisationen hatte sich weitgehend mit Hilfe der Publizistik vollzogen. Dem ganzen Volk hatte sie vorübergehend eine gemeinsame Klammer und Ausrichtung gegeben. — Dann war sie wieder ein Werkzeug des Parteienkampfes geworden.

Schon in den fünfziger Jahren hatte es sich gezeigt, daß man mit der Publizistik allein keine Gemeinschaft bilden konnte. Sie konnte nur mithelfen, eine bestehende Gemeinschaft zu erhalten und zu festigen und die Keime zu neuer Gemeinschaft im Licht des Tages reifen zu lassen.

Die natürlich gebundene sächsische Gemeinschaft, der alte Aufbau der Bruder- und Schwesternschaften, der Nachbarschaften und Zünfte war aber zerfallen und an ihre Stelle ein Gegeneinander sich bekämpfender Interessen getreten.

E i n e n e u e O r d n u n g d e s V o l k e s u n d e i n n e u e s V o l k s b e w u ß t s e i n w a r n o t w e n d i g g e w o r d e n. Die ersten Ansätze solchen neuen Geistes zeigten sich schon in der Publizistik, in einzelnen Aufsätzen des „Tageblatts" und der „Tagespost", in der Arbeit von C. Wolff ebenso wie in der Arbeit von Brandsch. In Hermannstadt faßte schon Fritz F a b r i t i u s Handwerker und Studenten zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Spiel zusammen, um die Kluft zwischen den Gliedern des Volkes zu überbrücken.

Bevor alle neuen Bestrebungen sich verdichten konnten, brach der Weltkrieg aus. Er stellte das Deutschtum Mitteleuropas in eine gemeinsame Front. In der Feuerlinie wuchs die neue Gemeinschaft. Die Entwicklung, die hier beginnt, kann noch nicht Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung sein; denn s i e vollendet sich erst vor unseren Augen und mit unseren Händen.

Literaturverzeichnis.

Die wichtigste Quelle bildeten die siebenbürgisch-deutschen Zeitungen. Soweit sie gefunden und benutzt werden konnten, weist sie das im Anhang beigefügte Verzeichnis der deutschen Zeitungen und Zeitschriften Siebenbürgens mit einem * aus.

Die benutzten Archive:

Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien I, Minoritenplatz 1. (Akten der Ministerkonferenz — *MC.* und des Preßleitungsbüros — *PL.)*

Staatsarchiv des Innern und der Justiz. Wien VI, Stiftskaserne. *(M. J. P.* und *O. P. B.* — Oberste Polizeibehörde —).

Magyar Kiralyi Orszagos Levéltar — Königlich-Ungar. Landesarchiv, Budapest, Burg (Akten der siebenbürgischen Hofkanzlei — Hofkanzleiakten).

Archiv der sächsischen Nationsuniversität, Hermannstadt *(U. Z.)*

Handschriftenabteilung des Baron Brukenthalmuseums, Hermannstadt.

Allgemeine Literatur:

H. v. Srbik: Deutsche Einheit — Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Römischen Reich bei Königgrätz. 2 Bde. München 1934.

W. Schüßler: Österreich und das deutsche Schicksal. Eine historisch-politische Skizze. Leipzig 1925.

A. Domanovszky: Die Geschichte Ungarns. München, Leipzig 1923.

J. Szekfü: Der Staat Ungarn. Eine Geschichtsstudie. Stuttgart und Berlin 1918.

H. O. Ziegler: Die moderne Nation. Ein Beitrag zur politischen Soziologie. Tübingen 1931.

H. Arimond: „Einführung in die Wissenschaft von der Publizistik auf sozialpsychologischer Grundlage". München 1935. (Reihe: Zeitung und Leben, Bd. XX).

Wilh. Bauer: Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen. Ein Versuch. Tübingen 1914.

— Die öffentliche Meinung in der Weltgeschichte, Herausgeg. von P. Herre, Wildpark Potsdam 1929.

E. Dovifat: Die Entwicklung der zeitungswissenschaftlichen zur allgemeinen publizistischen Lehre und Forschung. „Zeitungswissenschaft" 1934, Heft 1.

Besondere Literatur:

(Georg Daniel und) Friedr. Teutsch: Geschichte der Siebenbürger Sachsen, 4 Bde., Hermannstadt 1896, 1925.

Friedr. Teutsch: (Herausgeber). Bilder aus der vaterländischen Geschichte, 2 Bde. Hermannstadt 1909.

Friedr. Teutsch: Zur Geschichte des Deutschen Buchhandels in Siebenbürgen. Im Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels, IV, VI und XV. Leipzig 1880, 81 und 82.

Jos. Trausch: Schriftstellerlexikon der Siebenbürger Deutschen, Kronstadt 1868 (1. Band), 1870 (2.) 1871 (3.). Der 4. Band wurde bearbeitet von Friedr. Schuller, Hermannstadt, 1902.

Karl Kurt Klein: „Rumänisch-deutsche Literaturbeziehungen". Heidelberg 1929.

Archiv des Vereins für siebenbürgische Landeskunde, 1843—1852 in Hermannstadt, 1853—1871 in Kronstadt, seit 1872 Hermannstadt. — Zitiert als „Vereinsarchiv".

Korrespondenzblatt des Vereins für siebenbürgische Landeskunde, Hermannstadt, seit 1878, ab 1931 unter dem Titel:

Vierteljahrsschrift, früher Korrespondenzblatt des Vereins für siebenbürgische Landeskunde. Hermannstadt seit 1931.

E. Sigerus: „Die deutsche periodische Literatur Siebenbürgens 1778—1930. „Ostland", 6. Jahrg., Nr. 5/6. Hermannstadt 1931.

H. Schlandt: „Die Geschichte der Kronstädter Zeitung" in: Festausgabe zum hundertsten Jahr der Kr. Ztg. Kronstadt, 24. Mai 1936.

E. V. Zenker: „Geschichte der Wiener Journalistik", Bd. 1 (Von den Anfängen bis zum Jahr 1848), Bd. 2 (Im Jahre 1848), Wien u. Leipzig 1892.

J. Ferenczy: A magyar hirlapirodalom története 1780 tot 1867ig, Budapest 1887.

Jakab Elek: Az Erdélyi Hirlapirodalom Története 1848ig. Budapest 1882.

N. Jorga: „Istoria Presei Românesti, Bucuresti 1922.

J. Lupas: Contributiuni la istoria ziaristiçei româneste ardelene". Hermannstadt 1926.

Für einzelne Fragen und Epochen u. a.:

von Farkas: „Die ungarische Romantik". Berlin 1931.

E. Filtsch: „Geschichte des deutschen Theaters in Siebenbürgen". Vereinsarchiv a. a. O., N. F. 21, S. 560 ff.

J. A. Grimm: „Die politische Verwaltung des Großfürstentums Siebenbürgen". Hermannstadt 1856.

B. v. Pukanszky: „Geschichte des deutschen Schrifttums in Ungarn. Bd. 1 (bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts). Münster 1931.

K. Schünemann: Österreichs Bevölkerungspolitik unter Maria Theresia, Berlin o. J. (Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München und des Instituts für Ostbayerische Heimatforschung, Passau.)

Ferd. v. Zieglauer: Die politische Reformbewegung in Siebenbürgen zur Zeit Josephs II. und Leopold II. Wien 1885.

Eug. v. Friedenfels; Jos. Bedeus v. Scharberg: Beiträge zur Zeitgeschichte Siebenbürgens, 2 Bde. (1783—1847, 1848—58). Wien 1885.

E. Springer (K. Renner): Ludwig Kossuth, sein Leben, sein Wirken, sein Exil. Berlin o. J.

Stephan Ludwig Roth: Gesammelte Briefe und Schriften. Herausgegeben von Otto Folberth. Kronstadt und Berlin 1927—33. Bisher 5 Bände.

Karoline Moser: Die Geschichte der amtlichen Pressestellen in Österreich von 1849—71 (incl. Beust). Diss. Wien, Mai 1933.

P. Molisch: Die Geschichte der deutsch-nationalen Bewegung in Österreich. Jena 1926.

E. Barta, K. Bell: Geschichte der Schutzarbeit am deutschen Volkstum. Herausgegeben zum 50jährigen Bestehen des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland im Auftrage des VDA.-Wirtschaftsunternehmens.

E. Steinacker: Beiträge zur Geschichte der deutschen Bewegung im ehemaligen Ungarn in: „Deutsche Politische Hefte aus Großrumänien", (herausgeg. von Rudolf Brandsch). Hermannstadt 1921, I. Jahrgang.

Friedrich Teutsch, G. D. Teutsch: Geschichte seines Lebens. Hermannstadt 1909.

— „Aus 60 Jahren — 100 Aufsätze des Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatts". Hermannstadt 1935.

Carl Wolff: Aus meinem Leben. Plauen o. J.

Außerdem eine Reihe von Aufsätzen, kleineren Broschüren und Werken, die nur zu Einzelfragen herangezogen wurden und im Quellennachweis zitiert sind.

Anmerkungen.

[1] Vgl. außer Friedr. Meinecke: Weltbürgertum und Nationalstaat, München, Oldenbourg, 4. Aufl. 1917, noch Gustave Le Bon: Psychologie der Massen. Leipzig, Kröner, 1908 und H. O. Ziegler: Die moderne Nation. Ein Beitrag zur politischen Soziologie. Tübingen bei I. C. B. Mohr. 1931. Le Bon: (S. 2) „Der Eintritt der Volksklassen in das politische Leben, d. h. in Wahrheit ihre progressive Umwandlung zu leitenden Klassen, ist eines der einschneidendsten Kennzeichen der Übergangszeit."

[2] E. Dovifat (Prof. für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin), Vorlesungen im Sommer und Winter 1935/36. Vgl. auch E. Dovifat: Die Erweiterung der zeitungskundlichen zur allgemein publizistischen Lehre und Forschung. „Zeitungswissenschaft" 1934, Heft 1 — und von demselben: Zeitungslehre I. Bd. 1 Berlin, Leipzig 1937 (Sammlung Goeschen) S. 23.

[3] Die Arimondsche Definition (Heinrich Arimond: „Einführung in die Wissenschaft von der Publizistik auf sozial-psychologischer Grundlage", München, Zeitung und Leben Bd. XX 1935, S. 15): „Publizistik ist die Tätigkeit, die bestimmte Inhalte in den Zustand der Öffentlichkeit versetzt, oder sie so darbietet, daß sie jedem interessierten Individuum prinzipiell zugänglich sind" wird hier zunächst eingeengt durch den Begriff der Gesinnung. Die Publizistik wird damit auf eine Ebene geistiger Auseinandersetzungen gehoben. Diese Voraussetzung hat aber auch wohl Arimond stillschweigend gemacht, denn nach ihm sind „die publizistischen Inhalte Ausfluß des menschlichen Denkens, Fühlens, Wollens und Gestaltens auf allen Gebieten der Kultur" (S. 48). Mit einer weiteren Einschränkung, die hier durch den Begriff der „Gesinnungswerbung" und der „Führung zu Überzeugung und Tat" gemacht worden ist, soll allerdings gegenüber Arimond betont werden, daß die publizistischen Inhalte unmittelbar zur Meinungsführung der Öffentlichkeit bestimmt sein müssen. An diesem zweckhaften Einsatz publizistischer Mittel gegenüber einer nur „veröffentlichenden" der „Öffentlichkeit darbietenden" Tätigkeit, muß festgehalten werden, wenn die Publizistik aus einem größeren Bereich von Äußerungen innerhalb der menschlichen Gesellschaft — etwa der Literatur — so herausgelöst werden soll, daß sie eine ihrer Eigenart entsprechende Betrachtung finden kann und eine wissenschaftliche Untersuchung ihrer gesamten Probleme rechtfertigt. Nur ein Beispiel: Die reiche siebenbürgische Kalenderliteratur des 17. und 18. Jahrhunderts kann in unsere Untersuchungen nicht mit einbezogen werden, denn eine Zusammenstellung von Jahresfesten, Jahrmärkten und Posttagen ist sicherlich „für die soziale Gemeinschaft von irgendeinem Interesse und Wert" und die Bibelsprüche und sentimentalen Rittergeschichten, die sie enthielt, heben sie auch aus der Sphäre der rein materiellen Interessen hinaus. Aber die siebenbürgische Publizistik beginnt doch erst mit der „Siebenbürger Zeitung" und der „Siebenbürgischen Quartalschrift", die „die fruchtlosen Lesereien beenden" und „den Vaterlandsgeist nähren" wollten. — Gerade in dieser Funktion der Publizistik, sich meinungswerbend an die gesamte Öffentlichkeit zu wenden, liegt ja ihre eigentliche Bedeutung für den geschichtlichen Verlauf. Sie gibt die Erklärung für manche Erscheinungen einer Epoche, in der „eine ganz neue Technik, eine neue Form der Argumentation notwendig wird", da die „tragende Legitimitätsidee die Entsprechung oder Ableitung einer politischen Aktion oder Institution aus dem Willen des Volkes erforderlich macht und Massenmobilisierung Vorausbedingung politischer Machtausübung wird". (H. O. Ziegler: „Die moderne Nation. Ein Beitrag zur politischen Soziologie." Tübingen bei ICB Mohr, 1931. S. 262). — Diese Auf-

fassung verpflichtet allerdings — und hier müssen die Forderungen Arimonds nachdrücklichst unterstützt werden — die Frage nach der Wirkungsmacht und dem Wirkungsbereich der Publizistik allen anderen überzuordnen. Diese Forderung kann vom Standpunkt einer zweckbezogenen Publizistik aus um so freier erhoben werden, weil die Wissenschaft von der Publizistik nur von diesem Standpunkt aus ihre Unabhängigkeit von der Kulturhistorie ebenso gut wahren kann, wie von der Sozialpsychologie. Sie muß unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit der publizistischen Führungsmittel sehr wohl etwas wissen „von Nachrichtenwesen, Korrespondenzen, von der Arbeit des Redakteurs, des Zensors, von den wirtschaftlichen Grundlagen, von der juristischen Form", um nur einige der wichtigsten Phänomene zu nennen, deren Behandlung Arimond ablehnt.

[4] Vgl. Bauer: Die öffentliche Meinung in der Weltgeschichte (Museum für Weltgeschichte). Hrsg. v. P. Herre Wildpark-Potsdam 1929, S. 186: „Das Volk, das einmal zum Bundesgenossen gemacht war, ließ sich nicht wieder zum bloßen Zuschauer herabdrücken."

Kapitel I.

[1] u. [2] Die geschichtliche Darstellung folgt hier hauptsächlich:

(G. D. und) Friedrich Teutsch: Geschichte der Siebenbürger Sachsen, 4 Bde., Hermannstadt 1896—1925 (Im folgenden zitiert als „Friedr. Teutsch Sachsengeschichte").

Misch Orend: Zur Heimatfrage der Siebenbürger Sachsen. Vergleichung der siebenb.-deutschen Ortsnamen mit denen des übrigen Sprachgebiets, Marburg (Deutsche Hefte zur Dialektgeographie, Heft 20) 1927.

Friedr. Müller: Wandlungen der geschichtlichen Hauptaufgaben unseres Volkes im Laufe seiner Entwicklung und seine Anpassung daran, Siebenbürgische Vierteljahrsschrift Jahrg. 52 (1932) S. 286—299.

Johann Friedr. Theiß: Um die Entstehung des mittelalterlichen Deutschtums in Ostmitteleuropa; Volk und Reich (Politische Monatshefte) Berlin 1935 (XI. Jahrg.), Heft 12, S. 921—25.

Konrad Schünemann: Österreichs Bevölkerungspolitik unter Maria Theresia, Berlin o. J. (1935?); Nr. 6 der Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung des deutschen Volkstums im Süden und Südosten in München und des Instituts für ostbayerische Heimatforschung, Passau).

J. A. Grimm: Die politische Verwaltung im Großfürstentum Siebenbürgen, 2 Bde. Hermannstadt 1856.

[3] Konrad Schünemann: Österreichs Bevölkerungspolitik unter Maria Theresia. A. a. O. S. 36.

[4] Vgl. u. a. einen Brief Michael von Heydendorffs an seinen Vater Michael von Heidendorff d. A. aus Wien (30. März 1792): ... Die „Regensburger Staatsrelation" hat mein Bruder richtig bestellt und ist durch den Praenumerationsschein gedeckt. Wegen Schlözers „Staatsanzeigen" und Neißners und Spittlers „Historischem Magazin" habe ich noch nichts ausrichten können." (Archiv — N. F. 25, Bd. 3. „Aus den Briefen der Familie von Heydendorff", Brief 504, S. 578.)

[5] Vgl. den Aufsatz über „Lage und Hindernisse der Schriftstellerei in Siebenbürgen" Siebenbürgische Quartalschrift 1. Jahrg. 1. Vierteljahr, Hermannstadt 1790.

[6] Vgl. M. H. Boehm: Das eigenständige Volk. Göttingen 1932.

[7] Die folgenden Daten nach Friedr. Teutsch, Sachengeschichte, Friedr. Teutsch, Zur Geschichte des Deutschen Buchhandels in Siebenbürgen, im Archiv für Geschichte des Deutschen Buchhandels, Bd. VI, (2) und XV (3) Leipzig 1881 u. 92. — ferner: Versuch eines allgemeinen Handlungs-, Gewerbs- und Reisekalenders von Hermannstadt, 1790, ferner: „Topographie von Hermannstadt 1784" in „Siebenbürger Zeitung" Hermst. b. Hochmeister 1. Jahrg. 1784.

[8] Pester Tageblatt 154/1840, zitiert nach Transsilvania 57/1840, berichtet über „Ungarische Typographen zu Anfang der Erfindung der Buchdruckerkunst": „Aus Kronstadt stammte der Buchdrucker Andreas de Corona in Venedig, in dessen Officin (per Magistros Adam de Rotumil et Andreane de Corona) 1476 die Evangelienerklärung des Albertus von Padua gedruckt wurde. Derselbe gab 1483 in Compagnie mit Conrad Stahel aus Blaubeuren und mit dem Buchdrucker Martin aus Zeiden im Burzenland (per Andreane Corvum Burziensem de Corona, Martinum Burziensem de Czeidino et Conradum Stachel de Blaubeuren Socios) das Olmützer Brevier heraus. — Aus Hermannstadt stammte der Buchdrucker Thomas, welcher seine Officin zuerst in Compagnie mit Johann Wurster in Mantua hatte und daselbst 1470 und 1472 zwei Werke verlegte. Von Mantua verlegte er die Buchdruckerei der Kriegsunruhen wegen nach Modena und gab daselbst mit Johann Franciscus Aesops Fabeln heraus. Er selbst nennt sich teils Thomas de Civitate Hermanni, teils Thomas Septemcastrensis."

[9] Dieses und folgende Daten: Teutsch, Gesch. des Buchhandels a. a. O.

[10] Von den bekannten Vorboten der Publizistik, den Einblattdrucken, ist in Siebenbürgen wenig vorhanden. Vier sind aus Kronstadt überliefert, zwei von ihnen behandeln die Kronstädter Feuersbrunst 1688 und sind wohl durch Kronstädter Berichte, aber nicht in Kronstadt selbst entstanden, zwei andere berichten über einen zu Wien gesehenen Wunderstern und über einen Sieg des kaiserlichen Heeres über die Türken. Diese beiden sind Nachdrucke (zu finden bei Julius Groß: Kronstädter Drucke 1535—1886. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte Kronstadts, Kronstadt 1886. Nr. 213, 225, 226, 231.) Deutsche, mutterländisch-deutsche, Einblattdrucke fanden sich in Hermannstadt. Diese Funde besagen: Bis Siebenbürgen war die frühe deutsche Publizistik verbreitet. Siebenbürgen stand kulturell und wirtschaftlich mit der Mitte Europas in einem lebendigen Austausch. An dieser Stelle mag auch erwähnt sein, daß der erste Siebenbürger Sachse, der eine Zeitung herausgab, diese in Deutschland redigierte. Er hieß Paul Rudolph Gottschling (stammte seinen eigenen Angaben nach aus Siebenbürgen; der Name kommt unter den Sachsen heute noch vor) und gab 1781 in Bautzen die „Bauzner wöchentlichen Anzeigen" heraus. Aus einem kleinen von ihm verfaßten, sehr lesbaren Buch „Die Sachsen in Siebenbürgen", Dresden 1794, in dem auch seine Zeitung erwähnt ist, geht hervor, daß er die besondere Gunst des Dresdener Hofes genoß.

[11] Akten der Siebenb. Hofkanzlei (Hofkanzleiakten) Budapest, Königl. Ungar. Landesarchiv (Magyar Kiralyi Orszagos Levéltar) 1454/84. — „Martin Hochmeister, der k. k. privilegierte Buchdrucker und Buchhändler in Siebenbürgen stellt dar, daß ihm durch die höchst seelige Kaiserin ein Vorschuß mit dem Beisatz gegeben und von seiner izt regierenden Majestät unterm 7. Sept. 1781 bestätigt worden, daß dieser Vorschuß nach und nach von der Halbscheid jenes Geldes wieder abgezogen werden solle, welches ihm für das Drucken der Dikasterialarbeiten bezahlt werden wird ...

[12] A. v. Hochmeister: Leben und Wirken des M. v. Hochmeister, Lebensbild und Zeitskizzen 1767—1837, Hermannstadt. 1873.

[13] E. V. Zenker: Geschichte der Wiener Journalistik, Wien und Leipzig b. Braumüller, 1892, S. 63.

[14] Hofkanzleiakten a. a. O. 358/784.

[15] H. v. Srbik: Österreich in der deutschen Geschichte. 3 Vorträge a. d. Univ. Berlin, München b. Bruckmann, 1936, S. 49.

[16] Fr. Teutsch, Geschichte des Buchhandels. A. a. O.

[17] Csaki, R. Vorbericht zu einer Geschichte der deutschen Literatur in Siebenb. H-stadt, W. Krafft 20, S. 48.

[18] Jos. Trausch: Schriftstellerlexicon oder biographisch-literarische Denkblätter der Siebenb. Deutschen. IV Bände. Kronstadt 1868—1902.

[19] Quartalschrift II. — 5 — S. 215.

[20] Friedr. Teutsch: „100 Jahre sächsischer Tagesliteratur". Siebenb. Deutsches Tageblatt, Januar 1884.

[21] Erdélyi Kanzéllaryi, Hofkanzleiakten Budapest 2449/790.

[22] Hofkanzleiakten Budapest 11214/789.

[23] Vgl. Dr. Joan Lupas: Contributiuni la istoria ziaristicei românesch ti ardelene, ebenso Heliade Radulescu: (Archiva 1906) Primele Incercări de Ziaristica la Români.

Für die Darstellung der rumänischen Publizistik wurde sonst im wesentlichen benutzt: Dr. Joan Lupas: „Contributiuni la istoria ziaristicei românesti ardelene" a. a. O.

— Gazeta Transilvaniei, Număr Jubilar. (Jubiläumswerk) Kronstadt 1907 und N. Jorga: „Istoria Presei Românesti" Bucuresti 1922. — Über die Tätigkeit Johan Molnar Puiarius geben außerdem noch Aufschluß K. K. Klein und Heliade Radulescu a. a. O.

[24] Hofkanzleiakten Budapest 607/790.

[25] Gheorghe Baritiu, Parti alese din Istoria Transilvaninei, 3 Bde. Hermannstadt 1889—91.

[26] Ferenczy, Jozsef: A Magyar Hirlapirodalom Története 1780— tól 1867/8. Budapest 1887.

[27] Im 4. Heft des 1. Jahrg. der „Siebenb. Quartalschrift wurde die madjarische Zeitung („Erdélyi Magyar Hirvivö) folgendermaßen besprochen: „Es ist vielleicht nicht nötig noch zu erinnern, daß es keine Übersetzung der in eben dem Verlage herausgekommenen deutschen Zeitung sondern ein Original ist. Wer daran hätte zweifeln mögen, den konnten schon die ersten Stücke und der durchaus darin herrschende ungarische Nationalpatriotismus davon überzeugen. Um eine Probe zu geben, übersetzen wir unsern deutschen Mitbürgern eine Stelle aus dem 2. Stück S. 16/17: „Die (deutsche) Kaiserkrone dient bloß zur Zierde und ihr Glanz hat das Haus Österreich schon oft ohne Nutzen in große Unkosten gesetzt... Der Verlust der Kaiserkrone würde für das Haus Österreich keine andere nachteilige Folge haben, als daß Wien durch Versetzung des Reichshofrats an der Geld- und Volksmenge etwas leiden würde. Mit der ungarischen Königswürde verhalte es sich ganz anders — und doch erscheint nicht einmal der Name des armen Ungarn in den Verzeichnissen der Europäischen Nationen. Wir mögen wollen oder nicht, so müssen wir den Namen Österreicher tragen. Es heißt immer nur Österreichische Monarchie, Österr. Kriegsheer, Österr. Hof, Osterreichische Staaten und selbst unter diesen gehen einige den ungarischen vor."

[28] „Versuch eines allgemeinen Handlungs-, Gewerbs- und Reisekalenders von Hermannstadt" 1790 (Hochmeister) S. 1—3.

[29] Hofkanzleiakten Budapest 518/1783.

[30] Dr. Eugen Filtsch: „Geschichte des deutschen Theaters in Siebenbürgen", Vereinsarchiv N. F. 21 S. 560 ff.

[31] Quartalschrift II, 1 (1791).

[32] Siehe Trausch, Schriftstellerlexicon a. a. O. Artikel Eder, Lerchenfeld und Neugeboren.

[33] Fr. Teutsch: Geschichte des Buchhandels a. o. A. S. 139.

[34] Fr. Teutsch: Sachsengeschichte, S. 247.

[35] E. V. Zenker: „Geschichte der Wiener Journalistik, Bd. 1. Von den Anfängen bis zum Jahr 1848, Wien und Leipzig 1892.

[36] Über die Änderung der Zeitungstitel und über die Lebensdaten der einzelnen — auch hier nicht eingehend behandelten — Zeitungen unterrichtet die im Anhang beigegebene Übersicht.

[37] Friedr. Teutsch: Geschichte des Buchhandels a. a. O. S. 125/126. — Ausführlicher bei A. v. Hochmeister: Leben M. v. Hochmeisters a. a. O.

[38] Nachlaß Filtsch (i. d. Handschriftenabtlg. des Brukenthalmuseums): „Nachricht über die Entstehung und die Schicksale des Werkes: Kritische Sammlungen zur Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen", abgedruckt im „Anhang" zu dieser Darstellung.

[39] Aus einem Briefe Filtschs an Fr. Friedr. Seivert, abgedruckt bei G. A. Schuller, J. Filtsch a. a. O.

[40] Quartalschrift VI, 1798.

[41] Auch Teutsch kommt in der „Geschichte des Buchhandels" zu einer ähnlichen Beurteilung: „Es sind z. T. dieselben Mitarbeiter an den Provinzialblättern tätig gewesen, wie bei der Quartalschrift und doch ist zwischen beiden ein Unterschied wie zwischen Jugend und müdem Alter, blütenfrohem Lenz und früchtelosem Herbst. Es ist geradezu niederdrückend, zu sehen, wie schwunglos, wie unbedeutend das Gebotene ist."

[42] Z. B. bei Teutsch: Sachsengeschichte, Bd. II, Kap. VII, S. 376—424.

[43] Julius von Farkas: „Die ungarische Romantik", Berlin 1931.

[44] Derselbe: S. 65.

[45] Derselbe: S. 66.

[46] Derselbe: S. 42.

Kapitel II.

[1] Diese biographischen Daten sind entnommen der „Geschichte der Kronstädter Zeitung" von J. Schlandt in der Festausgabe zum 100jährigen Bestehen der Kronstädter Zeitung (24. Mai 1936), der auch für die weitere Darstellung manche wichtige Einzelheit zu danken ist.

[2] Friedr. Teutsch: 100 Jahre sächsische Tagesliteratur, Siebenb. Deutsch. Tageblatt, Jan. 1884.

[3] Jubiläumsnummer (70 Jahre) der „Gazeta Transilvaniei", Juni 1908. S. 8—25.

[4] S. Jakab Elek: Az Erdélyi Hirlapirodalom Története 1848—ig Budapest 1882 — S. 63. „nem politikai, de kizárólag szépirodalmi képes heti lap volt a németorszagi ‚Pfennigmagazin.' mintajara alakulet s szerkesztöje, Barac Janos, a brassai tanácshál olah hjelv fordító volt."

[5] Das ist sehr klar nachgewiesen bei H. Hammer: Österreichs Propaganda zum Feldzug 1809" in der Reihe „Zeitung und Leben", Bd. XXIII, München 1936.

[6] u. [7] Beides geht hervor aus einer „Rechtfertigung", mit der die Siebenbürgische Hofkanzlei 1846 die Taxfreiheit fast aller siebenbürgischen Zeitungen begründeten. S. Akten der Siebenb.-Hofkanzlei Erdélyi Kanzellaryi 610/1846.

[8] Vgl. J. W. Nagel, J. Zeidler u. E. Castle: Deutsch-österreichische Literaturgeschichte II. Bd. Wien 1914.

[9] K. Hoch in „Die Karpathen", Halbmonatsschrift, Kronstadt Jan. 1914. Aus einer Aufsatzreihe „Die Jungen", die sich mit dem Generationsproblem in der sächsischen Geschichte auseinandersetzt. In dieser Art eine von wenigen grundsätzlichen und anschaulichen Arbeiten der sächs. Geschichtsforschung.

[10] Eine eingehende Darstellung der Regulationen und ihrer Folgen gibt Friedr. Teutsch in der Sachsengeschichte, Bd. II. S. 376—424. — Die Darstellung folgt hier J. A. Grimm: „Die politische Verwaltung des Großfürstentums Siebenbürgen." Hermannstadt 1856 (a. a. O.).

[11] S. Friedr. Teutsch: 100 Jahre sächs. Tagesliteratur a. a. O.

[12] Der heute noch erscheinende „Pesti Hirlap" geht nicht auf diesen zurück, sondern wurde 1878 gegründet. — Es würde eine lohnende Aufgabe

sein, Ludwig Kossuth einmal als Publizisten darzustellen. Der ungarische Revolutionär und Ministerpräsident würde als einer der begabtesten und leidenschaftlichsten Spieler auf den Instrumenten der Meinungsführung erscheinen. Man würde ihn aber gleichzeitig auch in einer Abhängigkeit sehen von den Leidenschaften der Massen, die ihn trugen und so vielleicht manche Widersprüche in seinen Worten und Taten aufklären können. Für — instinktive oder bewußte — psychologische Geschicklichkeit z. B. in der Formulierung seiner Reden scheint mir eine Stelle aus seiner großen und spontanen Reichstagsrede zu sein, mit der er die Zustimmung zu seinem Kampf gegen Österreich erlangte: „Während ich von meiner bescheidenen Wohnung hierher kam und um mich blickte, gewahrte ich, wie ungemein viel Volk es in Pest gebe und wenn ich nur die gedrückt vollen Galerien dieses Hauses betrachte, wenn jedermann nichts weiter als einen Stein in die Hand nimmt und sich fest vornimmt und beim ewigen Gott schwört, daß er nicht eher ruhen werde, bis er nicht einen Räuber tötet, schon hierdurch allein, könnte die ganze Räuberbande vernichtet werden."

[13] Über die Ereignisse insbesondre: R. Springer (Pseudonym für den Führer der österr. Sozialdemokratie Karl Renner): Ludwig Kossuth, sein Leben, sein Wirken, sein Exil. 2 Bde., Berlin o. J.

[14] S. E. von Friedenfels: Jos. Bedeus von Scharberg, 2 Bd. Wien 1885, Bd. I, S. 121. — Wie Friedenfels berichtet, war Hajnik zugleich „verläßlicher Berichterstatter" der Hofkanzlei und Vertrauensmann L. Kossuths, für den er, als Vertrauensmann der Regierung getarnt, wichtige Aufträge und vertrauliche Sendungen „zur Insurgierung der Szekler" übernahm.

[15] Fr. Teutsch: Sachsengeschichte Bd. III, S. 130.

[16] Transilvania Bd. I (1833).

[17] Fr. Teutsch: Sachsengeschichte Bd. III, S. 101 und 120.

[18] Am 11. März 1842 beginnt der „Siebenbürger Bote" mit leitenden Artikeln, die in zweispaltigem Satz die erste Seite füllen und auf die zweite oder dritte umbrochen werden. Er beginnt sie mit folgender Begründung: „unser Kollege, der ‚Erdélyi Hirado' hat in dem laufenden Jahr angefangen, nach dem Beispiel des ‚Pesti Hirlap' seine Blätter mit ‚leitenden Artikeln' zu eröffnen. Diese Art moralischen Leitseils ist einmal bei den Zeitungen Mode geworden und so werden wir wohl auch diese Mode, wenngleich nicht immer, doch zuweilen mitmachen müssen." Vgl. dazu auch J. de Ferenczy: „La Presse Periodique en Hongrie" a. a. O. S. 27: „Kossuth transplantait chez nous un nouveau genre journalistique: le leader (Leitartikel; premier, Budapest) juspu'alors inconnu en Hongrie."

[19] Briefwechsel Rannichers in der Handschriftenabteilung des Baron-Brukenthal-Museums, Hermannstadt.

[20] Fr. Teutsch: Sachsengeschichte Bd. III. S. 112. — Die Darstellung der geschichtlichen Ereignisse folgt hier noch weitgehend Teutsch. Für die Entwicklung in Ungarn wurden die Darstellungen von J. Szekfü: Der Staat Ungarn. Eine Geschichtsstudie, Stuttgart und Berlin 1918. A. Domanovszky: Die Geschichte Ungarns, München, Leipzig 1923 herangezogen.

[21] Die biographischen Daten hier und im folgenden — wenn nicht anders vermerkt — nach Jos. Trausch: Schriftstellerlexicon a. a. O.

[22] Emil Sigerus: „Die deutsche periodische Literatur Siebenbürgens 1778—1930. Ostland, 6. Jahrg. Nr. 5/6.

[23] Über Schuller unterrichtet sehr gut die Studie von Ehrhard Wolff: Schulrat J. K. Schuller. Eine Skizze seines Lebens und Wirkens „Im Programm des Evang. Gymnas. A. B.". Hermannstadt 1911/12.

[24] „Siebenbürger Bote" Nr. 73/1846.

[25] „Transilvania" Nr. 95/1848.

[26] Staatsarchiv, Archiv des Innern u. d. Justiz, Wien; Akten der Ob. Poliz.-Beh. Korrespondenz Sedlnitzky (Bach), 29. Juli 1843, 27. Nov. 1843.

[27] M. Schlandt: „Geschichte der Kronstädter Zeitung", „Festausgabe zum hundertjährigen Bestehen der Kronst. Zeitung", S. 6.

[28] Ebenfalls dort S. 4.

[29] J. Goellner: „Das Revolutionsjahr 1848 in den rumänischen Fürstentümern im Spiegel der siebenb.-sächs. Zeitungen". Dissertation, Wien 1934.

[30] Archiv des Ministeriums des Innern. Akten der Obersten Polizei-Behörde; Korrespondenz (Sedlnitzky 29. Juli 1843).

[31] S. Friedr. Teutsch: Gesch. des Buchhandels a. a. O. S. 154.

[32] Vgl. „Satellit des Siebenbürger Wochenblatts" Nr. 4/184—. Die Bezeichnung „Theologe" bedarf hier noch einer kurzen Erklärung. Bis in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts war die Vorbereitung zum Kirchen- und höheren Schuldienst die gleiche, sie richtete sich ebenso auf eine spätere pädagogische wie pfarramtliche Tätigkeit. Der junge Kandidat zweier Fakultäten wurde nach bestandenem Examen gewöhnlich zunächst Gymnasiallehrer (Professor) und bekam erst zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr — manchmal auch noch später — ein Pfarramt. — Die für liberale Ideen kämpfenden „Theologen" der 40er Jahre waren zumeist noch junge Gymnasiallehrer, als sie später ihre Gemeinde zu betreuen hatten, gewannen sie der überlieferten Ordnung doch einige Sympathien ab.

[33] Blätter für Geist, Gemüt usw. Nr. 42/1846.

[34] Wie Goellner a. a. O. behauptet, war Kurz mit Ludw. Kossuth befreundet.

[35] Siebenb. Wochenblatt 27. März 1848.

[36] Geschichte der Kronstädter Zeitung a. a. O. S. 8.

[37] Ebendort.

[38] Karl Kurt Klein: „Rumänisch-deutsche Literaturbeziehungen" Heidelberg 1929, S. 121.

[39] Alfred Roth: Tanulmanyok Roth Danielröl N. ph. d. IV. Budapest 1913.

[40] K. K. Klein: „Rumänisch-deutsche Literaturbeziehungen" a. a. O. S. 120.

[41] Aus Petre Pandrea: Filosofia politico-juridică a lui Simeon Bărnutiu. Bucuresti 1935, S. 214.

[42] Blätter für Geist, Gemüt und Publizistik, 24. 5. 37: „Über die Schriftstellerei und Publizität in Siebenbürgen."

[43] Die Darstellung folgt hier den bereits zitierten Werken von N. Jorga, J. Lupasch und der Numär Jubilar (Jubiläumsnummer 1908) der „Gazeta Transsilvaniei".

[44] Über die Vorgänge in Blasendorf unterrichtet Teutsch, Sachsengeschichte Bd. III, ferner:
Georghe Baritiu: Părti alese din Istoria Transilvaniei — Hermannstadt 1889/91;
und über die politische Bedeutung dieses Seminars siehe auch W. Höpker: „Rumänien diesseits und jenseits der Karpathen", München 1936.

[45] Akten der Siebenb. Hofkanzlei Budapest Nr. 692/846 und 1724/846.

[46] Über die Entwicklung der madj. Publizistik unterrichtet im übrigen: Ferenczy Jos. a. a. O. und Elek Jakab a. a. O.

[47] Erdélyi Hirado 3. Aug. 1841, zitiert nach „S. Bote" 71/41.

[48] Satellit des Siebenb. Wochenblatts Nr. 69/44.

[49] Unterhaltungsbl. f. Geist, Gemüt usw. Nr. I. 24. Mai 37.

[50] Satellit des S. Wochenblatts 46/1846 (8. Juni).

[51] So meinte z. B. 1837 auch noch das Unterhaltungsblatt für Geist, Gemüt usw. 1/37.

[52] Friedr. Teutsch: Gesch. des Buchhandels, S. 153.

[53] Archiv der Sächs. Nationsuniversität Univ.-Akten U. U. 675/843 und 849/1846.

[54] Ebendort U. A. 850/46.

[55] Siehe Kronst. Ztg. a. a. O. S. 4.

[56] Siebenbürger Volksfreund Nr. 21/45.

[57] S. Siebenb. Volksfreund Nr. 5 und 11/1845.

[58] Brief H. Schmidts an Jos. Andreas Zimmermann Juli 1846 in der Handschriftenabtlg. d. Baron Brukenthalmuseums Hermannstadt, Sammlung Zimmermann.

[59] Die folgenden Daten und Zitate aus: Stephan Ludwig Roth. Gesammelte Briefe und Schriften. Herausgegeben von Otto Folberth. Kronstadt und Berlin 1927—33. Bisher 4 Bände. Ein fünfter, der gerade die verstreuten publizistischen Arbeiten sammelt, ist nach Abschluß dieser Arbeit erschienen.

[60] Allerdings scheint es so, als hätten die burschenschaftlichen Bestrebungen ebenso wie die ganze politische Bewegung der Zeit wenig Eindruck auf ihn gemacht. Seine Tagebücher dieser Jahre enthalten kaum einen politischen Gedanken. Er war außerdem Corpsstudent und nennt die Burschenschafter verächtlich oft „Arminianer". Doch stand er ihnen, wie die verschiedenen Jahnzitate schon kurz darauf beweisen, innerlich wohl näher, als er selbst es annahm.

[61] Folberth: Rothausgabe a. a. O. Band I, S. 78/79.

[62] Ebenda, Band I, S. 184.

[63] Ebenda, Band II, S. 103.

[64] Ebenda, Band I, S. 238, Bd. III, 167.

Kapitel III.

[1] MCZ (Akten der Minister-Conferenz) 4618
1850

[2] H. von Srbik: „Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Römischen Reich bis Königgrätz", München 1934, S. 378.

[3] Vgl. Karoline Moser: Die Geschichte der amtlichen Pressestellen in Österreich von 1849—71 (incl. Beust) Diss. Wien, Mai 1933. S. 13 und folgende. — Nach dieser Quelle ist auch die österreichische Pressepolitik im folgenden dargestellt, soweit sich die Darstellung nicht auf eigene — dann zitierte — Aktenarbeiten stützt. In der Gesamtbeurteilung dieser Epoche können wir uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß die österreichische Preßpolitik von 1849—67 sich nicht wesentlich von den Maßnahmen der Metternich/Sedluitzky Epoche unterschiede. Gewiß wurden alle neuen positiven Maßnahmen preßpolitischer Beeinflussung sehr unvollkommen angewandt. Im Prinzip wurden sie aber in diesen Jahren geschaffen. Sie bedeuteten gegenüber den Repressivmaßnahmen der vormärzlichen Zeit etwas grundsätzlich Neues. Das geht am besten aus dem zitierten Gutachten von Wildner hervor (S. 71). Moser hat es wohl nicht gekannt und konnte darum auch zu der Annahme kommen, das Preß-Leitungs-Comité sei auf Anregung Konsul Grüners, Leipzig, entstanden. Der entsprechende Brief, der allerdings einen entscheidenden Anstoß gab, kam fast zwei Jahre später als das Gutachten Wildners.

[4] MIP (Akten des Staatsarchivs des Innern und der Justiz)
16 406 und 463
540 1849 1849

[5] K. Moser a. a. O. S. 7.

[6] K. Moser a. a. O. S. 36.

[7] u. [8] M I P 541 4027
16 1852

[9] M I P 542 ad 1064
16 1854

[10] Vgl. Tagebuch des Polizeiministers Kempen von 1848—59. Hrsg. von J. K. Mayr, Wien, Leipzig 1931.

[11] M I P 542 8150
16 1855

[12] Moser a. a. O. S. 60.

[13] M I P 543 332
16 1861

[14] Moser a. a. O. S. 74.

[15] M C Z 4138
1855

[16] M I P 4529
1862

[17] O P B 4266 (Oberste Polizei Behörde) Pr. II
1856

[18] P L (Akten des Preßleitungs-Comités 1863—66) 16/1 PZ 418.

[19] Vgl. 100 Jahre Kronstädter Zeitung. Festausgabe a. a. O.

[20] M C 4137
855

[21] O P B 652 Vgl. Briefsammlung Obert i. d. Handschriftenabtlg. d.
1856 Baron-Brukenthal-Museums.

[22] M C 1869/65 u. PL 291/1867 (Reichenstein über Zuwendungen an H. Schmidt).

[23] P L (Akten des Preßleitungs-Büros) 291 u. 461
1867 1867

[24] O P B P I 3218
1857

[25] O P B P I 2650
1859

[26] O P B P I 1852
1858

[27] O P B P I 3778
1856

[28] O P B P I H 13
1858

[29] O P B P I 537
1856

[30] O P B 2331
1853

[31] O P B 2349 P I
1853

[32] O P B P I 1099
1858

[33] O P B 537
856

[34] Kronstädter Ztg. Festausgabe a. a. O.

[35] Vgl. Kronstädter Zeitung Nr. 40/67 (II. III.)

[36] Vgl. Siebenbürger Blätter Nr. 8/67 (9. 2)

[37] Vgl. Siebenbürger Blätter ebendort.

[38] Teutsch: Sachsengeschichte Bd. III S. 382.

[39] Zitiert nach K. Hoch: Die Entwicklung unserer Politik seit dem Jahre 1848 im Rahmen eines Lebensbildes von G. Hull, Schäßburg o. J. (Sonderdruck).

[40] K. Hoch a. a. O.

[41] K. Hoch a. a. O.

[42] Siebenb. Blätter 18/67 (16. 3. 67).

[43] Zitiert nach Bistritzer Wochenblatt Juli 1869.

[44] Vgl. Siebenbürg. Deutsch. Wochenbl. Nr. 1/68 (3. 4. 68).

[45] Vgl. Hermannstädter Zeitung 27. 11. 65.

[46] Vgl. Kronstädter Zeitung Festausgabe a. a. O.

[47] Kronstädter Zeitung 20. 2. 1867.

Kapitel IV.

[1] Vgl. auch von Baußnern 1867 in den „Siebenbürger Blättern" ein „Paralipomen zum politischen Gedicht Hungaricas Mahnruf, um die Änderung meiner politischen Anschauungen in das rechte Licht zu stellen".

[2] Nach Trausch: Schriftstellerlexicon a. a. O. s. Art. Baußn.

[3] S. Briefsammlung Teutsch in der Handschriftenabtlg. des Baron-Brukenthalmuseums a. a. O.

[4] Vgl. Siebenb. Deutsches Tageblatt 3. 1. 1874/Nr. 2.

[5] Trausch: Schriftstellerlexicon a. a. O.

[6] Vgl. „Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten" 9. 4. 1874.

[7] Vgl. Teutsch: Sachsengeschichte a. a. O. Bd. IV, S. 94.

[8] Vgl. E. Barta / K. Bell: Geschichte der Schutzarbeit am Deutschen Volkstum. Herausgegeben zum 50jährigen Bestehen des Allgemeinen Deutschen Schulvereins für das Deutschtum im Auslande im Auftrage des VDA-Wirtschaftsunternehmens.

[9] u. [10] Ebendort. — Das Siebenbürgisch Deutsche Tageblatt konnte in seiner Nummer vom 29. April 1882 doch auch einigen deutschbewußten Stimmen aus dem Banat das Wort geben. Es schrieb: „Im Schoße der deutschen Bürger Ungarns selbst beginnen sich die Symptome einer Reaktion gegen die wider den ‚Deutschen Schulverein' gerichteten Kundgebungen zu mehren. Die Verschüchterung, welche so vielen den Mund schloß, als die Impresarii der ‚Volksversammlungen' die nationale Selbstpreisgebung der Deutschen Ungarns an zahlreichen Orten verkündeten, hört hier und da auf; es wird selbst ein freieres Wort gewagt. In Temesvar ist der Streit bereits ausgebrochen. Ein deutscher Bürger Temesvars verurteilt in den Spalten der ‚Temesvarer Zeitung' die bekannte Temesvarer Resolution. — Die ‚Neue Werschetzer Zeitung' vom 1. 4. schreibt: ‚Nun, soweit ist es mit den Deutschen in Ungarn Gott sei Dank noch nicht und wenn auch einzelne ‚ungeratene Söhne' deutscher Mütter ihrer Nation abtrünnig geworden sind, so umfaßt diese Krankheit doch nicht das gesamte Deutschtum in Ungarn . . .' — In der in Neusatz erscheinenden ‚Bacs-Bodroger Presse' vom 16. 4. lesen wir: ‚Der deutsche Michel in Ungarn — Welche Winke mit dem Scheunentor gegeben worden sind und noch gegeben werden, um die Veranstaltung solcher Volksversammlungen herbeizuführen, welches die Triebfedern der Veranstalter sind, was für Absichten dem Deutschen Schulverein unterschoben werden, warum auch solche Elemente, die sich den demonstrierenden Kundgebungen fernhalten, nicht in der Lage sind, ihrer abweichenden Ansicht in ehrlicher und prompter Weise Ausdruck zu verleihen, das sind Momente, welche sich wohl dem

kritischen Blick des objektiven Beobachters aufdrängen, aber die momentane Befriedigung des Magyarismus nicht im mindesten stören."

— Bell, der die Geschichte des „Vereins für das Deutschtum im Ausland" in dem zitierten Werk über die Geschichte der Schutzarbeit am deutschen Volkstum schrieb, bemerkt zu der ungarischen Parlamentsdebatte über den Schutzverein: Der ungarische St. Ladislaus-Verein unterstützte laut der Äußerung seines Präsidenten am 27. Sept. 1881 „seit Jahren in der Bukowina und in Rumänien die katholischen Madjaren, damit ihr Glaube und ihre Nationalität nicht untergehen".

[11] Vgl. Siebenb. Deutsches Tageblatt 29. IV. 82.

[12] Vgl. Teutsch, Sachsengeschichte a. a. O. Bd. IV, S. 114.

[13] Vgl. Kronstädter Zeitung, Festausgabe a. a. O. S. 97.

[14] Vgl. Emil Sigerus, „Die deutsche periodische Literatur in Siebenbürgen" a. a. O.

[15] Vgl. Fritz Connert, „Einiges aus der Geschichte des Siebenbürgisch Sächsischen Landwirtschaftsvereins". Kronstädter Zeitung, Jubiläumsausgabe a. a. O. S. 53

[16] Vgl. Teutsch: „Die Sorge für die Gesamtheit, darin besonders auch für den kleinen Mann im Bürger- und Bauernstand, zeichnete diese Bewegung vor allen früheren aus. Darum die neue Erscheinung, daß zum erstenmal von diesem Standpunkt aus der Kalenderliteratur Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Es entstanden neue Kalender und die bestehenden erhielten neuen Inhalt und führten dem Volk die neuen Gedanken zu. (Teutsch, Sachsengeschichte Bd. III. S. 146.)

[17] Eug. von Trauschenfels gab von 1860—1886 den „Sächsischen Hausfreund" heraus. Tr. kennzeichnete die publizistischen Aufgaben dieser Kalender folgendermaßen: „Meine Absicht war, die Stammesgenossen in der Treue für die Kirche, die Krone, das Reich wie den Staat und für ihre Nationalität zu festigen, zu stärken, ihren Bildungseifer anzuregen und der wirtschaftlichen Entwicklung nach Kräften zu dienen" (Zit. nach J. Tontsch: „Die Honteruspresse in 400 Jahren" — Kronstadt 1933).

[18] St. L. Roth: Gesammelte Briefe und Schriften a. a. O. S. 177—188. Ebendort: Aus einem Briefe Roths an Geltsch: „Gesinnung und Charakter braucht unser Volk, Einsicht und Schmiegsamkeit haben wir genug. Nichts aber bildet ein Volk in seinem Charakter so sehr als seine Geschichte."

[19] Die Biographie Georg Daniel Teutschs schrieb sein Sohn Friedrich Teutsch: G. D. Teutsch, Geschichte seines Lebens, Hermannstadt 1909.

[20] Friedrich Teutsch: D. D. Teutsch a. a. O. S. 126.

[21] P. Molisch: Die Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, Jena 1926, S. 71.

[22] Vgl. Karl Bell: Die Geschichte des Vereins für das Deutschtum im Ausland. (Barta/Bell a. a. O. S. 99).

[23] Aufschluß über diese Zusammenhänge gibt die Briefsammlung der Bischöfe Teutsch, die in der Handschriftenabteilung des Baron-Brukenthalschen Museums in Hermannstadt aufbewahrt wird und in die der Verfasser durch freundl. Vermittlung von Frl. P. Teutsch Einsicht nehmen durfte.

[24] Vgl. Bell. Geschichte des Vereins für das Deutschtum im Ausland a. a. O.

[25] Treitschke beantwortete das entsprechende Ansuchen Fried. Teutschs mit einem Brief, in dem es u. a. heißt: „Es soll mir eine große Freude sein, lieber Herr Doktor, wenn Sie mir jetzt die Arbeit schicken wollen. Die Zeit ist längst vorbei, wo wir diese übermütigen Madjaren schonen mußten. Die Preußischen Jahrbücher haben sich auch längst offen gegen die brutale Madjarisierungspolitik ausgesprochen, wie Ihnen anliegende Aufsätze zeigen werden . . . Die Lebensfähigkeit des Dualismus wird mir immer zweifelhafter,

ich fürchte nur, wenn er Bankrott macht, so folgt nicht eine neue Form des Gesamtstaats sondern der Zerfall Österreichs und das wäre ein entsetzliches Unglück für uns alle und namentlich für Euch Sachsen".... Berlin, den 16. 2. 78.

[26] Um nur einige davon zu nennen:

Franz v. Löher: Die Madjaren und andere Ungarn, Leipzig 1874.

— Die deutsch evangel. Mittelschulen in Siebenbürgen und die denselben drohende Gefahr. Leipzig 1880.

— Das Erwürgen der deutschen Nationalität (ohne Verf.). Vorwort von Löher, München 1874.

K. Ludolf: Der Sprach- und Völkerkampf in Ungarn. Leipzig 1882.

Jul. Pflug: „Die Wahrheit eine Farce". — Beitrag zur Beurteilung der Deutschen Süd-Ungarns in ihrer Haltung dem Deutschen Schulverein gegenüber. Berlin o. J.

W. Rohmeder: „Aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Siebenb. Sachsen", München 1898.

W. Wattenbach: Die Siebenbürger Sachsen. Heidelberg 1870.

[27] Heinze an Friedr. Teutsch 12. Mai 1882.

[28] Zitiert nach Teutsch, Sachsengeschichte a. a. O. Bd. IV, S. 138.

[29] Ebendort S. 140/41.

[30] Lutz Korodi: „Aus bewegter Zeit", — Kronstädter Zeitung, Jubiläumsausgabe, 24. Mai 36 a. a. O. S. 93. — (Besonders aufschlußreich für diese Kämpfe zwischen „Grün" und „Schwarz" ist natürlich auch die Briefsammlung Carl Wolff, Handschriftenabtlg. des Baron-Brukenthalmuseums a. a. O., die stark herangezogen wurde.)

[31] „Kronstädter Tageblatt" Nr. 38/46 (15. II. 1896).

[32] Steinacker war als Sohn eines Goslaer Bürgergeschlechts in Württemberg geboren, hatte auf der Stuttgarter Technischen Hochschule seine Ausbildung als Ingenieur erhalten und war als Sekretär der Industrie und Handelskammer nach Budapest gekommen. Einer seiner Söhne ist der Innsbrucker Historiker Prof. Harold Steinacker. (Vgl. Heinr. Claß S. 167 ff.) Das Buch von Claß gab wichtige Aufschlüsse für die Darstellung dieser Bemühungen: Heinrich Claß: „Wider den Strom", Leipzig 1932. (Ein wichtiges Stück Geschichte des „Alldeutschen Verbandes".)

[33] Die Darstellung des folgenden im wesentlichen nach: „Edmund Steinacker: Beiträge zur Geschichte der deutschen Bewegung im ehemaligen Ungarn". In: „Deutsche Politische Hefte aus Großrumänien". (Hrsg. Rudolf Brandsch.) Hermannstadt 1921, I. Jahrgang. Die Angaben Steinackers konnten ergänzt werden durch persönliche Mitteilungen einzelner sächsischer Volksführer an den Verfasser.

Vgl. auch R. F. Kaindl.: Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern. Gotha 1907—1911, Bd. III, 358—360

und Felix Milleker: Geschichte des Buchdrucks und Zeitungswesens im Banat (1769—1922). Werschetz 1926.

[34] Einen Querschnitt durch die wichtigsten Aufsätze des Tageblatts in Sonderheit der den heutigen politischen Auffassungen nahekommenden, gibt die Sammlung: „Aus 60 Jahren — 100 Aufsätze des Siebenbürgisch Deutschen Tageblatts", Hermannstadt, 1935.

Anhang.

1. Bibliographie der deutschen Zeitungen und Zeitschriften Siebenbürgens.
2. Die (außersiebenbürgischen) Zeitungen und Zeitschriften, mit denen Friedrich Teutsch in Verbindung stand.
3. Nachricht über die Entstehung und die Schicksale der Schlözerschen „Kritische Sammlungen" (Handschrift aus dem Nachlaß Filtsch').

ANHANG

Die deutschen Zeitungen und Zeitschriften Siebenbürgens.

Hier sind alle — nicht nur die politischen Zeitungen und Zeitschriften angeführt. Der weitaus größte Teil der nachfolgenden Daten war bei Beginn dieser Arbeit bereits gesammelt und veröffentlicht von Emil Sigerus in der Zeitschrift „Ostland", 6. Jahrg. (1931) Heft 5/6. Seine Angaben erwiesen sich bei der Bearbeitung als ein zuverlässiger Wegweiser durch das hier bearbeitete Material. Sie brauchten nur teilweise ergänzt zu werden. Einige Angaben aus Budapester Quellen wurden außerdem der Arbeit von H. Réz, „Deutsche Zeitungen und Zeitschriften in Ungarn von Beginn bis 1918" (München 1936), entnommen.

Die mit einem * versehenen Zeitungen und Zeitschriften wurden zu dieser Darstellung — fast lückenlos — herangezogen.

Die in Klammern gesetzten Ziffern hinter einzelnen Titeln und Namen weisen auf die Seiten hin, auf denen die betr. Zeitungen und Publizisten genauer charakterisiert sind.

1778, 1. VI. — 1778, 26. VII. Theatral. Wochenblatt für das Jahr 1778. Kl. 8°. Hermannstadt. Gedruckt bei Samuel Schardi und Martin Hochmeister.

*1784—1787. Siebenbürger Zeitung. 8°. Hermannstadt (S. 15 ff., 23). Druck und Verlag von Martin Hochmeister (S. 14).

1788—1791 erschien die Zeitung als Kriegsbote, dann von 1792—1862 als Siebenbürger Bote und von 1863—1907 als Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten (s. d.).

*1788—1791. Der Kriegsbote. 8°. Hermannstadt. Druck und Verlag von Martin Hochmeister.

*1790—1801. Siebenbürgische Quartalschrift (S. 20, 21, 23). Hermannstadt. Druck und Verlag von Martin Hochmeister. 8°. Herausgegeben von Johann Filtsch (S. 20, 26), dann von J. Filtsch, Joh. Eder und Joh. Binder.

1791. Anzeige kritischer Beobachter zur Erweiterung dramaturgischer Kenntnisse, ein Blättchen zum Vergnügen der Freunde des Schauspiels, während Anwesenheit der Kunzischen Gesellschaft in Hermannstadt. 8°. Hermannstadt, Martin Hochmeister. Nur eine Nummer am 1. April 1791 erschienen.

*1792—1862. „Der Siebenbürger Bote". 8°. Hermannstadt, Druck und Verlag Martin Hochmeister, dann Martin v. Hochmeister's Erben und von 1840 an Theodor Steinhaußen (S. 41). Schriftleiter: 1836—1848 Jos. Benigni von Mildenberg (S. 41); 1848 Mitredakteur Jakob Rannicher (S. 44); 1849—1850 Johann Hintz; 1849, VIII.—1851 Heinrich Schmidt (S. 44, 76 ff.); 1852 Dr. Alois Sentz (S. 75).

Vom 1. I. 1863 vereinigt mit der „Hermannstädter Zeitung" (s. d.).

*1793—1805. Siebenbürgisches Intelligenzblatt zum Nutzen und Vergnügen. 8°. Hermannstadt, Druck und Verlag von Martin Hochmeister. Von 1799—1805 als Beilage des Siebenbürger Boten.

*1805—1824. Siebenbürgische Provinzblätter. 8°. Hermannstadt (S. 28), Druck und Verlag von M. v. Hochmeister. Schriftleiter: Joh. Filtsch (S. 19, 26).

1828. Notizen über die dramatischen Leistungen der Bühnengesellschaft unter der Direktion der Herren J. B. Hirschfeld und F. Herzog während der Sommersaison 1828 zu Hermannstadt. 8°. Beilage zum Siebenbürger Boten. Verlag von Martin von Hochmeister. Redakteur: F. F. Gömmel. Es sind bloß 11 Nummern erschienen.

*1833—1838. Transsylvania. 8°. (S. 37), periodische Zeitschrift für Landeskunde. Mit lithogr. Tafeln als Beilage. Band I, II. Hermannstadt, W. H. Thierry, Band III, Kronstadt, Joh. Gött. Schriftleiter: J. v. Benigni und Carl Neugeboren (S. 41).

*1837—1849. Siebenbürgisches Wochenblatt. Kl. 4°. Kronstadt (S. 45 ff.) Druck und Verlag Joh. Gött (S. 30) und W. Nemeth. Von 1849 nimmt die Zeitung den Titel „Kronstädter Zeitung" (s. d.) an.

*1837—1838. Unterhaltungsblatt für Geist, Gemüt und Publizität. 4° (S. 31, 76). Beilage zum Siebenbürgischen Wochenblatt. Kronstadt, Druck und Verlag von Joh. Gött und W. Nemeth. Erscheint weiter als

*1838—1848, dann 1851 und 1858 Blätter für Geist, Gemüt und Vaterlandskunde. 4°. Beiblatt d. Siebenbürg. Wochenblatt. Kronstadt, Druck und Verlag von Joh. Gött. Wochenblatt.

1838, 3. VII.—1839. Siebenbürger Bürgerblatt. 4°. (S. 41). Beiblatt zum Siebenbürger Boten. Hermannstadt, Druck und Verlag Martin v. Hochmeister's Erben.

1839—1840. Deutsche Fundgrube der Geschichte Sieben-

bürgens. Druck und Verlag J. Filtsch in Klausenburg. 8°. Herausgegeben durch Graf Josef Kemény (S. 32).

1840. „Blätter zur Beförderung der Ökonomie, Gewerbe- und Handelstätigkeit". — Beiblatt des „Siebenbürger Boten". — Nur 7 Nummern erschienen.

*1840—1849. Transsylvania. 4° (S. 41). Beiblatt zum Siebenbürger Boten. Hermannstadt, Druck und Verlag von M. v. Hochmeister's Erben. Schriftleiter: bis 1845 Friedrich Hann, dann Dr. Daniel Roth (S. 50 ff.). 1848, 2. X.—1849, III. Jakob Rannicher.

1840—1843. Intelligenzblatt. 4°. Beilage zum Siebenbürger Boten. Hermannstadt, Druck und Verlag von M. v. Hochmeiser's Erben. Von 1843—1854 trägt der Anzeigenteil des Siebenbürger Boten den Titelkopf „Amts- und Intelligenzblatt".

1840—1841. Unterhaltungsblatt aus der Geschichte Siebenbürgens. Hermannstadt, Verlag von W. H. Thierry. Herausgegeben von Joh. Benigni von Mildenberg.

*1840—1848, 1849—1858. Satellit des Siebenbürger Wochenblattes. 4° (S. 45). Kronstadt, Druck und Verlag von Joh. Gött.

1840—1843 und 1845. Stundenblumen der Gegenwart. Kl. 8°. Eine Sammlung anziehender Novellen und Erzählungen im Geschmack der Zeit. Kronstadt (S. 45). Druck und Verlag von Joh. Gött, herausgegeben von der Redaktion des Siebenbürg. Wochenbl., I—X. N. F. 1843 I. Kl. 8°. II. F. 1845. Gr. 8°.

1841. Archiv für die Kenntnis Siebenbürgens in Vorzeit und Gegenwart. Hermannstadt, Druck und Verlag von M. v. Hochmeister's Erben. Herausgeber J. K. Schuller (1. Bd.).

*1843. Archiv des Vereins für Siebenbürgische Landeskunde. Bis 1852 Hermannstadt, Druck und Verlag von Th. Steinhaußen; 1853—1871 Kronstadt, Druck von Gött, dann bis 1884 Hermannstadt, von Closius'sche Erben, von da weiter W. Krafft. Kommissions-Verlag, Franz Michaelis. Gr. 8°.

1843. Beiwagen zum Siebenbürger Wochenblatt. Druck und Verlag J. Gött, Kronstadt. Nur wenige Nummern erschienen.

1843—1854. Amts- und Intelligenzblatt zum Siebenbürger Boten. Hermannstadt, Druck und Verlag von Steinhaußen.

*1843. „Beiblatt für Landwirtschaft und Gewerbe", Beiblatt zum „Siebenbürger Boten" (S. 42). Vorübergehend als „Transsilvania für Landwirtschaft und Gewerbe". — Ab Oktober 1844 wieder selbständiges Beiblatt als:

1844, 1. X.—1847, 1. VIII. Deutsches Volksblatt für Landwirtschaft und Gewerbe in Siebenbürgen. Beiblatt des Siebenbürger Boten. Hermannstadt, Druck und Verlag von M. v. Hochmeisters Nachf. Th. Steinhaußen. Kl. 4°. Herausgegeben von Jos. v. Benigni.

*1844—1847 und 1852. Magazin für Geschichte, Literatur und alle Denk- und Merkwürdigkeiten Siebenbürgens. Mit lithogr. Tafeln.

Kronstadt, Druck und Verlag von Joh. Gött. 8°. Herausgegeben bis 1847 von Anton Kurz (S. 46). 1852 von Josef Trausch.

*1844, 7. VI.—1849. Der Siebenbürger Volksfreund. Ein Wochenblatt für den Gewerbe- und Landmann (S. 44). Mit lithogr. Tafeln. Hermannstadt, Druck und Verlag von Samuel Filtsch, herausgegeben von Johann Michaelis, Johann Filtsch und Jos. Seitz.

*1846—1849. Anzeigenblatt zum Siebenbürger Volksfreund. Druck und Verlag S. Filtsch in Hermannstadt, 4°.

*1848, 8. V.—11. X. Unterhaltungsblatt aus der Gegenwart. Periodische Schrift in zwanglosen Heften. Hermannstadt, Verlag von Robert Krabs. Gr. 8° (S. 44). Herausgegeben von Heinrich Schmidt. Erschienen sind nur 20 Hefte.

*1849, 26. III. Kronstädter Zeitung. (S. 49, 76). Druck und Verlag von Joh. Gött, dann Joh. Gött's Sohn; seit 1920 Verlag der Zeitungs-Aktien-Gesellschaft, Druck Joh. Gött's Sohn. Folio. — Bisher „Siebenbürgisches Wochenblatt". Schriftleiter 26. III. 1849—6, IV. 1849 Max Moltke (S. 47), 7. IV. 1849—1862 Johann Gött (S. 30), 1. I. 1863—20. II. 67 Dr. Eugen v. Trauschenfels (S. 78, 87), 21. II. 67—3. X. 76 Johann Gött, 4. X. 76—30. XII. 83 H. Gött (S. 99), 31. XII. 1883—31. VIII. 84 Fritz Gött d. Ä., 1. IX. 84—28. IX. 88 Josef W. Filtsch, 1. X. 88—30. IX. 89 Fr. Gött d. Ä., 1. X. 89—30. VI. 93 Franz Stenner. 1. VII. 93 bis Ende 1896 Lutz Korodi (S. 108), 1. I. 97—25. VI. 1898 Rud. Dörschlag, 27. VI. 98—30. XII. 1900 Lutz Korodi, 1. I. 1901 bis 11. XI. 1902 H. Schroff, 13. IX. 1902—14. XII. 1910 Guido Wächter, 26. III. 1910—31. VII. 1910 Friedr. Müller, 1. VIII. 1910 bis Ende 1919 Dr. Arth. Polony. —

1850. Verhandlungen und Mitteilungen des Siebenbürgischen Vereins für Naturwissenschaften zu Hermannstadt, Druck G. v. Closius, von 1891 J. Drotleff, dann W. Krafft und Krafft und Drotleff in Hermannstadt. 8°.

1851—1852. Schul- und Kirchenzeitung für die evangel. Glaubensgenossen Siebenbürgens (S. 101) Kronstadt, Druck und Verlag von Joh. Gött, Schriftleiter J. Fr. Geltch, Joh. Michaelis, Gr. Giesel, Sam Schiel.

1855—1857. Transsylvania, Beiblatt zum Siebenb. Boten. Hermannstadt, Druck und Verlag von Th. Steinhaußen. 4°.

1856. Kronstädter Anzeiger für Handel, Gewerbe und Ökonomie. Kronstadt, Druck und Verlag von Römer und Kamner. 4°. Schriftleiter: Ed. Hülverding. Nur wenige Nummern erschienen.

1859. Der Horizont. Illustrierte Hefte für Belletristik, Industrie, Handel und Gewerbe. Kronstadt, Druck und Verlag Römer und Kamner. Herausgeber L. E. Tornay. 4°. Nur ein Heft.

*1859—1860. Siebenb. Quartalschrift. Hermannstadt (S. 77) Druck und Verlag von Th. Steinhaußen, dann von Closius Erben, Lexikon 8°. Schriftleiter: Heinrich Schmidt.

1859—1861. Vierteljahrschrift f. die Seelenlehre. Kronstadt, Druck und Verlag von J. Gött. 8°. Schriftleiter: Heinrich Neugeboren und Lutz Korodi.

1859—1861. Magazin für Geschichte, Literatur und alle Denk- und Merkwürdigkeiten Siebenbürgens. Neue Folge. Kronstadt, Druck und Verlag von Joh. Gött. 8°. Schriftleiter: Dr. Eugen v. Trauschenfels.

1860—1861. Polizeiblatt. Hermannstadt, Druck von Sam. Filtsch. 4°. Herausgegeben von der k. k. Polizeidirektion in Hermannstadt.

1860. Deutsche Fundgrube für die Geschichte Siebenbürgens. Neue Folge. Kronstadt, Druck und Verlag von Joh. Gött. 8°. Von Anton Burg im Manuskript hinterlassen und herausgegeben von Dr. Eugen von Trauschenfels. Erschien nur dieser eine Jahrgang.

*1860—1862. Hermannstädter Zeitung. Hermannstadt (S. 77), Druck von Closius' Erben. Gr. 8°, dann 4°. Eigentümer und Herausgeber Heinrich Schmidt. Die Zeitung geht 1863 in den Besitz von Th. Steinhaußen über und wird mit dem Siebenbürger Boten vereinigt.

1861—1863. Transsylvania, Wochenschrift (später Monatsschrift) für siebenbürgische Landeskunde, Literatur und Landeskultur. Neue Folge. Beiblatt zum Siebenbürger Boten, Hermannstadt. Druck und Verlag von Th. Steinhaußen. 8°. Herausgegeben von E. A. Bielz.

1861—1862. Kirche und Schule, Beiblatt zum Siebenbürger Boten. Hermannstadt, Druck und Verlag von Th. Steinhaußen. 8°. Schriftleiter: Franz Obert (S. 101).

*1862—1871. Bistritzer Wochenblatt (S. 100) Bistritz. Druck von J. E. Filtsch's Erben. Verlag C. Wittstock, dann C. Brestowsky. 4°. Herausgeber bis 1867 Heinrich Wittstock, dann Georg Keintzel; 1871 M. Kramer; von 1871 an Bistritzer Neues Wochenblatt (s. d.).

1862, 1. I.—1862, 31. XII. Evangelische Schul- und Kirchenzeitung, Hermannstadt, Druck und Verlag von Sam. Filtsch. Herausgeber Martin Malmer.

1862—1863. Turnerglocke. Beilage zur Kronstädter Zeitung. Kronstadt, Druck und Verlag J. Gött. 4°. Schriftleiter: Heinrich Neugeboren. 1862 sind 6, 1863 nur 3 Nummern erschienen.

1863—1864. Brooser Anzeiger, Broos. Herausgeber und Verleger August Nagel. Von 1864 erschien das Blatt unter dem Titel Brooser Humorist (s. d.).

*1863—1907, 16. II. Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten. Hermannstadt (S. 77), Druck und Verlag von Th. Steinhaußen. Mit den Besitzern der Druckerei wechselte das Blatt auch seinen Verlag, der von 1882 an bei Ad. Reissenberger, dann bei F. Roth war. Folio. Schriftleiter von 1863—1865, 16. IX. Professor Heinrich Schmidt. Seit dieser Zeit

gehörte sie einem Kreise um Jak. Rannicher und schwenkte 1874 mit diesem ins Regierungslager über. Sie wurde jetzt Organ der Regierung (S. 93). „Als solches feierte sie am 2. I. 1884 mit einer Festnummer ihren hundertsten Jahrgang, der mit einem Rückblick von dem Professor der ungar. Rechtsakademie Dr. Ed. Wertheimer eröffnet wurde“ (Sigerus). Schriftleiter 1877 Georg Essig, 1884 Dr. Ad. Peiß, Professor der ungar. Rechtsakademie.

1864—1865. Brooser Humorist und Anzeiger. Herausgeber und Verleger August Nagel, Schriftleiter Const. Heinrich.

1865—1868. Siebenbürgische Zeitschrift für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft. Druck und Verlag Jos. Drotleff. Schriftleiter: Peter Jos. Frank. War von Juni 1868—1869 Beiblatt des Siebenb.-Deutschen Wochenblatts.

1866. Ährenlese. Beiblatt zur Siebenb. Zeitschrift für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft. Hermannstadt, Druck und Verlag von Jos. Drotleff; Schriftleiter: Peter Jos. Frank.

1866—1919. Schul- und Kirchenbote für das Sachsenland (S. 101). Organ des siebenb. Lehrertages. Hermannstadt, Druck und Verlag Sam. Filtsch, nachher Jul. Spreer, dann Kronstadt J. Gött und Sohn; Albrecht und Zillich; N. Zeidner. Begründet und redigiert von Franz Obert; 1888 Dr. E. Morres; dann K. H. Hiemesch. Erscheint seit 1920 unter dem Titel „Schule und Leben“ (s. d.).

*1867—1872. Siebenbürgische Blätter. Hermannstadt, Druck und Verlag Sam. Filtsch, Kleinfolio. Schriftleiter Dr. Gust. Lindner und Franz Schreiber (S. 85).

*1868 3. V.—1873. Siebenbürgisch-Deutsches Wochenblatt. Hermannstadt, Druck und Verlag von Jos. Drotleff. Gr. 4°. Schriftleiter: Franz Gebbel (S. 91 ff.). Mit Schluß des Jahres 1873 stellte das S.-D. Wochenblatt sein Erscheinen ein, um von 1874 an im S.-D. Tageblatt aufzugehen.

1869 Januar bis Oktober. Sächsisches Volksblatt. Schäßburg, Druck und Verlag (S. 100) von F. Karner. Schriftleiter: Daniel Keßler.

1871. Neues Bistritzer Wochenblatt (S. 100). Bistritz. Schriftleiter: Georg Fischer. Sind nur 48 Nummern erschienen.

1872. Die Ostgrenze. Redakteur W. v. Fehrenteil. Verlag von J. Gött und Sohn Heinrich, Kronstadt. Nur einige Nummern erschienen.

1872—1900. Schäßburger Anzeiger. Schäßburg (S. 100), Druck und Verlag Gebr. Jördens. 1900, 2. XII., in die Schäßburger Zeitung umgewandelt (s. d.). — 1874—94 Beilage Illustriertes Sonntagsblatt (Stuttgart).

1872—1916. Bistritzer Wochenschrift (S. 100) Bistritz. Schriftleiter: C. Schell, 1916, 10. Oktober vereinigt sich dies

Blatt mit der Bistritzer Deutschen Zeitung (s. d.). Beilagen „Illustriertes Unterhaltungsblatt“ (Stuttgart). — Der Ökonomist (Wien).

*1873. Landwirtschaftliche Blätter für Siebenbürgen (S. 102). Organ des Siebenb.-Sächs. Landwirtschaftsvereins, dann auch des Verbandes der Raiffeisenschen Genossenschaften. Vorübergehend zunächst Beiblatt des SDT. Hermannstadt, Druck und Verlag Jos. Drotleff, dann W. Krafft, Kraft u. Drotleff. 4°. Schriftleiter: 1873 Dr. Salfeld; 1877 N. Wilhelm; 1880 Wilhelm und Ongert; 1881 M. Ongert; 1882 J. Drotleff; 1895 Ad. Gottschling, O. Wittstock und A. Scheiner; 1909 O. Orendi und O. Wittstock; 1910 O. Orendi, Joh. Salmen und A. Schuster; 1911 Mart. Roth und A. Schuster; 1915 Karl Roth und Aug. Schuster; 1917 R. Briebrecher und Fr. Connerth; 1922 Fritz Connert und Hans Bening.

*1874. Siebenbürgisch-Deutsches Tageblatt (S. 92 ff. und 99), Hermannstadt, Druck und Verlag Jos. Drotleff, dann Verlag der Siebenb.-Deutschen Verlags-A.-G. Folio. Schriftleiter: 1874—1885 Dr. Carl Wolff (S. 93, 99, 108); 1886 Heinrich Hähner, dann Dr. O. v. Meltzl (S. 108); 1886, 1. X.—1895 Ludwig Filtsch; 1895 J. F. Teutsch, dann bis 1899 H. Hähner; 1899—1900 J. F. Teutsch (S. 105), Dr. R. Schuller (S. 110); 1901—1910 Emil Neugeboren (S. 110); 1910—1914 H. Plattner als Stellvertreter; 1915 E. Neugeboren; 1916, 20. IX.—1. XII. E. Sigerus; 1916—1920 E. Neugeboren. „Während des Herbstes 1916 erschien vom 2. IX.—29. X. das Tageblatt als Beilage des „Pester Lloyd“ in Ofenpest und gleichzeitig v. 20. IX.—29. X. auch selbständig in Hermannstadt“ (Sigerus).

*1878—1930. Korrespondent des Vereins für siebenbürgische Landeskunde. Hermannstadt, Druck von Closius, dann W. Krafft und Krafft u. Drotleff. Gr. 8°. Schriftleiter: 1878—79 Franz Zimmermann; 1880—87 Joh. Wolff; 1888—1891 Dr. Joh. Roth; 1892—1908 Dr. Ad. Schullerus unter Mitwirkung von Dr. Hans Connerth; 1919 Dr. A. Schullerus; 1928 Dr. Rudolf Spek. Erscheint ab 1931 als „Vierteljahrschrift, früher Korrespondenzblatt des Vereins für Siebenb. Landeskunde“. Herausgeber: K. K. Klein in Jassy. Verlag Krafft u. Drotleff A.-G., Hermannstadt. 8°.

1878—1879. Blätter für Handel und Gewerbe in Siebenbürgen. Kronstadt, Druck und Verlag von Joh. Gött und Sohn Heinrich. Schriftleiter Joh. Hintz.

1878—1884. Karlsburger Zeitung. Organ für Volkswirtschaft, Sozial- und Kultur-Interessen. Schriftleiter: Adalbert Cserni. Verlag und Druck Bernh. Klüger in Karlsburg. Sonntagsblatt. Folio.

1879. Musik-Zeitung. Verlag Römer und Kamner in Kronstadt. Schriftleiter: Fr. Hausleitner. Sind nur 9 Nummern erschienen.

1879. Großkokler Bote. Wochenblatt (S. 100), Organ für jung-sächsische Politik, dann Publikations-Organ für den Großkokler Komitat, den löbl. Elisabethstädter Gerichtshof und den zu diesem Gerichtshof-Sprengel gehörenden löbl. k. Bezirksgerichten: Schäß-

burg, Mediasch, Agnetheln, Großschenk, Langenthal usw. Schäßburg, Druck und Verlag Fr. J. Horeth, Folio. Seit Juli 1919 vereinigt mit der Schäßburger Zeitung als „Großkokler Bote vereinigt mit der Schäßburger Zeitung".

1879—1881. Die Deutschen Schulblätter. Bistritz, Druck Th. Botschar. Verlag J. F. Gräf. Herausgeber And. Homner und J. F. Gräf.

1880. Der kluge Hans Michael. Wochenschrift für Siebenbürgens Ackerbau, Forstwirtschaft, Gartenbau, Gewerbe und Handel, überhaupt für volkswirtschaftliche Interessen, nebst Anhang (Feuilleton) für lokale Angelegenheiten und Belletristik. Kronstadt, Römer und Kamner. Schriftleiter: Siegfried Heinzel. Nur zwei Nummern erschienen.

1880—1914, 1922 u. ff. Jahrbuch des Siebenbürgischen Karpathenvereins. Hermannstadt, Druck von Josef Drotleff, dann Krafft u. Drotleff. Verlegt und herausgegeben vom Verein. Gr. 8°.

1880—1884. Der Amtmann, Organ für Munizipal- und Kommunalbeamte. Bistritz, Druck und Verlag Th. Botschar, dann 1884 Hermannstadt bei W. Krafft. Herausgeber Oskar Beran.

1884, 6. IX.—1884, 28. XI. Deutsche Lesehalle für alle Stände mit einer Beilage „Poesie". Karlsburg, Druck und Verlag von V. Volz, dann Closius in Hermannstadt. Herausgeber Moritz Zitter.

1886—1895. Der Siebenbürgische Volksfreund. Ein Sonntagsblatt für Stadt und Land. Kronstadt, Verlag Ad. Albrecht, nachher H. Zeidner, dann Hermannstadt W. Krafft. 4°. Herausgeber 1886—1888 Dr. Fr. Herfurth und Jul. Groß; 1889—1891 Dr. Fr. Herfurth und F. W. Seraphin; 1892—1895 Dr. Eug. Filtsch. Stellte Ende 1895 sein Erscheinen ein, „weil sein Eigentümer nicht mehr in der Lage war, weitere materielle Opfer zu bringen, die Mitarbeit aber natürlicherweise mit aus diesem Grunde gleichfalls erlahmen mußte".

1886—1888. Mühlbacher Wochenblatt. Verleger und Redakteur J. Stegmann.

1891—1918. Bistritzer Zeitung. Politisches Wochenblatt. Organ für gewerbliche und landwirtschaftliche Interessen. Bistritz, Druck und Verlag Th. Botschar. Folio. Schriftleiter: 1891—1895 M. G. Daichend und G. Sigmund; dann Carl Ludwig; Dr. G. Kelp; Fr. Klemers; J. Hann; Joh. Höchsmann; F. M. Wälther. Beilagen: Illustriertes Unterhaltungsblatt (Stuttgart) und der Ökonomist (Wien).

1892—1918. Mediascher Wochenblatt. Mediasch (S. 100), Druck und Verlag von G. A. Reissenberger. Folio. Schriftleiter: R. F. Ehrlich; 1907—1918 G. Schuster. Erscheint seit 1919 als Mediascher Zeitung.

1893—1920. Sächsisch-Reener Wochenblatt (S. 100). Organ für

gewerbliche, landwirtschaftliche und bellestristische Interessen. Sächsisch-Reen, Druck und Verlag von Karl Schebesch. Folio. Herausgeber Fr. Laurentzi; Viktor Orendi, dann R. Maurer, J. Albert, Fr. Zikeli.

1894. Das kleine Universum. Socialbelletristisches Wochenblatt. Maros-Vasarhely, Druck und Verlag A. Adi. Herausgeber Victor Orendi-Homenau. Das Blatt ging schon nach drei Monaten ein.

1895—1900. Kronstädter Tageblatt (S. 110) Kronstadt. Verlag von W. Hiemesch. Folio. Schriftleiter: Karl Schmidt; 1898 Johann Stoof; 1900 Guido Wächter, Hermann Schroff.

1896—1914. Akademische Blätter. Organ der siebenbürgisch-sächsischen Hochschüler, Hermannstadt, Druck und Verlag von W. Krafft; J. Gött's Sohn in Kronstadt. 4°. 1912—1914 G. A. Reissenberger in Mediasch. Schriftleiter: 1886—99 E. Buchholzer; 1900—1906 G. Barthmes; 1906 Dr. V. Klöß; 1907 Fr. Czikeli; 1908—1909 Dr. H. Graeser; 1910—1914 Hans Lienert.

1897. Kirchliche Blätter aus der evangelischen Landeskirche A. B. in Rumänien. Evangelische Wochenschrift für die Glaubensgenossen aller Stände. Hermannstadt, Druck und Verlag von W. Krafft, später von Jos. Drotleff, dann Honterusdruckerei. Schriftleiter bis 1899 Jos. Josephi; dann Hans Wagner; Fr. Klein; Dr. G. A. Schuller; R. Brandsch; Dr. Eugen Filtsch; Dr. H. Weprich; von Ende 1919 an Dr. Joh. Roth und Dr. H. Weprich; 1920 Ed. Graeser; seit 1921 Dr. G. A. Schuller. 4°.

1899. Der Unterwald, Wochenschrift für soziales Leben, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, dann: für Bildung und Geschehen. Mühlbach, Druck und Verlag J. Stegemann. Schriftleiter: Dr. V. Roth, dann E. Binder; E. Honigberger; G. Binder und G. Conrad; Ernst Binder. Folio. Dann 4°.

*1900—1904. Kronstädter Wochenblatt. Schriftleiter W. Gabouy. — Beiblatt: „Sonderbündler-Ideale". Erstes selbständ. sächsisches Künstlerblatt. Das „Kronstädter Wochenblatt" schrieb in seiner zweiten Probenummer: „Wir sind und bleiben ein rein geschäftliches Unternehmen, wollen keinerlei Parteiinteressen dienen, können auch als nichtpolitisches Blatt unseren geschätzten Kollegen keinerlei Konkurrenz machen."

1900—1919. Schäßburger Zeitung für sächsisch-deutsche Politik und Volkswohlfahrt. Erschien als Fortsetzung des „Schäßburger Anzeigers", s. Nr. 59. Schäßburg, Druck und Verlag bis 1903 Gebr. Jördens; von 1904 ab W. Krafft. Folio. Schriftleiter: Ad. Höhr; Emil Eitel; Dr. H. Leicht; 1913—1919 Fritz Albert. Das Blatt wurde im Juli 1919 mit dem Großkokler Boten vereinigt.

1902—1929, 1. IV. Neppendorfer Blätter, Wochenschrift für Humor und Satire. Hermannstadt, Druck und Verleger Josef Botschner. 4°. Erscheinen seit 1929 als „Lustige Welt".

1902—1911. Volksgesundheit. Gemeinverständliche Monatsschrift für deutsch-ungarische Kulturpolitik. Mediasch, Druck bei G. A. Reissenberger. Eigentümer und Schriftleiter Dr. med. Heinrich Siegmund. Gr. 8°.

1903—1907. Der Repser Burgvogt. Organ für Bildung und Volkswirtschaft. Reps, Druck und Verlag von F. Schmidt. 4°. Schriftleiter: Wilh. Hermann. 1908 geht der „Burgvogt" in dem Repser Wochenblatt auf.

1904. Die Bergglocke. Monatsschrift für siebenbürgisch-deutsche Literatur, Kunst und Ästhetik. Reps, Druck und Verlag von F. Schmidt. 8°. Herausgeber Dr. Jos. Groß und W. Hermann. (Nur 6 Hefte.)

1904—1916. Mitteilungen des Professorenvereins der evangel. Mittelschulen A. B. in den siebenb. Landesteilen Ungarns. Druck und Verlag C. W. Krafft, Hermannstadt. 8°.

1906—1912. Mitteilungen des siebenbürgischen Ärztevereins. Druck F. Reissenberger in Mediasch, Schriftleiter: H. Siegmund. 8°.

1907—1914. Die Karpathen. Halbmonatsschrift für Kultur und Leben. Kronstadt, Druck J. Gött und Sohn. Verlag W. Hiemesch, dann Zeidner, schließlich J. Götts Sohn. Herausgeber Josef Meschendörfer. Gr. 8°.

1907. X.—1908 XI. Hermannstädter Arbeitsgeber. Wöchentliche Zeitschrift, amtliches Organ des Landesverbandes Hermannstädter Baugewerbetreibender. Hermannstadt, Druck und Verlag von Heinrich Meltzer. Kl. 4°. Schriftleiter Fritz Buertmes.

1908. Mitteilungen der evangel. Kirchengemeinde A. B. in Hermannstadt. Druck C. W. Krafft in Hermannstadt. 8°. Sind nur wenige Nummern erschienen.

1908—1914. Deutsche Bürgerzeitung. Hermannstadt, Druck und Verlag Fr. Roth. Schriftleiter Dr. V. Klöß und Johann Bukovan (wöchentlich zweimal) ab 1. IX. 1914 Siebenb.-Deutsche Tagespost (s. d.), täglich. Folio.

1908—1914, 2. VII. Repser Wochenblatt. Reps, Druck und Verlag von Bobanka und Fielker. Schriftleiter: Jos. Josephi; 1912—1914 Jos. Josephi und Dr. H. Brandsch. 4°.

1909. Agnethler Wochenblatt. Publikationsorgan für Agnetheln und Umgebung. Agnetheln, Druck und Verlag Aghnethler Buchdruckerei, dann Josef Schmidt. Schriftleiter: J. Schmidt, dann Fr. Rosler; Friedr. Hann.

1910. Siebenbürger Raiffeisenbote. Hermannstadt, Druck und Verlag von W. Krafft. Herausgegeben vom Verband Raiffeisenscher Genossenschaften. 8°.

1910—1911, 1. VI. Siebenbürgische Verkehrszeitung, Wochenschrift für Handel und Gewerbe. Schäßburg, Druck und Verlag von W. Krafft. Schriftleiter: G. J. Philippi.

1911—1913. Meine Heimat, Illustriertes Wochenblatt. Kronstadt. Schriftleiter: Guido Wächter.

1911, 1. IV.—1916, 20. IV. Mitteilungen der Großloge Ungarns des Internationalen Guttemplerordens und des Alkohol-Enthaltsamkeitsvereins. Kronstadt, Druck von Kerschner und Comp. Dann von Schneider und Feminger. 4°. Schriftleiter Dr. Viktor Ziske.

1911—1912. Sächsisches Volksblatt. Politische Wochenzeitung für Stadt und Land. Elisabethstadt, Druck und Verlag H. Lloydl. 4°. Schriftleiter Dr. Guido Gündisch.

1912—1913. Gemeinnützige Blätter, Monatsschrift Mediasch. Schriftleiter: Friedr. Oberth.

1913. Bistritzer deutsche Zeitung. Organ für völkische Interessen. Seit April 1916 vereinigt mit der Bistritzer Wochenschrift. Bistritz. Von 1922 vereinigt mit den Sächsisch-Reener Nachrichten. Folio.

1913—1920. Katholische Pfarrblätter. Hermannstadt, Druck L. Budovsky, seit 1917 G. Haiser. 8°. Herausgegeben vom katholischen Stadtpfarramt.

1914, 2. IV.—1914, 31. XII. Blätter für Handel und Gewerbe, Organ des Verbandes siebenbürgisch-sächsischer Bürger- und Gewerbevereine. Hermannstadt, Druck und Verlag von Jos. Drotleff, Schriftleiter Victor Schieb.

1914, 1. IV.—1919, 1. XI. Siebenbürgisch-Deutsche Tagespost (S. 113). Hermannstadt, Druck und Verlag Fr. Roth's Erben. Folio. Schriftleiter: Oskar Krämer. (Ab Juni 1919 als Deutsche Tagespost, später vereinigt mit dem „Siebenb.-Deutschen Tageblatt".

Zeitungen und Zeitschriften, mit denen Friedrich Teutsch in Verbindung stand.

Die Jahreszahlen geben nur den Beginn der Mitarbeit an. Bei vielen Blättern erstreckte sie sich über mehrere Jahre und Jahrzehnte. Die eingeklammerten Namen bezeichnen die Persönlichkeiten, über die die Verbindungen liefen:

1874: „Weser-Zeitung" — Berliner Redaktion.
1875: „Schlesische Zeitung", Breslau; „National-Zeitung" (Franz Zabel) Berlin.
1876: „Deutsche Rundschau" (Dr. Rodenberg), Berlin.
1878: „Preußische Jahrbücher", Berlin.
1879: „Die Gartenlaube" (Ernst Keil), Leipzig.
1879: „Allgemeine Literarische Correspondenz" Leipzig.
1879: „Im Neuen Reich" (Wochenschrift), Leipzig.
1879: „Meyers Konversationslexicon" (Artikel Siebenbürgen), Leipzig.
1880: „Tägliche Rundschau", Berlin.

1881: „Geographische Nachrichten für Welthandel und Volkswirtschaft“ (Dr. O. Cersten, Jannasch-Centralverein für Handelsgeographie), Berlin.
1882: „Politische Wochenschrift“, Berlin.
1883: „Augsburger Allgemeine Zeitung“ (Prof. Wattenbach), Augsburg.
1883: „Export“, Organ des Centralvereins für Handelsgeographie (Jannasch), Berlin.
1883: „Die Grenzboten“ (J. Grunow), Berlin.
1883: „Kladderadatsch“, Berlin; „Ausland“ (Friedr. Ratzel), Stuttgart; „Literarisches Zentralblatt“ (Zarucke), Leipzig.
1884: „Schorers Familienblatt“, Berlin.
1899: „Die Christliche Welt“ (D. Rade), Marburg.
1899: „Verein für Massenverbreitung guter Schriften“, Wien.
1906: „Die Dorfkirche“, Deutsche Landbuchhandlung, Berlin.
1911: „Deutsch-Evangelisch“, Monatsschrift (J. C. Heinrich), Leipzig.
1911: „Zeitschrift für Politik“, Berlin.

„Nachricht über die Entstehung und die Schicksale des Schlözerschen Werkes: Kritische Sammlungen zur Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen.“ S. Filtsch Handschrift. (In der Handschriftenabteilung des Brukenthalmuseums, Hermannstadt).

„Außer dem, was der sel. Schlözer über diesen Punkt in der Vorrede zu seinem Werk, sonderlich auch zum 3. Stück erklärt hat, finde ich noch folgendes für die die es interessiert, hinzuzufügen:

Da nach dem Tode Kaiser Joseph II. so viele kleine Schriften unsere Nation betreffend zum Vorschein kamen, so äußerte der alte Landesgubernator Freiherr Samuel von Brukenthal gegen mich: es wäre zu wünschen, daß ein Autor wie Schlözer (den er aus seinen Schriften kannte) etwas Ausführliches über unser Volk schreiben sollte. Ja er wünschte sogar, daß er auf seine Kosten nach Siebenbürgen käme und sich Data zu einem solchen Werk sammle. Ich meinte dagegen, daß er wohl schwerlich zu einer solchen Reise sich bequemen dürfte, aber Materialien zu einem solchen Werk wollten wir wohl aufbringen und ihm solche überschicken; wofern er Neigung hätte so etwas zu unternehmen. Dieser Vorschlag gefiel dem alten Herrn und er machte mir ernstlich den Auftrag, alsbald an Schlözer zu schreiben und mich um die näheren Bedingungen bei ihm zu erkundigen. Ohne Aufschub geschah dies. Schlözer nahm den Antrag höchst bereitwillig an. Dies beweist sein Brief, der wie alle nachfolgenden von ihm in originali meiner Briefsammlung einverleibt sind. Nun suchte ich alles zusammen, was in diese Materie gehörte und von dem zu vermuten war, daß es in der Göttinger Bibliothek nicht be-

findlich sei und verschickte es an Schlözer. Auch munterten ihn der Comes Baron Michael von Brukenthal und der Provinzialbürgermeister H. Friedr. von Rosenfeld durch eigenhändige Briefe auf, das begonnene Werk zu Rande zu bringen. Schlözer schickte Partienweis, was er hatte drucken lassen, an mich. Ich zeigte dies alles dem alten Bar. Samuel Brukenthal und er ernannte die Herren Friedr. von Rosenfeld und mich zu Revisoren dieser Sendungen. Worüber wir Herrn Schlözer unsere Ansichten mitteilten. Endlich war das Werk vollendet. Leute, die unserer Nation nicht wohl wollten hier und in Wien, hatten Nachricht bekommen, was Schlözer für uns arbeite und fürchteten, es möchte ihnen nachteilig sein. Sie ersuchten demnach die Hannöversche Regierung, dieses Buch, das sie als eine Auslandsschrift zu denunzieren suchten, zu unterdrücken. Nach gehöriger amtlicher Untersuchung fand sich, daß das Buch nichts Anstößiges oder Gefährliches enthielt; was den Klageführenden geantwortet wurde. Dem ohngeachtet gab man sich Mühe, dieses unschuldige Büchlein zu verdammen und ihm den Eingang in unsere Nation zu verschließen. Ich klagte es dem alten Baron Brukenthal und dieser riet: Schlözer möge das Buch an den Minister Zinzendorf in Wien schicken und um Schutz für dasselbe bitten. Es geschah. Zinzendorf antwortete human und das Buch wurde eruditis ergo Schedam erlaubt. Mittlerweile ließ ich von Göttingen gegen bare Bezahlung ein paar hundert Exemplare des Werkes kommen. Nicht so prompt als ich mirs vorgestellt hatte, konnten die an den Mann gebracht werden. Schlözer wartete nun mit Recht auf eine Vergütung seiner Mühe und Arbeit, die ihm auch ausdrücklich war versprochen worden. Allein wer sollte sie ihm nun leisten. Unsere Gegner in Wien hatten ausgesprengt, man habe aus der Nationalkasse eine Summe Geldes genommen und Schl. damit eine Remuneration gemacht. Sogleich ward vom Hof aus beschlossen: eine Kommission, wobei auch ein Ungar war, solle die Kasse untersuchen und Bericht erstatten. So geschah es; und man fand die Angabe falsch. Dieser Umstand hatte natürlich Furcht erregt. Die Herren, welche Belohnung versprochen hatten, zogen sich nun scheu zurück. Ich wandte mich hier an den alten Herrn Gouverneur und las ihm den Brief von Schl., welcher sehr indigniert über unerfülltes Versprechen war und es im Publikum sogar anzuzeigen drohte, da man ihn zu prellen schien. Der alte Herr fühlte es und versprach seinerseits dankbar zu sein. — — Eine gehaltvolle Rezension dieses Werkes hat Herder in der Erfurter Gelehrten-Zeitung geliefert — — eine andere Rezension von Gegnern der Nation inspiriert, hat der siebenbürgische Hofsekretär Engel in die Jenaer Literatur-Zeitung einrücken lassen. Gegen diese böswillige Rezension hat unser Abbé Eder geschrieben."

(Brukenthal sandte Schlözer durch einen siebenbürgischen Studenten einen Korb mit siebenbürgischem Wein und einen kleineren Betrag und bat ihn, es den Umständen entsprechend als ein Zeichen der Dankbarkeit der sächsischen Nation entgegenzu-

nehmen. Schlözer dankte sehr herzlich. Er habe sich an die Arbeit gegeben in dem Bewußtsein, eine Bitte und einen Auftrag der sächsischen Nation zu erfüllen. Darum habe er auch gebeten, die Nation als solche möge sich erkenntlich zeigen. Der Brief Brukenthals erfülle seine Wünsche vollkommen.)

Lebenslauf.

Ich bin geboren am 21. August 1913 zu Gevelsberg in Westfalen als Sohn des Kaufmanns Wilhelm Weisenfeld und seiner Ehefrau Paula geb. vom Bruch. Von 1919 bis 1923 besuchte ich die Volksschule und von 1923 bis 1932 das Gevelsberger Realgymnasium, das ich zu Ostern 1932 mit dem Reifezeugnis verließ. Nach 1½jähriger beruflicher Tätigkeit an der „Gevelsberger Zeitung" in Gevelsberg und an der „Allgemeinen Wattenscheider Zeitung" in Wattenscheid begann ich am 1. November 1933 an der Universität München mein Studium. Seit dem Winter-Semester 1934 studierte ich an der Universität Berlin. Ich hörte bei den Herren Professoren: d'Ester, A. O. Meyer, Lotz, Weber, Bömer, Dovifat, Haake, Hoetzsch, Pleyer, Schünemann, Schüßler, Windelband, Boehm, Helbock und Dr. von Loesch.

Aus der Arbeit in den Seminaren der Herren Professor Dovifat und Dr. von Loesch und aus den Erfahrungen von Landdienst und Auslandsfahrten entstand der Plan dieser Dissertation.